REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 396 · 14.11.1996

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 44 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Waffengeschenke für ein Terrorregime - Thomas Klein
2. Antifaschismus. Argumente und Debattenstoff. Rezension - S.Kl., Marburg
3. "Einsatz nicht mehr vertretbar". Der kurze Auftritt des rechten Presseoffiziers Weber - Ulla Jelpke
4. In eigener Sache - Redaktion
5. Schulterschluß von CSU und NPD. Schwarzbraune Front gegen Ausstellung über Wehrmachtsverbrechen - Al., Nürnberg
6. Im Westen nichts Neues. Die US-Wahlen bestätigen das bisherige Kräfteverhältnis - Michael Hahn
7. Testing the East - Kohl und andere Köpfe auf Asienswing - Rainer Werning
8. West-Papua: Unterdrückung und Widerstand - Vo
9. Jose Ramos Horta: "Ich appelliere an die Solidarität" (Interview)
10. Europäischer Friedenskongreß in Osnabrück 1998
11. Vom Boykott zum Pogrom. Chronologie zum Novemberpogrom 1938 - Kt.
12. Gefilmte Geschichte. Eine Filmreihe zum Spanischen Bürgerkrieg - Olaf Berg
13. Das Urteil gegen Birgit Hogefeld (nach einem Bericht von Walter Kuhk) - Andrea L.
14. Zensur, Boykott und Lügen. Hamburger Gefangenenzeitung "Blickpunkt" wird nicht gedruckt! - jes
15. Wiederholung alter Fehler vermeiden. Aus der Prozeßerklärung von Birgit Hogefeld vom 29.10.1996
16. Der Prozeß gegen Monika Haas. Annotation
17. Raub und Kommerzialisierung der Gene. Produktivitätssteigerung - Dogma zur Sicherung der Welternährung - Susanne Schultz
18. Die ersten Bohnen auf dem Markt. Boykott von genetisch veränderter Soja - Werner Rätz
19. Naziterrorist Roeder. Geringe Strafe für Anschlag - Olaf Goebel
20. Schakale. Vom Schacher um Vermögen von Holocaust-Opfern - Heiner Lichtenstein, aus
21. "Rheinischer Kapitalismus" statt Kommunismus - M. und mb., Berlin
22. "Tag der Heimat" und Präsidentenbeleidigung - Ulla Jelpke
23. PDS bekräftigt Wille zur Regierungsbeteiligung - Peter Nowak
24. Haiders Höhenflug. Zweikampf der "Arbeiterparteien": FPÖ nur noch knapp hinter SPÖ - mb.
25. Wieder heißer Herbst in Frankreich? - Bernhard Schmid
26. Eine fast perfekte Politik. Argentiniens Bevölkerung wehrt sich gegen neoliberale Reformen - L.P. Tisso
27. Wahlbetrug prägte Wahlen in Nicaragua. Niederlage der Sandinisten zum guten Teil selbst verschuldet - Otmar, Managua
28. Kein Volkskrieg in Mexiko! Antwort auf "Konstruktiver Umgang mit der EPR" (ak 395) - Boris Kanzleiter
29. "Spiel mit dem Feuer". Interview mit dem israelischen Historiker Ilan Pape
30. Mexiko: Lage bleibt instabil. Politbarometer schlägt vorsichtig nach links aus - Jörn Boewe
31. Vom Politbarden zum Moralapostel. Vor 20 Jahren wurde Wolf Biermann aus der DDR ausgebürgert - Angela Martin
32. Zehn Jahre VSP - wir gratulieren! - ef
33. Die Hoffnung neu erfinden. Interview mit J. Klaß und T. Schroedter - VSP
34. Kein Bock Jubelfeiern. Schade (?) - Weltfestspiele finden ohne Junge GenossInnen statt - Peter Nowak/kuk
35. Dutschkes Vermächtnis. Gretchen Dutschke erinnert an einen deutschen Revolutionär - Christoph Jünke
36. Die 1. Linke Literaturmesse in Nürnberg - Elke Mahler
37. Falsche Heroisierung. Kritische Anmerkungen zu Christoph Jünkes Rezension der Dutschke-Biographie - Js.
38. Postmoderner Linksradikalismus. Wertkritik und Antikommunismus - eine Replik auf Günther Jacob - Daniel Dockerill
39. "Minus 96". Formiert sich eine neue kulturlinke Strömung? - Peter Nowak

40. 40.000 DM für ak! - ak-Redaktion
41. Quelldatei 15bu.htm
42. LeserInnenbriefe
43. Quelldatei 31.htm
44. Quelldatei 32.htm

1. Waffengeschenke für ein Terrorregime

Autor: Thomas Klein · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Rüstungsexport; Indonesien · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:06

Ende Oktober war Helmut Kohl zum Staatsbesuch in Indonesien. Er hat als kleines Gastgeschenk für den indonesischen Regierungschef, General Suharto, die Exportgenehmigung für sieben Panzer vom Typ "Wiesel" dabei. Daß Suharto seit seiner Machtübernahme 1965 schlimmste Menschenrechtsverletzungen begangen hat, scheint den deutschen Regierungschef nicht sonderlich zu stören. Dem "guten Freund" Suharto ist in den letzten Jahren gerade mit Waffenlieferungen erheblich unter die Arme gegriffen worden.

Indonesien unter der Herrschaft von Suharto

Regierungschef Suharto gehört in den Kreis der dienstältesten und grausamsten Diktatoren der Welt: 1965 an die Macht gekommen, wurde unter seiner Herrschaft in kürzester Zeit die politische Opposition liquidiert. Die von den indonesischen Machthabern 1965/66 begangenen Massaker an der Bevölkerung gehören zu den massivsten Menschenrechtsverletzungen seit dem Zweiten Weltkrieg. Nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen sind 750.000 Menschen allein in dieser Zeit Opfer der von indonesischen Militärs ausgeübten Terrorwelle geworden. Der bloße Verdacht, Mitglied der Kommunistischen Partei zu sein oder mit dieser zu sympathisieren, war vielfach gleichbedeutend mit einem Todesurteil. Der Unterstützung für diese Politik durch die US-Regierung und die europäischen NATO-Länder konnte sich Suharto in Zeiten der Ost-West-Konfrontation sicher sein. Diese Unterstützung hat nach Ende der sog Block-Konfrontation freilich nicht aufgehört, da Indonesien heute zwar nicht mehr ein wichtiger Verbündeter gegen "den Kommunismus", aber als wirtschaftlich aufstrebendes Land für internationale Unternehmen ein interessanter Partner geworden ist.

Parallel zu der unter Suharto zu verzeichnenden Unterdrückung und Vernichtung der politischen Opposition des Landes fand ab 1963 in West Papua (indon.: Irian Jaya) eine von der Weltöffentlichkeit kaum beachtete "Einverleibung" statt. Die Annexion des westlichen Teils der Insel Papua-Neuguinea rief erheblichen Widerstand bei der dortigen Bevölkerung hervor. Allerdings konnte dieser nicht verhindern, daß bei einer von UN-Beobachtern als Wahlfarce bezeichneten Abstimmung 1.025 von Indonesien auserkorene Wahlmänner für den Verbleib bei Indonesien und gegen die Unabhängigkeit des Landes stimmten. Später wurde von der UNO die Wahlfarce anerkannt und Indonesien erklärte West Papua zu seiner 26. Provinz, zu Irian Jaya. Der heftige Widerstand der OPM (Organisasi Papua Merdeka / Organisation Freies Papua) vermochte in den Jahren danach die indonesische Besetzung nicht zu beenden; vor dem Hintergrund, daß es sich bei der indonesischen Armee um eine der stärksten Asiens handelt, ist das nicht verwunderlich. Der Widerstand der Bevölkerung West-Papuas wurde außerdem in grausamer "Suharto-Manier" gebrochen: Die Zahl der Todesopfer unter den Papua wird bis heute auf über 300.000 geschätzt.

Ähnlich ist die Situation in Ost-Timor. Als 1974 in Portugal die "Nelkenrevolution" gegen die Diktatur siegte, erklärte die neue Regierung den Rückzug aus den Kolonien. In Ost-Timor kam es im Mai, noch unter der Leitung der portugiesischen Kolonialverwaltung, zu Wahlen, bei denen drei Parteien um die Macht des in die Unabhängigkeit entlassenen Landes kämpften. Die FRETILIN (Revolutionäre Front für ein unabhängiges Osttimor), die im Gegensatz zu den beiden anderen Parteien eindeutig für ein von Indonesien unabhängiges, souveränes Land eintrat, ging als Sieger aus den Wahlen hervor. Am 28. November rief die FRETILIN-Regierung die "Demokratische Republik Osttimor" aus. Nur eine Woche später, am 7. Dezember 1975, begann die völkerrechtwidrige Besetzung Ost-Timors durch die indonesische Armee. Suharto hatte sich zuvor bei den USA und dem Nachbarn Australien rückversichert, daß ihm dabei freie Hand (Devise: "Kein zweites Kuba") gewährt wird.

Der letzte Funkspruch, der von der "Demokratischen Republik Osttimor" in Australien am 7.12.75 aufgefangen wurde, lautete: "Sie sind überall ringsherum um den Flughafen und in Dili" (Anm. d. Autors: der Hauptstadt Ost-Timors) "Sie haben uns umzingelt. Bitte helft uns! Sie töten Frauen und Kinder in den Straßen. Sie töten ohne einen Unterschied zu machen. Sie schleppen Menschen, die sich in die Kirchen flüchten, auf die Straße. Wir werden alle ermordet! SOS! Unternehmt etwas! Helft uns!" (aus: Völkermord in Osttimor, Kampagne gegen Rüstungsexport/Idstein, 1992).

Die völkerrechtswidrige Besetzung war in der Tat auch in diesem Fall begleitet von einem vernichtenden Feldzug gegen die einheimische Bevölkerung. In den Jahren nach der Besetzung hat der Völkermord in Ost-Timor kaum vorstellbare Ausmaße angenommen, nach den vorliegenden Zahlen verschiedener Menschenrechtsorganisationen fielen diesem bis heute etwa ein Drittel der ehemals 700.000 Menschen zählenden Bevölkerung zum Opfer. Der Terror der indonesischen Militärs hat mehr Tote gefordert als die Kriege in Afghanistan, Libanon, der erste Golfkrieg zwischen Iran und Irak und alle Kriege in Mittelamerika.

Deutsch-indonesische Beziehungen

Unterdrückung, Vertreibung, Folter und Mord waren und sind ein wesentliches Merkmal der Politik Indonesiens unter der Herrschaft von Suharto. Aus jüngster Zeit ist das Massaker an den Trauergästen einer Beerdigung in Dili nur eines von vielen Belegen, daß sich an der indonesischen Politik in all den Jahren nichts geändert hat. Selbst auf Sumatra - einer der Hauptinseln Indonesiens - werden Unabhängigkeitsbestrebungen und Aufbegehren gegen das Suharto-Regime im Keim erstickt; zu den Ereignissen in der Provinz Aceh, im Nordosten Sumatras, ist beispielsweise in einem Bericht von amnesty international folgendes zu lesen: "Genaue Zahlen über die Bilanz des Grauens sind nicht zu ermitteln, doch gilt als sicher, daß mindestens 2.000 Zivilisten staatlicher Gewalt zum Opfer fielen. Einige indonesische Menschenrechtler sprechen sogar von bis zu 20.000 Opfern. Schätzungen gehen des weiteren von Hunderten `Verschwundener` aus. In den vergangenen vier Jahren gab es mehr als 1000 Verhaftungen. Folter in Gewahrsam - vor allem bei den ersten Verhören unmittelbar nach der Festnahme - ist geradezu üblich" (ai-Info 7/93, S.5).

Seit den 50er Jahren erfreut sich Indonesien einer intensiven militärpolitischen Unterstützung aus der Bundesrepublik. Die Ausfuhrgenehmigung für sieben Panzer, die Helmut Kohl diesmal im Gepäck hat, ist nur das jüngste Beispiel für die enge rüstungspolitische Zusammenarbeit mit Indonesien.

Während die Aufrüstung Indonesiens durch die Bundesrepublik lange Zeit ohne großes Interesse der deutschen Öffentlichkeit erfolgt ist, gab es Anfang der 90er Jahre eine Entscheidung, die zu heftigen Protesten friedenspolitisch aktiver Menschen und erstmals größerer Aufmerksamkeit geführt hat.

Am 24.7.92 war in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung unter der Überschrift: "Kampfschiffe für Indonesien" folgende Meldung zu lesen: "Indonesien kauft den größten Teil der einstigen DDR-Kriegsmarine. Der Verkauf wurde vom Bundessicherheitsrat, dem dafür zuständigen Kabinettsausschuß, genehmigt. Der Verkauf sei möglich, so hieß es, weil Indonesien nicht in einem Krisengebiet liege. Das südostasiatische Inselreich erhält 39 (...) DDR-Kriegsschiffe, die am 3.Oktober 1990 mit der Wiedervereinigung in den Besitz der Bundesrepublik Deutschland übergegangen waren." Nachdem Bundeskanzler Kohl beim letzten Staatsbesuch in Indonesien, im Februar 1993, beim Zusammentreffen mit dem indonesischen Regierungschef, General Suharto, die Genehmigung zum Export der Kriegsschiffe bestätigte, war dieses "Gastgeschenk für einen Massenmörder" (antimilitarismus information 4/93) für kurze Zeit Thema einer öffentlichen Auseinandersetzung. In Peenemünde wurden Plakate mit dem Konterfei von Volker Rühe (Mitglied des Bundessicherheitsrats) und dem Zusatz "Wegen Beihilfe zum Völkermord dringend verdächtig" geklebt und es kam zu einer kurzen Besetzung einiger Schiffe, die für Indonesien bestimmt waren. Inzwischen sind die ehemaligen NVA-Kriegsschiffe ausgeliefert, und die Waffengeschenke für einen der grausamsten Despoten der Welt gehen weiter.

Während in den zurückliegenden Jahren für die Menschen in einigen Landesteilen der Terror des indonesischen Militärs den Charakter eines Völkermordes mit mehreren Hunderttausend Toten angenommen hat und bis heute unzählige "verschwundene" und gefolterte Menschen Opfer von Suhartos Politik werden, ist die Bundesrepublik Deutschland ein "hervorragender Partner" und einer der wichtigsten Waffenlieferanten. Bei den Rüstungsexporten sind z.B. in dem Zeitraum 1975 bis 1985 nach den Zahlen der US-amerikanischen Behörde "Arms Control and Disarmament Agency" (ACDA) die USA und die Bundesrepublik die zwei führenden Länder.

Die Liste der Waffenlieferungen aus der Bundesrepublik ist lang; hier nur einige Beispiele:

- 1974 gründet der ehemalige MBB-Abteilungsleiter Jusuf Habibie die Luftfahrtfirma NURTIAN. Ab 1975 werden Bo-105 Hubschrauber von MBB in Lizenz gefertigt. Habibie wird zu einer zentralen Figur bei den deutsch-indonesischen Rüstungsgeschäften (vgl.: Wehrtechnik 5/85, S.104, ami 3/84, S. I-35, HB 4.1.85);

- 1981 erfolgt die Lieferung von zwei U-Booten der Firma HDW, ein Geschäft, das 1977 genehmigt worden war und an dem auch MBB beteiligt ist: Die U-Boote werden von MBB-Motoren angetrieben (vgl.: Spiegel 8/77, S.55; Wehrtechnik 9/87, S.28);

- 1982 erstellt Daimler-Benz in Indonesien ein Montagewerk. Danach tauchen u.a. in australischen Zeitungen Fotos auf, die gepanzerte Mercedes-Fahrzeuge beim Einsatz in Osttimor zeigen. Die Bundesregierung hat diesbezüglich "selbstverständlich" "keine Erkenntnisse" (vgl.: K. Ludwig: Osttimor, das vergessene Sterben, Göttingen 1985, S.25);

- 1983 erhält MBB und Kawasaki als Gemeinschaftsprojekt den Auftrag zur Lizenzproduktion von 100 BK-117 Hubschraubern (vgl.: Wehrtechnik 5/83, S54);

- 1984 liefert Lürssen Schnellboote, ein Geschäft, von dem u.a. auch MTU (Motoren), Daimler-Benz (Generatoren) und Rheinmetall (Kanonen) profitieren (HB 28.12.84 u. 26.1.87, IDR 8/88, S.982);

- 1985 werden bei der niederländischen Werft GNM Naval Construction TRIPARITE-Minenjagdboote bestellt, die mit MTU-Diesel angetrieben werden und Propeller von Schottel besitzen (vgl.: Wehrtechnik 6/85, S.104);

- 1988 genehmigt das Bundesinnenministerium die Lieferung von polizeilicher Ausrüstung im Wert von 700.000 DM. Im gleichen Jahr gewährt das Verteidigungsministerium die Ausfuhr militärischer Ausrüstung im Wert von 1 Millionen DM (vgl.: Wehrdienst 14.3.88, S.3);

- 1992 kauft Indonesien 39 Kampfschiffe aus den Beständen der ehemaligen NVA, darunter 16 Korvetten, 12 Landungsboote, 2 Hochsee- und Gefechtversorger und 9 Minensucher (vgl.: FAZ 24.7.92, FR 24.7.92);

- Für den Zeitraum 1991-93 kommt es zur Vergabe einer polizeilichen und militärischen Ausstattungshilfe durch die Bundesregierung in Höhe von 2,2 Millionen DM (vgl.: epd 2/92, S.4);

- Nach Recherchen des ARD-Magazins Monitor ist von der Bundesgrenzschutzeinheit GSG-9 der indonesische Soldat in Deutschland ausgebildet worden, der später als General auf Osttimor durch Massaker an der Zivilbevölkerung bekannt geworden ist.

Heckler&Koch G-3-Gewehre, MBB-Hubschrauber, Mercedes-Benz-Militärfahrzeuge, Schiffe und U-Boote von HDW und Lürssen, Bordkanonen von Rheinmetall, Ausstattungshilfen der Bundesregierung und Ausbildung von Soldaten in der Bundesrepublik, die später als Kommandeure für Massaker an der Zivilbevölkerung verantwortlich sind, all das macht deutlich: Die deutsch-indonesischen Beziehungen waren und sind gerade in diesem Sektor stets von herausragender Bedeutung.

Vitale deutsche Interessen?

Malaysia, Thailand, Singapur, Brunei, die Philippinen und Indonesien gehören zu den sogenannten ASEAN-Staaten, die seit 1985 bei Rüstungsexporten den NATO-Staaten gleichgestellt sind. Die Waffenlieferungen in diese Region haben in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen und es ist in der Friedensforschung unstrittig, daß eine besorgniserregende Rüstungsspirale im südostasiatischen Raum zu verzeichnen ist. In der Frankfurter Rundschau wird beispielsweise der japanische Verteidigungsexperte Kensuke Ebetahat zitiert, der in dem Verkauf der ehemaligen NVA-Kriegsschiffe an Indonesien "den letzten Anstoß für den in den südostasiatischen Staaten ohnehin latent vorhandenen Drang hinaus auf das Meer" sieht. Daß damit nicht der Kampf gegen Piraten gemeint ist (was angeblich hinter dem Kaufinteresse Indonesiens steht), sondern daß in Zukunft die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen bei der Fortsetzung der Aufrüstung in dieser Region zunehmen wird, spiegelt sich auch in der Äußerung des taiwanesischen Verteidigungsexperten Richard Yang wider. Der befürchtet, das von Indonesien mit Hilfe der Bundesrepublik vorangetriebene "kostspielige Abenteuer einer starken Seestreitmacht" werde "früher oder später schnurstracks zu den Spratley-Inseln" führen (FR 3.5.93). Die Spratley-Inseln im südchinesischen Meer werden von verschiedenen Ländern Südostasiens beansprucht.

Die Gefahr, daß ein weiteres Drehen an der Rüstungsspirale die Region in ein Pulverfaß verwandeln könnte - so wie es in den zurückliegenden Jahrzehnten in der Nahost-Region der Fall war, mit den bekannten, verheerenden Folgen - ist nicht von der Hand zu weisen. Heute geht etwa ein Drittel des weltweiten Waffenexports in diese Region.

Vor diesem Hintergrund sind die Waffenlieferungen an General Suharto angesichts der massiven Menschenrechtsverletzungen in Indonesien aber eben nicht bloß eine, gemessen an den eigenen Maßstäben, politisch-moralische Bankrotterklärung: Zwar werden "schöne" Absichtserklärungen oder Beschlüsse wie die des EG-Ministerrats (keine Waffenlieferungen an Länder, in denen massivste Menschenrechtsverletzungen stattfinden) zu hohlen Phrasen, die das Papier nicht wert sind, auf dem sie stehen, aber sie haben durchaus einen gewünschten Nebeneffekt; Fuß fassen auf (neuen) lukrativen Märkten. Schließlich war die rüstungspolitische Zusammenarbeit oft verknüpft mit einer Reihe weiterer kommerzieller Folgegeschäfte für die deutsche Industrie.

Die Aufforderungen von Menschenrechts- und Friedensgruppen, Kohl soll bei seinem Besuch auf die Einhaltung der Menschenrechte drängen, sind zwar verständlich und an sich bitter nötig, bleiben aber ohne großes Gewicht, denn wie so oft wird es auch diesmal "natürlich" vor allem um "gute Geschäfte" gehen. Und soviel steht fest: Bei dem Staatsbesuch treffen zwei Regierungschefs zusammen, die wenig Anlaß zur Hoffnung für die Menschen in Indonesien und Ost-Timor geben - auf der einen Seite einer der dienstältesten und grausamsten Diktatoren der Welt, und auf der anderen Seite einer seiner wichtigsten Waffenlieferanten. Die Regierenden in Djakarta und Bonn werden nicht mit gutgemeinten Appellen zu einer Kurskorrektur ihrer Politik zu bewegen sein.

Thomas Klein

Thomas Klein ist Soziologe und Mitarbeiter bei der Kampagne gegen Rüstungsexport / Idstein.

2. Antifaschismus. Argumente und Debattenstoff. Rezension

Autor: S.Kl., Marburg · Rubrik: Antifaschistischer Kampf; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:03

Was noch in den 80er Jahren als rechtsextreme Position galt und weitgehend isoliert war, können seit einigen Jahren alt- und neurechte Historiker und Publizisten ungeniert in die Debatte werfen, wenn es um die Einschätzung des deutschen Faschismus und seiner Verbrechen geht. Da gilt das Lob den Erfolgen des deutschen Faschismus auf dem Gebiet sozialer Modernisierung (Zitelmann), erscheint in der Reihe "Geschichte Deutschlands" (Propyläen) das Werk eines Autors, dem der Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden ein paar Randbemerkungen in der Diktion der Mörder wert ist, der das Schicksal deutscher Kriegsopfer dagegen mit Emphase begleitet (K.H. Weißmann).

Jetzt ist aus Anlaß des 60. Geburtstages des Marburger Politikwissenschaftlers und Faschismusforschers Reinhard Kühnl eine umfangreiche Aufsatzsammlung mit dem Titel "Antifaschismus" erschienen. Ziel der Herausgeber ist es, dem Rollback etwas entgegenzusetzen und neuere Debatten um Rassismus und Nationalismus aufzugreifen.

Eine auch innerhalb der Linken umstrittene Frage war und ist, ob das deutsche Terror-Regime von 1933 bis 1945 problemlos mit dem Begriff Faschismus charakterisiert werden kann. Während die Kennzeichnung dieses Regimes als nationalsozialistisch aus linker Sicht dessen Propaganda unreflektiert übernimmt, geht die Kritik an der Einordnung als faschistisch in eine ganz andere Richtung: Auf diese Weise bleiben die Besonderheiten des deutschen Terror-Regimes unterbelichtet, konkret der mit fabrikmäßiger Routine betriebene Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden und auch die Dimensionen der deutschen imperialistischen Expansionspolitik.

In seinem Beitrag "Italienischer und deutscher Faschismus - Gemeinsamkeiten und Unterschiede" stellt Kurt Gossweiler fest, "die Gemeinsamkeiten beider Bewegungen und Regime (sind) viel bedeutsamer und gewichtiger als die Unterschiede" und rechtfertigt so die Kennzeichnung beider als faschistisch. Daß "in der Ideologie und Theorie des italienischen Faschismus überhaupt ein Gegenstück zum Antisemitismus des deutschen Faschismus fehlt" erklärt Gossweiler vor allem mit der Tatsache, "daß das Bedürfnis der Herrschenden nach einem Blitzableiter für den Volkszorn, nach einem Sündenbock, dem man alle Schuld für das Unglück aufladen konnte, das der Kapitalismus über die Massen gebracht hatte und weiterhin brachte, in Deutschland so stark war wie wohl in keinem anderen kapitalistischen Land, unvergleichlich stärker auch als in Italien."

Mit seinem alleinigen Verweis des deutschen Antisemitismus auf seine objektive und funktionale Bedeutung als Sündenbock im Sinne der Herrschenden läßt Gossweiler gänzlich die These des Historikers Daniel Jonah Goldhagen ("Hitler's Willing Executioners", vgl. ak 392) außer acht, wonach die breite Mehrheit der Deutschen den Massenmord an den Jüdinnen und Juden nicht bloß geduldet, sondern mit aktiver Zustimmung gefördert hatte. Dies scheint mir ein weitaus plausiblerer Grund für das reibungslose Funktionieren der deutschen antisemitischen Mordmaschinerie zu sein.

Seitenwechsel: Mal nimmt er tragische, mal komische, manchmal widerwärtige Formen an: der "Verrat" ehemals linker Intellektueller, die mal eben ihr biographisches Gestern an der Garderobe ablegen. Am Beispiel der vor nicht allzu langer Zeit als SDS-Aktivistin und linksradikale Lukács-Kritikerin engagierten Politikwissenschaftlerin Antonia Grunenberg ("Antifa - ein deutscher Mythos") kritisiert Frank Deppe den in Mode gekommenen Anti-Antifaschismus. Der Tabubruch, den ehemalige Linke dabei gerne für ihre Selbststilisierung zu rebellischen Vordenkern für sich reklamieren, erweist sich selbst als Mythos: "Die Verleumdung des Antifaschismus der Linken ist also keineswegs originell, sondern konstitutives Merkmal der postfaschistischen politischen Kultur in Deutschland" (Deppe).

Antifaschismus gilt Grunenberg als kommunistische Ideologie und als antidemokratisch, somit als Teil totalitären Denkens und Feind der liebgewonnen "Zivilgesellschaft". Den vielfältigen linken Widerstand gegen den Terror der faschistischen Regime in Deutschland und Europa, seine Entstehung und Motive, wirft die Autorin kurzerhand auf den Müllhaufen der Geschichte. Gleiches gilt für die politischen Pläne der

Widerstandsbewegungen für eine Nachkriegsordnung nach der Befreiung vom Faschismus. Doch der Kampf gegen menschenverachtende Verhältnisse paßt ebensowenig zum Arrangement mit dem Bestehenden wie der von den Konvertiten als "utopisch" abqualifizierte Gedanke, alles könnte vielleicht auch anders sein, als es ist. Für eine differenziertere Kritik am Antifaschismus, in diesem Fall dem legitimatorischen des DDR-Staates, steht der Beitrag von Wolfgang Fritz Haug: "Die gegen die eigene Bevölkerung gerichtete Grenzschließung als ‚antifaschistischen Schutzwall` zu artikulieren, mußte das Aufbegehren dagegen in den Anti-Antifaschismus drängen."

Insgesamt liefert das Buch "Antifaschismus" Argumente und Debattenstoff für kritische HistorikerInnen ebenso wie für linke Gruppen, die gegen Faschismus und neurechte Denkfabriken aktiv sind.

S. Kl., Marburg

Frank Deppe / Georg Fülberth / Rainer Rilling (Hg.): Antifaschismus. Heilbronn 1996, Distel-Verlag. 620 Seiten, DM 42,-

3. "Einsatz nicht mehr vertretbar". Der kurze Auftritt des rechten Presseoffiziers Weber

Der kurze Auftritt des Presseoffiziers Weber

Autor: Ulla Jelpke · Rubrik: Bundeswehr; Rechtsradikale, Altnazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:33

Der ehemalige Redakteur des Ostpreußenblatts und Vorsitzende des Landesverbandes Nord der "Jungen Landsmannschaft Ostpreußen", Joachim Weber, ist nicht mehr als Presseoffizier der Bundeswehr bei dem deutschen IFOR-Kontingent tätig (siehe dazu ak 394 vom 19.9.96). Die Bundeswehr hatte Weber nach Veröffentlichungen im Spiegel, in denen sein rechtsextremes Engagement enthüllt wurde, "sofort durch den zuständigen Disziplinarvorgesetzten von allen Aufgaben" in der Presse- und Informationszentrale (PIZ) GECONIFOR (L) entbunden. Das erklärte die Bundesregierung in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der PDS.

Die Bundesregierung führt dazu aus, daß unmittelbar nach Bekanntwerden der publizistischen Tätigkeit Webers in der Zeitschrift Criticón "disziplinare Ermittlungen" eingeleitet worden sind. Die Ermittlungen ergaben zwar "keine Anhaltspunkte für eine rechtsextreme Haltung" des Oberstleutnants der Reserve; aber "bereits aufgrund" eines von ihm verfaßten Criticón-Artikels sei sein "Einsatz im PIZ GECONIFOR (L) nicht mehr vertretbar". (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der PDS "Der Presseoffizier des deutschen IFOR-Kontingents in Kroatien und der Rechtsextremismus", Bundestags-Drs. 13/5877 vom 17.10.96).

Webers Artikel in Criticón sei der Regierung zum "Zeitpunkt der Einplanung" nicht bekannt gewesen. Darin hatte Weber Ende 1994 der Bundesregierung eine "Demontage der Bundeswehr" vorgeworfen. Die "deutschen Weltkriegsheere" seien demgegenüber ein "eindrucksvolles Beispiel" dafür, wie "materielle Mängel einer Truppe" durch die "Kampf-Moral der Einsatzverbände" ausgeglichen werden könnten (Criticón Nr. 144, Oktober/November/Dezember 1994).

Seine publizistische Tätigkeit für Criticón hatte Weber "in der Klärungsphase für eine mögliche Einplanung" in die PIZ offenbar verschwiegen. Er hatte hier angegeben, daß er neben seiner Tätigkeit als Redakteur beim Ostpreußenblatt für die Welt, die Welt am Sonntag, die Berliner Morgenpost, Chronicals (USA), und die Bundeswehrzeitungen Wehrtechnik und Loyal geschrieben hatte. Artikelproben hatte man sich bei seiner Einplanung nicht angesehen. Lapidar antwortete die Bundesregierung: "Zum Zeitpunkt der Einplanung lagen keine Veröffentlichungen des Oberstleutnant d. R. Weber vor." Zu seinen geschichtsrevisionistischen Artikeln im Ostpreußenblatt, in denen er die Verantwortung des Hitler-Faschismus am "Rußland-Feldzug" herunterspielte, erklärte Weber bei einer Vernehmung am 9.10.96: "Die Formulierung ‚Thesen von deutschen Aggressionen seien widerlegt', scheint mir arg plakativ. Ob die Redaktion Ostpreußenblatt einen Artikel von mir mit solch einer Überschrift versehen hat, bzw. ob die Redaktion in meine Texte hineinredigiert hat, entzieht sich meiner Erinnerung". (Bundestags-Drs. 13/5877).

Arg "plakativ" war nicht nur die Überschrift, sondern der gesamte Artikel. Aber die Bundesregierung will keine weitergehende Prüfung der journalistischen Aktivitäten Webers, da für sie feststeht, daß ein "Einsatz dieses Reserveoffiziers auf einem öffentlichkeitswirksamen Dienstposten auch in Zukunft ausgeschlossen" sein wird.

Der Reserveoffizier Weber kann sich trösten. Rückendeckung fand er immerhin in der neofaschistischen Zeitung Nation und Europa. Da hieß es: "Der Fall ist einer der zahlreichen Belege dafür, daß heute bereits ein gemäßigt konservativ-patriotisches Engagement ausreicht, um in Deutschland zum Kampagnen-Opfer zu werden" (Nation und Europa 10/1996, S. 74).

Zunächst einmal scheint Weber als Geschichtsrevisionist für die Bundeswehr auf einem derartig hochsensiblen Posten untragbar und gegenüber möglichen Protesten von seiten der anderen IFOR-Staaten unhaltbar. Gespannt darf man darauf sein, ob er in den hiesigen Bundeswehr-Zeitungen weiter schreiben darf.

Ulla Jelpke

4. In eigener Sache

Autor: Redaktion · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:48

Der 25. Geburtstag unserer Zeitung rückt näher, und die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Die Dezember-Ausgabe von ak wird in verschiedener Hinsicht aus dem Rahmen fallen: In einem umfangreichen Sonderteil (20 bis 24 Seiten) blicken wir auf ein Vierteljahrhundert unserer Arbeit zurück. Unsere Jubiläumsausgabe soll nicht die beliebte Reihe "Der rote Großvater erzählt" fortsetzen, sondern kritisch Bilanz ziehen. Neben Artikeln zu Schwerpunkten unserer Arbeit wird es Meinungsäußerungen ehemaliger MitstreiterInnen und befreundeter AutorInnen geben. Namen werden noch nicht verraten.

Der Sonderteil zum ak-Jubiläum wird in höherer Auflage als üblich gedruckt. Wer über Wurzeln und Tradition von ak etwas nachlesen will, kann darauf zurückgreifen - bis in nicht allzu ferner Zukunft die derzeit im Entstehen befindliche "Geschichte des Kommunistischen Bundes" gedruckt vorliegt. Über dieses (wissenschaftliche) Projekt wird ebenfalls in der Jubiläumsausgabe berichtet. Wer die Jubiläumsausgabe zum Anlaß nehmen möchte, ak neuen LeserInnen bekannt zu machen: Wir bieten ein Schnupper-Abo zum Jubiläumspreis von DM 15,-! Ihr zahlt per Scheck oder Überweisung, und wir schicken drei ak-Ausgaben an die Adresse, die Ihr uns nennt.

Das Programm der Festveranstaltung nimmt Konturen an. Die Feier findet am Samstag, dem 25. Januar 1997, im "Haus 3" in Hamburg-Altona statt. Beginnen soll sie am Nachmittag mit einer Podiumsdiskussion zu aktuellen Fragen linker Politik. Nach dem Kulturprogramm darf ohne zeitliche Begrenzung getanzt und gefeiert werden.

Während der Vorbereitung auf unser Jubiläum laufen die Alltagsgeschäfte weiter. Auch hier gibt es Erfreuliches zu berichten: Ab der nächsten Ausgabe (erscheint am 12. Dezember) wird ak in den Bahnhofsbuchhandlungen in Frankfurt, Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg und Nürnberg zu haben sein.

ak-Redaktion

5. Schulterschluß von CSU und NPD. Schwarzbraune Front gegen Ausstellung über Wehrmachtsverbrechen

Autor: Al., Nürnberg · Rubrik: CDU/CSU; Rechtsradikale, Altnazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:21

Zwei Hundertschaften Polizei schützten 20 Neonazis, die in Nürnberg am 2. November eine genehmigte Kundgebung gegen die Ausstellung "Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1944" abhielten. Nach nur eintägiger Mobilisierungszeit fanden sich etwa 100 Gegendemonstranten ein, die mit Parolen wie "deutsche Täter sind keine Opfer" die per Megaphon verlesene Rede des mittelfränkischen NPD-Funktionärs Ralf Ollert übertönten. Die Polizeikräfte drängten die vorwiegend autonomen Antifas zurück, verletzten eine Person und nahmen mehrere Leute unter zum Teil beträchtlicher Gewaltanwendung fest. Dabei taten sich Angehörige des Unterstützungskommandos (USK) durch ihr brutales Vorgehen erneut besonders hervor.

Diese Sondereinheit war im August ins Gerede gekommen, als durch eine Anzeige eines Photolaboranten bekannt wurde, daß auf einem Bild sieben USK-Beamte mit dem Hitler-Gruß abgebildet waren. Im Hintergrund war ein Transparent mit einem Konterfei des Hitler-Stellvertreters Heß zu sehen. Außerdem sollen sie bei der Feier auf dem Gelände einer Bereitschaftspolizeikaserne, bei der die Bilder entstanden, auch Nazi-Lieder gegröhlt haben. Die sieben, die ihr Verhalten als "Spaß" darstellten und angaben, sie hätten den Charlie-Chaplin-Film "Der große Diktator" nachgestellt und einen über den Durst getrunken, wurden nach dem 12. August vorübergehend vom Dienst suspendiert. (Süddeutsche Zeitung, 30.8.) Mittlerweile, die vorübergehende Medienaufregung gehört der Vergangenheit an, wurden die polizeiinternen Vorermittlungen abgeschlossen. Ergebnis: Null. Die genannte Version gilt nun als offizielle Wahrheit.

Nachdem seit September 1994 mehrere Anläufe von "Jungen Nationaldemokraten" (JN) und NPD an den jeweiligen Gegenmobilisierungen gescheitert waren, schafften es die Rechtsradikalen nun dank CSU-Innenminister Becksteins Mannen wieder, auf der Straße Flagge zu zeigen.

Bei der Polemik gegen die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung kam es in Nürnberg - wie schon bei den polemischen Angriffen gegen das KOMM - erneut zu einem Schulterschluß zwischen NPD/JN/Nazi-Skins und CSU. Die lokale CSU-Fraktion hatte sich nämlich im Vorfeld der Nazi-Aktion geweigert, sich mit den unangenehmen historischen Fakten zu konfrontieren, die die Ausstellung belegt. Im Namen seiner Fraktion lehnte der CSU-Fraktionsführer Klemens Gsell im Oktober einen Ausstellungsbesuch ab und pilgerte mit seinen Parteifreunden statt dessen ins örtliche Garnisionsmuseum. Seine Begründung: "Ich habe keine Lust mehr, die braune Geschichte meiner Stadt ständig auf meinen Schultern zu tragen." Obwohl die CSU nach Interventionen der Kirchenoberen ihren rechtspopulistischen Kurs abdämpfte, zeigte die Leserbriefwelle in den örtlichen Tageszeitungen, wie tief der schwarzbraune Sumpf ist. Besser konnte man den Nazi-Skins, die unter dem NPD-Fähnchen aufmarschierten, den Boden nicht bereiten.

Al., Nürnberg

6. Im Westen nichts Neues. Die US-Wahlen bestätigen das bisherige Kräfteverhältnis

Autor: Michael Hahn · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:43

Bill Clinton geschieht Unrecht. Alle Welt wirft ihm "Opportunismus" und "Wechselhaftigkeit" vor, dabei betreibt er seit Jahren konsequent und zielstrebig den Abbau des Sozialstaats. Die New Yorker Aktienbörse feierte Clintons Wiederwahl mit einem neuen "Dow-Jones"-Rekord. Auch in seiner zweiten Amtszeit wird Clinton gelegentlich "links blinken", aber rechts regieren. Linke Alternativen sind nicht in Sicht.

Ein "Mandat" für Clinton ist das Wahlergebnis keineswegs. Verglichen mit 1992 hat sich nur wenig verändert. Angesichts der deutlich geringeren Wahlbeteiligung (der niedrigsten seit 72 Jahren) ist Clinton bei den absoluten Stimmen auf gleichem Niveau geblieben. Seine WählerInnenbasis gleicht der von 1992: Überdurchschnittliche Ergebnisse bei Frauen, Afroamerikanern und Leuten mit niedrigen und mittleren Einkommen sowie regional im Nordosten, im industriell geprägten Mittelwesten und an der Westküste. Die Republikaner Bush bzw. Dole stützten sich vor allem auf Besserverdienende und auf weiße Männer, regional auf den Südosten und den "Farmgürtel" der "Prärie-Staaten".

Auch im Kongreß wurden die bestehenden Machtverhältnisse bestätigt: Knappe republikanische Mehrheiten im Repräsentantenhaus und im Senat. Selbst bei den gleichzeitig stattfindenden Gouverneurswahlen änderte sich landesweit gesehen das Kräfteverhältnis nicht. Insofern ist das Ergebnis eine eindrucksvolle Bestätigung der großen Gewinne, die die Republikaner bei den Zwischenwahlen von 1994 eingefahren hatten. So bestätigt sich nachträglich, daß es sich damals nicht um eine einmalige "Protestwahl" gehandelt hat, sondern um den Ausdruck einer dauerhaften Rechtsverschiebung im politischen Spektrum der USA. (siehe auch ak 372)

"Opportunist" Clinton?

Die KommentatorInnen der deutschen Zeitungen am Tag nach der Wahl beweisen alle ein schwaches Gedächtnis - oder ein schlecht geführtes Redaktionsarchiv. Von FAZ bis junge Welt gehen die Analysen von Clintons erster Amtszeit alle vom selben Grundmuster aus: Clinton sei 1992 mit liberalen Visionen angetreten, schließlich jedoch damit "gescheitert" (jW) bzw. vernünftig geworden (FAZ). Aus "Opportunismus" (jW) bzw. "notorischem Opportunismus" (taz) hat der "wechselhafte Pragmatiker" (FAZ) dann nach dem republikanischen Zwischenwahlsieg von 1994 einen "Anpassungsprozeß an den Rechtsruck in der Gesellschaft" (taz) vollzogen. Clintons Kompromisse mit den Republikanern haben die WählerInnen nun mit einer zweiten Amtszeit für "Billy-Boy" (jW) belohnt. Scharfsinniger hat nur noch die FAZ analysiert: "Clinton wird der erste amerikanische Präsident sein, dessen Amtszeit im dritten Jahrtausend endet."

Clinton geschieht Unrecht. Denn den Rechtsruck, dem sich der junge Präsident "angepaßt" haben soll, hat Clinton seit fast 20 Jahren aktiv und zielstrebig mitbetrieben. Als Kopf des reaktionären Democratic Leadership Council (DLC) leistete Clinton in den 80er Jahren programmatische und organisatorische Vorarbeit. 1992 führte er seinen Wahlkampf mit rechten Themen: Er versprach ein "Ende der Wohlfahrt, wie wir sie kennen", wollte 100.000 neue Polizisten einstellen und versuchte, den damaligen republikanischen Präsidenten George Bush in der Außenpolitik (z.B. gegenüber Cuba) rechts zu überholen - alles Versprechen, die Clinton gehalten hat (außer daß bisher nur mehrere Zehntausend Polizisten angeheuert sind). Dazu gab es noch jede Menge Moralpredigten über "Selbstverantwortung" statt "Abhängigkeit" - als ideologische Begleitmusik zum forcierten Sozialabbau. Das Ganze bekam ein eingängiges Etikett: Clinton bezeichnete sich als "New Democrat" - in Abgrenzung zu den "alten Demokraten", die angeblich überkommenen sozialstaatlichen Vorstellungen anhingen.

Das Problem: Mit einem solchen rechten Programm können in den USA nur Republikaner gewinnen. Demokratische Kandidaten haben ohne ihre traditionelle Klientel (Gewerkschaften, Feministinnen, AfroamerikanerInnen) keine Chance. Clinton gibt deshalb regelmäßig "linke" Töne von sich: 1992 versprach er auch ein keynesianistisch angehauchtes Investitions- und Arbeitsbeschaffungsprogramm sowie eine grundlegende Reform des katastrophalen Krankenversicherungswesens. Nach seinem Wahlsieg war davon bald nicht mehr die Rede: Das ABM-Programm wurde einem rabiaten Austeritätskurs geopfert, die vorgeschlagene "Gesundheitsreform" folgte in erster Linie den Interessen der Versicherungskonzerne und wurde dadurch so kompliziert, daß sie im Kongreß scheiterte.

Clinton hält Wort

Schon in den Jahren 1993 und 1994, als die Demokraten im Kongreß noch über die Mehrheit verfügten, paktierte Clinton regelmäßig mit der republikanischen Opposition - gegen die linksliberale Minderheit in der eigenen Partei. Oberstes Ziel war die Reduzierung des Haushaltsdefizits. Weil der Rüstungsetat dabei nicht angetastet werden sollte, blieben nur rabiate Kürzungen in den Sozialhaushalten. Hier setzte Clinton Maßnahmen durch, die sich kein republikanischer Präsident hätte erlauben können. Gemessen an den Maastricht-Kriterien ist Clinton ein wahrer Musterschüler: Er senkte das Haushaltsdefizit von knapp 5 Prozent des Bruttosozialprodukts (1992) auf heute rund 1,5 Prozent.

Mit den Themen "Haushaltssanierung", "Schlanker Staat", "Kriminalität" und "Familienwerte" weckte Clinton offensichtlich nur den Appetit der rechten Basisbewegungen. Insofern waren die republikanischen Gewinne bei den Zwischenwahlen nicht nur ein Protest gegen den (bei "kulturellen" Themen wie Homosexualität) als zu liberal empfundenen Präsidenten. Die 1994er Wahlen können genausogut als Bestätigung für Clintons Rechtskurs gewertet werden.

Nach dem republikanischen Wahlsieg von 1994 betonte Clinton flugs seine Gemeinsamkeiten mit den Republikanern ("The Era of Big Government is over") - und geriet im Kongreß gewaltig unter die Räder. Die neue rechtskonservative Mehrheit unter der Führung von Newt Gingrich verabschiedete ein reaktionäres Gesetz nach dem anderen. Von der Seitenauslinie mußte Clinton zaghaft daran erinnern, er sei als Präsident immer noch "relevant".

Clintons Comeback begann erst im Winter 1995/96, als er von seinem bisherigen Rechtskurs abwich und deutlich gegen Gingrichs "Extremismus" Stellung bezog. In der dramatischen Auseinandersetzung um den Bundeshaushalt für 1996 präsentierte sich Clinton plötzlich als Schutzpatron von RentnerInnen und sozial Schwachen gegen die Raubzüge der Republikaner. Innerhalb weniger Wochen stieg er in den Meinungsumfragen wieder weit nach oben: mit einem Vorsprung von 10 bis 20 Prozentpunkten vor dem Republikaner Bob Dole. Dieser Vorsprung blieb dann bis zum Wahltag am 5. November praktisch unverändert - auch wenn Clinton nach dem Haushaltsstreit wieder seinen Rechtskurs aufnahm.

Der bittere Höhepunkt war im Sommer 1996 die sogenannte "Welfare Reform", die Clinton vier Jahre lang versprochen hatte. Als Folge verlieren mehrere Millionen Arme jegliche Ansprüche auf staatliche Unterstützung. Aus Angst, die Wahlchancen "ihres" Präsidenten zu beeinträchtigen, verzichteten die sozialdemokratische Parteilinke, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände auf ernsthaften Protest.

Demokraten weiter nach rechts

Auch im künftigen Kongreß wird der linksliberale Parteiflügel praktisch bedeutungslos bleiben. Angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse werden die wichtigen Entscheidungen wie bisher "in der Mitte" ausgehandelt: zwischen rechten Demokraten und Republikanern. Die nächste Attacke auf soziale Errungenschaften hat das Wall Street Journal bereits vor der Wahl ausgeplaudert: Danach will der rechte "Democratic Leadership Council" (Clintons Stall aus den 80er Jahren) gemeinsam mit den Republikanern die staatliche Rentenversicherung ("Social Security") privatisieren.

Auch der Interventionsversuch des Gewerkschafts-Dachverbandes AFL-CIO wird wohl folgenlos bleiben. Die Gewerkschaften hatten in bestimmten Wahlkreisen insgesamt 35 Millionen Dollar ausgegeben, um eine Wiederwahl von besonders rechtslastigen Republikanern zu verhindern (eigentlich eine winzige Summe angesichts der schätzungsweise 250 Millionen Dollar, die verschiedene Kapitalistenverbände zugunsten der Republikaner spendeten, wie selbst die FAZ zugeben mußte). Diese Investition hat sich aber für den AFL-CIO nicht bezahlt gemacht. Die meisten der ins Visier genommenen Republikaner wurden trotzdem wiedergewählt. Dazu war es den Gewerkschaften offensichtlich egal, daß ihre Wahlkampfspenden in vielen Fällen auch rechtslastigen Demokraten zugute kamen - nach dem Motto "kleineres Übel". Damit verzichtete der AFL-CIO auf jede Möglichkeit, die politischen Gewichte innerhalb der Demokratischen Partei zu verschieben.

Republikaner und Rechtsradikale

Daß Doles Wahlkampf der nötige "Drive" fehlte, war nicht nur dem hohen Alter oder den vielen Ungeschicktheiten des Kandidaten geschuldet. Den Republikanern fehlte es dieses Mal auch an einer

ausreichend energiegeladenen Parteibasis. Der Grund: Christliche Fundamentalisten und Schußwaffenfanatiker konnten sich nie für den relativ moderaten Dole begeistern.

Auch von ganz rechtsaußen (Ku-Klux-Klan, Nazis, militante "Lebensschützer", "Bürgermilizen", etc.) wurde kaum in die Wahlen interveniert. Dort diskutiert man seit Jahren heftig über die beste Strategie. Die einen setzen darauf, die republikanische Partei langfristig zu unterwandern. Dafür steht Pat Buchanan (siehe ak 388). Diese Strategie steckt im Moment in einer Sackgasse. Buchanan wird ausgebremst, weil die Kapitalinteressen, die die Republikaner dominieren, seine rechtspopulistischen AnhängerInnen allenfalls als Fußvolk gebrauchen können. Für eine zweite, "unabhängige" Strategie steht die rechtsradikale U.S. Taxpayers Party von Howard Philipps, der landesweit immerhin rund 180.000 Stimmen erzielte, aber dennoch weitgehend isoliert ist.

Auch rechtsradikale Kongreßabgeordnete wie die Miliz-Sympathisantin Helen Chenoweth aus Idaho mußten zurückstecken. Während sie vor zwei Jahren noch allerlei "schwarze Helikopter" und andere Anzeichen für eine fremde (UN-) Invasion in den USA sichtete, mußte sich Chenoweth dieses Mal als "normale" Konservative präsentieren - und gewann erneut ihren Wahlkreis. Ein anderer Miliz-Sprecher, der Republikaner Steve Stockman aus Texas, muß im Dezember in eine Stichwahl.

Insgesamt hat sich zwar die rechtskonservative Hegemonie in den republikanischen Fraktionen in Senat und Repräsentantenhaus gefestigt. Aber der "revolutionäre" Drive des Rechtsaußen-Parteiflügels ist weitgehend gelähmt.

Linke Kleinparteien

Die sozialistischen Kleinstparteien Workers World Party, Socialist Workers Party und Socialist Party erzielten zusammen nicht einmal 50.000 Stimmen (weniger als 0,05 Prozent). Eine Enttäuschung sind die 0,7 Prozent der Stimmen, die der bekannte Verbraucheranwalt Ralph Nader erzielte. Als Kandidat der "Grünen" beschränkte sich Nader auf einen "Barfuß-Wahlkampf". Er gab nur 5000 Dollar für seine Kampagne aus und verzichtete damit auf jede Fernsehwerbung. Damit war von vornherein klar, daß Nader nur symbolisch kandidierte und nicht ernsthaft in den Wahlkampf eingreifen wollte.

Angesichts von Clintons eindeutigem Umfragen-Vorsprung bestand keinerlei "Gefahr", daß grüne Stimmen dem Demokraten fehlen und so Dole zum Sieg verhelfen würden. Daß selbst ein so bekannter und integrer Kandidat wie Nader trotzdem kaum über eine halbe Million Stimmen hinauskam, zeigt, wie schwer es sein wird, eine linke Wahlalternative zur Demokratischen Partei aufzubauen. (Siehe auch ak 393)

Michael Hahn, 8. November 1996

Präsidentschafts-Wahlergebnisse

(in Prozent), +, +

, 1992, 1996

Clinton, 43, 50

Bush bzw. Dole, 38, 41

Perot, 19, 8

, ,

US-Senat, +, +

, 1994, 1996

Demokraten, 47, 45

Republikaner, 53, 55

, ,

US-Repräsentantenhaus, +, +

, 1994, 1996

Demokraten, 204/198, 207

Republikaner, 230/236, 226

Unabhängige, 1, 2

Anm.: Durch Parteiübertritte und Nachwahlen verloren die Demokraten nach den 1994er Wahlen insgesamt sechs Sitze an die Republikaner. Das 1996er-Ergebnis ist noch nicht endgültig: in Texas finden im Dezember noch drei Stichwahlen statt., +, +

"Elternrechte" und " Affirmative Action"

Bei den insgesamt rund 90 Volksabstimmungen in verschiedenen Bundesstaaten gab es eine gute und eine schlechte Nachricht. Die gute zuerst: In Colorado verlor die sogenannte "Parental Rights Initiative", die in der Verfassung das "Recht" von Eltern festschreiben wollte, "die Erziehung, Ausbildung, Grundwerte und Disziplin ihrer Kinder zu leiten und zu kontrollieren".

Dahinter verbirgt sich eine neue Offensive christlicher Fundamentalisten, die inzwischen eingesehen haben, daß sie mit dem Thema Abtreibung auf parlamentarischer Ebene nicht weiter kommen. Mit "elterlichen Rechten" wollen die Fundamentalisten die Möglichkeit bekommen, BeamtInnen oder LehrerInnen zu verklagen, wenn die z.B. Sexualkunde unterrichten.

Der Referendums-Text von Colorado war dabei noch relativ harmlos. Ein ähnlicher Gesetzentwurf scheiterte vor einigen Monaten in New Hampshire: Dort hatten die BefürworterInnen verlangt, daß die Themen Sexualität, Evolution und "One-World-Government" (also die Weltherrschaft wahlweise der UNO oder der internationalen Bankiers) nur noch mit ausdrücklicher elterlicher Zustimmung unterrichtet werden dürfen. In weiteren 27 Bundesstaaten sind ähnliche Initiativen geplant.

Die schlechte Nachricht: California hat sich wieder mal als konservativer Vorreiter erwiesen und die sogenannte "Proposition 209" mit 56 zu 44 Prozent der Stimmen verabschiedet. Damit sollen sämtliche Antidiskriminierungsgesetze ("Affirmative Action") aufgehoben werden. Ob der Volksentscheid wirksam wird, muß erst noch gerichtlich geklärt werden.

Ganz im Gegensatz zu seinem Image als liberaler und lebensfroher "Sunshine-State" ist California ein Bundesstaat mit äußerst gut organisierten rechten Massenbewegungen. Nach dem erfolgreichen Steuerprotest-Referendum "Proposition 13" in den 70er Jahren machte 1994 vor allem die "Proposition 187" Schlagzeilen. Damit sollten in California "illegale" ImmigrantInnen und ihre Kinder vom Schulbesuch und von Behandlungen in öffentlichen Kliniken ausgeschlossen werden. Ein Gericht verhinderte dann allerdings ein Inkrafttreten. (siehe ak 372, Nov. 94).

Unter dem frechen Titel "California Civil Rights Initiative" will die jetzt verabschiedete "Proposition 209" jegliche staatliche "Bevorzugung" von Frauen und Angehörigen ethnischer Minderheiten verbieten (vor allem bei der Vergabe von Studienplätzen und von öffentlichen Aufträgen). Die Mehrheit für den Gesetzentwurf ist um so erschreckender, als nicht nur antirassistische Gruppen dagegen mobilisiert hatten, sondern auch Clinton (der in California eine satte Mehrheit gewann) und die wichtigen Kapitalistenverbände dagegen votiert hatten. Es ist zu befürchten, daß nun eine weitere Welle von rassistischen Basismobilisierungen über das Land schwappen wird.

Helms Forever?

Noch ein Wermutstropfen für die Weltrevolution: US-Senator Jesse Helms, Duz-Freund des chilenischen Ex-Diktators Pinochet, wurde knapp wiedergewählt und bleibt jetzt bis mindestens Januar 2003 im Amt. Seit zwei Jahren hat Helms den Vorsitz des außenpolitischen Ausschusses inne - und hetzt dort gegen Cuba und die Vereinten Nationen. Mit seiner Wiederwahl dürfte es noch schwieriger geworden sein, das Helms-Burton-Boykottgesetz gegen Cuba (siehe ak 394) wieder auszuhebeln.

7. Testing the East - Kohl und andere Köpfe auf Asienswing

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Indonesien · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:26

Herbstzeit - Reisezeit: Während den hiesigen NehmerInnen der Arbeit ebenso lautstark wie variantenreich Lohnverzicht als neue Tugend im Sog der notwendigen Globalisierung gepredigt und mit harschen Sparmaßnahmen eingepaukt wird, genehmigte sich am anderen Ende der Welt eine kleine Bundeskabinettsrunde ein opulentes Stelldichein. Außenminister Kinkel war bereits als Quartiermeister in die VR China und in die Mongolei vorausgeeilt, in deren Hauptstadt Ulan Bator er sinnigerweise die "Khan-Brauerei" als erstes größeres deutsch-mongolisches Joint venture einweihte, da schnürten bereits Bundeskanzler Kohl, Wirtschaftsminister Rexrodt, Bildungsminister Rüttgers und Postminister Bötsch mitsamt 50 hochrangigen Vertretern des westdeutschen Big Business ihr Reisegepäck. Vom 25. Oktober bis zum 2. November bereiste dieser illustre Troß, teilweise ausgedünnt aufgrund einer von der SPD erwirkten Sondersitzung des Bundestages, die südostasiatisehen Inselstaaten Indonesien und die Philippinen sowie Japan.

Die Agenda war klar, die Ambitionen waren hochgesteckt. Es ging ums liebe Geld, um die politisch-diplomatische Aufwertung des größeren Deutschland in Asien sowie um das tatkräftige Umsetzen des vom Bundeskabinett im Oktober 1993 beschlossenen sogenannten "Asien-Pazifik-Konzepts". Seit gut drei Jahren hat sich auch in Bonn herumgesprochen, daß der Weltmarkttango heute zuallererst in der Region Asien-Pazifik spielt. Dort vollziehen sich die weltweit dynamischsten Umbruchprozesse in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Dort sind die international mit Abstand höchsten Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts zu registrieren, was nicht zuletzt durch die bevorstehende Aufnahme Südkoreas in den erlauchten Club der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) unterstrichen wird. Dort schließlich formieren sich nebst Südkorea und anderen "Tigerökonomien" in Indochina, Thailand, Südchina und Malaysia neue wirtschaftliche Subzentren, von deren Auf- und Ausbau nicht länger nurmehr die traditionell dominanten Protagonisten wie Japan und die USA profitieren sollen. Von der deutschen Wirtschaft ist diese Region vergleichsweise stiefmütterlich behandelt worden. Wenngleich seit einigen Jahren eine markante Zunahme des Handels mit den Staaten dieser Region zu konstatieren ist, hat man sich bislang mit nennenswerten Direktinvestitionen zurückgehalten. Das soll sich im Rahmen des Bonner Asien-Pazifik-Konzepts ändern, zumal etliche dieser Staaten von vormals praktizierten Protektionismen nolens volens Abschied nehmen und sich der Deregulierung und Liberalisierung ihrer Binnenmärkte stellen (müssen).

Minister Spranger

im Regen

Die stärkere Hinwendung nach Asien sei eine "prioritäre Aufgabe für die Zukunftssicherung Deutschlands", heißt es. Langfristig, so jedenfalls ist in dem umfangreichen Konzept-Dokument nachzulesen, sollen zu Persönlichkeiten dieser Region enge Beziehungen aufgebaut und es asiatischen Führungskräften ermöglicht werden, in Deutschland zu studieren. In "Deutschen Häusern", deren letztes im Zuge der Kanzlerreise in der philippinischen Hauptstadt Manila offiziell eingeweiht wurde, soll für engere gegenseitige Wirtschafts- und Kulturkontakte geworben werden. Wortkarg und schmallippig wird es freilich beim Thema Menschenrechte. Fortlaufende Menschenrechtsverletzungen in einigen Ländern der Asien-Pazifik-Region umgeht das Konzept-Dokument mit dem Verweis auf die "eigenständigen Wertetraditionen" Asiens. Trotz allem ansonsten zur Schau gestellten (westlichen) Kosmopolitismus werden diese Werte gern von Despoten und/oder technokratischen Herrschaftseliten als ein unhintergehbares Stück Identität gepriesen. Bezeichnenderweise stets dann, wenn sie sich gegen Kritik und Dissens abschotten. Die Beachtung der Menschenrechte, Beteiligung der Bevölkerung des Empfängerlandes an politischen Entscheidungen, Rechtssicherheit, ein marktwirtschaftliches System sowie eine Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns im - diese bei allen möglichen und unmöglichen Auftritten des (diesmal im nahen Bonn daheim gebliebenen) BMZ-Chefs Carl-Dieter Spranger mantrahaft beschworenen fünf Kriterien ach so hehrer bundesdeutscher Entwicklungshilfepolitik hätten während des Asienswings von Helmut Kohl & Co. kaum trefflicher ausgehebelt und konterkariert wenden können. (1)

Gleich zwei hartgesottenen Ex-Generälen wurden da die Hände geschüttelt. Und mit diesem Handshake sollte deren Stellung und politisches System aufgewertet werden. Das mußte und muß unweigerlich jene massenhaften und namenlosen Opfer, Gegner und Kritiker dieser Regime schmerzen, die seit langem gegen Indonesiens Präsidenten Hadji Mohamed Suharto und den philippinischen Präsidenten Fidel V. Ramos opponier(t)en. Mit Hassan II. von Marokko und Zaires Mobutu Sese Seko zählt Suharto zu den ältesten Fossilen der alten Weltordnung. Aller Überleben verdankt sich einzig ihrer bedingungslosen Liebedienerei gegenüber dem "freien Westen". Suharto dürfte sich dabei als größter Schurke und Schlächter im Namen von freedom & democracy hervorgetan haben. Sein Militärputsch vor genau 31 Jahren, in dessen Verlauf nach konservativen Schätzungen mindestens 300.000 Personen hingemetzelt wurden und Zehntausende politischer Häftlinge auf der Gefangeneninsel Buru unter schmählichen Bedingungen vegetieren mußten, führte nahezu zur völligen physischen Liquidierung tatsächlicher oder vermeintlicher Anhänger der PKI, der seinerzeit neben der KPdSU und KP Chinas stärksten kommunistischen Partei. Der namhafte Linguist und eloquente Kritiker der US-amerikanischen Aggression gegen Indochina, Noam Chomsky, prägte in diesem Zusammenhang den Begriff "benign terror". "Wohlwollend" oder "wohlmeinend" war dieser (Staats)Terror deshalb, weil er ausdrücklich im Kontext der Stützung der Macht- und Herrschaftsprärogativen der westlichen Führungsmacht exekutiert wurde. Reinhard Gehlen, der damalige Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND), kommentierte Suhartos Militärputsch mit unverhohlener Genugtuung: "Der Erfolg der indonesischen Armee, die (...) die Ausschaltung der gesamten kommunistischen Partei mit Konsequenz und Härte verfolgte, kann nach meiner Überzeugung in seiner Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden." (2)

Schildkröten in der Javasee

Derlei Lob beflügelte Suharto Ende der 60er und Mitte der 70er Jahre zur ungeschminkten und im Westen durchgängig tolerierten völkerrechtswidrigen Annexion West-Papuas (Irian Jaya) und Ost-Timors. (3) Bis heute wird jedwede Opposition gegen sein Regime als "kommunistisch unterwandert, unser Land verunglimpfend" desavouiert Ende Juli lieferte seine Soldateska die letzte Kostprobe eines martialischen Großaufgebots: Demonstranten wurden durch die Straßen der Hauptstadt Djakarta gehetzt, niedergeknüppelt, erschossen und kurzerhand Parteibüros der vordem zugelassenen PDI-Opposition verwüstet. Namhafte Intellektuelle und Schriftsteller, wie Pramoedya Ananta Toer, unterliegen weiterhin dem Rede- bzw- Publikationsverbot. Kritischen Presseorganen wird der Maulkorb verpaßt oder die Lizenz entzogen, wenn sie sich - wie z.B. im Falle der Zeitschrift Tempo - wenig wohlwollend mit dem Verkauf alter NVA-Kriegsschiffe an Djakarta befaßten.

Damit vorerst auch alles so bleibt wie es ist, wird erwogen, potentielle Herausforderer Suhartos bei der nächsten Präsidentschaftswahl im Jahre 1998 gar nicht erst zuzulassen. Selbst das könnte und wird man sich möglicherweise ersparen; der Präsident bzw. Suhartos "funktionale Partei" (Golkar) bestückt das 1.000 Personen zählende Wahlmännergremium ohnehin mehrheitlich mit handverlesenen Kandidaten. Ein Klima also wie geschaffen für wachsenden Handel jenseits unkalkulierbaren Wandels. In dieser Hinsicht haben Kohl & Co. mit Milliardenaufträgen für Telekommunikation, (Militär)Technologie, Ausbau der Infrastruktur, weiteren Waffenschiebereien außerhalb des NATO-Bereichs etc. erreicht, was sie - im Sinne der Wirtschaft und Rüstungslobby - erreichen wollten. Ganz zu schweigen von der fortgesetzten Offiziersausbildung indonesischer Militärs in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese oder unter den Fittichen der GSG-9 in Hangelar bei Bonn. Derber Frust befiel allerdings die Kanzler-Entourage ob der Absage eines der beiden diesjährigen Friedensnobelpreisträger, Bischof Carlos Ximenes Belo von Ost-Timor, mit Herrn Kohl zusammenzutreffen. Möglicherweise entsprachs der Fügung des Herrn, daß sich der Geistliche profaner politischer Instrumentalisierung entzog und dem hohen Gast aus Germany ausrichten ließ, mit wichtigeren Terminen im Rahmen einer Firmungsreise eingedeckt zu sein. Pikant ist schließlich der avisierte medizinisch-technische Ausbau zwischen Spitälern in Djakarta und der Kurklinik im westfälischen Bad Oeynhausen. Dort nämlich hat sich Suharto - zuletzt im Sommer dieses Jahres - pflegen lassen (4).

Ramos in der Bredouille

Mit Fidel V. Ramos, der sich mit dem ersten Besuch eines Bundeskanzlers in den Philippinen politisch schmücken und der Welt sein Inselreich als "demokratisches Schaufenster" in Südostasien präsentieren wollte, residiert seit reichlich vier Jahren ein Präsident im Malacanang-Palast zu Manila, der zu den engsten Gewährsleuten der Marcos-Diktatur (1966-86) gezählt hatte. Ramos, ein Zögling der renommierten US-Militärakademie West Point, war damals zusammen mit seinem Kumpanen und heutigen Senator,

Ex-Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile, Marcos` wichtigster Kriegsrechtsverwalter. In jenen Tagen war er Chef der wegen ihrer notorischen Menschenrechtsverletzungen gefürchteten und international geächteten Philippine Constabulary / Integrated National Police, der Vorläuferin der heutigen Nationalpolizei, und fungierte später, unter Präsidentin Aquino hurtig zum "Demokraten" gewendet, als Generalstabschef und Verteidigungsminister. Etwa 200 km südöstlich von Manila entfernt, auf der Bondoc-Halbinsel, unterstützt die Bundesregierung mit dem beschönigend so genannten Bondoc Development Program unter dem Deckmäntelchen von ländlicher Entwicklung und Armutsbekämpfung das Aufstandsbekämpfungs-Konzept der Ramos-Regierung.

Just am letzten Tag des Kohl-Besuchs holten den Ex-General die Schatten der eigenen Vergangenheit wieder ein. Amnesty International (ai) und philippinische Menschenrechtsgruppen forderten die Regierung in Manila auf, das Schicksal von etwa 1.600 "Verschwundenen" aufzuklären und zu diesem Zweck eine offizielle Untersuchung einzuleiten. Laut ai verschwanden während der Marcos-Diktatur 760 und unter seiner "demokratischen" Nachfolgerin Aquino über 830 Regimegegner. Und auch unter Ramos seien "mindestens 46 Personen" verschwunden. Bei den Opfern handele es sich um Studenten, Gewerkschaftsführer, kritische Journalisten und Geistliche sowie um Bürgerrechtsaktivisten, die von den Behörden "kommunistischer Umtriebe" geziehen wurden. Dieser Vorwurf knüpft nahtlos an den staatsterroristischen Zynismus der Marcos-Ära an, da man von "salvaging" sprach, wenn das systematische Verschwindenlassen mißliebiger Oppositioneller gemeint war. "Salvaging" heißt wörtlich "Rettung von in (See)Not Geratenen". Und einer der Architekten und Exekutoren des "salvaging" war eben der heutige Präsident, der denn auch weiterhin als Garant dafür steht, daß kein Militär wegen begangener Menschenrechtsverletzungen belangt wird. Milliardenaufträge gabs dennoch für das deutsche Business - vor allem Siemens dürfte sich über den Ausbau des Kommunikationsnetzes auf den Inseln freuen.

Der Enkel tritt aus dem Schatten

Last but not least vereinbarte der Bundeskanzler auf der letzten Station seines Asienswings mit dem japanischen Ministerpräsidenten Ryutaro Hashimoto, dessen konservative LDP bei den Parlamentswahlen am 20. Oktober die absolute Mehrheit verfehlte, einen ab 1997 zu intensivierenden Direktdialog zu Fragen der bilateralen Wirtschafts-, Finanz- und Sicherheitspolitik. Wichtiger als die Appelle an die deutschen Unternehmen, in Nippon verstärkt Flagge zu zeigen und vor allem die Exporte dorthin anzukurbeln, dürfte für Kohl persönlich ein besonderes Jubiläum gewesen sein. Im fernen Tokio wars, wo der mit der Gnade der späten Geburt und dem massigen Charme eines Sumo-Ringers ausgestattete Enkel das selbst von Kabarettisten kaum für möglich gehaltene Kabinettstückchen zelebrierte, gar das Vorbild Adenauer an Dienstjahren übertroffen zu haben. Wäre des Kanzlers Domizil der Vatikan statt Bonn - er hätte allen Grund gehabt, nach seiner Landung auf heimatlichem Boden (überdies am katholischen Feiertag "Allerseelen" 2.11.) eben einen Brocken desselben zu küssen. So aber sehnten seine Niederkunft nur säkulare Wadenbeißer einer kläglich-klagenden Berufsopposition herbei.

Rainer Werning

Anmerkungen:

1) Daß diese Kriterien höchst selektiv angewandt werden, offenbart die Liste der zehn größten Empfängerländer bei den Zusagen der Finanziellen Zusammenarbeit gemäß der Rahmenplanung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für 1996: Unter den ersten fünf Ländern befinden sich mit China (220 Mio DM), der Türkei (150 Mio DM) und Indonesien (130 Mio DM) solche, die in bezug auf Menschenrechte sicherlich ihren "eigenen Wertetraditionen" frönen.

2) Zit. nach: Jo Angerer/Mathias Werth, "Kohl in Indonesien", Ms. des Fernsehmagazins "Monitor" (WDR/Köln) vom 10.10.96, S. 3. Darin heißt es weiter: "Seither bildet der BND indonesische Agenten in Deutschland aus. Auch militärische Elektronik lieferte man aus Deutschland, zum Beispiel über die BND-nahe Firma Telemit. Die Geheimdienstkontakte wurden so freundschaftlich, daß der BND sogar eine sog. legale Residentur hier (in Djakarta; R.W.) in der Deutschen Botschaft einrichten konnte. BND-interne Bezeichnung dieser Residentur: FB 70. Ihr Zweck: enge Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst der Suharto-Diktatur", ebd., S. 3/4.

3) Näheres in: Rainer Werning, "Indonesien 1965 - 1985. Lange Schatten des Terrors", Münster 1985, sowie Philippe Pataud Celerier, "Apartheid auf indonesisch: Die neuen Rothäute von Irian Jaya", in: "Le Monde Diplomatique" (dt. Ausgabe, Berlin/Zürich), Oktober 1996, S.22.

4) Herzallerliebstes gabs zu guter Letzt, wenn schon nicht für Menschen-, so doch für Tierliebhaber: Die "Süddeutsche Zeitung" (29.10.96, S. 3) brachte die Sache auf den Punkt, als sie eine Story über das traute Tête-à-tête zwischen Kohl und Suharto mit der Titelüberschrift versah "Freiheit für die Schildkröten - Kohls Angelpartie mit Suharto machte die Kanzlerbegleiter schweigsamer zum Thema Menschenrechte als die Indonesier." Obendrein zierte den Text ein AP-Photo mit der sinnigen Unterzeile "Das Schweigen der Schildkröten: Helmut Kohl und sein freundlicher Gastgeber Suharto befreien Gefangene in Indonesien". Das dürfte die in der Javasee ausgesetzten Schildkröten mächtig gefreut haben.

8. West-Papua: Unterdrückung und Widerstand

Autor: Vo · Rubrik: Papua-Neuguinea · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:25

Mit der Verleihung des diesjährigen Friedensnobelpreises an den Bischof von Osttimor, Carlos Belo, und an Jose Ramos-Horta, den Sprecher des CNMR, der Sammlungsbewegung der Unabhängigkeitsgruppen Osttimors, ist die indonesische Okkupation dieses Landes in den Wahrnehmungshorizont der internationalen Öffentlichkeit gerückt.

Das gilt leider nicht für ein anderes, ebenfalls von Indonesien widerrechtlich annektiertes und militärisch besetztes Gebiet, nämlich den Westteil der Insel Neu-Guinea - West Papua, das bis zur indonesischen Okkupation 1963 niederländische Kolonie war. Im Jahre 1969 verleibte sich Indonesien West-Papua offiziell als Provinz ein, seit 1973 heißt diese Provinz offiziell Irian Jaya. Die Bevölkerung West-Papuas hat die Annexion nie akzeptiert und besteht auf der politischen Unabhängigkeit für ihr Land. Seit Mitte der 60er Jahre kämpft die westpapuanische Befreiungsbewegung OPM (Organisasi Papua Merdeka, Bewegung für ein Freies Papua) für dieses Ziel gegen die indonesischen Besatzer.

Die Freeport-Mine

In den letzten zwei, drei Jahren hat dieser Kampf politisch und militärisch an Intensität zugenommen. Dabei konzentrieren sich die Auseinandersetzungen auf die Frage des Landraubs an der indigenen Bevölkerung und - damit zusammenhängend - der ökologischen Zerstörungen durch Bergbauprojekte und Raubbau an den Regenwäldern der Region. Insbesondere im Gebiet der gigantischen Freeport-Mine in den Sudiman-Bergen ist es in letzter Zeit zu heftigen Konfrontationen gekommen. Die Freeport-Mine ist die zur Zeit weltgrößte Kupfer/Goldmine, größter Steuerzahler in Indonesien und für den US-Konzern Freeport McMoRan im wahrsten Sinne des Wortes eine Goldgrube (s. zur Freeport-Mine ausführlich ak 388). Für die lokale Bevölkerung dagegen hat die Mine nur Verelendung, Vertreibung und Tod gebracht. Den lokalen Clans der Amugme und Komoro wurde zugunsten der Mine ihr Land genommen, die mit dem Minenbetrieb verbundenen umfassenden ökologischen Zerstörungen von Boden, Wald und Gewässern entziehen ihnen ihre Lebensgrundlage, das Eindringen von Tausenden externer Arbeitskräfte und moderner kapitalistischer Produktions- und Lebensformen zersetzen ihre traditionale Gesellschaftsordnung.

Von Freeport und dem indonesischen Staat werden die Amugme und andere Clans als "Modernisierungsopfer" abgeschrieben. Gegen diesen beabsichtigten Ethnozid setzt sich die lokale Bevölkerung allerdings zunehmend hartnäckig zur Wehr, was wiederum dazu führte, daß die Repression des indonesischen Militärs - mit Unterstützung des Sicherheitsdienstes der Freeport-Mine - ebenfalls verschärft wurde. Aus den letzten Jahren sind mehrere Fälle von Massakern an der lokalen Bevölkerung von neutralen Beobachtern wie internationalen Menschenrechtsorganisationen und dem katholischen Bischof der Provinz "Irian Jaya" dokumentiert.

Unruhen

Die bisher letzten heftigen Auseinandersetzungen gab es im März 1996. Es kam zu mehrere Tage andauernden schweren Unruhen im Minengebiet, die sich gezielt gegen Freeport richteten und an denen sich mehr als 6.000 Amugme, Dali und Moni beteiligten. Ausgehend von der Minenstadt Tembagapura breiteten sich die Unruhen auch auf die Städte Timika und Kuala Kencana aus. Die aufgebrachte Menge griff Sicherheitsposten der Mine an, zerstörte zahlreiche Freeport-Gebäude und -fahrzeuge, setzte mineneigene Supermärkte und Werkstätten in Brand und griff das Minengelände und den zur Mine gehörigen Flughafen an. Flugplatz und Mine mußten für mehrere Tage geschlossen werden. Mehr als 500 Soldaten wurden eingesetzt, um "Ruhe und Ordnung" wiederherzustellen. Es gab mindestens vier Tote. Der Generaldirektor von Freeport McMoRan, "Jim-Bob" Moffet, sah sich gezwungen, aus New Orleans einzufliegen und sich am 14.3. mit 40 Vertretern der Amugme zu einem Gespräch zu treffen. Hierbei forderten die Amugme zunächst die Schließung der Mine, dann Verhandlungen mit Freeport und der indonesischen Regierung über die Zukunft der Region. Weitere Forderungen waren u.a. die Auflösung des Sicherheitsdienstes der Mine, Vorrang der Amugme bei der Einstellung von Arbeitskräften (nur ein winziger Bruchteil der Minenarbeiter wird aus der lokalen Bevölkerung rekrutiert), Gesundheitsversorgung und Entlassung des örtlichen Freeport-Managements. Nach den Unruhen vom März kam es zu einer Welle der Repression in den betroffenen Städten (ebenso im Juli 1996

in Nabire, nachdem dort am 2. und 3. Juli mehr als 3000 Menschen auf die Straße gegangen waren und Regierungsgebäude und den staatlichen Rundfunksender angegriffen hatten (Pacific News Bulletin, August 1996, S.2; pazifik aktuell, September 1996, S.13)).

Am 13.4. kam es im Schatten massiver Militärpräsenz - mittlerweile waren rund 3.000 Soldaten in die Region verlegt worden - zu weiteren Verhandlungen zwischen Moffet und den Amugme. In der Folge verbreitete Freeport - u.a. in ganzseitigen Anzeigen in der US- und internationalen Presse -, daß man sich mit der lokalen Bevölkerung geeinigt habe: Freeport habe den Amugme für die nächsten zehn Jahre 1% der Gewinne aus der Mine angeboten, diese hätten angenommen. Dem widersprach der Amugme-Stammesrat (Lemasa), der das 1%-Angebot als "Beleidigung" zurückwies und im Mai 1996 am Sitz von Freeport in New Orleans eine 6-Milliarden-US-Dollar-Schadensersatzklage wegen ökologischer Zerstörungen gegen die Gesellschaft einreichte (Pacific News Bulletin, Juli 1996, S.11). Tom Beanal, ein Vertreter des Amugme-Stammesrats, reiste nach New Orleans und legte dort auf öffentlichen Veranstaltungen die Sache der Amugme dar. Insbesondere beklagte er die Umweltzerstörungen, die die Fischgründe, Jagdgebiete, Felder und Gärten sowie die Frischwasserversorgung der lokalen Bevölkerung nachhaltig beeinträchtigt haben. Mittlerweile hat sich in New Orleans und darüber hinaus in den USA eine "Unterstützerszene" gebildet, die die Forderungen der Amugme in der Metropole vertritt.

Freeport ließ in der Folge selbstverständlich nichts unversucht, um den Widerstand zu spalten. Es gelang der Gesellschaft auch, einige Clanführer mit erheblichen Geldsummen zu bestechen, andere wurden vom indonesischen Militär massiv eingeschüchtert. Einzelne Stammesälteste der Amugme und zahlreiche Komoro-Vertreter scherten zwar aus der Ablehnungsfront aus, doch haben mittlerweile mehr als 2000 Amugme und Angehörige anderer Clans die Klage gegen Freeport unterzeichnet (TAPOL Bulletin No.137, Oktober 1996, S.15). Am 29. Juni verabschiedete Lemasa einmütig eine Resolution, die nochmals das 1%-Angebot zurückwies, und am 18. Juli kam es erneut zu einer großen Demonstration mit 2000 TeilnehmerInnen in Timika zur Unterstützung der Lemasa-Position.

Zur Zeit wird versucht, den Amugme-Stammesrat zu zerschlagen. Gegen Tom Beanal, der von seiten des indonesischen Militärs massiv unter Druck gesetzt wurde, die Klage in New Orleans zurückzuziehen, ist inzwischen der Vorwurf erhoben worden, die Entführung von 16 indonesischen Holzarbeitern durch ein OPM-Kommando im August befohlen zu haben (s.u.). Ihm wurde verboten, die Region zu verlassen (so daß er die Klage der Amugme in New Orleans nicht mehr vertreten kann), und es besteht die Gefahr, daß er aufgrund dieser Anschuldigungen, die er selbstverständlich entschieden zurückweist, für mehrere Jahre ins Gefängnis gesteckt wird (Pacific News Bulletin, Oktober 1996, S.6). Das wäre zweifellos ein schwerer Schlag für den Widerstand gegen Freeport.

Geiselnahmen

In West-Papua ist es allgemein geübte Praxis, jegliche Opposition als "OPM-Subversion" zu kriminalisieren; insofern kommt das Vorgehen gegen den Amugme-Stammesrat nicht überraschend. Die OPM selber bemüht sich in der letzten Zeit verstärkt, eine Kombination von militärischer Aktion, Beteiligung an Massenprotesten und Aktivitäten von Basisbewegungen und Nichtregierungsorganisationen in West-Papua sowie Propaganda in der internationalen Öffentlichkeit und Aktivitäten auf diplomatischem Parkett zu entwickeln. Dabei scheint es innerhalb der OPM durchaus unterschiedliche Akzentsetzungen zu geben. Während die einen den Schwerpunkt auf Guerillaaktionen legen, drängen andere darauf, stärker die nicht-militärischen Massenproteste und Bewegungen zu unterstützen und zu entfalten. Hinzu kommt, daß die einzelnen OPM-Kommandos in West-Papua oft weitgehend unabhängig voneinander zu operieren scheinen und daß deren Kontakte zur politischen Führung (dem "OPM-Revolutionsrat"), die in Madang im benachbarten Papua-Neuguinea sitzt, wo sich überdies rund 20.000 Flüchtlinge aus West-Papua aufhalten, äußerst ungesichert und sporadisch sind. Das machte sich im Falle der Geiselnahme von 14 zumeist europäischen Wissenschaftlern durch ein OPM-Kommando im Januar 1996 in unmittelbarer Nähe der Freeport-Mine ziemlich deutlich bemerkbar. Ziel dieser Aktion war es, internationale Aufmerksamkeit auf das Schicksal West-Papuas im allgemeinen und die Zustände bei Freeport im besonderen zu lenken. Das gelang immerhin zeitweise. Doch der weitere Verlauf der Aktion offenbarte Schwächen der OPM. Während die politische Führung der OPM im Ausland und die OPM-Auslandsvertretungen in Australien, den Niederlanden usw. alsbald für die Freilassung der Geiseln votierten, drang das offensichtlich lange Zeit nicht bis zum OPM-Kommando im papuanischen Busch, in dessen Händen sich die Geiseln befanden, durch. Und als später

schließlich die Kommunikation zwischen politischer Führung und OPM-Kommando hergestellt werden konnte und sich letzteres zur Freilassung der Geiseln bereit erklärt hatte, scheiterten mehrere Versuche zur Freilassung unter Vermittlung des Internationalen Roten Kreuzes aus recht dubiosen Gründen (wohlwollend kann man auch das auf "Kommunikationsprobleme" zurückführen). Jedenfalls gewann das indonesische Militär Zeit, sich massiv in der Region zu verstärken und insbesondere die Eliteeinheit "Kopassus" auf die Geiselnehmer anzusetzen. Dieser gelang es dann auch am 15. Mai, die Geiseln im Handstreich zu befreien (allerdings: zwei indonesische Geiseln kamen dabei ums Leben, selbstverständlich schiebt das indonesische Militär das der OPM in die Schuhe, diese aber bestreitet das). Dabei wurde unter den Geiselnehmern ein Massaker angerichtet. Das indonesische Militär konnte beim Aufspüren der Geiselnehmer übrigens auf von den israelischen Kameraden großzügig zur Verfügung gestellte Hilfe in Form von israelischen Aufklärungsdrohnen zurückgreifen (Sydney Morning Herald, 17.5.1996; Far Eastern Economic Review, 30.5.1996, S.23f. und 6.6.1996, S.28f.). Fast überflüssig zu erwähnen, daß die Dörfer in der betreffenden Region nach der Geiselbefreiung einem Rachefeldzug des indonesischen Militärs ausgesetzt waren.

Am 14. August kam es zu einer erneuten Geiselnahme durch die OPM. Diesmal wurden 16 Mitarbeiter der Holzfirma PT Kamundan Raya, einer Tochtergesellschaft von PT Djajanti, dem größten in West-Papua operierenden Holzkonzern, der dem Suharto-Clan gehört, gekidnappt. Das hierfür verantwortliche OPM-Kommando fordert den sofortigen Stop des Raubbaus an den Wäldern West-Papuas, die gegenwärtig von indonesischen und ausländischen Holzkonzernen auf großer Stufenleiter abgeholzt werden, hat doch die indonesische Regierung 70% des Waldbestandes der Provinz zur "wirtschaftlichen Nutzung" freigegeben (FR,25.10.96). Die indonesische Seite hat diese Forderung abgelehnt, mußte allerdings "aus Sicherheitsgründen" Kamundan Raya vorerst anweisen, den Holzeinschlag zu unterbrechen. Der Ausgang dieser Aktion ist noch offen; immer noch befinden sich drei Geiseln in den Händen der OPM. Da aber diesmal keine Weißen betroffen sind, schert sich die internationale Öffentlichkeit auch nicht um die Geschichte.

Beide Geiselnahmen zeigen, daß die OPM die "ökologische Frage" sehr ernst nimmt (und damit auch auf Verständnis in der internationalen Öffentlichkeit rechnen kann). In ihrem 7-Punkte-Forderungsprogramm zum Beispiel geht sie auch explizit auf Freeport ein, fordert die Stillegung der Mine und einen Stop jeglicher weiterer Explorationen zur Erschließung neuer Erzvorkommen (gegenwärtig suchen diverse multinationale Bergwerkskonzerne in West-Papua nach neuen Lagerstätten).

Der künftige Erfolg des papuanischen Befreiungskampfes hängt sicher in großem Maße davon ab, ob sich die verschiedenen OPM-Kommandos, -Fraktionen und -Strömungen tatsächlich besser werden koordinieren und vereinheitlichen können und ob der OPM die oben angesprochene Kombination verschiedener Aktionsformen gelingt. Und ein klein wenig hängt der Erfolg vielleicht ja auch von der internationalen Unterstützung ab. Mensch fragt sich: Warum ist das, was in New Orleans machbar ist, eigentlich nicht auch in - beispielsweise - Hamburg möglich? Schließlich wird das Freeport-Kupfer aus West-Papua auch nach Hamburg zur Norddeutschen Affi verschifft ...

Vo

Literaturempfehlung: Westpapua - zerstörtes Paradies, Neuendettelsau 1994. Zu beziehen über: Pazifik Informationsstelle. Hauptstr.2. 91564 Neuendettelsau.

9. Jose Ramos Horta: "Ich appelliere an die Solidarität" (Interview)

Rubrik: Philippinen · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:40

Max Lane vom Green Left Weekly, einer grün-alternativen australischen Wochenzeitung, führte ein Interview mit Jose Ramos Horta, nachdem Horta zusammen mit Bischof Carlos Belo der Friedensnobelpreis verliehen wurde.

Welche Auswirkungen wird die Verleihung des Friedensnobelpreises auf die Demokratiebewegung in Indonesien haben?

Um das gleich zu sagen: der Friedensnobelpreis wurde Bischof Belo und dem Volk von Osttimor verliehen, nicht mir persönlich. Er spiegelt die weltweite Arbeit von Menschen wider, die Osttimor unterstützen; die sich an Prominententreffen beteiligen, die auf den Straßen demonstrieren, die Mauern von Konsulaten erklettern, Fahnen verbrennen, Wände mit Parolen besprühen - mithin die Arbeit aller Aktivisten, die für öffentliche Aufmerksamkeit sorgen.

Der Preis öffnet dem Widerstand weltweit Türen in Organisationen und Regierungen, die vorher nicht interessiert waren. Er verstärkt die Legitimität unseres Kampfes für Selbstbestimmung ganz enorm.

Welche Auswirkungen wird der Preis Ihrer Meinung nach für die demokratische Bewegung in Indonesien haben?

Ich hoffe, daß wir und besonders daß ich der indonesischen Seite zeigen können, daß ich nicht gegen Indonesien bin - wenn erst einmal die Emotionen abgekühlt sind. Die indonesische Demokratiebewegung kann sich vollkommen sicher sein, daß ich enormen Respekt für sie habe, große Sympathie für die Probleme, mit denen sie konfrontiert ist, und große Bewunderung für ihren Mut.

Ich bin mir dessen vollkommen bewußt, daß das Schicksal Osttimors und die Demokratiebewegung in Indonesien unmittelbar zusammmenhängen, das eine unterstützt das andere. Wenn die indonesische Demokratiebewegung in den nächsten zwei oder drei Jahren erfolgreich ist, dann kann die Osttimor-Frage wesentlich schneller gelöst werden. Wenn wir in Indonesien erst einmal demokratischen Spielraum haben, in dem wir arbeiten können, wird ein Dialog über Osttimor einfacher sein. Je mehr Druck wegen Osttimor auf Suharto ausgeübt wird, desto mehr Spielraum gibt es für die Opposition, für eine Veränderung in Indonesien einzutreten.

Ich hoffe, daß wir eines Tages einen indonesischen Friedensnobelpreisträger feiern können. Es könnte Megawati Sukarnoputri sein oder Sri Bintang oder Muchtar Pakpahan oder die jungen Aktivisten, die im Moment im Gefängnis sind. Das würde mich sehr freuen. Ich würde sogar Ali Alatas als erster gratulieren - wenn er den Mut hätte, für Demokratie und Gerechtigkeit zu kämpfen und Frieden für Osttimor zu schaffen.

Was wird das nächste Stadium des Kampfes für Selbstbestimmung sein?

Ich sehe wachsende internationale Unterstützung und formale Anerkennung sowie Unterstützung des Widerstandes, zumindestens durch die Möglichkeiten der katholischen Kirche. Einige Regierungen und Institutionen finden es einfacher, mit der Kirche umzugehen als mit der Widerstandsbewegung. Wenn diplomatische Unterstützung über Bischof Belo geleitet werden muß, und er statt Xanana oder mir als Sprecher für Osttimor ausgewählt wird, ist dies in Ordnung. Ich habe volles Vertrauen in den Bischof.

Auf einer anderen Ebene gedacht: Indonesien ist - trotz der internationalen Unterstützung und des Drucks der Solidarität - noch da und wir müssen mit ihm umgehen. Ich bin wenig optimistisch, daß Jakarta in der näheren Zukunft seine Position mäßigen wird. Unser Volk ist jedoch nun euphorisch, weil die internationale Gemeinschaft ihren Kampf endlich anerkannt hat.

Was sind die zentralen strategischen Probleme des Widerstands in Osttimor selbst?

Unser Hauptanliegen während der letzten zwei Jahre war, die Widerstandsbewegung nach der Gefangennahme von Xanana, Mahuno und Sabalae (Führer des Widerstands im Untergrund) zu

reorganisieren. Diese Aufgabe lag in den Händen von Konis Santana und anderen in den Bergen. Sie ist jedoch eine unserer kollektiven Prioritäten. Die Stärke der Widerstandsbewegung im Land selbst ist für alles andere entscheidend.

Die Reorganisierung verläuft gut. Trotz der anhaltenden Präsenz einer großen Menge indonesischer Truppen gibt es eine Stärkung des bewaffneten Widerstandes. Eine andere Hauptaufgabe der Führung im Land ist, daß die bewaffneten und politischen Fronten zusammen entwickelt werden. Ich bin zuversichtlich, daß in ein oder zwei Jahren dieser Prozeß der Reorganisierung abgeschlossen sein wird.

Wir versuchen, engere Verbindungen mit der indonesischen Demokratiebewegung aufzubauen; nicht nur wir außerhalb Indonesiens, sondern auch zwischen dem Widerstand in Osttimor und den Studenten aus Osttimor in Indonesien und der Demokratiebewegung.

Die CNRM hat einen Dialog mit Osttimoresen in der indonesischen Verwaltung entwickelt. Einige sind sehr vertrauenswürdige, ehrliche Menschen, echte Timoresen. Einige sind eher willige Diener des Systems. Die CNRM bietet jedem einzelnen von ihnen an, die Zukunft ohne Angst zu sehen. Ohne Angst, daß sie bestraft oder diskriminiert werden, wenn die Unabhängigkeit eine Realität wird.

Wir können uns nicht leisten, Talente zu verschwenden oder Bestrafungen durchzuführen. Die Politik der CNRM ist die der Versöhnung, so daß jeder seine Energien in den Aufbau des Landes stecken kann.

Die Mobilisierung der jungen Menschen in den großen Städten bleibt eine Hauptaufgabe. Wie in anderen Ländern, zum Beispiel Südkorea und Indonesien, spielt die Jugend eine entscheidende Rolle. Abgesehen von ihrer Energie und Hingabe - sie ist einfach die Zukunft. Die ganze Widerstandsbewegung glaubt, daß neben dem bewaffneten Widerstand der Aktivismus der Jugend für den Fortschritt des Kampfes grundlegend ist.

In Südkorea und Indonesien beginnen auch Arbeiter, sich zu organisieren. Gibt es in Osttimor dafür ein Potential?

Auf diesem Gebiet sind wir schwach. Sie sind nicht organisiert, aber die Arbeiter in Osttimor nehmen an Demonstrationen teil, unterstützen ihre Kinder und die Studenten. In Indonesien ist es mit der Mobilisierung der Arbeiter schwierig, in Osttimor sogar noch schlechter. ...

Ich appelliere an jeden einzelnen Leser dieser Zeitung, zu den Gedächtnisdemonstrationen für das Dili-Massaker am 12. November zu gehen. Am 12. November können wir hier im Ausland, die nicht gefangen sind und Freiheit, Essen und Unterkunft haben, die Toten ehren. Das mindeste was wir tun können ist, die kämpfenden Menschen in Osttimor und die verfolgten Menschen in Indonesien zu ehren. Laßt uns am 12. November demonstrieren und auch Fahnen zur Unterstützung der indonesischen Demokratiebewegung tragen.

Erläuterungen:

Megawati Sukarnoputri - Vorsitzende der PDI (Demokratische Partei Indonesiens), Tochter Sukarnos.

Sri Bintang Pamungkas - Oppositioneller indonesischer Parlamentsabgeordneter, im Mai 1996 zu 34 Monaten Haft verurteilt, weil er bei einem Vortrag an der TU Berlin am 9. April 1995 angeblich Suharto "beleidigt" habe.

Xanana Gusmao - Führer der osttimoresischen Unabhängigkeitsbewegung, in Indonesien im Gefängnis.

CNMR - osttimoresischer Nationaler Widerstandsrat, Dachorganisation der osttimoresischen Unabhängigkeitsgruppen.

Gleichsam als "Broschüre zum Friedensnobelpreis" ist zu empfehlen: Klemens Ludwig: Das Schweigen brechen. Osttimor. Bedrohtes Paradies im Pazifik, 14,80 DM. Zu beziehen über: Pazifik-Informationsstelle, Hauptstr. 2, 91564 Neuendettelsau. Die Broschüre bietet grundlegende Hintergrundinformationen zum Osttimor-Konflikt.

Foto links: Bischof Belo

10. Europäischer Friedenskongreß in Osnabrück 1998

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:01

Wer hätte nicht schon dran gedacht? 1998 ist es soweit - dann gilt es, den 350. Jahrestag des Westfälischen Friedens von 1648 zu feiern. Die Städte Münster und Osnabrück, in denen seinerzeit, nach dem große Teile Mitteleuropas verheerenden Dreißigjährigen Krieg, dieser Frieden geschlossen wurde, werden dieses Ereignis zum Anlaß für eine PR-Show in großem Maßstab nehmen. Schon jetzt wird in offiziellen Hochglanz-Broschüren für "Ausstellungen, Kongresse, Friedensaktionen, Dokumentationen, Konzerte, Theater, Filme, Sport, Straßenfeste" die Werbetrommel gerührt, wobei zu den "Friedensaktionen" auch zwei Festvorträge der mehr oder minder bekannten Friedenskämpfer H. Schmidt, Deutschland, und H. Kissinger, USA, gehören. Das alles soll kein Grund sein, diese 350-Jahr-Feierei unter der Rubrik "Antimilitarismus" in dieser Zeitung anzukündigen?! Korrekt. Allein: Einigen pfiffigen FriedensfreundInnen aus der Region ist es gelungen, sich in diese ganze Geschichte einzuklinken und mit der Unterstützung der Stadt Osnabrück ("Staatsknete"!!!) ein eigenes, friedenspolitisch tatsächlich sinnvolles Projekt auf den Weg zu bringen, nämlich einen "Europäischen Friedens- und Kriegsdienstverweigerer-Kongreß", der vom 29.-31. Mai 1998 in Osnabrück stattfinden wird (Termin bitte schon vormerken!). Friedenspolitisch sinnvoll ist das Projekt sowohl wegen der vorgesehenen Inhalte als auch wegen der angestrebten Form.

Zuallererst der europäische Zuschnitt des Kongreßprojekts hebt es aus dem üblichen Tagungsgeschehen heraus. War es in den 80er Jahren durch die jährlich stattfindenden END-Konferenzen (END - European Nuclear Disarmament) gelungen, unter den Friedensbewegungen der europäischen Staaten einen kontinuierlichen Erfahrungs- und Meinungsaustausch zu institutionalisieren und grenzüberschreitende Kooperationen zu organisieren, ist Vergleichbares in den 90ern bisher nicht gelungen. Vielmehr hat mensch den Eindruck, daß die jeweiligen nationalen Friedensbewegungen (wieder) ziemlich borniert vor sich hinwerkeln, ohne allzuviel voneinander zu wissen. Wenn der Osnabrücker Kongreß einen entscheidenden Impuls für eine neuerliche stärkere Vernetzung auf der europäischen Ebene geben könnte, dann wäre das schon eine feine Sache. Denn Notwendigkeiten für transnationale Zusammenarbeit gibt es genug. Die Interventionsorientierung der NATO zum Beispiel kann letztlich nur transnational bekämpft werden; Krisenreaktionskräfte werden nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien usw. aufgebaut. Und die gegenseitige Unterstützung der KDV-Bewegungen in den verschiedenen europäischen Ländern ist ebenfalls - auf kongreßausländisch ausgedrückt - "a must".

Wenn es tatsächlich gelingt, "aus ganz Europa Menschen und Organisationen zusammen(zubringen), die sich für die friedliche Lösung von Konflikten und für Kriegsdienstverweigerer einsetzen" (so der Trägerkreis in seiner Kongreßbeschreibung), dann könnte darauf für die Zukunft aufgebaut werden.

Eine zweite Stärke neben der europäischen Ausrichtung ist der Prozeßcharakter, den das ganze Projekt hat. Den VeranstalterInnen geht es nicht nur - und nicht einmal vorrangig - um die drei Tage der Konferenz selbst, sondern vor allem darum, schon in der Vorbereitungsphase intensive inhaltliche Kooperationen zu verschiedenen Themenfeldern hinzubekommen. Zu diesem Zwecke wurden frühzeitig Arbeitsausschüsse gebildet, so zu KDV in Ost- und Südeuropa, zu Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht und zu pazifistischen Friedenskonzepten, die sich regelmäßig treffen und die entsprechenden Arbeitsgruppen des Kongresses vorbereiten und dafür bereits in der Vorphase des "großen Ereignisses" zahlreiche kleinere Tagungen und Veranstaltungen organisieren. "Schon in der Vorbereitung auf den Kongreß soll die internationale Diskussion der Kongreßthemen und der Erfahrungsaustausch der bestehenden Initiativen durch Schaffung vielfältiger Kontakte und die Herausgabe eines Informationsrundbriefes gefördert werden" (Kongreßbeschreibung des Trägerkreises). Wenn die Vorbereitungsarbeit gut läuft, steigen die Chancen, daß der Kongreß tatsächlich "nur" so etwas wie ein Knotenpunkt innerhalb eines längerfristigen Prozesses wird, daß der Prozeß selbst aber auch über den Kongreß hinaus weiter läuft. Insofern macht es Sinn, in ein für Mai 1998 geplantes Ereignis schon jetzt Arbeit zu investieren.

Der Kongreß will umfassend über Diskriminierung und Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern in Europa aufklären und über Strategien zur Durchsetzung des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung beraten. Er will darüber hinaus über die Lage von Kriegsflüchtlingen informieren und hierfür

Verbesserungsmöglichkeiten aufzeigen. Dabei wird insbesondere das Problem eines wirksamen Schutzes und eines Bleiberechts für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Kriegsgebieten thematisiert werden. Und schließlich soll es auch um alternative, nicht-militärische Wege zur Bearbeitung von Konflikten und zur Sicherung des Friedens gehen. Strategien und Methoden ziviler Konfliktbearbeitung sollen vorgestellt und debattiert werden. Dazu sollen alle jene Kräfte aus Europa zusammengebracht werden, die sich um derartige Alternativen zur militärischen Konflikt"lösung" bemühen - angesichts der "Renaissance des Militärischen" in Europa und der Ausrichtung der europäischen (NATO-, WEU- und EU-)Staaten auf einen nach außen zusehends aggressiveren militärgestützen Interventionismus eine vorrangige Aufgabe der europäischen Friedensbewegungen.

Träger und Organisation

Getragen wird das Kongreßprojekt mittlerweile von rund 30 lokal, regional oder bundesweit arbeitenden Organisationen und Initiativen, darunter z.B. die Osnabrücker Friedensinitiative (OFRI - einigen FriedensaktivistInnen vielleicht noch bekannt als äußerst rühriger Teil des sog. unabhängigen Spektrums der Friedensbewegung der 80er Jahre), Pax Christi, DFG-VK, Bund für Soziale Verteidigung (BSV), Komitee für Grundrechte und Demokratie, Pro Asyl, Internationaler Versöhnungsbund, Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär. Der Trägerkreis hat sich bereits im letzten Jahr als Verein konstituiert, zwischenzeitlich einen Vorstand gewählt, ein Kuratorium zusammengestellt und ein arbeitsfähiges Kongreß-Büro (mit bezahlter Geschäftsführung) eingerichtet. Vorsitzender des Vorstands ist der Ex-MdB Alfred Emmerlich (SPD), sein Stellvertreter ist Mohssen Massarat von der OFRI. Unter den Kuratoriumsmitgliedern finden sich so erlauchte Namen wie Johan Galtung, Lew Kopelew, Manfred Messerschmidt, Horst Eberhard Richter. Auf der Mitgliederversammlung des Trägervereins Ende Oktober diesen Jahres wurden in den Trägerkreis auch erste Organisationen aus dem europäischen Ausland aufgenommen.

Zweifellos ist das Projekt "Europäischer Friedens- und Kriegsdienstverweigerer-Kongreß" ein äußerst ambitioniertes Vorhaben, und es ist nicht auszuschließen, daß sich die InitiatorInnen damit übernommen haben. Denn die Friedensbewegung ist gegenwärtig nicht allein in der Bundesrepublik, sondern auch in den anderen europäischen Ländern relativ schwach. Doch einen Versuch ist die Sache allemal wert. Also: Wer sich an dem Projekt beteiligen möchte, wende sich an:

Friedenskongreß '98, Geschäftsstelle, Postfach 4124, 49031 Osnabrück

Vo

11. Vom Boykott zum Pogrom. Chronologie zum Novemberpogrom 1938

9. November 1938

Autor: Kt. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Zeitgeschichte; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:15

27.-29. Oktober 1938: 17.000 in Deutschland lebende Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit werden aus ihren Wohnungen geholt, zu Sammelstellen getrieben und schließlich über die polnische Grenze gejagt.

3. November 1938: Der bei Verwandten in Paris lebende 17jährige polnische Jude Herschel Grynszpan erhält eine Postkarte von seiner Schwester, die ihm die Abschiebung seiner Familie aus Deutschland schildert.

7. November 1938: Herschel Grynszpan erscheint bei der deutschen Botschaft in Paris und verlangt, einen leitenden Beamten zu sprechen, um ein wichtiges Dokument zu übergeben. Er schießt den Legationssekretär Ernst von Rath nieder, der ihn empfängt. Botschaftsangestellte halten ihn fest und übergeben ihn der französischen Polizei.

9. November 1938, spätabends: Nachdem von Rath am Nachmittag in Paris gestorben ist, beginnen von der NSDAP und ihren Nebenorganisationen ausgehende Gewalttaten gegen die jüdische Bevölkerung. Sie dauern mit örtlichen Unterschieden bis zum Vormittag des 10. November. Dann werden sie durch eine offizielle Anordnung abgebrochen.

Mindestens 91 Juden werden im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Pogrom ermordet, Hunderte zusammengeschlagen und teilweise schwer verletzt, 7.500 Geschäfte und 270 Synagogen werden zerstört. 30.000 Juden werden festgenommen und in Konzentrationslager gebracht.

Ein Alleingang

von Goebbels?

Es ist üblich geworden, Propagandaminister Goebbels als Initiator des November-Pogroms anzusehen. Die Parteiführung sei durch ihn praktisch überrumpelt worden. SS-Führer Himmler soll die Gewalttaten dem "Machtstreben" und der "Hohlköpfigkeit" des Propagandaministers angelastet haben. Polizeichef Heydrich hat angeblich erst als einer der Letzten erfahren, daß ein Pogrom geplant war. Der für die Wirtschaftsplanung zuständige Göring sei völlig überrascht und empört gewesen, wenn auch nur wegen der großen Sachschäden. Der Münchner Polizeipräsident von Eberstein behauptete als Zeuge im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß, daß die SS "diese ganze Aktion als ausgesprochen unanständig" empfunden habe. Ebenfalls in Nürnberg erzählte HJ-Führer von Schirach, er habe in einer Rede vor Jugendfunktionären das Pogrom nachträglich als "Kulturschande" verurteilt. Sogar "Stürmer"-Herausgeber Streicher, der wildeste aller Antisemiten, soll sich ablehnend geäußert haben: So könne man die Judenfrage doch nicht lösen, habe er gesagt.

Andererseits soll aber auch Goebbels selbst über das Ausmaß des Pogroms "entsetzt" gewesen sein und soll Streicher samt den "Idioten von München", d.h. die dortige Gauleitung der NSDAP, dafür verantwortlich gemacht haben. Rekonstruieren wir zur Beantwortung der Frage nach der Regie zunächst den Gang der Ereignisse.

Zwei Tage Abwarten

Goebbels hatte gleich am Tag des Attentats, am 7. November, die gesamte Presse angewiesen, die Nachricht in großer Aufmachung zu bringen und in Kommentaren "darauf hinzuweisen, daß das Attentat des Juden die schwersten Folgen für die Juden in Deutschland haben muß". Darauf hin hieß es am folgenden Tag, 8. November, beispielsweise im Leitartikel des "Völkischen Beobachters": "Es ist klar, daß das deutsche Volk aus dieser neuen Tat seine Folgerungen ziehen wird. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß in unseren Grenzen Hunderttausende von Juden noch ganze Ladenstraßen beherrschen, Vergnügungsstätten bevölkern und als Hausbesitzer das Geld deutscher Mieter einstecken."

Damit waren einige der nach dem 9. November offiziell verkündeten Maßnahmen zur weiteren Enteignung und Entrechtung der Juden schon angesprochen. Das kann Goebbels nicht eigenmächtig veranlaßt haben. Für die Presseanweisung, "schwerste Folgen für die Juden" definitiv anzukündigen, muß er zumindest die Zustimmung Hitlers gehabt haben. Daß darüber hinaus einzelne konkrete Maßnahmen angedeutet wurden, läßt vermuten, daß sie bereits beschlossen waren.

Indessen geschah in der Praxis zunächst außer dem Verbot der jüdischen Zeitungen (8. November) überhaupt nichts. Es scheint, als hätte die NS-Führung vor konkreten Entscheidungen die weitere Entwicklung des Falles Rath abwarten wollen, oder um es präzise zu sagen: als hätte man auf dessen Tod gewartet. Dieses Zuwarten macht aber eigentlich nur dann Sinn, wenn mit diesem Tod definitiv und in kurzer Zeit gerechnet wurde.

Hitler hatte noch in der Nacht des 7. November zwei Mediziner zur Teilnahme an der Behandlung des angeschossenen Diplomaten nach Paris geschickt. Einer davon war Hitlers persönlicher Arzt Dr. Brandt, der später als Kriegsverbrecher zum Tod verurteilt wurde. Die beiden kamen frühmorgens am 8. November in Paris an. Nach ihrer ersten Visite bei von Rath bezeichneten sie dessen Zustand zwar als ernst, drückten aber auch Hoffnung für den weiteren Verlauf aus. Am frühen Nachmittag des 8. November trat eine leichte Besserung ein, doch verschlechterte sich am Vormittag des 9. November der Zustand des Patienten sichtlich. Kurz vor 12 Uhr gab der behandelnde französische Chirurg die Hoffnung auf Rettung des Patienten auf. Gegen 15 Uhr fiel Rath ins Koma. Um 16.30 Uhr starb er. Aber es vergingen angeblich noch viereinhalb Stunden, bis diese Nachricht bei den NS-Führern ankam.

Diese Behauptung ist höchst unwahrscheinlich. Wenn Hitler eigens seinen persönlichen Arzt nach Paris schickte, dann doch wohl auch mit der Anweisung, ihn über die Entwicklung des Falles auf dem Laufenden zu halten. Und wenn die NS-Führung - wie aus den eindeutigen Androhungen in der Presse vom 8. November hervorgeht - nur auf den Tod von Raths wartete, um dann gleich neue antijüdische Maßnahmen bekannt zu geben, spricht auch das dafür, daß man sich aus Paris ohne Verzögerung den neuesten Stand der Dinge mitteilen ließ.

Goebbels-Theater

Am Abend des 9. November 1938 findet im Münchner Rathaus die traditionelle Feier der "alten Kämpfer" zur Erinnerung an den nazistischen Putschversuch vom 9. November 1923, dem sogenannten Marsch auf die Münchner Feldherrnhalle, statt. Gegen 21 Uhr erscheint an Hitlers Tisch ein Bote, der offensichtlich etwas Überraschendes und Erschreckendes mitzuteilen hat. Hitler wirkt sehr erschüttert. Augenzeugen beobachten ein "intensives" und "sehr eindringliches", aber leises Gespräch zwischen Hitler und Goebbels. Danach verläßt Hitler vorzeitig die Versammlung, ohne seine übliche Rede zu halten und ohne daß zunächst eine Erklärung für diesen plötzlichen Aufbruch gegeben wird.

Erst gegen 22 Uhr gibt Goebbels den Anwesenden den Tod von Raths bekannt und hält eine aufhetzende Rede: In einigen Teilen Deutschlands sei es bereits im Laufe des Tages zu Kundgebungen gekommen, bei denen Geschäfte von Juden zerstört und Synagogen abgebrannt wurden. Hitler habe angeordnet, daß derartige Aktionen von der NSDAP weder vorzubereiten noch zu organisieren seien; soweit sie allerdings spontan entstünden, solle ihnen jedoch nicht entgegengetreten werden.

Diese Formulierung sei wohl, hieß es später in einem Untersuchungsbericht des NSDAP-Parteigerichts, von sämtlichen anwesenden Funktionären "so verstanden worden, daß die Partei nach außen nicht als Urheber der Demonstration in Erscheinung treten, sie in Wirklichkeit aber organisieren und durchführen sollte". - Daraufhin sei ein großer Teil der Anwesenden sofort zu den nächsten Telefonen gelaufen, um entsprechende Anweisungen an die ihnen unterstehenden Dienststellen weiterzugeben.

In dem Untersuchungsbericht stand außerdem: Goebbels habe, als ihm gegen zwei Uhr morgens am 10. November die erste Tötung eines Juden gemeldet wurde, sinngemäß geantwortet, "der Melder solle sich wegen eines toten Juden nicht aufregen; in den nächsten Tagen würden Tausende von Juden daran glauben müssen". Daraus schlußfolgerte das Parteigericht, der einzelne Täter habe "nicht nur den vermeintlichen, sondern den zwar unklar zum Ausdruck gebrachten, aber richtig erkannten Willen der Führung in die Tat umgesetzt." - Man beachte, daß vom Willen der Führung, und nicht etwa von einer Eigenmächtigkeit des Propagandaministers die Rede ist.

Vielleicht wäre es aufschlußreich, wenn für die entscheidenden Novembertage die Tagebuch-Aufzeichnungen von Goebbels zur Verfügung stünden. Leider weisen diese aber für 1938 überhaupt sehr große Lücken auf und fehlen für die Tage vom 7. bis zum 11. November vollständig. Mit hoher Gewißheit kann man aber die mancherorts noch zu lesende Legende - Goebbels habe am 9. November eigenmächtig agiert und sei deswegen wochenlang bei Hitler "in Ungnade gefallen" - anhand der ab dem 13. November wieder lückenlos vorliegenden Aufzeichnungen zu den Akten legen.

Himmler wird eingeschaltet

Was macht Hitler, nachdem er die Feier kurz nach 21.30 Uhr so demonstrativ verlassen und damit die Bühne seinem Propagandaminister überlassen hat? Er läßt sich, begleitet vom Münchner Polizeipräsidenten, in seine Wohnung fahren. Dort trifft er sich mit dem Reichsführer der SS, Himmler.

Um 23.55 Uhr teilt der Gestapo-Chef Heinrich Müller durch Fernschreiben allen Dienststellen mit, daß "in kürzester Frist" in ganz Deutschland antijüdische Aktionen stattfinden würden. Diese dürften von der Polizei nicht gestört werden; jedoch sollten "Plünderungen und sonstige besondere Ausschreitungen" unterbunden werden. In Synagogen und anderen jüdischen Einrichtungen befindliches Akten- und Archivmaterial sei "durch sofortige Maßnahmen sicherzustellen". Die Festnahme von 20.-30.000 Juden solle vorbereitet werden. "Nähere Anordnungen" würden im Lauf der Nacht noch folgen.

Dieses Fernschreiben kann unmöglich von Goebbels eigenmächtigt veranlaßt worden sein, es muß von Hitler und Himmler ausgegangen sein.

Um Mitternacht findet, auch dies bereits ein traditioneller Vorgang am 9. November, auf dem Odeonsplatz eine Vereidigung von Rekruten der SS statt. Himmler und Hitler sind anwesend. Gegen 1 Uhr morgens am 10. November trifft Himmler sich in seinem Hotel mit dem Chef der Sicherheitspolizei, Heydrich, und danach mit den anläßlich der Feierlichkeiten vollzählig in München versammelten höheren SS-Funktionären.

Um 1.20 geht ein Fernschreiben Heydrichs an alle Dienststellen der Staatspolizei und an alle Abschnitte des SD (Sicherheitsdienst der SS) ab, das sich im Wesentlichen mit dem Befehl Müllers von 23.55 Uhr deckt, aber zusätzliche Konkretisierungen enthält. Die Polizeistellen werden aufgefordert, sofort Verbindung mit den für ihren Bezirk zuständigen Parteileitungen aufzunehmen und Absprachen über die Durchführung der "Demonstrationen" zu treffen. Das Verbot von Plünderungen wird wiederholt. Juden mit ausländischer Staatsangehörigkeit sollen nicht belästigt werden. "Historisch wertvolles" Archivmaterial aus Synagogen und Gemeinderäumen soll beschlagnahmt werden. Es sollen, sobald ausreichend Polizeikräfte mobilisiert sind, in allen Bezirken so viele Juden festgenommen werden, wie in den vorhandenen Hafträumen untergebracht werden können. Wegen der weiteren Unterbringung sei unverzüglich Kontakt mit den Konzentrationslagern aufzunehmen.

Die Bedeutung

des 9. November

Daß von Rath gerade am 9. November, dem Jahrestag des Putschversuchs von 1923, starb, war aus Sicht der Regie ein sehr günstiger Umstand. An diesem Tag war von vornherein die gesamte Partei samt Nebenorganisationen mobilisiert und befand sich in nostalgischer Erregung. Ein großer Teil der höheren Partei-, SA- und SS-Führer war in München versammelt und konnte somit leicht und schnell als Multiplikatoren angesprochen werden. Nur in einem solchen Rahmen konnte durch ein paar scheinbar spontan gesprochene Worte des Propagandaministers, ohne expliziten und eindeutigen Befehl, ein Pogrom in Gang gebracht werden. Es war im Grunde ein so phantastischer Rahmen, daß man an der Zufälligkeit des Datums zweifeln möchte.

Das Erstaunliche des Zufalls wird durch ein weiteres Moment noch gesteigert: Der Todestag von Raths war nicht nur der 15. Jahrestag des Münchner Putschversuchs, sondern zugleich der 20. Jahrestag des 9. November 1918. Dieses Datum hat in der NS-Ideologie eine zentrale Bedeutung. Es war der Tag, an dem der deutsche Kaiser abdankte und die Republik ausgerufen wurde. Aus deutschnationaler und nazistischer Sicht stand dieses Datum für den militärischen Zusammenbruch und für das verhaßte parlamentarisch-demokratische System. Für beides wurden neben der marxistischen Arbeiterbewegung in erster Linie "die Juden" verantwortlich gemacht.

Mit dem Datum des 9. November verband sich also von vornherein der Gedanke der Rache, wie es Hitler am 21. Januar 1939 beim Empfang des tschechoslowakischen Außenministers ausgesprochen haben soll: "Die Juden würden bei uns vernichtet. Den 9. November hätten die Juden nicht umsonst gemacht, dieser Tag würde gerächt werden." - Daß von Rath genau an diesem Tag starb, muß der NS-Führung so außerordentlich gelegen gekommen sein, daß man sich fragen muß, ob nicht etwas nachgeholfen wurde. Die Tatsache, daß Hitler zwei Ärzte nach Paris schickte, kann vielleicht auch unter diesem Gesichtspunkt interpretiert werden.

Von Rath war der zweite Nationalsozialist, der von einem jüdischen Attentäter getötet wurde. Am 4. Februar 1936 hatte David Frankfurter in Davos den Leiter der Landesgruppe Schweiz der NSDAP, Wilhelm Gustloff, erschossen. Die Reaktion der NS-Führung war damals vergleichsweise zurückhaltend gewesen; von Strafaktionen gegen die Juden insgesamt oder von einer speziellen Verschärfung antijüdischer Maßnahmen war nicht die Rede gewesen.

An diesem Vergleich zeigt sich, daß die innen- und außenpolitische Situation Deutschlands im Herbst 1938 wesentlich anders war als noch 1936. Schon vor dem 9. November 1938 hatte die NS-Führung sich definitiv entschlossen, die Unterdrückung und Vertreibung der deutschen Juden radikal und brutal zuzuspitzen. Das stand in engem Zusammenhang mit der Tatsache, daß für 1939 eine kriegerische Konfrontation geplant war, ohne daß allerdings schon definitiv feststand, gegen wen und in welchem Umfang. Die Annektion der sogenannten Sudetengebiete aufgrund des Münchner Gipfeltreffens (1. Oktober 1938) war die letzte Eroberung, die Hitler noch auf dem Wege der Verhandlungsdiplomatie hatte machen wollen. Danach wurden in der Außenpolitik kaum noch taktische Rücksichten genommen, und auch in der Politik gegen die Juden fielen fast alle Hemmungen fort.

Sofort nach dem November-Pogrom begann man, offen von der Vernichtung der Juden im kommenden Krieg zu sprechen. Den Anfang machte Göring während einer Regierungskonferenz am 12. November 1938: "Wenn das Deutsche Reich in irgendeiner absehbaren Zeit in außenpolitischen Konflikt kommt, so ist es selbstverständlich, daß wir in allererster Linie daran denken werden, eine große Abrechnung zu vollziehen."

Das SS-Organ "Das Schwarze Korps" begründete in seiner Ausgabe vom 24. November 1938, warum man bisher einen - gemessen am eigenen Programm - relativ langwährenden, schrittweisen Gang der antijüdischen Politik habe wählen müssen: 1933 habe Deutschland noch die militärische Macht gefehlt, die es jetzt besitze; "damals wäre es den Juden vielleicht gelungen, die Völker in einen Rachekrieg gegen uns zu hetzen". Jetzt aber könne keine Macht der Welt Deutschland mehr daran hindern, "die Judenfrage nunmehr ihrer totalen Lösung zuzuführen". Das Ergebnis werde "das tatsächliche und endgültige Ende des Judentums in Deutschland, seine restlose Vernichtung" sein.

Unüberhörbar war schließlich Hitlers Ankündigung im Reichstag am 30. Januar 1939, dem sechsten Jahrestag seiner Ernennung zum Reichskanzler: "Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa."

Hitler wiederholte diese Drohung während des Krieges noch mehrmals öffentlich, erstmals am 30. Januar 1941. Möglicherweise war damit die Absicht verbunden, die Juden in Deutschland und im deutschen Einflußbereich als Geiseln gegen ein Eingreifen der USA in den Krieg einzusetzen. In der nazistischen Vorstellungswelt stand fest, daß die amerikanische Politik maßgeblich durch das "Weltjudentum" beeinflußt wurde.

"So oder so zur Erledigung bringen"

In einem Rundschreiben des Auswärtigen Amtes an alle deutschen Auslandsvertretungen vom 25. Januar 1939 wurden die Ergebnisse der bisherigen Politik gegen die Juden zusammengefaßt: "Es ist wohl kein Zufall, daß das Schicksalsjahr 1938 zugleich mit der Verwirklichung des großdeutschen Gedankens (gemeint ist der Anschluß Österreichs im März und die Annektion der Sudetengebiete im Oktober - Anm. Kt.) die Judenfrage ihrer Lösung nähergebracht hat. Denn die Judenpolitik war sowohl Voraussetzung wie Konsequenz der Ereignisse des Jahres 1938. Mehr vielleicht als die machtpolitische Gegnerschaft der ehemaligen Feindbundmächte des Weltkriegs hat das Vordringen jüdischen Einflusses und der zersetzenden jüdischen Geisteshaltung in Politik, Wirtschaft und Kultur die Kraft und den Willen des deutschen Volkes zum

Wiederaufstieg gelähmt. Die Heilung dieser Krankheit des Volkskörpers war daher wohl eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Kraftanstrengung, die im Jahre 1938 gegen den Willen einer Welt den Zusammenschluß des großdeutschen Reiches erzwang.

Die Notwendigkeit für eine radikale Lösung der Judenfrage ergab sich aber auch als Konsequenz der außenpolitischen Entwicklung, die zu den im Altreich lebenden 500.000 Glaubensjuden weitere 200.000 in Österreich einbrachte."

Durch die Aktionen und Maßnahmen nach dem Tode von Raths sei der jüdische Einzelhandel praktisch schon verschwunden. "Die Liquidierung der jüdischen Großhandels- und Fabrikationsbetriebe und des Haus- und Grundbesitzes in der Hand von Juden wird allmählich so weit gefördert, daß in absehbarer Zeit von jüdischem Besitz in Deutschland nicht mehr gesprochen werden kann.

Das letzte Ziel der deutschen Judenpolitik ist die Auswanderung aller im Reichsgebiet lebenden Juden."

Das Rundschreiben verweist auf den Parallelismus zwischen Eroberungspolitik und Judenpolitik des NS-Staates. Die erhebliche Verschärfung der antijüdischen Politik fast unmittelbar nach dem Münchner Abkommen war innerhalb der nazistischen Vorstellungswelt ein nicht nur logischer, sondern geradezu zwangsläufiger Schritt. Auch in diesem Sinn kam das Attentat gegen von Rath genau zum richtigen Zeitpunkt.

Im Rückblick ist festzustellen, daß dem November-Pogrom durch vorangegangene Maßnahmen entscheidend vorgearbeitet worden war:

* Die Verordnung über die Registrierung und Kennzeichnung jüdischer Gewerbebetriebe (Juni 1938) war Voraussetzung für die Erstellung der Listen, nach denen am 9. und 10. November innerhalb kürzester Zeit planmäßig alle Geschäfte in jüdischem Besitz überfallen werden konnten.

* Die Verordnung über die Anmeldung aller jüdischen Vermögen (April 1938) war eine wesentliche Hilfe für die beschleunigte "Arisierung der Wirtschaft" wie auch für das Eintreiben der den Juden nach dem Pogrom auferlegten Strafsumme von einer Milliarde Mark.

* Die schlagartige Festnahme von 1.500 "vorbestraften" Juden - dazu gehörten z.B. auch Verkehrssünder - und ihre Verschleppung in KZs im Juni 1938 ebenso wie die gewaltsame Abschiebung von 17.000 polnischen Juden Ende Oktober 1938 wirkten strukturell und ideologisch als Vorbereitung der ebenso schlagartigen Verhaftung von 30.000 Juden am 9./10. November.

Mit dem November-Pogrom war ein qualitativ neuer Schritt zur "Endlösung" getan. Göring eröffnete die von ihm einberufene Besprechung am 12. November, die über die nächsten antijüdischen Maßnahmen beraten und beschließen sollte, mit der Mitteilung: "Meine Herren, die heutige Sitzung ist von entscheidender Bedeutung. Ich habe einen Brief bekommen, den mir der Stabsleiter des Stellvertreters des Führers, Bormann, im Auftrag des Führers geschrieben hat, wonach die Judenfrage jetzt einheitlich zusammengefaßt werden soll und so oder so zur Erledigung zu bringen ist."

Von besonderer Bedeutung sind in diesem Satz die Worte "so oder so", die zusammengenommen werden müssen mit der Drohung Görings am Schluß der gleichen Sitzung, im Kriegsfall "eine große Abrechnung an den Juden zu vollziehen".

Am 24. Januar 1939 - eine Woche vor der bereits erwähnten Vernichtungsdrohung Hitlers im Reichstag - erteilte Göring dem Polizeichef Heydrich den Auftrag, "die Judenfrage (...) einer den Zeitverhältnissen entsprechend möglichst günstigen Lösung zuzuführen". Am 31. Juli 1941 - gut einen Monat nach Beginn des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion - erweiterte Göring diesen Auftrag: "In Ergänzung der Ihnen bereits mit dem Erlaß vom 24.1.39 übertragenen Aufgabe (....) beauftrage ich Sie hiermit, alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa." Heydrich solle ihm so bald wie möglich einen Gesamtplan für die "Endlösung der Judenfrage" vorlegen.

Zu diesem Zeitpunkt waren in der UdSSR speziell zu diesem Zweck gebildete Mördertrupps aus SS und Polizei schon dabei, die von der Wehrmacht besetzten Gebiete durch Massenerschießungen "judenfrei" zu machen. Am 18. Oktober 1941 begann die Deportation und Ermordung der deutschen Juden.

Kt.

Vom Boykott zum Pogrom

30. Januar 1933 Hitler wird Reichskanzler.

27. Februar 1933 Reichstagsbrand. Massenverhaftungen, vor allem gegen die KPD gerichtet. Durch "Notverordnungen" werden die meisten demokratischen Rechte der Verfassung außer Kraft gesetzt. Alle Zeitungen und Versammlungen der KPD werden verboten.

5. März 1933 Neuwahl des Reichstags. Die NSDAP erreicht 288 von 647 Mandaten. Die von der KPD gewonnenen Reichstagssitze werden ihr abgesprochen, ihre Parteizentrale von der Polizei besetzt.

1. April 1933 Boykott-Aktion der SA vor allen Läden und Firmen in jüdischem Besitz, sowie auch gegen jüdische Ärzte, Rechtsanwälte und Professoren. Bereits in der ersten Märzhälfte hatte es in einigen Städten gewalttätige Angriffe gegen Juden gegeben.

7. April 1933 Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Entlassung der "nichtarischen" Beamten, mit vorläufigen Ausnahmen insbesondere für Weltkriegsteilnehmer. Als "nichtarisch" gilt, wer auch nur ein jüdisches Großelternteil hatte. Außerdem sollen Beamte entlassen werden, "die keine Gewähr dafür bieten, daß sie rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat eintreten".

10. April 1933 Berufsverbot gegen jüdische Anwälte.

22. April 1933 Juden dürfen nicht mehr als Kassenärzte arbeiten. Die meisten jüdischen Ärzte, die an Universitäten, Krankenhäusern und im öffentlichen Gesundheitsdienst beschäftigt waren, sind schon vorher entlassen worden.

25. April 1933 Die Zahl der Juden an mittleren, höheren und Fachschulen sowie Universitäten wird auf eine Quote von 1,5 Prozent beschränkt.

4. Mai 1933 Auch die im öffentlichen Dienst beschäftigten jüdischen Arbeiter und Angestellten sollen entlassen werden.

10. Mai 1933 "Bücherverbrennung". Die Bücher jüdischer und linker Autoren werden aus den Bibliotheken entfernt und öffentlich verbrannt.

1. Oktober 1933 Reichserbhofgesetz. Juden dürfen nicht mehr Bauern sein.

4. Oktober 1933 Juden dürfen nicht mehr Zeitungsredakteure sein.

16. August 1934 Allen NSDAP-Mitgliedern wird verboten, sich in der Öffentlichkeit gemeinsam mit Juden zu zeigen, bei ihnen zu kaufen usw.

8. Dezember 1934 Die Prüfungsordnung für Apotheker macht die "arische" Abstammung zur Voraussetzung der Zulassung zur Prüfung.

10. April 1935 Aus der Reichsschrifttumskammer werden alle "nichtarischen" Mitglieder ausgeschlossen. Da die Mitgliedschaft in dieser Zwangsvereinigung Voraussetzung für eine schriftstellerische Betätigung ist, bedeutet das ein Berufsverbot.

21. Mai 1935 Wehrgesetz. Juden sind vom Wehrdienst ausgeschlossen; "Mischlinge" können eingezogen werden, dürfen aber nicht Vorgesetzte werden.

Mitte Juli 1935 "Kurfürstendamm-Krawalle". Nach einer Protestaktion gegen einen antisemitischen Film werden in Berlin mehrere Tage lang Juden gewalttätig angegriffen.

15. September 1935 "Reichsbürgergesetz" und "Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre". Juden werden zu bloßen "Staatsangehörigen", d.h. zu Bürgern zweiter Klasse ohne politische Rechte erklärt. Eheschließungen und sexuelle Beziehungen zwischen "Ariern" und Juden werden verboten.

10. Dezember 1935 Bis zu diesem Datum müssen alle Kunst- und Antiquitätenläden sowie Kinos, die sich in jüdischem Besitz befinden, verkauft worden sein; bis zum Jahresende ebenso die Buchläden.

8. Mai 1937 Juden werden zur Doktorprüfung nicht mehr zugelassen.

13. März 1938 Anschluß Österreichs. Dadurch kommen etwa 190.000 Juden neu in den deutschen Machtbereich. In den nächsten Monaten werden alle antijüdischen Gesetze aus dem "Altreich" übernommen. Österreich wird unter maßgeblicher Beteiligung Eichmanns zum Experimentierfeld für eine radikalisierte, beschleunigte Vertreibung der Juden.

26. April 1938 Verordnung über die Anmeldung aller jüdischen Vermögen über 5.000 RM. Gleichzeitig wird jede Veräußerung oder Verpachtung eines gewerblichen, land- oder forstwirtschaftlichen Betriebs, bei der ein Jude beteiligt ist, sowie jede Neueröffnung eines Gewerbebetriebes durch Juden genehmigungspflichtig.

6. Juni 1938 Juden wird der Kauf und Verkauf von Grundstücken verboten.

14. Juni 1938 Verordnung über die Registrierung und Kennzeichnung jüdischer Gewerbebetriebe. Bei Finanzämtern und Polizeirevieren werden Listen von "vermögenden" Juden angelegt.

15. Juni 1938 Festnahme aller "vorbestraften" Juden, einschließlich der wegen Verkehrsvergehen u.ä. Belangten, und Einweisung in Konzentrationslager; betrifft insgesamt ca. 1.500 Menschen.

22. Juni 1938 Juden wird der Besuch von Börsen und Großmärkten verboten.

6. Juli 1938 Juden wird die Ausübung bestimmter Gewerbe, wie Grundstückshandel, Hausverwaltung, Vermittlung von Immobilienverträgen und Darlehen verboten.

25. Juli 1938 Streichung der Zulassung aller jüdischen Ärzte, wirksam ab 30. September d. J. Danach dürfen jüdische Ärzte nur noch (mit widerruflicher Genehmigung) als "Krankenbehandler" für Juden tätig sein.

17. August 1938 Ab Jahresbeginn 1939 müssen Juden ihrem Vornamen den Namen "Israel" bzw. "Sarah" hinzusetzen.

27. September 1938 Streichung der Zulassung aller jüdischen Rechtsanwälte, wirksam ab 30. November d. J. Sie dürfen lediglich noch in Ausnahmefällen als "Konsulenten" für Juden tätig sein.

5. Oktober 1938 Alle Reisepässe deutscher Juden müssen mit einem hineingestempelten roten "J" versehen werden.

6. Oktober 1938 Mit dem Ausschluß von Juden aus der Reichsmusikkammer ist die von Goebbels vorangetriebene "Säuberung" des gesamten deutschen Kulturbetriebs abgeschlossen.

19. Oktober 1938 Für jüdische Erwerbslose wird Zwangsarbeit angeordnet.

28.-29. Oktober 1938 Rund 15.000 Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit werden festgenommen und zur Grenze gebracht, wo sie ins "Niemandsland" getrieben werden. Die polnische Regierung, die zunächst ihre Aufnahme verweigert, gibt schließlich nach.

9.-10. November 1938 Pogromaktionen im ganzen Deutschen Reich und in der Freien Stadt Danzig.

12. November 1938 Eine von Göring geleitete Regierungskonferenz berät und beschließt einen Katalog antijüdischer Maßnahmen. Die deutschen Juden müssen eine "Buße" von einer Milliarde Mark aufbringen und die von den Nazi-Banden angerichteten Schäden selbst bezahlen. Die "Arisierung der Wirtschaft" soll beschleunigt, die Auswanderung "auf jede Weise" vorangetrieben werden. Ab Jahresanfang 1939 ist den Juden praktisch jede Form wirtschaftlicher Betätigung verboten. Eine Fülle von Verordnungen schließt die Juden praktisch völlig vom gesellschaftlichen Leben aus und reduziert sie auf jüdische Sondereinrichtungen.

14. November 1938 Völliger Ausschluß aller Juden von deutschen Schulen und Universitäten.

19. November 1938 Juden werden von allen öffentlichen Fürsorgeleistungen ausgeschlossen.

28. November 1938 Juden kann künftig verboten werden, bestimmte Bezirke, Orte oder Gebäude zu betreten; ebenso sind zeitliche Ausgangssperren möglich.

3. Dezember 1938 Juden wird das Halten und Fahren von Autos verboten, ihre Führerscheine werden eingezogen.

8. Dezember 1938 Entlassene jüdische Wissenschaftler dürfen auch nicht mehr privat in Hochschulinstituten und Bibliotheken arbeiten.

30. April 1939 Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden. Aufhebung des Kündigungs- und Räumungsschutzes. Die zwangsweise Konzentration der jüdischen Bevölkerung in "Judenhäusern" wird vorbereitet.

Vom Boykott zum Pogrom

30. Januar 1933 Hitler wird Reichskanzler.

27. Februar 1933 Reichstagsbrand. Massenverhaftungen, vor allem gegen die KPD gerichtet. Durch "Notverordnungen" werden die meisten demokratischen Rechte der Verfassung außer Kraft gesetzt. Alle Zeitungen und Versammlungen der KPD werden verboten.

5. März 1933 Neuwahl des Reichstags. Die NSDAP erreicht 288 von 647 Mandaten. Die von der KPD gewonnenen Reichstagssitze werden ihr abgesprochen, ihre Parteizentrale von der Polizei besetzt.

1. April 1933 Boykott-Aktion der SA vor allen Läden und Firmen in jüdischem Besitz, sowie auch gegen jüdische Ärzte, Rechtsanwälte und Professoren. Bereits in der ersten Märzhälfte hatte es in einigen Städten gewalttätige Angriffe gegen Juden gegeben.

7. April 1933 Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Entlassung der "nichtarischen" Beamten, mit vorläufigen Ausnahmen insbesondere für Weltkriegsteilnehmer. Als "nichtarisch" gilt, wer auch nur ein jüdisches Großelternteil hatte. Außerdem sollen Beamte entlassen werden, "die keine Gewähr dafür bieten, daß sie rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat eintreten".

10. April 1933 Berufsverbot gegen jüdische Anwälte.

22. April 1933 Juden dürfen nicht mehr als Kassenärzte arbeiten. Die meisten jüdischen Ärzte, die an Universitäten, Krankenhäusern und im öffentlichen Gesundheitsdienst beschäftigt waren, sind schon vorher entlassen worden.

25. April 1933 Die Zahl der Juden an mittleren, höheren und Fachschulen sowie Universitäten wird auf eine Quote von 1,5 Prozent beschränkt.

4. Mai 1933 Auch die im öffentlichen Dienst beschäftigten jüdischen Arbeiter und Angestellten sollen entlassen werden.

10. Mai 1933 "Bücherverbrennung". Die Bücher jüdischer und linker Autoren werden aus den Bibliotheken entfernt und öffentlich verbrannt.

1. Oktober 1933 Reichserbhofgesetz. Juden dürfen nicht mehr Bauern sein.

4. Oktober 1933 Juden dürfen nicht mehr Zeitungsredakteure sein.

16. August 1934 Allen NSDAP-Mitgliedern wird verboten, sich in der Öffentlichkeit gemeinsam mit Juden zu zeigen, bei ihnen zu kaufen usw.

8. Dezember 1934 Die Prüfungsordnung für Apotheker macht die "arische" Abstammung zur Voraussetzung der Zulassung zur Prüfung.

10. April 1935 Aus der Reichsschrifttumskammer werden alle "nichtarischen" Mitglieder ausgeschlossen. Da die Mitgliedschaft in dieser Zwangsvereinigung Voraussetzung für eine schriftstellerische Betätigung ist, bedeutet das ein Berufsverbot.

21. Mai 1935 Wehrgesetz. Juden sind vom Wehrdienst ausgeschlossen; "Mischlinge" können eingezogen werden, dürfen aber nicht Vorgesetzte werden.

Mitte Juli 1935 "Kurfürstendamm-Krawalle". Nach einer Protestaktion gegen einen antisemitischen Film werden in Berlin mehrere Tage lang Juden gewalttätig angegriffen.

15. September 1935 "Reichsbürgergesetz" und "Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre". Juden werden zu bloßen "Staatsangehörigen", d.h. zu Bürgern zweiter Klasse ohne

politische Rechte erklärt. Eheschließungen und sexuelle Beziehungen zwischen "Ariern" und Juden werden verboten.

10. Dezember 1935 Bis zu diesem Datum müssen alle Kunst- und Antiquitätenläden sowie Kinos, die sich in jüdischem Besitz befinden, verkauft worden sein; bis zum Jahresende ebenso die Buchläden.

8. Mai 1937 Juden werden zur Doktorprüfung nicht mehr zugelassen.

13. März 1938 Anschluß Österreichs. Dadurch kommen etwa 190.000 Juden neu in den deutschen Machtbereich. In den nächsten Monaten werden alle antijüdischen Gesetze aus dem "Altreich" übernommen. Österreich wird unter maßgeblicher Beteiligung Eichmanns zum Experimentierfeld für eine radikalisierte, beschleunigte Vertreibung der Juden.

26. April 1938 Verordnung über die Anmeldung aller jüdischen Vermögen über 5.000 RM. Gleichzeitig wird jede Veräußerung oder Verpachtung eines gewerblichen, land- oder forstwirtschaftlichen Betriebs, bei der ein Jude beteiligt ist, sowie jede Neueröffnung eines Gewerbebetriebes durch Juden genehmigungspflichtig.

6. Juni 1938 Juden wird der Kauf und Verkauf von Grundstücken verboten.

14. Juni 1938 Verordnung über die Registrierung und Kennzeichnung jüdischer Gewerbebetriebe. Bei Finanzämtern und Polizeirevieren werden Listen von "vermögenden" Juden angelegt.

15. Juni 1938 Festnahme aller "vorbestraften" Juden, einschließlich der wegen Verkehrsvergehen u.ä. Belangten, und Einweisung in Konzentrationslager; betrifft insgesamt ca. 1.500 Menschen.

22. Juni 1938 Juden wird der Besuch von Börsen und Großmärkten verboten.

6. Juli 1938 Juden wird die Ausübung bestimmter Gewerbe, wie Grundstückshandel, Hausverwaltung, Vermittlung von Immobilienverträgen und Darlehen verboten.

25. Juli 1938 Streichung der Zulassung aller jüdischen Ärzte, wirksam ab 30. September d. J. Danach dürfen jüdische Ärzte nur noch (mit widerruflicher Genehmigung) als "Krankenbehandler" für Juden tätig sein.

17. August 1938 Ab Jahresbeginn 1939 müssen Juden ihrem Vornamen den Namen "Israel" bzw. "Sarah" hinzusetzen.

27. September 1938 Streichung der Zulassung aller jüdischen Rechtsanwälte, wirksam ab 30. November d. J. Sie dürfen lediglich noch in Ausnahmefällen als "Konsulenten" für Juden tätig sein.

5. Oktober 1938 Alle Reisepässe deutscher Juden müssen mit einem hineingestempelten roten "J" versehen werden.

6. Oktober 1938 Mit dem Ausschluß von Juden aus der Reichsmusikkammer ist die von Goebbels vorangetriebene "Säuberung" des gesamten deutschen Kulturbetriebs abgeschlossen.

19. Oktober 1938 Für jüdische Erwerbslose wird Zwangsarbeit angeordnet.

28.-29. Oktober 1938 Rund 15.000 Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit werden festgenommen und zur Grenze gebracht, wo sie ins "Niemandsland" getrieben werden. Die polnische Regierung, die zunächst ihre Aufnahme verweigert, gibt schließlich nach.

9.-10. November 1938 Pogromaktionen im ganzen Deutschen Reich und in der Freien Stadt Danzig.

12. November 1938 Eine von Göring geleitete Regierungskonferenz berät und beschließt einen Katalog antijüdischer Maßnahmen. Die deutschen Juden müssen eine "Buße" von einer Milliarde Mark aufbringen und die von den Nazi-Banden angerichteten Schäden selbst bezahlen. Die "Arisierung der Wirtschaft" soll beschleunigt, die Auswanderung "auf jede Weise" vorangetrieben werden. Ab Jahresanfang 1939 ist den Juden praktisch jede Form wirtschaftlicher Betätigung verboten. Eine Fülle von Verordnungen schließt die Juden praktisch völlig vom gesellschaftlichen Leben aus und reduziert sie auf jüdische Sondereinrichtungen.

14. November 1938 Völliger Ausschluß aller Juden von deutschen Schulen und Universitäten.

19. November 1938 Juden werden von allen öffentlichen Fürsorgeleistungen ausgeschlossen.

28. November 1938 Juden kann künftig verboten werden, bestimmte Bezirke, Orte oder Gebäude zu betreten; ebenso sind zeitliche Ausgangssperren möglich.

3. Dezember 1938 Juden wird das Halten und Fahren von Autos verboten, ihre Führerscheine werden eingezogen.

8. Dezember 1938 Entlassene jüdische Wissenschaftler dürfen auch nicht mehr privat in Hochschulinstituten und Bibliotheken arbeiten.

30. April 1939 Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden. Aufhebung des Kündigungs- und Räumungsschutzes. Die zwangsweise Konzentration der jüdischen Bevölkerung in "Judenhäusern" wird vorbereitet.

12. Gefilmte Geschichte. Eine Filmreihe zum Spanischen Bürgerkrieg

Autor: Olaf Berg · Rubrik: Zeitgeschichte; Spanien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:36

Im Juli diesen Jahres jährte sich zum sechzigsten Mal der faschistische Putsch gegen die spanische Republik. Damit begann der Spanische Bürgerkrieg, ein einschneidendes Ereignis in der Geschichte dieses Jahrhunderts: Er war Vorlauf für den Zweiten Weltkrieg, Symbol internationaler Solidarität und Schauplatz der Auseinandersetzungen unter Anarchisten und verschiedenen sozialistischen und kommunistischen Strömungen. All diese Aspekte haben sich in einem umfangreichen Filmschaffen niedergeschlagen: Bis heute sind weit mehr als hundert Dokumentar- und Spielfilme entstanden. Rund 20 dieser Filme werden in Hamburg in der Reihe Spanienkrieg 1936-1939 vorgestellt, die am 14.11.1996 im 3001 Kino eröffnet wird und bis Januar 1997 (zum Teil auch im Metropolis) fortgesetzt werden soll.

Das einst mächtige Kolonialreich Spaniens war bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts fast vollständig zusammengebrochen. Spanien selbst war industriell kaum entwickelt, lediglich in Katalonien und im Baskenland existierten Industrien und dementsprechend eine Bourgeoisie und proletarische Massen. Der größte Teil des Landes war in Händen von Großgrundbesitzern, die weite Teile ihres Landes brachliegen ließen. Die katholische Kirche kontrollierte fast das gesamte Bildungswesen und hatte große Ländereien und anderen Reichtum angehäuft. Die Landbevölkerung hingegen lebte in extremer Armut.

Ihre Situation schildert Luis Buñuel in seinem Dokumentarfilm Las Hurdes - Terre sans pan (Land ohne Brot, Spanien/Frankreich 1932), den er kurz nach Gründung der Zweiten Republik gedreht hat. In den Hurdes (in der Extremadura im Süden Spaniens gelegen) leben die Menschen in unvorstellbarer Armut. Brot ist fast unbekannt, Kartoffeln und Bohnen sind die Hauptnahrungsmittel. Um überhaupt etwas anbauen zu können, müssen die Hurdanos aus den Bergen Humus für ihre Felder herantragen. Fast alle sind krank und ohne medizinische Versorgung. Die einzigen Reichtum ausstrahlenden Gebäude sind die Kirchen. Obwohl Buñuel nur zeigt, wie es ist, und nüchtern-distanziert kommentiert, verbot die bürgerliche republikanische Regierung den Film, so daß er zunächst nur in Frankreich zur Aufführung kam.

Faschistischer Putsch und soziale Revolution

Nach dem Franco-Putsch nahm die Bevölkerung den Kampf gegen die Faschisten selbst in die Hand und bewaffnete sich. Die Verteidigung der Republik war eng mit einer sozialen Revolution verbunden, die von den AnarchistInnen angeführt wurde.

Dieses befreiende Moment des Spanienkrieges wird am deutlichsten in den unzähligen Dokumentaraufnahmen dieser Zeit, zum Beispiel in Un pueblo en armas (Ein Volk in Waffen), der 1936 von der anarchistischen Gewerkschaft CNT produziert wurde und die ersten Tage des Krieges dokumentiert. Die Gesichter der Menschen strahlen trotz der Leiden des Krieges eine überwältigende Freude aus. Für sowjetische Wochenschauen hat Roman Karmen diese Eindrücke eingefangen.

Die sowjetische Regisseurin Esfir Shub hat aus diesem beeindruckenden Material den abendfüllenden Kompilationsfilm Ispanija (Spanien, UdSSR 1939) montiert. Dieser durchaus propagandistische Film gegen den Faschismus enthält auch Momente der Offenheit, Momente, die den Kampf um Freiheit verstehbar machen. Die Kinder, die zur Verteidigung Madrids den Umgang mit der Waffe lernen, die Bauern, die die Kämpfenden mit der eingebrachten Ernte unterstützen und die Kamera, zitternd von den nahen Einschlägen, lassen die Dimension dieses Krieges erahnen.

Auch unter Kriegsbedingungen gab es auf republikanischer Seite Bemühungen um eine eigene Spielfilmproduktion. Die anarchistischen Gewerkschaften hatten zunächst nur den Betrieb der Filmtheater übernommen und hofften darauf, daß die noch junge Filmindustrie unabhängig weiterproduzieren würde. Doch die Produzenten dachten gar nicht daran, in neue Filme zu investierten, und kollaborierten offen oder verdeckt mit den Faschisten. Deshalb gründeten die Gewerkschaften eigene Produktionsfirmen. Eine der bedeutendsten war SIE films in Barcelona. Ziel war es, ein soziales Kino zu entwickeln, in dem Arbeiterinnen und Arbeiter die Hauptrolle spielen.

Als erstes Projekt wurde Aurora de Esperanza (Morgenröte der Hoffnung, Spanien 1937) von Antonio Sau realisiert. Der Film erzählt die Geschichte von Juan, der seine Arbeit verliert. Aus der anfänglichen Verzweiflung wird im Laufe der Geschichte Wut und politische Aktion: Juan organisiert einen Hungermarsch auf die Hauptstadt und nimmt an der Revolution teil. Der Radikalität im Kampf gegen die Herrschenden steht ein traditionelles Familienbild gegenüber.

Um international für die Verteidigung der Republik zu mobilisieren, drehte Joris Ivens den Film Spanish Earth (Spanische Erde, USA 1937), den Ernest Hemingway mit einem Kommentar versah. In einer Montage aus Dokumentaraufnahmen und Spielszenen gelang Ivens eine eindringliche Dokumentation des Kampfes um die Republik. Im Mittelpunkt steht dabei die Agrarreform. Sie wird von den Bauern, die gleichzeitig Soldaten sind, gegen den faschistischen Angriff verteidigt.

Auch der französische Schriftsteller André Malraux versuchte mit seinem Spielfilm Espoir (Hoffnung, Spanien, Frankreich 1938-19), internationale Unterstützung für die Republik zu mobilisieren. Malraux, der die erste Fliegerstaffel zur Verteidigung der Republik organisiert hat, verarbeitet in Espoir auch seine eigenen Kriegserfahrungen. Der Film spielt im Jahre 1938, die verzweifelte Lage der Republik ist deutlich zu spüren. Obwohl der dokumentarisch wirkende Spielfilm eine enorme Intensität erreicht, verfehlte er sein Ziel, für die Republik zu mobilisieren: Als Malraux die Arbeit nach mehreren Verzögerungen endlich beendet hatte, war die Republik bereits besiegt.

Die ersten Jahre der Franco-Diktatur

Wenige Monate nach dem Sieg der Faschisten in Spanien begann mit dem deutschen Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg. Spanien unterstützte Deutschland zwar mit Rohstofflieferungen und der Division Azul, die an der Seite der Deutschen Wehrmacht kämpfte, behielt aber dennoch einen neutralen Status und unterhielt ebenso gute Kontakte zu den USA und England. Die Hoffnung vieler RepublikanerInnen auf einen Sturz Francos durch die Westallierten erfüllten sich nicht. Bis zu seinem natürlichen Tode im Jahre 1975 blieb Franco an der Macht.

Noch zu Lebzeiten des Diktators - und daher im Untergrund - begann Basilio Martin Patino mit den Arbeiten an dem Dokumentarfilm Caudillo (Spanien 1975/77), der 1977 uraufgeführt wurde. Aus Archivmaterial zusammengesetzt, mit Kampfliedern und Gedichten kommentiert, beschreibt er die Zeit von 1926 bis 1939 und reflektiert gleichzeitig die Erfahrungen der unter der Diktatur aufgewachsenen Generation.

In Frankreich versuchte Frédéric Rossif mit Mourir à Madrid (Sterben für Madrid, Frankreich 1963) die Geschichte des Spanienkrieges dem Vergessen zu entreißen und auf die immer noch andauernde Franco-Diktatur in Spanien zu verweisen. Nach einem kurzen einleitenden historischen Überblick konfrontiert er im Hauptteil des Films Bilder aus dem Spanienkrieg mit Aufnahmen aus dem franquistischen Nachkriegsspanien.

Alain Resnais verfilmte 1966 mit La guerre est finie (Der Krieg ist vorbei, Frankreich/Schweden 1966) ein Drehbuch von Jorge Semprun. Diego Mora, 40 Jahre alt, Spanienkämpfer, reist im Auftrag der Widerstandsbewegung als Verbindungsmann zwischen geheimen Widerstandszellen in Spanien und der Zentrale in Paris hin und her. Die Führung im Exil verliert immer mehr den Kontakt zur Realität in Spanien. Das Spanien, von dem Diego berichtet, ist zu verschieden von jenem imaginären, an das die Exilanten glauben. - Ein melancholisches Porträt von RevolutionärInnen, die nicht aufhören, auf die Veränderbarkeit der Welt zu bauen.

Internationale Solidarität gegen den Faschismus

Der Spanienkrieg hatte immer auch eine internationale Dimension. Die Putschisten erhielten von Anfang an entscheidende Hilfe von den faschistischen Staaten Italien, Deutschland und Portugal. Die Westmächte Frankreich, England, USA verständigten sich auf eine sogenannte Nichteinmischungspolitik, die zwar die Republik blockierte, die Waffenlieferungen an die Putschisten jedoch nicht verhinderte. Auf der Seite der Republik standen Arbeiterinnen, Arbeiter und linke Intellektuelle, die in den Internationalen Brigaden kämpften. Für sie war die Verteidigung der Republik gleichbedeutend mit dem Kampf gegen den Faschismus - die erste offene Schlacht. Diese internationale Solidarität gehört zu den bedeutendsten Erfahrungen in der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung. Davon berichten Überlebende in verschiedenen Dokumentarfilmen.

1973 montierte Peter Nestler aus Interviews mit ehemaligen Mitgliedern der Internationalen Brigaden sowie Fotos und eigenem Filmmaterial aus dem Spanien der Franco-Diktatur den eindrucksvollen Dokumentarfilm Spanien! (BRD 1973). Außer den Interbrigadisten kommen auch Mitglieder der illegalen kommunistischen Gewerkschaft "Comisiones Obreras" zu Wort, die nach Kriegsende im Widerstand gegen das Franco-Regime aktiv waren.

Unversöhnliche Erinnerungen heißt der Film von Klaus Volkenborn und Johann Feindt (BRD 1979), der die Erinnerungen eines ehemaligen Interbrigadisten denen eines Ex-Fliegers bei der Legion Condor gegenüberstellt. Während der Kommunist bis in die Gegenwart wegen seiner Unterstützung der Spanischen Republik benachteiligt wird, hat der Pilot mit seinem Einsatz für die faschistischen Putschisten den Grundstein für seine Karriere zum Bundeswehr-General gelegt.

Mit der Legion Condor und ihren bis heute sichtbaren Spuren setzt sich Ralf Schwingel in seinem Film El condor no pasa (Deutschland 1993) auseinander. Dabei geht es ihm nicht nur um die Bombardements auf Madrid, Barcelona, Bilbao und Guernica und um die Zuflucht, die viele Nazis nach 1945 in Spanien gefunden haben. Er verfolgt auch subtilere, zuweilen amüsant-absurde Spuren der Geschichte: Spanische Orangen z.B., die unter dem Handelsnamen "Der Flieger" verkauft werden, spanische Schäferhunde, die mit deutschen Befehlen abgerichtet werden, und nicht zuletzt die Invasion der deutschen Urlauber mit Charterflügen der Linie "Condor".

Konflikte im Republikanischen Lager

Für den Verlauf des Spanischen Bürgerkrieges waren auch die Auseinandersetzungen innerhalb der republikanischen Seite wichtig. Während die AnarchistInnen und die als trotzkistisch diffamierte linkskommunistische POUM auf die soziale Revolution als Motor für den Kampf gegen den Faschismus setzten, hofften der bürgerliche Block und die Kommunistische Partei - allerdings vergeblich - darauf, mit einer moderaten Politik die Blockade der Westmächte aufzuweichen.

Um die Auseinandersetzung zwischen dem linkskommunistischen POUM und der Kommunistischen Partei geht es in Ken Loachs Land and Freedom (Land und Freiheit England 1995), dem hierzulande wohl bekanntesten Film zum Thema. Anhand einer Liebesgeschichte wird hier geschildert, wie die Milizionäre des POUM als Konterrevolutionäre denunziert und schließlich entwaffnet wurden. Ein Höhepunkt des Films sind die Passagen über den "Blutmai" von Barcelona 1937, als aufständische Anarchisten und kommunistisch geführten Polizei ihre politischen Gegensätze mit Waffengewalt austrugen.

Wer sich für die Filme interessiert, kann bei den Veranstaltern der Reihe ein ausführliches Programmheft gegen 3,-DM in Briefmarken bestellen: Filmgruppe Spanienkrieg, c/o 3001 Kino, Schanzenstraße 75, 20357 Hamburg.

Die meisten Filme stammen von deutschen Verleihern und Archiven, sind also für Veranstaltungen relativ einfach verfügbar. Einige Filme kommen direkt aus Spanien, für diese und für kleinere Veranstaltungen lohnt sich eine Anfrage bei lokalen Videotheken und Medienzentren.

Olaf Berg

Termine:

Das Hamburger 3001 Kino veranstaltet im November und Dezember eine Reihe mit Filmen und Vorträgen zum Spanienkrieg 1936-1939. Statt das hervorragend gelungene Programmheft mit seinem Umfang von 24 Seiten hier wiederzugeben, sei beispielhaft hingewiesen auf die Filme: Spanien! (Peter Nestler, BRD 1973), Spanien im Herzen (Karl Heinz Mund, DDR 1986) und Die grüne Schale (Clara López Rubio, BRD 1996). Sie werden - jeweils alle drei - am 18.11. um 18 Uhr und am 19.11. um 20.15 Uhr gezeigt. 3001 Kino, Schanzenstraße 75, Hamburg.

Und auf die Vortragsveranstaltungen:

Die Legion Condor - eine deutsche Militärtradition (Prof. Dr. Martin Franzbach, Uni Bremen). 20.11., 19.30 Uhr, Stadtteiletage, neben 3001 Kino.

Anarchistische Filmproduktionen im Spanienkrieg - mit Filmbeispielen (Wolfgang M. Hamdorf, Berlin/Madrid). Teil 1: Umstrukturierung und Dokumentarfilm, 10.12., 19 Uhr, Pferdestall, Salvador-Allende-Platz 1, Hamburg. Teil 2: Entwicklung des Spielfilms, 11.12., 19.30 Uhr, am selben Ort.

Auch das Kultur- und Inforeferat des AStA der TH Darmstadt zeigt Filme über den Spanischen Bürgerkrieg:

27.11., 20 Uhr. Land und Freiheit (Ken Loach, GB/Spanien 1995). Audimax TH Darmstadt.

4.12., 20 Uhr. Pueblo en armas (CNT, Spanien 1936). Audimax TH Darmstadt.

11.12., Die lange Hoffnung (Medienwerkstatt Freiburg, BRD 1984). Großer Hörsaal im Schloß Darmstadt, Raum 46/36.

Die Geschichtswerkstatt St. Georg (Hamburg) gedenkt ebenfalls des Spanienkrieges:

29.11., 20 Uhr. Flamenco und Poesie zur Erinnerung an Federico Garcia Lorca, St. Georgskirche am Hauptbahnhof.

30.11., 16 Uhr. Frauen im Spanischen Krieg - Lesung und Diskussion, Geschichtswerkstatt, Koppel 22.

1.12., 11 Uhr. Zeitzeugenbefragung mit Jose Maria Casadevall und Kurt Julius Goldstein, der eine war spanischer Volksarmist, der andere deutscher Interbrigadist. Neue Gesellschaft, Rothenbaumchaussee 19.

15.12., 11.30 Uhr. Zur Auseinandersetzung um den Spanischen Krieg und seine Folgen für die Arbeiterbewegung - Diskussion mit Jupp Bergmann und Lesung mit Rolf Becker. Turm der St. Georgskirche am Hauptbahnhof, Hamburg.

13. Das Urteil gegen Birgit Hogefeld (nach einem Bericht von Walter Kuhk)

Rache statt ernsthafte Auseinandersetzung

Autor: Andrea L. · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:14

"Wir haben uns entschieden, daß wir von uns aus die Eskalation zurücknehmen. Das heißt, wir werden Angriffe auf führende Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat (...) einstellen." Diese eindeutige Aussage, den bewaffneten Kampf in der bisherigen Form nicht mehr weiterzuführen, wurde durch die Ausführung der Weiterstadt-Sprengung, wo - wie den Berichten der als Zeugen in Frankfurt vernommenen Wachleute und JVA-Bediensteten zu entnehmen war - mehrere RAF-Mitglieder stundenlang damit beschäftigt waren, die auf dem Gelände anwesenden Leute in Sicherheit zu bringen - bestätigt.

Die RAF hat 1992 eine Zäsur in ihrer bisherigen Politik gemacht. Sie unternahm damit auch einen Versuch, aus der unproduktiven Repressionslogik zwischen Staat und RAF auszubrechen. An der Eindeutigkeit dieser Zäsur in der Politik der RAF - zu der sich Birgit Hogefeld deutlich bekennt - besteht in der Öffentlichkeit kein Zweifel. Im Verfahren gegen sie werden solchen Erklärungen keinerlei Bedeutung beigemessen.

"Dieses Verfahren", begann die Anwältin von Birgit Hogefeld ihr Plädoyer, "hat deutlich eines gezeigt, daß nämlich ein rationales Umgehen mit der RAF (...) auf justizieller Ebene nicht möglich ist. Eine solche rationale Umgehensweise muß vielmehr auf politischer Ebene und gegen die Interessen der Strafverfolgungsbehörden durchgesetzt werden."

Der Öffentlichkeit präsentiert sich seit Prozeßbeginn im November 1994 im Staatsschutzsaal des Frankfurter Gerichts ein klassischer "Terroristenprozeß": Massives Polizeiaufgebot mit MGs und schußsicheren Westen patroulliert um das Gebäude, die ProzeßbesucherInnen werden zweimal durchsucht, die Angeklagte wird mit auf dem Rücken gefesselten Händen in einem schwerbewaffneten Konvoi zum Gericht gebracht.

Birgit Hogefeld unterliegt dem Sonderhaftstatut für 129a-Gefangene, das zwar nicht mehr in so brutalisierter Form gehandhabt wird wie in den 70er und 80er Jahren, aber nach wie vor massive Einschränkungen in den Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten der Gefangenen bedeutet. Birgit Hogefeld wurde nicht erlaubt, Interviews zu geben, Besuche bei ihr finden mit Trennscheibe und LKA-Überwachung statt, Post wird zensiert und teilweise verschleppt.

Daß es dem Staat weder um Deeskalation noch um die Wahrheit geht, wird an der Prozeßführung deutlich. Selbst der Frankfurter Rundschau fiel auf, daß es eine Diskrepanz zwischen dem Verhalten der Angeklagten und der Reaktion des Gerichtes gibt: "Gesetzt den Fall, von der RAF gingen noch so ernstzunehmende Gefahren aus, daß Staatssekretäre, Wirtschaftsführer und Generalstaatsanwälte täglich um ihr Leben fürchten müßten, sähe es für Birgit Hogefeld ganz anders aus. Wie schon früher zwischen Bonn, Karlsruhe und Frankfurt würde man darüber nachdenken, ob dieser Prozeß mit einer um Selbstkritik und differenzierte Betrachtung bemühten Angeklagten nicht geeignet wäre, um gegen die Spirale der Gewalt zwischen Staat und Terroristen ein Signal zu setzen." (FR 2.10.96)

Offensichtlich von Rache- und Verfolgungsgedanken getrieben, fordert denn auch die Bundesanwaltschaft (BAW) in ihrem 400seitigen Plädoyer in allen Anklagepunkten die Höchststrafe.

Dieses Plädoyer, die gesamte Prozeßführung und schon der staatliche Umgang mit Bad Kleinen bieten keinerlei Hinweis auf ein politisches Interesse, diese Repressionslogik zu beenden.

Am 27. Juni 1993 fand in Bad Kleinen ein lange vorbereiteter Polizeieinsatz statt, bei dem Wolfgang Grams erschossen und Birgit Hogefeld verhaftet wurde. Ein eingesetzter GSG-9-Beamter wurde tödlich getroffen, der V-Mann Steinmetz, der die Fahnder nach Bad Kleinen führte, verbrannte, wie das in diesem Jargon heißt.

In der Folge war regierungsamtlich von Desaster, Pannen usw. die Rede, Innenminister Seiters trat zurück, im BKA wurden führende Beamte versetzt, der Rechtsaußen Generalbundesanwalt Alexander von Stahl wurde ausgetauscht.

Und das alles, weil - wie die Bundesregierung behauptet - ein schwerverletztes RAF-Mitglied Selbstmord begangen haben soll? - Oder weil er bei dem Schußwechsel zuvor den GSG-9-Polizisten Newrzella erschossen haben soll?

Drohungen der BAW

Zum Zeitpunkt ihrer Festnahme lautete der Haftbefehl gegen Birgit Hogefeld lediglich auf Mitgliedschaft in der RAF und Beteiligung (Autoanmietung) an dem versuchten Anschlag auf den damaligen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und heutigen Bundesbankpräsidenten Tietmeyer. Schon in der Nacht nach ihrer Verhaftung kam ein Vertreter der Bundesanwaltschaft (BAW) in ihre Zelle und drohte, sie habe nur dann noch eine Lebensperspektive, wenn sie sich auf die Kronzeugenregelung einlasse. Sie läßt sich nicht ein und ... Ende 1993 beantragte die BAW die Erweiterung des Haftbefehls wegen Mordes und sechsfachen Mordversuchs in Bad Kleinen und wegen der Weiterstadt-Aktion.

Kurze Zeit darauf trat der Verfassungsschutz über einen Mittelsmann an Birgit Hogefelds Verteidigung heran. Dieser wurde unterbreitet, daß - wenn Birgit Hogefeld Aussagen mache, die zur Verhaftung von RAF-Mitgliedern führen - einerseits der Mordvorwurf wegen Bad Kleinen fallen gelassen werde und andererseits sie die Zusicherung erhielte, daß in diesem Falle bei einer Verhaftung niemand erschossen würde.

Ist die Kronzeugenregelung an sich schon skandalös, so ist die Androhung weiterer Erschießungen wie in Bad Kleinen - was der Umkehrschluß dieser Zusicherung ist - eine Ungeheuerlichkeit.

Die Anklageschrift, die im März 1994 vorgelegt wurde, enthielt einen weiteren Anklagepunkt: die Beteiligung an der Aktion gegen die US-Airbase Frankfurt 1985 und an der damit zusammenhängenden Erschießung des US-Soldaten Pimental. Zu diesem Zeitpunkt - also neun Jahre nach der Aktion - taucht Birgit Hogefeld erstmals als Beschuldigte auf. Dementsprechend wurden alte Gutachten neu geschrieben, die ZeugInnen erneut vernommen, ein manipulativer Videofilm erstellt usw.

Zu den Anklagepunkten Tietmeyer und Airbase existierten zunächst nur fragwürdige BKA-Schriftgutachten, die sich auf jeweils eine Unterschrift unter Miet- bzw. Kaufverträge für Autos bezogen. Diese Gutachten sind nach Birgit Hogefelds Verhaftung neu geschrieben worden. Diese Gutachten, die immerhin eine Verurteilung wegen Mordversuchs bzw. Mordes erbringen sollen, wurden lediglich verlesen. Zu jeder Unterschrift hatten die beiden BKA-GutachterInnen gleich mehrere Gutachten produziert. Die Anträge der Verteidigung auf Ladung der GutachterInnen wurde abgelehnt.

Zum Anklagepunkt Pimental - eine umstrittene Aktion, die von Birgit Hogefeld als der schwerste Fehler der RAF bezeichnet wurde - schrieb die BAW in die Anklageschrift, daß die "Gegenüberstellung in der Hauptverhandlung" erweisen werde, ob die Angeklagte die Frau wäre, die seinerzeit den GI Pimental aus der Diskothek gelockt habe.

Von den ZeugInnen, die im Rahmen der Ermittlungen zu den Anklagepunkten Airbase, Pimental und Tietmeyer vernommen wurden - also Autoverkäufer, -vermieter, die Soldaten, die mit Pimental in der Diskothek waren - hatte ursprünglich niemand bei Lichtbildvorlagen Ähnlichkeiten mit Birgit Hogefeld festgestellt.

Dieser Beweisnot - besonders im Hinblick auf den zehn Jahre zurückliegenden Komplex Aibase/Pimental - sollte mit einem Videofilm abgeholfen werden. Birgit Hogefeld wurde beim Hofgang heimlich gefilmt, die Aufnahme wurde in fünf Sequenzen zerschnitten, wo dann jeweils vier weitere Frauen zu sehen sind, die die Bewegungen der Gefangenen imitieren. Von diesen vier "Vergleichspersonen" haben drei hellblonde lange Haare, alle vier sind von kräftiger Statur. Die ZeugInnen aus der Diskothek hatten die fragliche Frau übereinstimmend als schlank und dunkelhaarig beschrieben. Diese allgemeinen Merkmale treffen in dem BKA-Film nur auf die Angeklagte zu. Hinzu kommen die erkennbaren Nachahmungsbewegungen der Vergleichspersonen. So stellten dann von den US-Soldaten einige nach zehn Jahren folgerichtig fest, daß Birgit Hogefeld und die andere dunkelhaarige Frau Ähnlichkeit mit der Frau von damals haben.

Aber einer ist sich auch ganz sicher, in Birgit Hogefeld die Frau von damals wiederzuerkennen - ausgerechnet er hatte 1985 gesagt, er könne die Frau nicht so genau beschreiben, da er kurzsichtig sei und an dem fraglichen Abend seine Brille nicht dabei hatte.

Diese GI's wurden in der Verhandlung vom Gericht nach Details wie Augenfarbe etc. befragt, sagten sie etwas zur Anklageschrift Passendes, machte einer der Richter ein Häkchen, paßte es nicht, wurde so lange nach Lichtverhältnissen und Abständen gefragt, bis irgendwie doch noch ein Häkchen rauskam.

Die Bundesanwaltschaft fragte meist wenig, wenn das Gericht seine Häkchen beisammen hatte. War dann die Verteidigung mit der Befragung dran, ließ schon die Haltung einzelner Richter demonstratives Desinteresse erkennen. Die Richterbank sah dann wirklich so aus wie auf der Karikatur der schlafenden Richter von Daumier.

Diese offen zur Schau gestellte Ignoranz zeigte sich auch darin, daß nahezu alle Beweisanträge der Verteidigung abgelehnt wurden und daß durchgängig die Verfahrensakten - jedenfalls die, die die Verteidigung bekam - unvollständig waren. Da fehlten Vernehmungsprotokolle, Lichtbilder waren angeblich verschwunden, oder ganze Vorgänge wurden von der BAW mit Billigung des Gerichts als nicht zum Verfahren gehörig definiert.

Allein zum Anklagepunkt Weiterstadt existieren fünf weitere Aktensammlungen. Das heißt, da wird weiter ermittelt, Zeugen befragt, Untersuchungen angestellt, jedem Fussel nachgerannt. Sofern der Fussel die Farbe rot hatte, fand eine Aktennachlieferung statt - die Logik ist einfach: Birgit Hogefeld hatte bei ihrer Festnahme eine rote Strickjacke dabei, deswegen waren 1995 aufgefundene rote Fusseln eben dann doch verfahrensrelevant. Da wurden Gutachten nachgereicht und sogar ein BKA-Beamter geladen, der berichtete, wie er in einem bei der Weiterstadt-Aktion benutzten Auto die mikroskopische rote Faserspur fand. Diese Fusseln, die von den meisten industriell gefertigten roten Wollprodukten stammen können, sind die einzige Grundlage für eine Verurteilung von Birgit Hogefeld wegen der Knastsprengung, die Zeugenaussagen haben für eine Verurteilung nichts Verwertbares erbracht.

Keine Fakten

Nach über anderthalb Jahren Beweisaufnahme gibt es also: wissenschaftlich fragwürdige Schriftgutachten zu den Autobeschaffungen, einen kurzsichtigen Augenzeugen für den Anklagepunkt Pimental, eine rote Faserspur zu Weiterstadt und zu Tietmeyer eine Autovermieterin, die die Angeklagte nach deren Festnahme an O-Beinen erkannt haben will. Diese Zeugin hat, nachdem sie in ihrer ersten Vernehmung 1988 eine andere Frau als Automieterin beschrieben hatte, in der Zeitung gelesen, daß laut BKA Birgit Hogefeld die Automieterin gewesen sei. Da wußte sie dann nach Bad Kleinen, wen sie erkennen soll. Ihre Mutter, deren Beschreibung auch bei der Befragung im Prozeß überhaupt nicht auf die Angeklagte paßte, begann ihren Bericht mit dem Satz: "Also, da kam die Frau Hogefeld ..." Mit Blick auf die Angeklagte erklärte sie dann eifrig, diese könne ja blaue Haftschalen getragen haben.

Ähnlich nahm sich die Beweisaufnahme des Gerichts aus, beispielsweise fragte der Vorsitzende eine Zeugin, ob sie sich vorstellen könne, daß der Eindruck lückenhafter und gelb-brauner Zähne durch Bemalung vorgetäuscht worden sein könnte.

Die BAW führte in ihrem Plädoyer aus, daß die Tatsache, daß ZeugInnen nicht die Angeklagte, sondern eine andere Frau identifiziert hatten, daher käme, daß eben diese andere Frau Birgit Hogefeld ähnlicher sähe als die Angeklagte.

Das ergibt für die BAW je einmal lebenslänglich für die Autobeschaffungen, einmal lebenslänglich für Pimental, 15 Jahre für die Knastsprengung und für Bad Kleinen noch ein lebenslänglich, und zwar mit "besonderer Schuldschwere".

Die Beweisaufnahme zu Bad Kleinen wäre, wenn es nach Gericht und BAW gegangen wäre, bereits im Frühjahr abgeschlossen gewesen. Von den 142 Zeugen und Zeuginnen, die zu den Vorgängen auf dem Bahnhof etwas ausgesagt haben, wollte das Gericht nur zwei hören: Den GSG-9-Beamten "Nr. 4" und einen Lokomotivführer. "Nr. 4", der vor Gericht maskiert und verkleidet erschien, sollte nur dazu aussagen, wie er Birgit Hogefeld festgenommen hat. Alle weiteren Fragen sind vom Gericht abgeblockt worden. Dabei ist nicht einmal klar, ob GSG-9-"Nr.4" derjenige war, der Birgit Hogefeld festgenommen hat, auch war nicht herauszufinden, ob der vor Gericht erschienene Zeuge überhaupt derjenige ist, der in den Akten als "Nr. 4" geführt wird.

Nicht nur, daß "die Todesumstände des Wolfgang Grams nicht Gegenstand dieses Verfahrens" sein sollten, wie der Vorsitzende Richter mehrmals vehement erklärte, auch eine Beweisaufnahme dazu, wie Newrzella ums Leben kam, sollte in Frankfurt nicht stattfinden. Auf keinen Fall sollte zur Sprache kommen, wieviele und welche Waffen und Munitionstypen in Bad Kleinen von den Beamten eingesetzt wurden, wo überall die eingesetzten Polizisten postiert waren und was diese taten und sahen. Alle von der Verteidigung beantragten Beweismittel - Vernehmung weiterer Beamter und anderer AugenzeugInnen usw. - wurden unisono abgelehnt.

Birgit Hogefeld - obwohl sie die einzige ist, die in Bad Kleinen sicher nicht geschossen hat - soll hier völlig ohne Beweisaufnahme verurteilt werden. Denn jeder Ansatz einer Aufklärung der Abläufe in Bad Kleinen käme trotz der erheblichen Beweismittelvernichtungen in diesem Komplex nicht umhin festzustellen, daß es so, wie die offizielle Version behauptet, nicht gewesen sein kann.

BAW und Gericht in Frankfurt wollten von dem Lokomotivführer nur hören, daß Wolfgang Grams in Bad Kleinen geschossen hat - alles andere ergibt sich daraus in der ihnen eigenen Logik von selbst: daß es Wolfgang Grams war, der die GSG-9-Beamten Newrzella und "Nr. 5" insgesamt sechsmal aus verschiedenen Richtungen, Höhen und Winkeln getroffen hat und daß Tötungsabsicht vorlag. In der Anklageschrift steht: "Wolfgang Grams erschoß in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit der Angeschuldigten (die zu diesem Zeitpunkt bereits gefesselt war und bewacht wurde, Anm. ak) vorsätzlich den Kriminalkommissar Michael Newrzella und versuchte, weitere sechs GSG-9-Beamte zu töten. Für dieses Tatgeschehen ist die Angeschuldigte Hogefeld als Mittäterin verantwortlich", und zwar weil, so die BAW, es in der RAF eine Absprache gäbe, in einer Festnahmesituation "den Fluchtweg (...) durch die Tötung von Polizeibeamten freizuschießen".

Diese Absprache existiert jedoch bloß in der Phantasie dieser Strafverfolgungsbehörden. Birgit Hogefeld hat unter anderem in einer Prozeßerklärung am 23. Januar 1996 darauf hingewiesen, daß es seit 16 Jahren in Verhaftungssituationen seitens der RAF nur ein einziges Mal zum Schußwaffengebrauch kam und dies seit der Deeskalationserklärung 1992 ohnehin kein Thema mehr war.

"Erbärmliche Feiglinge" nannte daraufhin der Vertreter der BAW diejenigen RAF-Mitglieder, die bei ihrer Festnahme nicht geschossen haben - ein bezeichnender Hinweis auf die Denklogik dieser Behörde.

"Für die Entscheidung unerheblich", nannte das Gericht Beweisanträge der Verteidigung, die die Existenz einer "Verabredung zum Schießen" widerlegen sollten.

Dafür, daß Wolfgang Grams den Polizisten Newrzella erschossen hat, gibt es keinen Augenzeugen, selbst die GSG-9-Beamten haben dies nicht ausgesagt. Der Lokomotivführer hat - wie etliche in Frankfurt nicht gehörte AugenzeugInnen - ausgesagt, daß Wolfgang Grams erst auf dem Bahnsteig eine Waffe gezogen hat. Daß nicht er das Feuer eröffnete, sondern seine Verfolger, und daß er nicht in den Treppenschacht auf seine Verfolger geschossen hat. Auch der Fundort der zu seiner Waffe gehörigen Hülsen beweist, daß er erst von dem Standort zwischen Gleis und Treppengeländer schoß.

Vieles - z.B. Richtung und Verlauf der tödlichen Schußverletzung - spricht dafür, daß der tödliche Schuß auf Newrzella nicht von Wolfgang Grams kam, sondern daß Newrzella versehentlich von seinen eigenen Leuten erschossen wurde. Das würde auch erklären, warum er erstaunlich schnell beerdigt wurde und warum es bezüglich der Übergaben der ihm entnommenen Projektile "Dokumentationslücken" in den Akten gibt, wodurch nicht mehr rekonstruierbar ist, ob es sich bei den später der Waffe von Wolfgang Grams zugeordneten Projektilen um die bei der Obduktion entnommenen handelt oder ob sie etwa aus dem Vergleichsmaterial stammen, das vom BKA mit jener Waffe produziert wurde.

Die Projektile sind bei der Obduktion entgegen jeglicher Routine weder fotografiert noch gekennzeichnet worden. Die Protokolle in den Akten besagen, daß sie an mehreren Orten zur gleichen Zeit untersucht wurden.

Spurenlücken dieser Art sind in dem ganzen Komplex Bad Kleinen geradezu symptomatisch, seien es die noch vor der Obduktion grundlos gewaschenen Hände des Wolfgang Grams, sei es die unterbliebene Untersuchung seiner Waffe nach Fingerabdrücken, sei es die von den GSG-9-Beamten erst Tage später abgegebene und teilweise gereinigte Kleidung, usw.

Wie penibel sich die Ermittlungsbehörden verhalten, wurde im Prozeß in Frankfurt deutlich: zu jedem Bekennerschreiben war bis auf die Uhrzeit genau festgehalten, wann abgeholt, von wem, wann übergeben, an wen, usw. Das Gelände der JVA Weiterstadt wurde über ein Jahr lang nach Spuren buchstäblich durchgesiebt.

"Unerheblich" ist auch, von wo aus Wolfgang Grams in Bad Kleinen geschossen hat, "unerheblich", ob er oder die GSG-9 den Schußwechsel eröffnet hat, "unerheblich" auch, wie die Öffentlichkeit die Deeskalationserklärung der RAF 1992 sieht.

Was in Bad Kleinen wirklich passiert ist, ist in Frankfurt "nicht verfahrensrelevant". Für Bundesanwaltschaft und Gericht ist die offizielle Version, die nie gerichtlich aufgeklärt wurde, die gültige, ganz so, wie es Kanther angeordnet hat. Die einzige, die jemals wegen Bad Kleinen verurteilt wird, soll Birgit Hogefeld sein.

Was von der justiziellen Ebene zu erwarten ist, hat dieses Verfahren mehr als deutlich gezeigt. Hier ist die Politik gefragt.

Andrea L.

Eine ähnliche Fassung dieses Artikels erschien in der links, Ausgabe Nov./ Dez. 1996.

Das Urteil

Am 5. November 1996 wurde im Prozeß gegen Birgit Hogefeld das Urteil gesprochen.

Birgit Hogefeld wurde verurteilt wegen Mordes und schweren Raubes (Pimental), zweifachen Mordes, des versuchten Mordes und des Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion (Air Base), versuchten Mordes in zwei Fällen (Tietmeyer und Fahrer), des Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion, des Zerstören eines Bauwerks von erheblichem Wert und der Freiheitsberaubung (Weiterstadt). Des unerlaubten Waffenbesitzes und der Urkundenfälschung. Sowie der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Das Gericht befand auf lebenslange Haft mit besonderer Schwere der Schuld. "Im übrigen wird die Angeklagte freigesprochen."

Die Begründung

Bad Kleinen: In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß der Tod von Wolfgang Grans nicht zu untersuchen war, da er in keinem strafrechtlichen Zusammenhang mit dem Tod des GSG-9-Beamten Newrzella stand. Ob es eine Verabredung zum Schießen gab, sei dahingestellt. Offen kann bleiben, ob beide dies generell und auch konkret wollten und billigten. Als Wolfgang schoß, hatte Birgit keine Tatherrschaft mehr. Sie wehrte sich nicht gegen die Festnahme und ließ keinen Willen erkennen, von Wolfgang freigeschossen zu werden. Daher war eine Verurteilung in diesem Punkt auszuschließen. Daß Wolfgang Grams Newrzella getötet hat, ist nunmehr gerichtlich (und praktisch höchstinstanzlich) festgestellt, obwohl Birgit deswegen nicht verurteilt worden ist. Hier ist keine Revision mehr möglich.

RAF-Mitgliedschaft: Der genaue Eintritt Birgits in die RAF ist nicht festzustellen. "Darauf kam es auch nicht an." Sie führte in Bad Kleinen eine Pistole mit sich, die die RAF 1984 im Waffengeschäft "Walla" erbeutet hatte, außerdem mehrere gefälschte Personalpapiere. Sie hat an der dreiseitigen Erklärung der RAF von 1992 mitgewirkt, wie sie in einem Brief an Norbert Hofmeier zugegeben hat.

Komplex Pimental: Daß es Birgit war, die P. abgeschleppt hat, ist dadurch bewiesen, daß die Zeugen die Frau beschrieben haben. Die Größenangaben liegen zwischen 152 und 175 cm und Birgit ist 164 cm groß. Paßt. Figur: schlank, schmächtig. Paßt. Dunkelhaarig. Paßt. Weiße Person mit dunkler Gesichtsfarbe, so soll Birgit sich auch Karl-Heinz Dellwo gegenüber beschrieben haben. Paßt. Hell (also weiß im Gegensatz zu schwarz). Paßt. Große und dunkle Augen. Paßt. Dünne und schmale Lippen. Paßt. Charakteristische Wangenknochen. Paßt. (Paßt auch alles mehr oder weniger zur beisitzenden Richterin Lange. Anm. WK) Daß ein GI statt auf das Lichtbild von Birgit auf das von Sigrid Sternebeck gedeutet hat, liege "an gewissen Ähnlichkeiten der Gesichtsform". Von zwei GIs sei sie zutreffend auf dem Videofilm erkannt worden. Es ist dabei nicht entscheidend, ob die Vergleichspersonen anders aussahen als die Beschreibung der Täterin von 1985, weil die Person sich verändert haben konnte. (War sie vorher klein und schmächtig und dunkelhaarig, war sie halt später groß und kräftig und blond.) Also der Schluß: Birgit hat mit P. den Western Saloon zusammen verlassen. Hier wiegt die Schuld besonders schwer, weil Birgit Pimental ein Liebesabenteuer versprochen hatte, dies aber nicht eingehalten, sondern ihn seiner Hinrichtung zugeführt hatte.

Air Base: Nur Mitglieder des Kommandos waren an der Vorbereitung beteiligt. Da Birgit P. abgeschleppt hatte, hatte sie Kenntnis von dem Plan und war dementsprechend Mittäterin. Außerdem hat Birgit als eine Frau "Wagner" das Tatfahrzeug beschafft. In der schriftvergleichenden Untersuchung kommt das BKA zum Ergebnis "wahrscheinlich". Besondere Schwere der Schuld durch die Verwendung von Gleisbaumuttern bei der Sprengladung. Lebenslänglich.

Tietmeyer: Es komme nicht auf das Wiedererkennen durch die AutovermieterInnenfamilie an, da andere Frauen nicht in Betracht kämen. Der Schriftvergleich reiche aus.

Weiterstadt: Sie war Mitglied der RAF, zu der nur noch wenige Frauen gehörten. Die Nähe der Beziehung zu Wolfgang Grams (dessen Beteiligung unterstellt wird) sagt aus, daß sich beide an der Aktion beteiligten. Außerdem gibt es Übereinstimmung bei Faserteilen mit in Bad Kleinen bei ihr sichergestellten Kleidungsstücken. Diese habe sie vor der Tat getragen und dadurch Faserspuren z.B. an der Strickleiter zurückgelassen.

Zusammengestellt nach einem Bericht

von Walter Kuhk

14. Zensur, Boykott und Lügen. Hamburger Gefangenenzeitung "Blickpunkt" wird nicht gedruckt!

Autor: jes · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:24

Hamburger Gefangenenzeitung Blickunkt wird nicht gedruckt!

Die in Santa Fu erscheinende Gefangenenzeitung Blickpunkt wird bereits seit Monaten von den Verantwortlichen massiv behindert. Die Zeitung erscheint in einer Auflage von gegenwärtig 2.000 Exemplaren, sie liegt in Buchhandlungen, Kneipen und den Öffentlichen Bücherhallen aus und wird außerdem an ca. 350 Einzelabonnenten versandt. Der Blickpunkt ist kostenlos und finanziert sich ausschließlich durch Spenden, die die Redaktion selbstständig sammelt. Bereits seit Monaten jedoch wird der Redaktion weder der Kontostand des Spendenkontos noch eingehende Spenden mitgeteilt. SpenderInnen warten zum Teil noch heute auf die ihnen zugesagten Spendenbescheinigungen. Die Spenden werden durch den "Verein zur Förderung des Strafvollzuges" verwaltet, dessen Vorsitzender der Anstaltsleiter von Santa Fu, Poenighausen, ist. Für welche Zwecke dieser Verein die für den Blickpunkt eingehenden Spenden tatsächlich verwendet, ist der Redaktion höchst unklar.

Da sich in der Vergangenheit die Druckerei der JVA geweigert hatte, einen Kostenvoranschlag für den Druck abzugeben, wurde der Druck durch eine Hamburger Druckerei zu einem günstigen Preis vorgenommen - trotzdem reißen die Druckkosten von ca. 4.500 DM regelmäßig ein großes Loch in die Kasse. Die bereits vor Monaten gegebene Zusage des Anstaltsleiters, künftig könne in der Knastdruckerei zu Materialkosten gedruckt werden, erwies sich als "heiße Luft", denn diese weigert sich trotz einer Anweisung des Knastleiters bis heute beharrlich, den Druck vorzunehmen. Der Leiter der Druckerei begründet dies offen mit dem Inhalt des Blickpunkt und hat in einer schriftlichen "Gegendarstellung" erklärt, man werde die Gefangenenzeitung mit "solchen Inhalten keinesfalls drucken".

Knastleiter Poenighausen hat außerdem das Erscheinen eines bereits in den LB erschienenen Artikels über die Umstände des Todes eines Gefangenen verboten und den Artikel herauszensiert. Hier soll offensichtlich die Rolle der Knastärztin, gegen die ein Ermittlungsverfahren anhängig ist, vertuscht werden. Die Blickpunkt-Ausgabe nach dem Sommerfest in Santa Fu (August 1996) jedenfalls liegt heute noch ungedruckt in der Knastdruckerei.

Ebenfalls seit längerem wartet die Redaktion auf die Einlösung der Zusage des Anstaltsleiters, den Vertrieb künftig als Postvertriebsstück abzuwickeln, was etwa zwei Drittel der Versandkosten einsparen würde und von der Redaktion vor Monaten angeregt und mit der Post erörtert wurde Die Zusage einer Hamburger Mailbox vom April (!) 1996, den Inhalt der Gefangenenzeitung regelmäßig via Mailbox und Internet elektronisch zugänglich zu machen, ohne daß hierfür irgendwelche Kosten entstehen, konnte bisher nicht eingelöst werden, weil die notwendige Genehmigung - vom Knastleiter Poenighausen seit Monaten zugesagt - bis heute fehlt. Kollegen der Gewerkschaft IG Medien, die für die Knastzeitung eine Art "Patenschaft" übernommen haben, wurde trotz Verabredung der Zutritt zur Redaktion zwecks Schulung (Grafik) zunächst verweigert. Hier konnte ein klärendes Gespräch zweier dju-Kollegen inzwischen Abhilfe schaffen. Bei diesem Gespräch wurden sie hinsichtlich der anderen von ihnen angesprochenen Punkte jedoch vom Knastleiter mit Ausreden und Lügen abgespeist

Inzwischen erreichen die Redaktion fast täglich Anfragen von drinnen und draußen, wann denn nun endlich der neue Blickpunkt erscheine. Die weitere Verbreitung der Gefangenenzeitung, deren Artikel auch von Zeitschriften außerhalb des Vollzuges nachgedruckt werden, möchte man am liebsten ganz verhindern. Die offene und kritische Auseinandersetzung mit den realen Zuständen im Knast ist der Behörde ohnehin ein Dorn im Auge, dies gilt auch für den Blickpunkt. Da man sich ein offenes Verbot oder die Auflösung der Redaktion jedoch nicht traut, meint man anscheinend, mit klammheimlichem Boykott, Vertuschung und Lügen den gleichen Zweck zu erreichen. Nach außen heuchelt man "Liberalität", gibt sich im Umgang ach so menschlich und äußert ein um das andere Mal den Wunsch nach "Zusammenarbeit", tatsächlich würde man jedoch, könnte man wie man wollte, die Zeitung einstellen, die Insassenvertretung abschaffen und überhaupt den Knast im Sinne von "Sicherheit und Ordnung" auf Vordermann bringen. Nachdem verschiedene Medien außerhalb des Knastes, vom NDR bis zu diversen Zeitungen, durchaus auch einmal die Interessen und

Anliegen der Gefangenen zu Wort kommen lassen, sich Kontakt zu MedienvertreterInnen aufbauen und man also befürchten muß, daß einem die Heuchelei nicht mehr einfach abgekauft wird, sah man sich offensichtlich gezwungen, die Maske zu lüften und "denen-mal zu zeigen, wer hier die Macht hat".

Ob man denn immer noch die Macht hat, ohne Rücksicht auf Verluste zu tun und zu lassen, was einem beliebt. Ob man immer noch die Macht hat, Willkür, Arroganz und Inkompetenz auszuleben. Ob man immer noch die Macht hat, die Öffentlichkeit und damit jene, denen man eigentlich verantwortlich ist, täglich auszuschließen, zu belügen und vorzuheucheln, man komme seiner Aufgabe nach, wird sich erweisen. Es wird nicht zuletzt auch davon abhängen, ob und wie Menschen außerhalb der Mauern auf derartige Machtspielchen reagieren.

jes

15. Wiederholung alter Fehler vermeiden. Aus der Prozeßerklärung von Birgit Hogefeld vom 29.10.1996

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:16

Als im November 1994 dieser Prozeß gegen mich begann, habe ich meine erste Prozeßerklärung mit dem Satz eingeleitet: "Während ich hier vor Gericht sitze, laufen die Mörder von Wolfgang Grams frei und staatlich gedeckt draußen rum." Wie nicht anders zu erwarten, hat sich daran bis heute nichts geändert. (...)

Ich bin schon häufig gefragt worden, warum ich nichts zu den gegen mich erhobenen Vorwürfen aus der Anklage sage, und daß die Tatsache, daß ich sie nicht bestreite, gegen mich gewertet werden wird. Wie diese Anklage zustande gekommen ist, habe ich schon geschildert, nach Aussageerpressungsversuchen mit Lebenslänglich-Drohung wurde die Anklage mehrmals erweitert.

Damit sollte der Druck gegen mich verstärkt und natürlich auch die Basis für ein Lebenslänglich-Urteil gebaut werden. Der ganze Ablauf spricht für sich und sagt viel über die tatsächliche Beweislage aus. (...)

Verrat wäre für mich auch, zu den einzelnen Anklagekomplexen Angaben zu machen, die mich als Person entlasten würden, denn diese Angaben würden sofort mit anderen Ermittlungsergebnissen zusammengewürfelt und dann gegen andere benutzt werden. Seit den Aussagen von Peter-Jürgen Boock gibt es dafür eine neue Wortschöpfung: "Subtraktionsverfahren" wird das bei der Bundesanwaltschaft genannt, d. h. seine Aussagen sind nicht immer direkt belastend, lassen aber Rückschlüsse zu, die andere ins Fadenkreuz rücken. Diese indirekte Sorte von Denunziation kommt für mich als Weg genausowenig in Frage wie direkter Verrat.

In dieser Hauptverhandlung gab es nicht bloß diesen einfach nur noch absurden und oft auch lächerlichen Teil dieser Sorte Beweisführung, den ich schon angesprochen habe - natürlich nicht. Hier wurden ausführlich die Todesumstände des US-Soldaten Edward Pimental beschrieben und Bilder seiner Leiche gezeigt. Edward Pimental war am Abend des 7. August 1985 von RAF-Mitgliedern in einem Waldstück bei Wiesbaden durch einen Kopfschuß hingerichtet worden. Er wurde von hinten in den Kopf geschossen, das Projektil trat durch eines seiner Augen wieder aus - Pimental war gerade mal 20 Jahre alt. Wenn ich heute versuche, mir eine solche Situation bildlich vorzustellen, wenn ich mir vorstelle, daß Menschen hergehen und einen jungen Mann erschießen, weil er Soldat der US-Armee ist und einen Ausweis besitzt, den sie haben wollen, dann empfinde ich das als grauenhaft und zutiefst unmenschlich - anders kann ich das nicht bezeichnen.

Oder Barbara Nies und Matthias Reams, die hier in der Hauptverhandlung als Zeugen ausgesagt haben. Barbara Nies und Matthias Reams sind zwei Menschen, die bei dem Bombenanschlag auf die US-Airbase in Frankfurt schwerverletzt worden waren. Und obwohl beide hier nur kurz ihre Verletzungen schilderten und über die Auswirkungen dieses Anschlags auf ihr weiteres Leben redeten, war deutlich zu spüren, wie sehr sie noch heute unter den körperlichen und seelischen Folgen leiden. Schon allein an diesen Beispielen wird für mich deutlich, daß vieles in unserer Geschichte als Irrweg anzusehen ist. Da kam es sehr schnell zu Verselbständigungen und einer Eskalation des Militärischen - Bombenautos, noch zusätzlich bestückt mit Metallteilen, die Menschen zerrissen haben und auch zerreißen sollten, Genickschüsse oder die Erschießung von Geiseln, wie schon bei der Botschaftsbesetzung in Stockholm. Wir waren denen, die wir bekämpfen wollten, in dieser Hinsicht sehr ähnlich und sind ihnen wohl immer ähnlicher geworden.

Wenn die Bundesanwaltschaft in ihrem Plädoyer unzählige Male aus Briefen einer anderen RAF-Gefangenen zitiert hat und in diesen Briefen über den Tod eines Menschen in Begriffen wie "ausschalten" geredet wurde, dann sträubten sich mir dabei angesichts dieser kalten und menschenverachtenden Sprache oft die Haare. Gleichzeitig weiß ich aber auch, daß ich da nur "Glück" habe, daß da nicht ich selber mit dieser Sprache zitiert wurde, denn in den 70er und 80er Jahren habe ich auch so geredet.

Und es gab Zeiten in meinem Leben, in denen ich die Erschießung eines US-Soldaten oder eine Autobombe auf der Airbase in Frankfurt oder Ramstein oder die Schleyer-Entführung, die ganzen Aktionen der RAF seit ihren Anfängen eben, gerechtfertigt fand. Zu dieser Haltung habe ich heute eine große innere Distanz. Deshalb hatte ich in meiner Erklärung zur RAF-Geschichte vom Juli 1995 zu der Erschießung von Edward Pimental gesagt, daß sie mit revolutionärer Moral und revolutionären Zielen nicht vereinbar ist, und in Hinblick auch auf

andere Opfer, die unsere Seite, die RAF, seit ihrem Bestehen zu verantworten hat, die Frage gestellt: "Wie konnte es dazu kommen, daß Menschen, die aufgestanden waren, um für eine gerechte und menschliche Welt zu kämpfen, sich so weit von ihren ursprünglichen Idealen entfernten?"

Der Tod eines Menschen ist endgültig und eine Auseinandersetzung mit der RAF-Geschichte macht keinen Edward Pimental oder Gerold von Braunmühl oder Jürgen Ponto wieder lebendig. Und auch die Situation von Menschen, die bei RAF-Aktionen verletzt worden sind oder die durch unsere Aktionen Familienangehörige oder Freundinnen und Freunde verloren haben, wird dadurch, ob ich oder andere sich kritisch mit unserer Geschichte und dem, was ich heute als Irrweg und als z.T. katastrophale Fehler bezeichnen würde, nicht leichter werden.

Wenn überhaupt, kann eine solche Auseinandersetzung auch gerade mit Blick auf die Opfer nur den Sinn haben, daß die dabei gewonnenen Erkenntnisse Wiederholungen vermeiden helfen. Darin sehe ich aufgrund meiner Biographie, der Tatsache, daß mein Lebensweg 20 Jahre lang eng mit der RAF verbunden war, für mich selber eine Verpflichtung und Verantwortung.

Aber gerade eine solche Auseinandersetzung ist offensichtlich staatlicherseits überhaupt nicht gewollt, anders jedenfalls ist nicht zu erklären, daß beispielsweise die für mich zuständigen Behörden nichts unterlassen, um genau diese Auseinandersetzung zu blockieren und soweit als möglich zu verhindern.

Im linken Spektrum hielt sich die Resonanz auf meine Ansätze von Reflexion und Diskussion der RAF-Geschichte in Grenzen - was auch angesichts der gesamten Situation nicht anders zu erwarten war. Reaktionen aus linksradikalen Kreisen waren häufig mit dem Vorwurf verbunden, ich würde in meinen Überlegungen und meiner Kritik unberücksichtigt lassen, daß es die Verhältnisse sind, die den bewaffneten Kampf notwendig gemacht haben, und daß die sich bis heute weltweit eher verschärft als verbessert hätten. Diese Argumentationslinie, daß Kriege, Ausplünderung, Hunger, eben das grenzenlose Elend unzähliger Menschen, Begründung und Legitimation für den bewaffneten Kampf auch hier sind, kenne ich gut - ich habe selber lange so gedacht und argumentiert.

Und vieles schreit ja auch nach Veränderungen - heute nicht weniger als vor 10 oder 20 Jahren. Wer es wissen will, kann wissen, was sich beispielsweise hinter harmlos klingenden Formulierungen wie einer Meldung im Wirtschaftsteil verbirgt, in der es heißt, IWF und Weltbank hätten beschlossen, daß der Schuldendienst dieses oder jenen Landes um soundsoviel erhöht wird. Solche Forderungen sind häufig Todesurteile, die dann gegen die Ärmsten der Armen durch Hunger oder Krankheit vollstreckt werden. Und diejenigen, die solche Entscheidungen treffen, wissen sehr genau, daß es sich dabei um Massenmord handelt. Wie gegen solche Entwicklungen und eine solche Politik Grenzen gesetzt, Macht beschnitten und neue Orientierungen durchgesetzt werden können, weiß ich auch nicht. Ich habe darauf heute keine Antwort, sondern nur Fragen. Die bloße Behauptung, daß solche Verbrechen bewaffneten Kampf notwendig machen und legitimieren, kann nicht die Antwort sein, denn die wesentliche Frage, nämlich die nach einem Weg, wie Veränderungen durchgesetzt werden können, fällt dabei unter den Tisch.

Aktuell gibt es - natürlich sehr viel weniger als in den 70er oder 80er Jahren - in Teilen der Linken Diskussionen, in denen die Notwendigkeit militanter und/oder bewaffneter Aktionen begründet werden. Die Begründungen für solche Aktionen in der heutigen Zeit werden auch da häufig aus der weltweiten Entwicklung abgeleitet und die Frage nach ihrer politischen Bestimmung und konkreten Funktion, auf Veränderungen bezogen, bleibt weitgehend schemenhaft. (...)

Wenn es Erfahrungen gibt, die aus den Kämpfen bewaffneter oder militanter Gruppen hier gezogen werden können, dann gehört dazu unbedingt die, daß aus solchen Kämpfen keine Massenmobilisierung und in der Regel sogar überhaupt keine Mobilisierung entsteht. Das, was in den 70er Jahren viele Linke weltweit aus der sogenannten "Focustheorie" an Interventions- und Mobilisierungsmöglichkeiten abgeleitet haben, hat sich fast überall als so nicht umsetzbar erwiesen. Diese Erfahrungen sind bekannt und sie sind gewiß auch denen bekannt, die heute hier über den Aufbau militanter und/oder bewaffneter Gruppen nachdenken. Was also treibt immer wieder Menschen oder kleine Gruppen zu diesen Aktionsformen, von denen sie zumindest wissen könnten, daß sie angesichts der aktuellen Gesellschaftsrealität, also der Tatsache, daß der übergroße Teil der Bevölkerung dieses Landes Lichtjahre von jedem umstürzlerischen Gedanken entfernt ist und es auch so gut wie keine organisierte Linke gibt, keine konkret bestimmbare Funktion für tatsächliche Veränderungen habe?

Ich denke, über diese Frage können z. T. auch Reaktionen auf meine Texte Auskunft geben. Da heißt es beispielsweise in einem Diskussionspapier: "für mich waren die Aktionen und die Politik der RAF mobilisierend, gerade auch wegen ihrer Unversöhnlichkeit, der persönlichen Konsequenzen", "positive Ausstrahlung wegen ihrer Konsequenz und Verweigerungshaltung" oder "für mich war es wichtig, daß die RAF gezeigt hat, daß man den Verbrechen etwas entgegensetzen kann", oft ist auch vom "stillen Beifall zu den Aktionen" die Rede.

Diese Zitate zeigen eine Haltung oder ein Verhältnis, das sich durch die gesamte RAF-Geschichte zieht.

In seinem Buch "achtundsechzig" schreibt Oskar Negt zu diesem Verhältnis Linker gegenüber der RAF unter der Überschrift: "Bleierne Zeit, bleierne Solidarität": "In den folgenden Jahren (gemeint ist die Zeit nach 72) bildet sich ein Sympathisantenkreis innerhalb der Linken, der auf dieser Zwiespältigkeit beruht, einer merkwürdigen Gefühlslage bei vielen Sympathisanten, die keineswegs eine bloße Erfindung des ‚Systems` oder der reaktionären Gewalt sind, die Zwiespältigkeit besteht darin, daß nur wenige bereit wären, mit vollem Lebensrisiko sich auf diese Strategie einzulassen oder auch nur einen Stein oder gar eine Waffe in die Hand zu nehmen. Es ist eben keine Identifikation, sondern Sympathie in der Weise, daß andere ausagieren, was sie selbst sich nur in ihren Träumen zutrauen."

Und einen Mann, der zwischenzeitlich einen Ministerposten bekleidet hat und der heute im Bundestag sitzt, zitiert Negt mit einem Satz aus dem Jahr 1977: "Wir können uns aber auch nicht einfach von den Genossen der Stadtguerilla distanzieren, weil wir unter demselben Widerspruch leiden, zwischen Hoffnungslosigkeit und blindem Aktionismus hin und herschwanken."

Und zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch die "klammheimliche Freude" über die Erschießung des damaligen GBA Buback eines Menschen aus Göttingen, jemand, der der RAF-Politik kritisch gegenüberstand, gleichwohl aber diese "klammheimliche Freude" empfand.

Wenn ich mir solche Reaktionen bzw. die Haltung vieler Linker zur RAF anschaue - und gerade auch die von Leuten, die den Kampf der RAF politisch falsch fanden - dann scheint ein wesentliches Moment der Gemeinsamkeit in eigenen Ohnmachtserfahrungen zu beruhen. Und genau das, also Ohnmachtserfahrungen, scheinen auch durch die Texte von Menschen, die heute den Aufbau bewaffneter oder militanter Gruppen überlegen.

In einem Vortrag, den Carlchristian v. Braunmühl, der Bruder des von der RAF erschossenen Gerold v. Braunmühl, 1994 auf einem Symposium gehalten hat, befaßt er sich u.a. auch länger mit dieser Problematik der Ohnmacht. Carlchristian v. Braunmühl stellt in dem Zusammenhang die Frage: "Vielleicht ist es so, daß wenige schießen, weil zu wenige sich gewaltlos einmischen, und zu viele sich darauf beschränken, die Politik ein schmutziges Geschäft zu nennen, sich auf ihre Ellbogen konzentrieren - und weil es an Graswurzeln fehlt."

In meinem Text zur RAF-Geschichte hatte ich selber entlang meiner Biographie ausführlich über diese Erfahrung von Ohnmacht und dem Gefühl der Unveränderbarkeit geschrieben. Dazu gehören für mich einerseits die Erfahrungen meiner Generation im Deutschland der 50er und 60er Jahre. Ich hatte in dem Zusammenhang geschrieben: "Faschismus, seine Verbrechen und der Krieg (...) waren Tabuthemen und lagen wie eine Glocke aus Dumpfheit, Enge und Schweigen über allem." Und andererseits die staatlichen, aber auch die Reaktionen der Gesellschaft Ende der 60er und in den 70er Jahren auf Versuche und Ansätze für Veränderungen, sei es in Schülergruppen, bei Vietnam-Demos oder zu den Haftbedingungen der politischen Gefangenen, die immer nur auf Ausgrenzung oder Verfolgung aus waren.

Prof. Horst-Eberhard Richter schreibt in seiner Anmerkung zu meiner Prozeßerklärung: "Birgit Hogefeld hat die Kampfbegriffe benannt, die der Grundsatzstreit hervorbrachte: Hier Reformismus, Integrations-, auch Karrierewille, Unterwerfung unter das System - dort Putschismus und Militarismus. Sie selbst wandte sich endgültig dem militärischen Flügel zu, aber bedauert im nachhinein das Abreißen der Diskussion und die damals schon einsetzende Selbstisolierung ihrer Fraktion.

Was man psychoanalytisch als paranoide Position benennen würde, kennzeichnet das Grundkonzept derer, die wie sie den bewaffneten Kampf bejahten. Sie spricht von der ‚Radikalität des Bruchs und der Negation`, von ‚ausschließlicher Orientierung unserer Politik an der Negation`. Kritisch schildert sie eine systematische Einengung des Blickfeldes, ‚in dem alles zu einem Schwarz-Weiß-Schema zusammengepreßt wurde`. Man nahm nur noch wahr, was in das paranoide Bild paßte: Schießwütige Polizisten, Tötung von Gefangenen,

Napalm usw. Ihre Solidarisierung mit der RAF verschaffte Birgit Hogefeld dann genau die auf ihr Denkmuster zugeschnittene persönliche Verfolgungserfahrung: Viele Hausdurchsuchungen, Autokontrollen mit schußbereiten Maschinenpistolen, laufende Observationen."

Formulierungen wie ‚paranoide Position` gehören nicht zu meiner Begriffswelt - und auch wenn ich H. E. Richters einseitige Zuweisungen für verkürzt halte - geben sie mir Impulse für ein Nachdenken über die Gründe für meine bzw. unsere lange Zeit eingeengte Denkweise und reduzierte Wahrnehmung der Welt.

Meiner Meinung nach gehört zum Verständnis dieser Entwicklung als zweite Ebene hinzu, die Beweggründe für die in diesem Textabschnitt - ich bezeichne das hier mal als ‚neutral` - beschriebenen staatlichen Reaktionen zu beleuchten. Ich denke, ich kann als Tatsachenbehauptung in den Raum stellen, daß die staatliche Reaktion gegen Linke, gegen Menschen, oft noch Jugendliche, die von 1968 bis heute für Veränderungen eingetreten sind, in vielen Fällen unverhältnismäßig waren und sind. Tote Gefangene, kriegsmäßige Einsätze in Brokdorf oder Wackersdorf - und das zieht sich alles bis in die Gegenwart: ein Aufgebot unzähliger Hundertschaften Polizei gegen ein Punker-Treffen oder die alle Relationen negierende Verfolgung von Göttinger Antifaschisten.

Negt versucht in seinem Buch, solch typisch deutsche Verfolgungs- und Vernichtungsfeldzüge historisch zu erklären: "Weil es in Deutschland im geschichtlichen Traditionszusammenhang nie die Erfahrung einer gelungenen Revolution gegeben hat, sind stets bereits Unruheherde, zivile Unbotmäßigkeiten, Sitzblockaden, Lichterketten, revolutionäre Gedanken so verfolgt worden, als wären es realitätsgerechte Umsturzversuche."

Für die ‚auf mein Denkmuster zugeschnittene persönliche Verfolgungserfahrung` (H. E. Richter) brauchte es in diesem Land nicht viel. Da reichten anfangs Sprühparolen zu einem Hungerstreik aus, um tagelanger Observation durch die politische Polizei ausgesetzt zu sein. Ich finde, es sagt einiges über einen Staat aus, wenn aufgrund von Parolen und Flugblättern Schüler und Schülerinnen staatlicher Verfolgung unterworfen werden.

Auf der anderen Seite waren es natürlich mehr die harten staatlichen Reaktionen wie Isolationsfolter, Erschießungen oder die Ermordung von Holger Meins, die mich und andere radikalisiert haben.

Ich hatte in dem Zusammenhang auch über unseren verkürzten Faschismusbegriff geredet - allerdings hat gerade auch diese Sorte staatlicher Gewalt eine solche Verkürzung leicht gemacht, denn sie hat Vergleiche und Parallelen geradezu aufgedrängt, gerade auch bei Menschen, die damals noch sehr jung waren.

Negt schreibt dazu: "Im Operieren mit dem globalen Faschismusvorwurf steckt ein Zentralproblem der Linken in dieser Zeit. Die Leichtfertigkeit, mit der unangenehme Entwicklungen, staatliche Eingriffe, Rechtsentscheidungen das Entwertungsetikett ‚faschistische` aufgedrückt bekamen, widersprach dem wissenschaftlichen Selbstanspruch, historisch geprägte Gesellschaftsformen nicht miteinander zu verwechseln."

Auch heute wird in Teilen der radikalen Linken wieder mit genau diesem verkürzt-falschen Faschismusbegriff operiert. Meiner Meinung nach ist es aus den unterschiedlichsten Gründen an der Zeit, sich mit der Geschichte der Linken nach 68 zu beschäftigen. Es gibt mittlerweile einige interessante Ansätze in diese Richtung wie das genannte Buch von Oskar Negt oder jetzt die Dutschke-Biographie von Gretchen Dutschke. Zu ihr hieß es in einer Besprechung in der taz: "Für jüngere Leser wird es (dadurch) zu einer wahren Zeitmaschine, die die Reise in eine bizarre, untergegangene Welt ermöglicht."

Und genau das ist wohl auch wichtig, denn ohne Einfühlung bzw. Neu-Einfühlung in diese Zeit wird ein Verstehen nicht möglich sein. Aus heutiger Sicht erscheint vieles, was in den 60er oder 70er Jahren die revolutionäre Linke rund um den Erdball bewegte, wie aus einer anderen Welt, und das ist es ja auch.

Neulich habe ich nach langer Zeit zum ersten Mal wieder in Frantz Fanons Buch "Die Verdammten dieser Erde" (vor 20 Jahren in jedem linken Bücherregal anzutreffen) gelesen. Ich wollte mir nochmal die Passagen zur Frage nach den individuellen Befreiungsmomenten, die dem bewaffneten Kampf in der damaligen Zeit zugeschrieben worden sind, anschauen.

Dabei bin ich auf folgende Textstelle gestoßen: "Wenn die Bauern zu den Waffen greifen, verbleichen die alten Mythen, die Tabus werden eins nach dem anderen umgestülpt: die Waffe des Kämpfers ist seine

Menschlichkeit. Denn in der ersten Zeit des Aufstands muß getötet werden: einen Europäer erschlagen heißt zwei Fliegen auf einmal treffen, nämlich gleichzeitig einen Unterdrücker und einen Unterdrückten aus der Welt schaffen. Was übrigbleibt ist ein toter Mensch und ein freier Mensch."

Der Autor dieser Sätze aus dem Vorwort zu Fanons Buch ist Jean-Paul Sartre, er hat sie 1962 geschrieben. Die darin von Sartre vertretene Sichtweise und die auf den einzelnen Menschen bezogene Befreiungsfunktion von antikolonialen Kriegen spiegelt eine weitverbreitete Haltung der revolutionären Bewegungen in den 60er und 70er Jahren wider. Für Gruppen wie die RAF war sie in Übertragung auf die Verhältnisse hier Teil des politisch moralischen Fundaments für den eigenen Kampf. Auch daran wird deutlich, es handelt sich um Gedanken bzw. eine Denkweise aus einer vergangenen Epoche - und daß die RAF diese und andere Ideen und politischen Bestimmungen bis Anfang der 90er Jahre nicht reflektiert und revidiert hat, zeigt vor allem eins: wir sind alles in allem sehr deutsch.

Die weltweiten Erfahrungen haben zwischenzeitlich gelehrt, daß diese Frage sich ganz anders - umgekehrt - stellt. Auch Befreiungskriege prägen das Denken und Fühlen der daran beteiligten Menschen nachhaltig und für viele unumkehrbar - aber das keineswegs bloß in einer positiven Richtung. Auch da stumpfen die Menschen ab und verrohen, und gerade während langer Kriegsperioden werden Verhaltens- und v. a. Konfliktlösungsmuster eingeübt, die mit den ursprünglichen Gesellschaftsutopien oft nur wenig oder gar nichts zu tun haben. Ein Resultat daraus zeigt sich fast überall da, wo Befreiungsbewegungen nach langem Kampf an die Macht gekommen sind, in den Schwierigkeiten beim Aufbau demokratischer Zivilgesellschaften.

Viele der mir wichtig erscheinenden Fragen habe ich hier und in früheren Texten nur anreißen können und nur weniges ausführlicher behandelt. Mir scheint sicher, daß aus der Geschichte (auch aus der der RAF) eine Menge Erkenntnisse gezogen werden können, die für zukünftige politische Bestimmungen, aber auch, um die Wiederholung alter Fehler zu vermeiden, Orientierungshilfen sein können.

Der Kampf, wie ihn die RAF Anfang der 70er Jahre begonnen hat, gehört einer vergangenen Epoche an. Heute denke ich, daß eine Selbstreflexion allerspätestens 77 hätte einsetzen müssen, anstatt in eine Auseinandersetzung RAF - Staat zu treiben, bei der die Gesellschaft, aber auch der Großteil der Linken, außen vor stand.

Deshalb finde ich die Aufforderung von Helmut Pohl an die Illegalen, ihre Auflösung als RAF zu erklären, richtig - dieser Schritt ist lange überfällig.

Nach unserer Zäsur-Erklärung vom April 92 sah sich die Politik ganz offensichtlich durch die von unserer Seite aus zurückgenommene Eskalation von jedem Handlungszwang befreit und überließ das Umgehen mit der RAF bzw. den Gefangenen aus diesem Zusammenhang den Verfolgungsbehörden und der Staatsschutzjustiz. Welche Richtung und welche Interessen diese Behörden verfolgen, ist deutlich. Ganz offensichtlich soll jede politische Auseinandersetzung mit unserer Geschichte verhindert werden, und jeder dahingehende Versuch wird blockiert, wo immer das möglich ist. Daran hat sich auch nach unserer Deeskalationserklärung nichts geändert, denn viele, allen voran dieser "Braune-Socken-Verein" aus Karlsruhe, wollen in der alten Konfrontationsstellung verharren und sie möglichst wiederbeleben.

Lange Jahre, v. a. Ende der 80er, wurden Initiativen der damaligen Gefangenengruppe für eine Diskussion untereinander und eine öffentliche Diskussion immer wieder auch mit der Begründung verhindert, der Staat könne schließlich keine öffentliche Propagierung des bewaffneten Kampfes zulassen.

Wie Helmut Pohl nun vor einigen Wochen durch die Veröffentlichung älterer Briefe deutlich gemacht hat, gab es seit 87 zumindest von einem Teil der Gefangenen Überlegungen in Richtung einer Zäsur. So wie er heute darüber redet, kommt mir das ziemlich glatt und schöngefärbt vor, ich glaube nicht, daß das alles für ihn und andere damals so eindeutig war, wie er das heute darstellt (dagegen sprechen auch Texte und Interviews von ihm aus der Zeit nach dem Hungerstreik 89). Trotzdem stimmt aber, daß es die Überlegungen in Richtung eines Einschnitts gegeben hat und daß die Staatsschutzbehörden davon Kenntnis hatten.

Warum also wurde staatlicherseits alles daran gesetzt, die Isolierung der Gefangenen untereinander weiterhin aufrechtzuerhalten, mit dem voraussehbaren Ergebnis, daß sie als Gefangenengruppe (und das war ja ihr Selbstverständnis) solche Gedanken nicht weiterentwickeln und in eine öffentliche Diskussion und so auch eine Diskussion mit der RAF einbringen konnten?

Ich habe mich lange gegen den Gedanken geträubt, daß dieser Staat, zumindest der reaktionäre Teil seines Sicherheits- und Justizapparats, Gruppen wie die RAF braucht, um aus deren Bekämpfung für sich selber Sinn und Identität zu ziehen. Doch gerade aus dieser Blockierung einer gemeinsamen wie auch der öffentlichen Diskussion der RAF-Gefangenen Ende der 80er Jahre, aber auch aus den Erfahrungen, die ich seit meiner Verhaftung gemacht habe, bleibt eigentlich keine andere Interpretationsmöglichkeit. (...)

Bei all dem, Haftbedingungen, Zensur, Ausgrenzung bestimmter Themen beim Besuch (da wird vorher angekündigt, daß das Ansprechen der Themen RAF, Prozeß und Bad Kleinen zum sofortigen Abbruch führt), ist ganz offensichtlich, es ist dazu bestimmt, ein Ausbrechen aus gewohnten, oft engen Denkstrukturen zu verhindern und so eben auch eine Reflexion der eigenen Geschichte.

Und, das möchte ich hier auch mal sagen: es ist für einen Menschen mit meiner Biographie sicherlich sowieso nicht einfach, sich seiner Geschichte zu nähern und all die Fragen, die dabei auf einen zukommen, zuzulassen. Ich jedenfalls empfinde das häufig als ziemlich schwierig und muß dabei viele innere Widerstände überwinden. Und wenn dann die äußeren Lebensumstände so organisiert werden, daß sie jede Diskussion und Auseinandersetzung soweit als möglich blockieren, um einem die Anregung und Reibung mit und durch die Gedanken anderer fast vollständig zu nehmen, und gleichzeitig auch so gestaltet werden, daß man immer wieder in die bekannten Konfrontationsmuster gezwungen wird und damit auch oft in die eigenen bekannten Verhaltensweisen - dann macht das das Ganze nicht leichter.

Vor einiger Zeit habe ich dazu in einem Brief geschrieben: "Meine gesamte Situation ist recht schwierig: die Welt, aus der ich komme, der fühle ich mich nicht mehr zugehörig, und so bin ich irgendwo im Niemandsland auf der Suche nach, ja was eigentlich? Und das in einer Situation, wo ich in Kürze ein Lebenslänglich-Urteil bekomme, also auf ungewisse Zeit in dieser reduzierten und entmündigenden Knastwelt leben muß, die gerade von den Bereichen und Teilen der Gesellschaft(srealität), die mich am meisten interessieren, weitgehend abgeschottet ist. Das Ganze kommt mir oft absurd vor: lange Jahre meines Lebens fehlte mir die innere Bereitschaft, mich mit verschiedensten gesellschaftlichen Entwicklungen auseinanderzusetzen und darauf einzulassen, und heute, wo das anders ist und ich selber gern mit den unterschiedlichsten Menschen reden und sie kennenlernen würde, wird das durch die äußeren Bedingungen fast vollständig verhindert." Bundesanwaltschaft und Teile der Justiz- und Sicherheitsapparate wollen die alten Konfrontationslinien auf Biegen und Brechen aufrechterhalten und dafür soll und muß jede öffentliche Auseinandersetzung um die RAF und die Gefangenen aus der RAF verhindert werden. (...)

Schon in den 70er Jahren war in RAF-Texten, da wo es um die Formulierung allgemeiner Zielvorstellungen ging, von "Befreiung der Menschen" die Rede, oder im ersten Satz unserer Zäsur-Erklärung vom April 92 heißt es beispielsweise: "An alle, die auf der Suche nach Wegen sind, wie menschenwürdiges Leben hier und weltweit an ganz konkreten Fragen organisiert und durchgesetzt werden kann." Es handelt sich also um Ziele, die in Begriffen und Kurzformeln wie: "Befreiung", "gerechtere Welt", "gegen Ausplünderung ganzer Kontinente und für eine gerechte Verteilung des Reichtums" oder "für ein menschenwürdiges Leben" gefaßt worden sind.

Ja, ich habe in meinen Texten und Briefen keinen Zweifel daran gelassen, daß es diese Ziele von einer menschlicheren und gerechteren Welt sind, denen ich mich weiterhin verbunden fühle. Und wenn die Formulierung und das Aussprechen solcher Ziele in diesem Land einen Straftatbestand nach 129a StGB darstellt, dann werde ich sicherlich auch zukünftig eine Straftat nach der anderen begehen. (...)

Den reaktionären Teilen der Staatsschutz- und Justizapparate bleibt also weiterhin freie Hand - auch für das, was ich oben als Wiederbelebungsversuch alter Konfrontationsstellungen bezeichnet habe. Zu diesen Versuchen, die Geschichte zurückzudrehen, gehört für mich z. B., daß in den letzten Jahren wieder Menschen in die Illegalität getrieben wurden, und zwar systematisch, mittels Haftbefehlen wegen der Zeitschrift "Radikal" oder den Ermittlungen wegen der Weiterstadt-Aktion, wo ja gegen viele Leute Beugehaft angeordnet war und ein Haftbefehl ergangen ist. Diese ganze absurde Konstruktion, Steinmetz sei an dieser Aktion beteiligt gewesen und in den Koffern seines Motorrads sei der Sprengstoff transportiert worden, hatte von Anfang an die Kriminalisierung von Menschen aus linksradikalen Zusammenhängen zum Ziel.

Aber das scheint ja aus den unterschiedlichsten Gründen niemand hören zu wollen - die einen nicht, weil sie in Steinmetz den Superagenten sehen wollen, und andere nicht, weil sie von dem Gedanken einer von Geheimdiensten gesteuerten RAF völlig fasziniert sind.

Ich finde, man sollte eins nicht unterschätzen, bei Behörden wie der Bundesanwaltschaft gibt es zu bestimmten Abläufen und Entwicklungen mehr Wissen, als allgemein bekannt ist. Zu diesem Wissen gehört u. a., daß es in der Vergangenheit immer Leute gab, die aus den verschiedensten Gründen in die Illegalität gegangen sind - manchmal auch getrieben wurden - und die sich aus dieser Lebenssituation dann irgendwann der RAF angeschlossen haben. Es gibt sicher keinen Automatismus, der besagt, daß der Weg in die Illegalität automatisch zur RAF führt - und es gibt sicher mehr Menschen, die diesen Weg nicht gegangen sind, als andere. Gerade in den 80er Jahren gingen ja viele in die Illegalität, längst nicht alle gingen auch zur RAF. Es gab damals von der RAF getrennte eigenständige Strukturen und ganz unterschiedliche Formen von Praxis - von der Herstellung einer Zeitung und Organisierung von Diskussionen bis zu militanten Aktionen. Aber für manche, wie z. B. für Wolfgang Grams und mich, führte er zur RAF.

Hier in diesem Verfahren wurde ja immer wieder behauptet, Wolfgang Grams und ich seien im Februar 84 in die Illegalität gegangen, um uns in der RAF zu organisieren - das stimmt nicht und das ist auch den zuständigen Behörden seit damals bekannt. Es ging um ein geklautes Auto, das aufgeflogen war, ein Schwachsinnsprojekt, und es hatte mit der RAF nicht das Geringste zu tun. Für Leute wie uns, aus unseren politischen Zusammenhängen, hätte eine solche Geschichte natürlich sofort zu einer hohen Knaststrafe geführt - wie das eben gegen Linke hier in diesem Land üblich ist, und um uns dem zu entziehen, sind wir damals in die Illegalität gegangen.

Das war also unsere Situation im Februar 84 - Illegalität, ohne genaue Vorstellungen und ohne zu wissen, wie man ein solches Leben organisiert. In dieser Situation trifft man nicht von einem auf den anderen Tag eine Lebensentscheidung wie die, zur RAF zu gehen. Wann ich diese Entscheidung für mich getroffen habe, also ab wann ich RAF-Mitglied gewesen bin, das weiß von allen, die hier in diesem Saal sitzen, nur ich - im Februar 84 war es jedenfalls nicht.

Interessant ist das alles auch nur im Hinblick auf das aktuelle Vorgehen bestimmter Behörden, denen solche Abläufe bekannt sind. Denn Wolfgang Grams und ich waren ja auch nicht die einzigen in der RAF-Geschichte, bei denen der Weg zur RAF darüber gelaufen ist, sich der Verfolgung oder einer Knaststrafe zu entziehen, und die in der Illegalität die Entscheidung getroffen haben, zur RAF zu gehen.

Und genau diesen Mechanismus scheinen die staatlichen Verfolgungsbehörden heute gezielt einzusetzen, um Menschen in diese Situation, in ein Leben in der Illegalität, zu treiben - wohl in der Hoffnung, daß sich auf diesem Weg wieder bewaffnete Gruppen konstituieren. Auch um die Wiederholung solcher Abläufe zu verhindern, erscheint mir der Versuch einer öffentlichen Auseinandersetzung mit der RAF-Geschichte so wichtig.

Gegen diese Auseinandersetzung gibt es staatlicherseits die verschiedensten Widerstände, denn die Politik überläßt das Feld den Verfolgungsbehörden und einer Rachejustiz - die da ihre eigenen Interessen und Ziel verfolgen -, und die das 'Problem RAF' bzw. Gefangene aus der RAF auf justizieller Ebene behandeln und abarbeiten wollen und sollen.

Doch die RAF - und das zeigt auch die mehr als 20jährige Kontinuität dieses Kampfes - war immer und in erster Linie die Reaktion von Menschen auf die hier herrschenden Verhältnisse. Bei allen Verirrungen und allen Fehlern, wir waren kein krimineller Haufen, der losgezogen ist, um irgendwelche Besitztümer anzuhäufen oder ähnliches. Und wer heute versucht, der RAF-Thematik auf dieser Ebene zu begegnen, der hat dafür seine eigenen Motive - und die dürften, wie es in diesem Land gute alte Tradition ist, zuallererst im Bereich der Verdrängung zu suchen sein.

Sich mit der RAF-Geschichte auseinanderzusetzen, heißt zum einen, sich mit dieser Gesellschaft und den hier herrschenden Denk- und Wertmustern auseinanderzusetzen. Und es heißt auch eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit dieses Landes, denn ohne NS-Faschismus, die Tabuisierung und Verdrängungen nach 45 und diesem daraus resultierenden massiven Abgrenzungsbedürfnis einer ganzen Generation gegen diese Eltern, hätte es die RAF in dieser Form und über diese Zeitspanne nie geben können. Man braucht sich heute doch bloß die Reaktionen und die Abwehr auf das Goldhagen-Buch anzuschauen, dann weiß man auch, warum es eine Auseinandersetzung mit der RAF-Geschichte nicht geben soll.

Nicht nur die Irrungen auf unsrer Seite, unsere Bereitschaft zur Eskalation und die Verselbständigung des Militärischen haben eine sehr viel engere Verbindung zur Geschichte dieses Landes, als uns, oder zumindest mir, das lange bewußt war.

Aber auch diese völlig überzogenen Reaktionen auf staatlicher Seite, Ausnahmezustand 77, das öffentliche Nachdenken von Politikern über standrechtliche Erschießungen von Gefangenen, um Druck auf die Schleyer-Entführer auszuüben, Killfahndung und Morde an Gefangenen, haben diese geschichtlichen Wurzeln.

Es brauchte da schon zwei Seiten, die gut zueinander paßten, damit diese Eskalationsspirale so funktionieren konnte, wie sie funktioniert hat - das hat nicht die RAF allein zu verantworten.

Über diese Zusammenhänge, dieses Zusammenspiel, gibt es heute ja wohl bei einigen Leuten, die in den 70er Jahren in verantwortlichen Positionen auf Staatsseite wichtige Entscheidungen in bezug auf die RAF bzw. auf RAF-Gefangene getroffen haben, durchaus ein Bewußtsein. Es wäre sicher nicht schlecht, wenn sie das über Gespräche im privaten Kreis hinaus auch in eine öffentliche Debatte über diese Zeit einbringen würden.

Ich glaube zwar auch nicht, daß eine Auseinandersetzung über all diese Fragen heute auf allzu breites Interesse stößt, aber es gibt Menschen, die diese Diskussion führen wollen, und es gibt viele und die unterschiedlichsten Gründe dafür.

Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist staatlicherseits ein anderes Umgehen mit uns und unserer Geschichte, und dafür braucht es Signale in diese Richtung, die nur von der Politik kommen können.

16. Der Prozeß gegen Monika Haas. Annotation

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:45

"Ginge es mit grundrechtlichen Dingen zu, in Frankfurt müßte der Anklagespieß umgedreht werden", urteilte Wolf-Dieter Narr auf einer Veranstaltung zum Prozeß gegen Monika Haas. Denn: "Wenn die (...) Bundesanwaltschaft so fahrlässig, so manisch repressiv auf Anklage um der Anklage willen getrimmt ist, dann gilt ihr die Anklage." Diese Beschuldigung ist wahrlich nicht aus der Luft gegriffen, wie Narr in seiner fulminanten und bitterbös ironischen Rede "Fünf Schwierigkeiten, das Verfahren gegen Monika Haas zu begreifen" nachweist. Folge man der Anklagekonstruktion, dann habe vor 19 Jahren die zweifache Mutter "mutterlieb Baby und Bombe in einem Kinderwagen im sonnigen Mallorca flugzeugwärts so geschickt kutschiert, daß sie die (Landshut-)Entführer und späteren Mörder entsprechend mit den nötigen Entführungs- und Mordmitteln versorgen konnte. Sprengstoff statt Babynahrung."

In den weiteren Beiträgen der Veranstaltung werden die Wege und Methoden nachgezeichnet, mit denen die Bundesanwaltschaft - mit Unterstützung des "Spiegel" und Nutzung einer Stasi-Connection - die Anklage gegen Monika Haas zusammengekleckert hat: Armin Golzem stellt die Chronologie des Falles dar; Wolfgang Bendler beschreibt den Verlauf der Hauptverhandlung; Klaus Dorff erläutert die Kronzeugenregelung; Irmgard Schultz analysiert die Medienkampagne; Brigitte Klaß wertet die Kampagne mit "feministischem Blick" Wolf-Dieter Narr erörtert die Stasi-Connection.

Der Prozeß gegen Monika Haas. Dokumentation einer Veranstaltung des Komitees für Grundrechte und Demokratie, des Forums für Monika Haas, der Bunten Hilfe Frankfurt/M. und des Frankfurter Frauenbündnisses 8. März am 21.3.1996 in Frankfurt/M. A5, 85 S., 8,- DM. - Bezug über Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., Bismarckstraße 40, 50672 Köln (V-Scheck beilegen!).

17. Raub und Kommerzialisierung der Gene. Produktivitätssteigerung - Dogma zur Sicherung der Welternährung

Autor: Susanne Schultz · Rubrik: Umweltpolitik; Gentechnologie; Wissenschaftskritik · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:30

"Pflanzengenetische Ressourcen" sind - soll man den Fortschrittsprognosen der Biotech-Industrie glauben - der Rohstoff der Zukunft. Durch die internationale Einführung von Patent- und Sortenschutzgesetzen unterliegt dieser strategische Rohstoff zur Zeit einem zunehmenden Prozeß der Privatisierung. Noch ist jedoch das internationale Recht des Zugriffs auf die weltweite Pflanzenvielfalt nicht widerspruchsfrei und lückenlos etabliert. Eine Reihe international vernetzter NGOs - die bekanntesten Namen sind RAFI (Rural Advancement Foundation International) und GRAIN (Genetic Ressource Action Network) - versuchen, durch Lobbypolitik auf internationalen Konferenzen dem Prozeß der Privatisierung doch noch Grenzen zu setzen und die Interessen von KleinbäuerInnen, Saatgut und Pflanzen zu kontrollieren, zu stärken. Nach der FAO-Konferenz zu "pflanzengenetischen Ressourcen" im vergangenen Juni in Leipzig stehen ihnen Ende diesen Jahres noch drei weitere Konferenzen auf dem Lobby-Marathon bevor: die dritte Konferenz der Vertragsstaaten der Konvention zu Biodiversität von Rio vom 4. bis 15. November in Buenos Aires, der Welternährungsgipfel der FAO vom 13. bis 17. November in Rom und Anfang Dezember ein Treffen der FAO-Kommission für pflanzengenetische Ressourcen, ebenfalls in Rom.

Warum sich nicht nur ÖkologInnen und LiebhaberInnen alter Agrarkulturen für die Erhaltung der kultivierten Agrarvielfalt interessieren, liegt an dem alten Widerspruch kapitalistischer Entwicklung: Das stark konzentrierte internationale Agrarkapital fördert eine zunehmende Vereinheitlichung der Produktion auf wenige Hochertragssorten und verhält sich gleichgültig und somit zerstörerisch gegenüber der eigenen Existenzgrundlage - nämlich der Verfügbarkeit einer Vielfalt alter Agrarsorten für die Weiterzüchtung und Genmanipulation. Denn extrem gegen Krankheiten und Schädlinge anfällige Monokulturen brauchen immer wieder die Eigenschaften widerstandsfähigerer Pflanzen, um in dieser Zuchtspirale einen Zusammenbruch zu verhindern.

Vermarktung von Pflanzengenen

Brisant ist dabei, daß die begehrte Vielfalt der 20 wichtigsten Kulturpflanzen, von denen 90% des weltweiten Kalorienverbrauchs abhängt, zu einem Großteil in bestimmten Zonen der südlichen Hemisphäre zu finden sind - dort, wo die Bevölkerung noch Kenntnisse über Anbau und Weiterzüchtung etwa verschiedenster Kartoffel-, Reis- oder Maissorten verfügt und noch Land hat, um dies zu verwirklichen. Um auf diese Sorten auch noch zurückgreifen zu können, wenn diese kleinbäuerliche Wirtschaft schon zerstört ist, wurde schon seit den 70er Jahren von den internationalen Institutionen unter Kontrolle der Weltbank ein internationales System von Genbanken aufgebaut. Außerdem gibt es insbesondere in den Industrieländern nationale Genbanken, in der BRD beispielsweise in Gatersleben bei Magdeburg und in Braunschweig. Kolonialen Trophäensammlungen gleich lagern in den öffentlichen Genbanken ca. 3,9 Mio. Muster von Pflanzen. Über zwei Drittel der Pflanzengene stammen aus südlichen Ländern - aber diese Sammlungen befinden sich zu 68% im Norden. Dabei sind noch nicht einmal die privaten Sammlungen der Agrokonzerne berücksichtigt, über deren Ausmaß es kaum Informationen gibt. Die öffentlichen Genbanken werden vor allem von den Großunternehmen frei und kostenlos genutzt. RAFI schätzt, daß Agro- und Pharmakonzerne allein aus dem Biomaterial der internationalen Agrarforschungszentren jährlich etwa 5 Mrd. Dollar Gewinne schöpfen.

Im krassen Gegensatz dazu unterliegen jedoch die Produkte, die durch moderne Züchtung aus diesem Grundlagenmaterial entwickelt werden, einer zunehmenden Privatisierung als "geistiges Eigentum". Mit Patent- und Sortenschutzrechten sichern sich wenige Agromultis, die einen Großteil der Forschung bestreiten (die 25 größten Unternehmen der Saatgutindustrie kontrollieren über 50% des weltweit erzeugten Saatgutes), das Monopol an der Vermarktung neu gezüchteter bzw. gentechnisch produzierter Sorten. International wurde bis 1994 in der Uruguay-Runde des GATT (heute WTO) mit den sogenannten TRIPS ("handelrelevante Bestimmungen über geistige Eigentumsrechte") durchgesetzt, daß die Einführung von Gesetzen zum geistigen Eigentum in allen Mitgliedsstaaten bis zum Jahre 2005 zur Pflicht wird.

Die TRIPS schreiben zwar für Pflanzen nicht den extremen Eigentumsschutz in Form von Patenten vor, sondern minderscharfe Regelungen in Form des Sortenschutzes ("sui generis"). Dennoch geraten die südlichen Länder zunehmend unter politischen Druck, eine striktere Form des Sortenschutzes durchzusetzen. Es wird versucht, sie einem internationalen Abkommen zum Sortenschutz (UPOV - Verband zum Schutz von Pflanzenzüchtungen) anzugliedern, das in seiner neuen Version von 1991 sehr stark die Interessen der kommerziellen Züchtung bedient. Das "Landwirteprivileg" - d.h. das Recht der BäuerInnen, die geerntete Saat als Saatgut wiederzuverwenden und Saatgut untereinander auszutauschen - sowie das "Züchterprivileg" - d.h. das besonders für kleine ZüchterInnen relevante Recht, alle Pflanzen frei für die Weiterzüchtung benutzen zu können - werden beim neuen UPOV praktisch völlig gestrichen.

Faktisch bedeutet diese Entwicklung für die Zukunft, daß die BäuerInnen für jede Saat kommerzielles Saatgut kaufen und dafür Lizenz- oder (bei gentechnisch veränderten Pflanzen) sogar Patentgebühren zahlen müssen.

Die NGO-Lobbys in den südlichen Ländern versuchen zur Zeit, Druck auf die jeweiligen Regierungen auszuüben, sich UPOV nicht anzuschließen und die Zeit- und Interpretationsspielräume der TRIPS zu nutzen.

Es gibt zwei Abkommen in den letzten Jahren, die dieses internationale Recht zur Monopolisierung der Pflanzensorten einschränken und dem Wortlaut nach gegensätzliche Kriterien für eine internationale Regulierung aufstellen.

Konvention zu Biodiversität

Der entscheidende international bindende Vertrag ist die Konvention zu Biodiversität der UNCED-Konferenz in Rio, die 1993 in Kraft trat und inzwischen von 152 Staaten (allerdings nicht den USA!) ratifiziert wurde. Im Gegensatz zur bisher gültigen Interpretation, "Pflanzengene" als frei zugängliches Eigentum der Menschheit zu betrachten, werden sie nun durch die Konvention unter die nationale Souveränität des jeweiligen Ursprungslandes gestellt. Damit verbunden wurde das Recht eines jeden Staates, als Gegenleistung für die Freigabe der Pflanzen Zugang zu Technologien und Gewinnbeteiligung an biotechnologischen Produkten zu verlangen. Wie dies im einzelnen auszugestalten ist - als bilaterales Abkommen zwischen dem einzelnen Staat und dem Unternehmen oder als multilaterales System, als pauschale Zahlung oder als Profitbeteiligung usw. -, ist jedoch unklar. Bis jetzt ist anzunehmen, daß sich die Industrieländer dieser Verpflichtung entziehen werden, es sei denn, ein konkreteres Zusatzprotokoll zur Konvention wird eingeführt und in südlichen Ländern in nationales Recht übersetzt.

Darüberhinaus läßt die Konvention die wichtigsten Bereiche des ökonomischen Interesses im Unklaren. Weder wird gesagt, ob mit dem nationalen Anspruch auf das Genmaterial auch die Patentierung der daraus entwickelten Sorten infragegestellt wird - eine Auslegung, der sich Industriestaaten mit eigens veröffentlichten "interpretations" vor der Ratifizierung vehement entgegenstellten. Außerdem ist von der Konvention nur das Pflanzenmaterial betroffen, das ab Inkrafttreten in den jeweiligen Ländern gesammelt wird - eine für die Agroindustrie fast irrelevante Frage, da ein Großteil des Materials, das in den nächsten Jahrzehnten für die Züchtung von Interesse sein wird, bereits in den nördlichen Genbanken lagert.

Aus diesem Grund versucht die Lobby der KleinbäuerInnen, ein weiteres allerdings rechtlich (noch) unverbindliches Dokument, das International Undertaking der FAO von 1989, zu stärken. Die LobbyistInnen beziehen sich insbesondere auf die dort erwähnten Farmers Rights: "Mit Farmers Rights sind Rechte gemeint, die sich aus dem vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Beitrag der Bauern zur Erhaltung, Verbesserung und Verfügbarkeit pflanzengenetischer Ressourcen besonders in den Zentren biologischer Vielfalt herleiten." Unter anderem sollen die BäuerInnen "an dem Nutzen beteiligt werden", der durch "Züchtung und andere wissenschaftliche Methoden" aus den von ihnen gepflegten Ressourcen gezogen wird.

Farmers Rights werden von der NGO-Lobby als der juristische Hebel gesehen, mit dem Kontroll-, Gewinnbeteiligungs- und Nutzungsrechte von KleinbäuerInnen verteidigt werden könnten. Ihr Ziel ist es, daß das International Undertaking als Protokoll an die Konvention von Rio angehängt wird und damit die Farmers Rights völkerrechtlich bindend würden. Allerdings mußten sie in diesem Jahr schon eine Niederlage hinnehmen: Auf der Konferenz der FAO-Kommission für pflanzengenetische Ressourcen im Juni diesen Jahres in Leipzig wurde das International Undertaking wohlweislich erst gar nicht von den Regierungen verhandelt, sondern auf das Treffen im Dezember verschoben - damit geschickterweise auf einen Termin nach den großen Konferenzen der FAO und der Konventionsvertragsstaaten im November. Und selbst in dem in

Leipzig verabschiedeten unverbindlichen Weltaktionsplan erreichte es die NGO-Lobby nicht, die vollständige Formel der Farmers Rights weiter zu verankern. Aus einem kollektiven Recht wurden in dem Dokument kollektive "Bedürfnisse" und "individuelle Rechte entsprechend der nationalen Gesetzgebung" - die US-Delegation ließ sich, unterstützt von Kanada und Australien, sogar auf diesen verwässerten Begriff erst am letzten Abend ein.

Produktivitätssteigerung anstatt Umverteilung

Mit dieser mageren Papiergrundlage werden die NGOs also im November auf dem "World Food Summit" in Rom antreten. Die Leipziger Dokumente wurden zwar inzwischen von der Vorbereitungskonferenz des Welternährungsgipfels anerkannt - der Grundtenor des Gipfels steht dennoch schon fest: Produktivitätssteigerung, nicht die Ressourcenverteilung wird zum entscheidenden Problem erklärt. Obwohl aus FAO-Studien selbst weiterhin zu entnehmen ist, daß die Nahrungsmittelproduktion pro Kopf in den letzten drei Jahrzehnten weltweit um 18% gestiegen ist und auch in den Entwicklungsländern die verfügbare Nahrungsmittelmenge pro Kopf weiter zunehmen soll, behaupten dennoch die Dokumente zur Konferenz, daß Produktivitätssteigerung, Industrialisierung der Landwirtschaft und Freihandel die entscheidenden Hebel für die "Ernährungssicherung" der Zukunft seien. In bester malthusianischer Tradition wird diese Interessenpolitik der Agrokonzerne mit Katastrophenszenarien über zukünftige Bevölkerungswachstumsraten ideologisch untermauert. Daß in dieses Bild auch eine Kommerzialisierung der Pflanzenvielfalt für die Biotech-Industrie gehört, ist offensichtlich.

Trotz der momentan sehr geringen Aussichten, daß die Farmers Rights als juristische Strategie der NGOs fruchten, soll dieser Begriff, unter dem sich die KleinbäuerInnen-NGOs versammeln, genauer untersucht werden. Denn sowohl als rechtliche Strategie wie auch als politischer Slogan birgt er seine Tücken.

Farmers Rights als juristische Strategie

Leitet man von den Rechten der traditionellen "ZüchterInnen" einen Rechtsanspruch auf das Pflanzenmaterial als "intellektuelles Eigentum" ab, das ihnen zwar nicht unbedingt als Einzelpersonen, aber als kollektive juristische Person einen Anteil aus den daraus gezogenen Gewinnen garantiert, so entsteht ein Paradoxon: Die KritikerInnen einer internationalen Privatisierung von Genmaterial würden diesen Prozeß selbst auf das ihnen zur Verfügung stehende Material ausdehnen, um sich ihren Anteil am Kuchen zu sichern. Statt Widerstand wäre dies die Anerkennung einer Privatisierung aller, auch der alten Pflanzensorten, wenn auch durch Kollektive - eine Strategie, die zudem immer zum Nachteil der BäuerInnen ausfallen wird. Denn sie verfügen über keine technischen, finanziellen und rechtlichen Ressourcen, um tatsächlich den "Raub" der "Gensequenzen" ihrer Pflanzen nachweisen und verhindern zu können. Und: Ihre Pflanzensorten halten den Kriterien einer genetischen Stabilität, nach denen Patente und Sortenschutz funktionieren, oft gar nicht stand. Außerdem: Wie sollen die betroffenen Gruppen als klar umrissene juristische Personen benannt werden, wenn eine Pflanze in einer ganzen Region oder sogar in mehreren vorkommt? Das vieldiskutierte "benefit sharing", also die Gewinnbeteiligung an den Erlösen moderner Pflanzenzucht, würde sich so, selbst bei einem rechtlichen Erfolg, nur in Einzelfällen ergeben. Dann nämlich, wenn sich die entsprechenden Firmen - wie vor allem im Pharmabereich bereits üblich - einen Werbeeffekt von einem solchen Vertrag mit einer "indigenen" Gruppe versprechen.

Obwohl sich der Eindruck aufdrängt, daß vielen NGOs unter dem Stichwort Farmers Rights solche Regelungen vorschweben, betonen bespielsweise die NGO-Experten Michael Flitner und Dan Leskien, daß dies von den professionellen StrategInnen nicht so vorgesehen sei. Famers Rights könnten eher dazu dienen, Patent- und Sortenschutzgesetze in bestimmte Schranken zu verweisen - abgesehen von der Möglichkeit, damit internationale Förderungsgelder für traditionelle Pflanzenzucht beanspruchen zu können. Nicht eine Gewinnbeteiligung im Einzelfall sei aus den kollektiven Eigentumsbegriffen abzuleiten, sondern das Recht der BäuerInnen, auch in Zukunft ihr Saatgut frei verwenden, austauschen, züchten und nachbauen zu können. Sie verweisen dabei auf juristische Möglichkeiten, diese Rechte eben doch mit den TRIPS zu vereinbaren, indem bestimmte "sui generis"-Modelle für Sortenschutz durchgesetzt werden. Diese Verteidigungsstrategie war im Grunde auch der nüchterne Inhalt des Slogans der NGO-VertreterInnen in Leipzig: "Farmers Rights are a reality".

Farmers Rights

als politisches Signal

Über diese Minimalforderungen hinaus verbinden jedoch die VertreterInnen von BäuerInnenorganisationen sehr viel mehr mit dem Slogan Farmers Rights. Schließlich ist es heute nicht das ökonomische und soziale Hauptproblem von KleinbäuerInnen, daß ein Forscher in ihrer Gegend ein Saatkorn geklaut hat und damit Gewinne macht und daß in Zukunft gentechnisch verändertes Saatgut auf den Markt kommen wird, das sie nicht werden kaufen können.

Vielmehr ist ihre Produktion durch Landvertreibung, Verschuldung, Mangel an Krediten, fehlende Agrarreform, niedrige Preise für ihre Produkte und mangelnde soziale Versorgung auf dem Lande gefährdet.

Farmers Rights haben sich inzwischen zum politischen Slogan entwickelt, der alle ökonomischen Machtverhältnisse umfaßt, die die Nutzung und Entwicklung der Pflanzen betreffen. Alle Voraussetzungen für kleinbäuerliche Wirtschaft als kollektive Rechte - wie zum Beispiel Land- und Territorialrechte - sollen damit angesprochen werden. Allerdings ist die Verkoppelung ökonomischer und sozialer Forderungen mit dem Argument, daß KleinbäuerInnen die "HüterInnen der genetischen Vielfalt" sind und deswegen unterstützt und geschützt werden müssen, eine äußerst problematische politische Strategie. Wenn kleinbäuerliche Forderungen im Diskurs der NGOs unter das Oberziel der Biodiversität untergeordnet werden, kann dies zu fragwürdigen Interpretationsmustern führen.

Vielfalt der Gene und der "Indigenen"

Zum einen wird die Situation der KleinbäuerInnen im Süden, die längst in die moderne Agrarproduktion mit cash crops integriert sind, ausgeblendet. Der Blick richtet sich auf die Enklaven traditioneller Nutzung und verklärt dabei oftmals bestimmte Bereich der Subsistenzwirtschaft als holistische Systeme von Natur und Kultur. Dabei fällt die Unterscheidung schwer, wer denn da vorrangig geschützt werden soll - die sogenannten "Indigenen" oder die Gene. Es wird das Bild gezeichnet, daß integre Einheiten von überliefertem Wissen, Kultur, Produktion und Pflanzen dem modernen Agrarsektor völlig getrennt gegenüberstünden, der moderne Agrarsektor nun in diese Traditionsgebilde räuberisch eindringe und sich bei ihnen bediene. Die Vision der Neuen Rechten, wir hätten es weltweit mit einer Vielfalt in sich abgeschlossener, an ihren Lebensraum gebundener Kulturen zu tun, die in ihrer Reinheit und Einzigartigkeit durch Abschottung zu schützen seien, wird durch diesen Blick gestärkt. Mit dem Bild von schützenswerten Enklaven haben Agrokonzerne kein Problem, solange diese Enklaven auf wenige Gebiete reduziert sind - denn schließlich wollen auch sie sich ja von diesem "Naturreservoir" bedienen.

Daß "indigene Völker" in diesem Zusammenhang ins Spiel gebracht werden oder sich selbst ins Spiel bringen, hat zwar auch rechtliche Gründe - schließlich sprechen internationale Konventionen den so definierten Gruppen mehr Rechte zu als der kleinbäuerlicher Bevölkerung allgemein. (Hier liegt im übrigen auch ein Konflikt zwischen "indigenen" und "bäuerlichen" NGOs begraben: Wie können sich die "farming communities" an die Rechte der "indigenous people" anhängen, ohne deren Papiersiege zu verwässern?) Aber gerade in dem Zusammenhang mit Pflanzengenen auch die "Indigenen" ins Spiel zu bringen, verstärkt solche ökokulturalistischen Bilder von ganzheitlichen Naturidentitäten.

Noch ein weiteres Problem verbirgt sich in der Vorgehensweise, soziale Forderungen der KleinbäuerInnen mit dem Argument, sie seien PflegerInnen der Artenvielfalt, zu koppeln: Oftmals wird damit auch die Argumentation der herrschenden Politik, warum diese Artenvielfalt so wichtig sei, übernommen. Auch wenn sich die Visionen und die Propagandalüge der Gentechnologie, angepaßte Sorten für den Süden gentechnisch herstellen zu wollen, von der alternativen Agro-Utopie einer erhaltenen Vielfalt angepaßter Sorten extrem unterscheiden, gleichen sie sich doch darin, die Ernährungssicherung der "Menschheit" von technischen Fragen abhängig zu machen.

Das Argument, die Pflanzenvielfalt sei Schlüssel zur Ernährung der Zukunft, suggeriert, Hungerkatastrophen könnten vor allem durch die Effizienz des Anbaus und produktive Innovationen vermieden werden. Ebenso wie das Argument des Bevölkerungswachstums von der extrem ungleichen Verteilung der aktuellen Nahrungsmittelproduktion ablenkt, kann auch das als Menschheitsproblem definierte Artensterben ein gutes Zugpferd abgeben, um technischen Fragen der Pflanzenzucht den Vorrang vor Verteilungsfragen einzuräumen. Denn auch alternativ-technologische "Lösungsmodelle" legen den Schwerpunkt auf Agrartechnologie und widmen sich sozioökonomischen Strukturen nur indirekt.

Gene als wissenschafts- affirmatives Modell

Die selbstgezüchteten "Pflanzengene" verteidigen, den "Genraub" denunzieren und die "Generosion" verhindern - mit diesen Begriffen verstärken KritikerInnen selbst die wissenschaftlichen Prämissen, gegen die sich der Protest gegen Gentechnologie eigentlich wendet. Sie verbreiten damit selbst die Sichtweise, daß es sich nicht um unterschiedlich sozial angeeignete und genutzte Pflanzen handelt, sondern um isolierbare, konstante, in ihre Einzelteile zerlegbare und nach Eigenschaften sortierbare Gensequenzen. Absurd ist das selbstverständliche Reden von den Genen schon allein, wenn man bedenkt, daß diese unsichtbare Ressource überhaupt nur in 25 von 150 Staaten nachgewiesen werden kann - denn nur sie haben die Technologie, DNA zu sequentieren. Das Dilemma, ausgenutzt und um etwas beraubt zu werden, das in der eigenen Wahrnehmung gar nicht existiert, führt bei vielen dazu, die eigene Wahrnehmung über den Haufen zu werfen und sich selbst zu BesitzerInnen eines "Genpools" zu definieren. Damit wird die Möglichkeit verspielt, von der Wissenschaftskritik ausgehend auch den aus den neuen Technologien abgeleiteten Eigentumsanspruch auf Lebewesen prinzipiell abzuweisen.

Diese Überlegungen zeigen, daß sich der Widerstand nicht gegen den freien Zugang der Konzerne zu "Genmaterial" richten sollte, sondern gegen eine Agrartechnologie, die den großen Konzernen über den Weg der Genmanipulation und moderner Biotechnologien in der Landwirtschaft Monopolrechte verschafft. Als juristische Strategie geht eine Lobbypolitik, die versucht, mit dem Instrument der Farmers Rights einer Ausdehnung solcher patent- und sortenschutzrechtlichen Ansprüche entgegenzuwirken, in die richtige Richtung. Ein emphatischer Diskurs, der sowohl die "Gene" wie die "Indigenen" dem Naturschutz unterstellt und vor bösen Eindringlichen in ihrer Reinheit verteidigen möchte, ist dagegen fatal.

Forderungen nach Agrarrefomen und Landrechten sollten sich auch weiterhin nicht über zu schützende Pflanzen legitimieren müssen.

Susanne Schultz

18. Die ersten Bohnen auf dem Markt. Boykott von genetisch veränderter Soja

Autor: Werner Rätz · Rubrik: Umweltpolitik; Gentechnologie · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:17

"Kranke Gehirne" nannte Forschungsminister Rüttgers jüngst Menschen, die Felder besetzen, auf denen gentechnisch veränderte Pflanzen freigesetzt werden sollen. Mit dem Chef der Inneren Sicherheit, Minister Kanther, wolle er klären, wie diese "organisierte Kriminalität" "vom Bundeskriminalamt verfolgt werden" könne. Da werden Erinnerungen wach an die Verfolgung von Gentech-KritikerInnen in der zweite Hälfte der 80er Jahre und die Stigmatisierung des Themas als "anschlagsrelevant". Ob es ein Zufall ist, daß dies genau zu dem Zeitpunkt geschieht, wo der Chemie- und Saatgutmulti Monsanto mit einer gentechnisch veränderten Sojabohne auf den Markt drängt?

Soja ist der ideale Türöffner für Gentechnik in Lebensmitteln. Die geschätzten 20.000 bis 30.000 Produkte, in denen Soja enthalten ist, stellen fast ein Drittel aller Nahrungsmittel dar. Sojaöl muß als Inhaltsstoff von Nahrungsmitteln nicht angegeben werden, ist meist aber (mit)gemeint, wenn von "pflanzlichen Fetten" die Rede ist. Aus Soja gewonnenes Lecithin wird in der Regel als "Stabilisator" oder "Emulgator" eingesetzt, um stabile Fett-Wasser-Gemische (z.B. in Eis, Schokolade etc.) zu erzielen. Sojaschrot ist beliebtes und preisgünstiges Viehfutter, sowohl in der Milch- wie in der Fleischproduktion. Soja ist wohl die Pflanze, die von den KonsumentInnen am schwierigsten bewußt aus der Nahrung ausgeschlossen werden kann.

Bei keiner anderen wichtigen Nahrungsmittelpflanze ist die Abhängigkeit des Weltmarktes von der US-Produktion so hoch: Mit über 65 Millionen Tonnen jährlich stellen die USA mehr als die Hälfte der gesamten Weltproduktion. Auf etwa 2% der US-Anbaufläche hat der Konzern Monsanto in diesem Jahr seine neue "Roundup Ready Soybeans" (RRS) angepflanzt und geerntet. Die Ernte wurde mit herkömmlichen Bohnen vermischt, so daß Gentech-Soja im gesamten US-Aufkommen enthalten ist. Davon importiert die EU jährlich 9 Millionen Tonnen, aus denen auch die deutschen Ölmühlen einen Großteil ihres Jahresbedarfs von 3,4 Millionen Tonnen decken. Erste Lieferungen der neuen Ernte mit Gentech-Sojabohnen sind am 6. November in Deutschland eingetroffen.

Für Monsanto steht viel auf dem Spiel. Der Konzern ist bemüht, sich als Vorreiter in Sachen Gentech zu etablieren, hat dabei aber erfreulicherweise auch schon ansehnliche Pleiten einstecken müssen. Die spektakulärste dürfte das Rinderwachstumshormon rBST gewesen sein, die das Unternehmen mehrere Hundert Millionen Dollar gekostet haben soll. Auch in die Entwicklung der neuen Sojabohne hat Monsanto über 100 Millionen Dollar investiert, die erst noch wieder eingespielt werden müssen. Brancheninterne Schätzungen gehen davon aus, daß der Saatgutmarkt in den nächsten 10 Jahren kräftig wachsen, aber derjenige für Pflanzenschutzmittel sich nur wenig erweitern wird. Monsanto versucht - wie alle Großen der Branche - Saatgut und Pflanzenschutz nicht nur ideell, sondern auch technisch aneinander zu binden: Die an "Roundup Ready Soybean" durchgeführte Manipulation verändert die Nutzeigenschaften der Sojabohne nicht, sondern führt zur Resistenz gegen das konzerneigene Totalherbizid "Roundup" (1). In einem stagnierenden Markt ist Wachstum nur durch Verdrängung von Konkurrenten möglich. Der erhoffte Erfolg in diesem Wettbewerb kann aber nur erzielt werden, wenn sich die Gentech-Pflanzen auf dem Markt schnell und dauerhaft durchsetzen. Zu diesem Zweck plant Monsanto die rasche Ausdehnung des RRS-Anbaus auf bis zu 40% der US-Anbaufläche und seine Einführung in Argentinien und Brasilien bereits im nächsten Jahr.

Ein Scheitern dieser Strategie wäre nicht nur ein erfreulich herber Rückschlag für Monsanto, sondern für die gesamte Branche. Deshalb kann es nur begrüßt werden, daß sich zahlreiche Organisationen in der BRD (und weltweit) gegen die Gen-Soja wehren. Jeder Protest, jede Forderung nach getrennter Verarbeitung und Kennzeichnung, jede Suche nach gentechnikfreien Ersatzstoffen stärkt die Ablehnung und schwächt die Produzenten des "Frankenstein-Food". Die Weigerung von Nahrungsmittelproduzenten, die Monsanto-Bohne zu verarbeiten, verstärkt den von den VerbraucherInnen ausgehenden Druck empfindlich, selbst wenn sie ansonsten Gentechnik keinesfalls ablehnen. Insofern kann und wird eine Kampagne gegen die Markteinführung der Gentech-Soja in der Wahl ihrer BündnisspartnerInnen nicht prinzipialistisch sein.

Aber die Liste derer, die sich gegen das Vorgehen Monsantos aussprechen, läßt Befürchtungen aufkommen, daß sich neben den positiven Effekten auch eine zweite gefährliche Entwicklung anbahnt.

Unilever etwa, Europas größter Lebensmittelkonzern, vermarktet zwar andere Gentech-Produkte, will aber auf die Verwendung von Sojaölen erst einmal ganz verzichten. Eine Kennzeichnungspflicht hat das Unternehmen im Gespräch mit KritikerInnen erst jüngst abgelehnt. Imagewerbung oder reiner Bluff?

Auch die Kindernahrungshersteller haben sich verpflichtet, keine Gen-Soja zu verwenden. Trotzdem erzählt der Pressesprecher von Hipp im taz-Interview (26./27.10.96) das Märchen, daß Gentech-Nahrung denkbar sei, die zum Schutz vor Krankheiten unumgänglich werden könnte. Markteinführung auf die sanfte Tour? Wenn Hipp bei Gen-Soja so verantwortungsbewußt war, warum sollten ihm dann die VerbraucherInnen nicht auch in Zukunft trauen können? Verschiedene (Öko) Anbau- und Handelsorganisationen wollen unter dem Label "Naturgen" Nahrungsmittel, die unter Ausschluß der Gentechnik produziert wurden, auf den Markt bringen. Stärkung der eigenen Konkurrenzfähigkeit auf dem kaufkräftigen Alternativmarkt, während für die Masse der VerbraucherInnen alles beim Alten bleibt? Nach der biologischen und der ethischen ("fairer" Handel) nun die gentechnikfreie Marktnische?

Bei der Verbraucherinitiative gibt es Stimmen, die sich kaum von Teilen der Industriepropaganda unterscheiden, wenn sie deren Argument wiederholen, nur Eiweiße und nicht Fette der Soja seien verändert worden, so daß das Öl kaum abgelehnt werden könne. Verzicht auf jede grundsätzliche Kritik an der Gentechnik, weil ihre Ergebnisse im Endprodukt (noch) nicht nachweisbar sind?

Selbst Greenpeace und BUND, die mit ihren Unterschriften- und sonstigen Aktionen viel zur Bekanntmachung des Themas getan haben, lehnen massenwirksame Boykottaufrufe ab. Auch bei ihnen ist sehr wenig von Politik und viel von möglichen Gesundheitsschäden die Rede. Angst ist berechtigt und nötig; aber das Setzen auf sie als politische Strategie ist gefährlich und kurzsichtig. Lediglich einige kleinere Gruppen (u.a. BioSkop, Gen-ethisches Netzwerk und die eingangs erwähnten "kranken Hirne" aus der Wetterau) haben sich entschlossen, zu einem exemplarischen Boykott von Pflanzenmischölen aufzurufen. Sie verweisen darauf, daß damit eine Aktionsform vorgeschlagen wird, an der sich alle beteiligen können und bei der der politische Charakter im Vordergrund steht. Es geht um die grundsätzliche Ablehnung der Gentechnik und nicht (nur) um die freie Wahlmöglichkeit der VerbraucherInnen.

Werner Rätz

Anmerkung:

1) Ein Totalherbizid ist ein Herbizid ("Pflanzenschutzmittel"), das das Wachstum jeglicher Pflanzen verhindert.

Plakate (s. Motiv oben) und Infos bei: Gesundheitsladen, Vondelstraße 28, 50677 Köln, Tel. 0221/323189.

19. Naziterrorist Roeder. Geringe Strafe für Anschlag

Autor: Olaf Goebel · Rubrik: Rechtsradikale, Altnazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:44

Der mit 67 Jahren älteste deutsche Naziterrorist in Deutschland, Manfred Roeder, weiß wie man Öffentlichkeit herstellt. Kürzlich drängelte er sich gleich zweimal in die Medien. Am 9.6.96 beschädigte er in Erfurt die Ausstellung "Vernichtungskrieg: Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" und wurde dafür jetzt zu 4.500 DM Geldstrafe verurteilt.

Wie im Prozeß bekannt wurde, hatte Roeder zur Ausstellungsbeschädigung extra mehrere Fotografen und einen Videofilmer mitgebracht. Der Landesvorsitzende der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen Bodo Ramelow sagte im Verfahren als Zeuge aus, daß das ganze Attentat einer Inszenierung glich.

Weniger als zwei Wochen nach dem Attentat inszenierte Roeder das nächste Medienspektakel. Er schaltete am 22.6.96 eine Anzeige mit "95 Thesen zum Lutherjahr" über einen Anzeigenverbund mit der in Kassel erscheinenden Zeitung Hessisch/Niedersächsische Allgemeine (HNA), die auch in der Südthüringer Zeitung und der Tageszeitung Freies Wort aus Suhl, mit insgesamt ca. 1,5 Mio. LeserInnen, erschien.

Der Rechtsanwalt gibt sich gerne als Biedermann, der durch den "Unrechtsstaat BRD" in rechte Kreise getrieben wurde. Auslöser sei seine Empörung über eine Porno-Ausstellung gewesen, die er dann mit Farbe beschädigt habe. So habe alles begonnen.

Nur wenige wissen, das er schon als Pimpf im Dritten Reich die nationalsozialistische Eliteschule NAPOLA (Nationalpolitische Erziehungsanstalt) besuchte und am Endkampf um Berlin 1945 als 16jähriger teilnahm. Roeder sagt von sich, daß er seine nationalsozialistische Gesinnung von Anfang an hatte. (1)

Mit der Presse hat das ehemalige CDU-Mitglied bereits reichlich Erfahrung gesammelt. Kurz nach der Gründung seiner "Deutschen Bürgerinitiative e.V." 1972 gab er mit dem in Auschwitz tätigen SS-Mann Thies Christophersen das Buch "Die Auschwitz-Lüge" heraus und verschickte je ein Exemplar an sämtliche Tageszeitungen, die prompt reagierten. Daraufhin habe er weit über 10.000 Bücher verkauft. (1) Parallel führten er und seine Leute weiter Anschläge auf "Auschwitz-Ausstellungen" etc. durch.

Mittlerweile waren aus den Biedermännern Brandstifter geworden. Es wurde nicht mehr gemalt, sondern Sprengsätze gezündet. Roeder sammelte Strafanzeigen und verlor seine Zulassung als Rechtsanwalt. Weil gegen ihn mehrere Anklagen anhängig waren, zog er es 1978 vor unterzutauchen. Er wurde 1979 in der Schweiz festgenommen, aber nicht an die BRD ausgeliefert. Zweieinhalb Jahre war es ihm dank internationaler Kontakte möglich trotz Haftbefehls umherzureisen. Er tauchte in Österreich beim Waffen-SS-Mann Herbert Schweiger auf und besuchte dessen Freund und SSler Hugo von Senger in der Schweiz. Roeder bereiste England, den Nahen Osten, Südafrika, Nord- und Südamerika und gab sich als Gesandter des deutschen Neofaschismus aus. Zu dieser Zeit soll er auch Verwalter der Gelder des Altnazi-Netzwerkes ODESSA (Organisation der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS) gewesen sein. ODESSA ist eine der führenden Nazi-Fluchthilfeorganisationen nach dem verlorenen Krieg. Unter falschen Namen reiste er mehrmals nach Deutschland ein.

Schließlich ermordeten Roeders Leute die ersten Menschen. Bei einem Anschlag auf ein Asylbewerberheim der von Roeder ins Leben gerufenen "Deutschen Aktionsgruppen", die sich als militanter Arm der "Deutschen Bürgerinitiative e.V." verstanden, verbrannten 1980 zwei Vietnamesen. Roeder wurde 1982 in der BRD festgenommen und zu 13 Jahren Haft verurteilt. 1990 wurde der "Reichsverweser" (Eigenbezeichnung Roeder) frühzeitig aus der Haft entlassen, weil er eine günstige Sozialprognose habe. Diese hatte er sich durch Arbeit als Freigänger in der Druckerei des REP-Kreisvorsitzenden Horst Steinhof erworben.

All diese Tatsachen hätte die HNA in ihrem eigenen Archiv zu Tage fördern können. Nach zahlreichen Protesten von der IG Medien und erzürnten LeserInnen, versuchte sich die HNA mit der Schutzbehauptung aus der Affäre zu ziehen, daß sie lediglich Anzeigen die "offensichtlich rechtswidrig" seien, nicht abdrucke. Dem widerspricht die IG Medien und teilt mit, daß die HNA und der Verlag (vertreten durch Herausgeber Batz) z.B. 1992 die Veröffentlichung einer Anzeige (eine Einladung zu einer Weihnachtsfeier für die HNA-VerteilerInnen) der IG Medien aus Verlagsinteresse abgelehnt habe.

Seine "Thesen" hatte Roeder auch der FAZ als Anzeige angepriesen, die sich die Mühe machte sie zu lesen. Denn auch wenn die "Thesen" nicht so offen nazistisch formuliert sind, wie man es sonst von Roeder gewöhnt ist ("der Holocaust von Dresden war unvergleichlich viel schlimmer als Auschwitz." (1995)) so müßte einem durchschnittlichen Redakteur bei Sätzen wie "Von Kriegsschuld überhaupt zu reden, ist eine moderne Erfindung des Teufels, die es in früheren Jahrhunderten nicht gegeben hat." "Denn es steht geschrieben: du sollst deinen Nächsten lieben - und das ist immer der Angehörige des eigenen Volkes." oder "Wer an Grausamkeiten oder Kriegsverbrechen erinnert, will gar keine Versöhnung, sondern die Fortführung des Krieges mit anderen Mitteln bis zur totalen geistigen Unterwerfung des Gegners." zumindest auffallen, wes Geistes Kind sie sind. Die FAZ lehnte die Veröffentlichung jedenfalls aus "grundsätzlichen Erwägungen" ab. Ebenso Die Zeit und Die Welt. Selbst rechte Zeitungen wie die National-Zeitung, die Junge Freiheit oder Nation Europa wollten die Anzeige nicht drucken. Aber vielleicht ist den Verantwortlichen der Hessisch/Niedersächsi-schen Allgemeinen (HNA) an den "Thesen" einfach nichts besonderes aufgefallen. Immerhin druckte die HNA Ende 1995 diverse Presseerklärungen und Stellungnahmen der Kasseler Republikaner ab und der stellvertretende Chefredakteur und Chef vom Dienst Rainer Merforth bemerkte in einem Kommentar zum Tokioter U-Bahnanschlag (März 1995) "Was nicht einmal die Nazis trotz ihrer Menschenverachtung je wagten (...): Giftgas gegen Massen einzusetzen."

Roeder hatte in seinem Rundbrief der "Deutschen Bürgerinitiative e.V." vom Juni 1996 sowohl auf das Erscheinen der Anzeige hingewiesen ("Der Durchbruch in der Öffentlichkeit ist gelungen! Drei große Zeitungen bringen diese Woche die ‚95 Thesen zum Lutherjahr.`") und auch den Erfurter Anschlag kommentiert ("Die Ehre der Deutschen Wehrmacht wurde wiederhergestellt!").

Was die HNA nicht unbedingt in ihrem Archiv hätte finden können, ist die Beziehung von Manfred Roeder zum "Bombenhirn" der rechten Szene, Peter Naumann, und zum Forstmeister Heinz Lembke. Naumann und Roeder hatten sich aus Sprengstoffdepots bedient, die Lembke bis 1981 verwaltete: Roeders Terrorgruppe konzentrierte sich dabei auf Angriffe gegen AsylbewerberInnenheime und Ausstellungen und Naumann sprengte TV-Masten um die Sendung "Holocaust" zu verhindern, ein Denkmal in Rom zum Gedenken der Opfer des SS-Mannes Erich Priebke und legten Sprengsätze um die DDR-Grenze zu sprengen. Wegen letzterem wurde Roeder nicht verurteilt, weil das BRD-Gericht die Ermittlungsakten aus der DDR nicht haben wollte.

Mitglieder von Roeders "Aktionsgruppen" hatten schon nach Hausdurchsuchungen wegen des Oktoberfest-Attentats detaillierte Hinweise auf Lembkes-Waffendepots gegeben. Roeder selbst hatte in einer BKA-Vernehmung 1980 davon gesprochen, daß Lembke und er über "Anschläge auf Richter, Landräte und eine im Bau befindliche Polizeischule bei Gorleben" gesprochen hätten. Die Lembke-Depots entdeckten Waldarbeiter aber erst 1981 und Lembke wurde verhaftet. Einen Tag bevor er seine Aussage über die Hintermänner machen wollte, wurde er tot in seiner Zelle gefunden. In Nazikreisen war in diesem Zusammenhang immer von Mord durch einen Geheimdienst die Rede. Die letzten Lembke-Depots übergab Peter Naumann 1995 pressewirksam der Polizei. (2)

Derzeit widmet sich Roeder nicht mehr der militärischen Gewalt, sondern der Wiederherstellung des Reiches. In Herzogsrode, ca. 100 km östlich von Kaliningrad, plant er einen "Freistaat Preußen". Dort entsteht seit vier Jahren ein Siedlungsprojekt zu dem Roeder regelmäßige "Hilfstransporte" durchführt und für die er in Deutschland fleißig und erfolgreich Spenden sammelt: "die Auflösung der Kolchosen bietet uns eine Jahrhundertchance: So beauftragten wir einen Bauunternehmer einer deutsch-russischen Firma mit dem Bau eines Auffanglagers für die täglich hereinströmenden Rußlanddeutschen. Er kann ein großes leerstehendes Gebäude günstig erwerben und in unserem Auftrag ausbauen. Es geht nun wirklich los. Wir bezahlen jede Wohnung, die fertig wird und dann sofort von einer deutschen Familie belegt werden kann. Wir kriegen dort bis zu 30 Wohnungen á DM 300. Unsere Landsleute müssen jetzt die Häuser, die sie bisher bewohnt haben, für DM 400 von der Kolchose kaufen. Da aber die meisten kein Geld haben, können wir auch hier helfend eingreifen. Bitte helfen auch Sie, ein Haus oder eine Wohnung zu finanzieren. Ich danke Ihnen im Namen unserer Landsleute im neuen Preußen!" 1993 rief Roeder ein "Deutsch-Russisches Gemeinschaftswerk" ins Leben und begann Kontakte zu knüpfen. Sowohl der stellvertretende Landwirtschaftsminister wie auch ein Stellvertreter des Regierungpräsidenten gehörten zu seinen Gesprächspartnern - und natürlich der ultrarechte Schirinowski, auf dessen Geburtstag 1993 Roeder eine Rede hielt. Roeder jubelte: "Wir haben uns drei Ziele

gesteckt: Eine Genossenschaft gründen, die Unterstützung der Regierung in Königsberg bekommen und ein Auffanglager für Rußlanddeutsche in Auftrag geben. Alles haben wir erreicht. Es war fast unglaublich."

Olaf Goebel

Anmerkungen:

1) Aus einem Interview von Pedro Varela mit Roeder am 23.8.88 im Gefängnis Ziegenhain. Abgedruckt in CEDADE Nr. 174.

2) Nach Rechter Rand und junge welt, die sich auf die offiziellen Versionen des BAW stützen.

20. Schakale. Vom Schacher um Vermögen von Holocaust-Opfern

Autor: Heiner Lichtenstein, aus · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:27

Am Anfang stand eine kurze Agenturmeldung vom 10. September 1996: "Unter der Herrschaft der Nationalsozialisten ist aus Deutschland Goldvermögen im Wert von damals 550 Millionen US-Dollar - nach heutigem Wert sieben Milliarden Dollar (10,5 Milliarden DM) - in ‚neutrale Länder` wie die Schweiz und Portugal transferiert worden." Dies teilte das britische Außenministerium in einer Untersuchung über den Verbleib des "Nazi-Goldes" mit. Das Gold hatten die Nazis von Juden beschlagnahmt. In dem Memorandum wird ausdrücklich zugegeben, daß "Großbritannien und seine Alliierten" seinerzeit über den Transfer informiert waren.

Bei dem Memorandum handelte es sich um eine Veröffentlichung britischer staatlicher Archive, die der Labour-Unterhausabgeordnete Greville Janner durchgesetzt hat. Die konservative britische Regierung hatte zuvor bestritten, irgendetwas von dem Gold und dessen Verbleib zu wissen. Im Nachwort des Memorandums heißt es: "Die Spekulation darüber, wieviel Gold unentdeckt bleibt, geht weiter."

Inzwischen ist mehr als ein Monat vergangen und jede Woche kommen neue Einzelheiten an den Tag. Es handelt sich - diese Zwischenbilanz darf jetzt gezogen werden - um eine der widerwärtigsten Fleddereien von Opfern des Holocaust nach dessen Ende. In ihn verstrickt sind keineswegs nur die britische Regierung und Schweizer Banken, sondern ebenfalls die Regierungen in Washington, Warschau, Prag, Budapest und vermutlich anderer Länder.

Angefangen hatte das Versteckspiel im Jahre 1946, als die Schweiz bei Verhandlungen in Washington von den Westalliierten dazu verurteilt wurde, alle deutschen Guthaben als Reparation an die Siegermächte auszuliefern. Die Schweiz willigte ein, lieferte aber nur die deutschen Vermögen ab, die den Behörden in Bern von den Banken gemeldet wurden. Das war, wie der sozialdemokratische Abgeordnete im Schweizer Parlament, Jean Ziegler, kürzlich erklärte, allenfalls ein Zehntel des gesamten Vermögens. Und dies teilten sich Washington, London und Paris. Die große Masse der Vermögens- und Sachwerte verblieb bei Schweizer Banken, wurde gewinnbringend angelegt und beträgt deshalb heute ein Vielfaches des Ursprünglichen. Aber niemand kümmerte sich darum und die Banken in der Schweiz hüllten sich selbstverständlich auch in Schweigen.

Das änderte sich mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes in Osteuropa. Plötzlich meldeten sich vor allem Holocaustüberlebende oder deren Nachkommen an Bankschaltern in Zürich, Genf oder Basel. Doch sie wurden alle abgewiesen, weil sie die Nummern der Konten nicht wußten. Das aber ist Voraussetzung, um an die Vermögen zu gelangen. Sie waren von Juden aus allen von den Nazis besetzten Ländern in der Schweiz angelegt worden, offenbar in der Hoffnung, die Schweiz werde als wichtiger Informationsträger und Lieferant kriegswichtiger Waren von der Naziokkupation verschont bleiben. Wer sein Geld oder Gold auf Konten Schweizer Bankfilialien in den USA angelegt hatte, konnte darüber später ohne Schwierigkeiten verfügen.

Goldbarren

aus Zähnen der Toten

Weil die Leute von den Banken abgewimmelt wurden, übernahm der Jüdische Weltkongreß deren Interessen freilich mit demselben Ergebnis. Deshalb änderte er Anfang dieses Jahres seine Taktik und machte sich die im November anstehenden Wahlen in den USA zu nutze, bei denen Stimmen von Juden entscheidend sein können. Nachdem Protokolle über die erwähnten Verhandlungen des Jahres 1946 in Washington aufgetaucht waren, setzte sich Senator Alfonso d'Amato an die Spitze der US-Politiker, die Licht in den Dschungel bringen wollten und wollen. Der Druck aus den USA und England wurde für die eidgenössischen Banken zu stark. Sie traten die Flucht nach vorn an. Am 16. September gab der Schweizer Bundesrat bekannt, er werde eine Kommission von Wirtschaftsexperten und Historikern einsetzen, die "herrenlose jüdische Guthaben" und

Nazi-Gold aufspüren solle. Das Bankgeheimnis für diese Bereiche während der Jahre 1933 bis 1945 wurde aufgehoben.

Plötzlich meldeten sich ungefragt Stimmen aus den genannten Ländern, aber auch aus Argentinien, Portugal und Paraguay. Man werde ebenfalls nach solchen Konten und Vermögen fahnden, hieß es verheißungsvoll.

In England setzte sich Greville Janner an die Spitze der Aufklärer. Janner ist Jude. Er konnte sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. Jeder zweite seiner Familienangehörigen wurde von den Nazis ermordet. Heute ist er Vizepräsident des Jüdischen Weltkongresses und Präsident der britischen "Gesellschaft zur Aufklärung des Holocaust", die versucht, NS-Verbrechen aufzuklären und für die Entschädigung von Opfern zu sorgen. Ihm und d'Amato ist im wesentlichen zu verdanken, daß nun endlich Bewegung in den Skandal gekommen ist. Janner berichtete Zeitungsmeldungen zufolge: "Das Geld" - es geht um mehrere Milliarden Schweizer Franken - "stammt aus den von Deutschland besetzten Staaten, aber auch von unzähligen Einzelpersonen. Tausende von Juden haben ihr Geld und ihre Juwelen in die Schweiz bringen können. Die Schweiz hat ihnen die Aufnahme verweigert und sie nach Deutschland zurückgeschickt, nur ihr Vermögen durften sie deponieren. Die meisten endeten in den Vernichtungslagern der Nazis. Dort wurden ihnen Wertsachen und Schmuck abgenommen. Den Toten wurden sogar die Goldzähne ausgeschlagen und in Goldbarren eingeschmolzen. Und die wanderten dann in die Schweiz."

Jüdisches Vermögen

für Enteignungen

Ob die Schweizer Banken wußten, woher die Werte stammten, muß noch geklärt werden. Einiges spricht allerdings schon heute dafür, daß sie zumindest vieles ahnten. Die ersten Informationen über den Holocaust gelangten aus Polen über die Schweiz nach England und in die USA. Das "Internationale Komitee vom Roten Kreuz" (IKRK) war unterrichtet, verhinderte aber öffentliche Proteste. Die Schweizer Banken bestanden darauf, nur mit Nummern der deutschen Reichsbank versehene Goldbarren zu akzeptieren. Die Reichsbank fälschte daraufhin Stempel, indem sie diese zurückdatierte. Dann lief das Geschäft bis zum Ende des Krieges. Neuesten Berichten zufolge sollen sechs Tonnen dieses Goldes in London und New York lagern. In New York hat der Jüdische Weltkongreß jetzt viele Bankauszüge von Holocaustopfern gefunden. Polen scheint 1949 der Schweiz erlaubt zu haben, Konten ermordeter polnischer Juden einzuziehen, um mit dem Geld Schweizer Bürger zu entschädigen, deren Eigentum die kommunistischen Regierungen enteignet hatten. Ähnliche Abkommen soll die Schweiz mit der Tschechoslowakei und Ungarn getroffen haben. Die Geschichte dieses Schakalgeschäftes ist noch nicht zu Ende.

Heiner Lichtenstein

Der Artikel erschien im "Blick nach rechts", Nr. 22 vom 30. Oktober 1996

21. "Rheinischer Kapitalismus" statt Kommunismus

Grüne machen sich fit für den Wahlkampf '98

Autor: M. und mb., Berlin · Rubrik: Grüne Parteitage · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:20

"Perspektiven grüner Wirtschafts- und Sozialpolitik" sollten am 12. und 13. Oktober in Hannover diskutiert werden. Eigentlich wollte Bundesvorstandssprecherin Krista Sager "wieder (über) mehr Visionen" sprechen, doch letztendlich diskutierten die Bündnisgrünen nach Kerstin Müllers Maxime: "Für die Programmdebatte muß ... gelten: Keine Schere im Kopf - und doch gnadenlos realistisch sein - sag ich mal als Linke." Kurzfristige und tagespolitische Konkretisierungen in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen bestimmten somit den Kongreß mehr als langfristige Entwürfe oder visionäre Diskussionen.

Das Handelsblatt gab schon drei Tage vor Beginn (!) des Kongresses eine recht treffende Zusammenfassung: "Bündnis 90/Die Grünen (suchen) neue Konzepte in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die drittstärkste politische Kraft in Deutschland müsse aus grüner Sicht einen Weg aus der Wachstumsfalle finden, so Realpolitikerin Sager. Die Partei will sich deshalb auf einem Strategiekongreß an diesem Wochenende in Hannover und auf der Bundesdelegiertenkonferenz Ende November in Suhl um differenzierte Antworten bemühen, wie auch Parteisprecher Trittin vom linken Flügel betont. Dabei solle nicht in das typische Rechts-Links-Schema nach dem Motto verfallen werden, die Linken seien für die schön formulierten Utopien und die Realos für das Machbare, aber Kleinkarierte zuständig." (Handelsblatt, 9.10.96)

Kaum kontroverse Diskussionen

Annähernd 600 Menschen, überwiegend Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen, trafen sich in Hannover. Die Beteiligung war für einen Strategiekongreß überraschend groß. Was wohl ein Indiz dafür ist, daß die "harten Themen" (Krista Sager) für die Partei, auch für die Mitglieder an der Basis, immer wichtiger werden. Oder, wie es ein Mitglied des Bundesvorstands (BuVo) ausdrückte: "Die merken eben vor Ort immer mehr, daß Wirtschafts- und Sozialthemen die Wähler interessieren." (Hamburger Morgenpost, 14.10.)

Wer aber erwartet hätte, daß der Streit um das wirtschaftspolitische Profil der Grünen, der im Sommer hochgekocht war, sich auf dem Kongreß niederschlagen würde, sah sich enttäuscht. "Der kränkende Ton vergangener Diskussionen" (taz) war in Hannover nicht zu vernehmen. In zehn Foren diskutierten die Grünen über Globalisierung/Regionalisierung und Standortkonkurrenz, soziale Sicherheit, Verschuldung und Verteilungsgerechtigkeit, Vollbeschäftigung und Erwerbslosigkeit u.a.m. (siehe Kasten) Kontroverse Diskussionen kamen meist nicht auf. Ganz im Gegenteil: Im Forum "Öffentliche Finanznot und privater Reichtum" z.B. bemühte sich Christine Scheel, finanzpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion, die Zuspitzungen, die sie mit ihren Vorschlägen im Sommer erreicht hatte, abzubiegen. So erklärte sie sich auf einmal mit einer von Ludger Volmer und F.O. Wolf vorgeschlagenen Kapitaltransfersteuer, die sie damals noch als "linke Symbolik" abgekanzelt hatte, rundherum einverstanden.

Allein bei der Diskussion um das Konzept der sozialen Grundsicherung kam es zu einer polarisierenden Debatte. Die Bundestagsabgeordnete Andrea Fischer, sozialpolitische Sprecherin ihrer Fraktion, hatte in den Tagen zuvor ein Konzept für eine "bedarfsorientierte Grundsicherung" vorgelegt: Als unbürokratischer Ersatz für Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe soll diese prinzipiell jeder/m in einer Höhe von DM 1.200 (West)/DM 1.000 (Ost) zustehen. Abgesehen davon, daß die Grundsicherung damit das von den Grünen selbst angesetzte Existenzminimum von 14.000 Mark jährlich unterschreitet, enthält dieser Vorschlag auch die Möglichkeit von Abzügen, wenn LeistungsempfängerInnen eine "zumutbare Beschäftigung verweigern". Kritik an diesem Entwurf wurde vor allem aus NRW vorgebracht. Barbara Steffens, NRW-Landessprecherin, bezeichnete das Fischer-Konzept als "einen Abschied von der ursprünglichen grünen Sozialpolitik". (junge Welt, 14.10.) Für die Bundesdelegiertenkonferenz in Suhl Ende November wäre in diesem Punkt eigentlich eine kontroverse Debatte zu erwarten. Jedenfalls dürfte der Vorschlag von Andrea Fischer bei den Parteilinken auf entschiedenen Widerstand stoßen. Aber wahrscheinlich gilt für die Diskussion auf der Suhler BDK, was die FAZ schon für diesen Strategiekongreß feststellte: "Eins haben die Grünen bewiesen: Sie sind in der Lage, zwei Tage lang über Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik zu reden, diszipliniert und sachlich, wie man es schon seit geraumer Zeit von dieser einst so chaotischen Partei gewöhnt ist." (FAZ, 14.10.96)

Neudefinitionen

Joschka Fischer, dessen Herz links schlägt, wie er immer wieder zu betonen sich bemüßigt sieht, als wäre dies eine anatomische Besonderheit, gab via taz, einen Tag vor Beginn des Kongresses, die neue Zielrichtung grüner Politik vor: "Neudefinition des rheinischen Kapitalismus". (taz, 11.10.) Wenn der bündnisgrüne Steuermann seiner Partei bescheinigt, sie hätte "in der Entwicklung eines ökologischen und marktwirtschaftlichen Konzepts große Fortschritte gemacht" (ebd.), dann wird klar, daß es bei ihm allein um ein "demokratisch gerechteres Modernisierungskonzept" (ebd.) gehen kann.

Fischer hat zwar recht, wenn er im Falle einer Wiederwahl der Kohl-Regierung 1998 mit einer weiteren Zuspitzung der Klassenkämpfe rechnet, aber bei ihm wird daraus die zwar taktisch geschickte, aber dennoch falsche Kurzformel: Deutscher Thatcherismus versus rheinischer Kapitalismus. Vor diese Alternative gestellt - so Fischer - müßten die Bündnisgrünen Vorschläge entwickeln, die "die Ausbeutung der Mittelschichts-Ängste vor dem Abstieg zu Lasten des gesellschaftlichen Zusammenhalts" verhindere. Deshalb: Senkung der Lohnnebenkosten und Gegenfinanzierung durch die Einführung einer Ökosteuer, Mittelstandsförderung, die einen "kreativen Gründungsboom" ermögliche etc.

Auf dem Strategiekongreß blieb von Fischers Beitrag dann nicht viel mehr haften als sein entschiedenes Plädoyer für den Regierungswechsel 1998. Andernfalls drohe die weitere Radikalisierung der Regierungspolitik, angesichts derer "das (aktuelle; Anm. ak) Sparpaket ein Kräuseln an der Oberfläche" wäre. (jW, 14.10.96)

Die Parteilinken scheinen diese Argumentation übernehmen zu wollen. BuVo-Sprecher Trittin umriß jedenfalls die Aufgabe seiner Partei etwa wortgleich: "die Grundlagen der deutschen Demokratie wie die Errungenschaften eines sozial gemilderten Kapitalismus unter anderen Bedingungen neu zu begründen." Nur in kleinen, aber feinen Nuancen deutet er Widerspruch an. So erinnerte er daran, daß die Grünen gerade aus der Kritik an der realen Verfaßtheit der alten Bundesrepublik entstanden seien. Diese Kritik sei heute nicht obsolet, eine bloße Verteidigung des Status quo also verkürzt - und somit nicht seine Sache.

Den schärfsten Widerspruch zu Fischers Thesen formulierte Micha Brumlik. Sein Auftritt in Hannover sorgte für viel Aufsehen. Hielt er doch der Partei unbarmherzig den Spiegel vor, beklagte Sachzwang-Rhetorik und Phantasielosigkeit. Zugleich forderte er die Bündnisgrünen auf, wieder die Systemfrage zu stellen und die Eigentumsfrage zu diskutieren. (siehe Dokumentation) So richtig und anerkennenswert diese Intervention von Brumlik ist, sollte sie nicht überbewertet werden.

1. Brumlik ist ein einsamer Rufer in der Wüste. Die Parteilinke ließ auf dem Kongreß jegliche Bezugnahme auf seinen Beitrag vermissen. Statt hier (an der System- und Eigentumsfrage) anzuknüpfen, zeigte sie sich - wie in der Vergangenheit so oft - der grünen Parteiräson verpflichtet. Ziel ist eine rot-grüne Regierung 1998, das taktische Vorgehen ist festgelegt (u.a. daß ein Regierungswechsel ohne PDS vonstatten gehen muß). So wurde es eine Woche vor Hannover in einer Kungelrunde mit den Realos verabredet, basta.

2. Brumliks Beitrag lebt vor allem von seiner (heutzutage) provokativen Symbolik ("über Kommunismus diskutieren"). Inhaltlich sind seine Vorschläge wenig konkret und in dieser Form vieldeutig interpretierbar. Mit seiner Forderung, Eigentum demokratisch zu vergesellschaften, könnte er auch bei Fischer Zustimmung finden. Denkt mensch nur an sein neuestes Steckenpferd: Belegschafts-Eigentum am Produktivvermögen. Und stimmt er doch insoweit mit Brumlik überein, daß "man die Eigentumsfrage neu definieren" müsse. (taz, 11.10.96)

Ist Brumliks Intervention somit nichts anderes als ein Strohfeuer? Bestätigt sich auch hier Michael Jägers Beobachtung, daß bei den Grünen alles zweimal gesprochen würde - "einmal so, daß die Linken befriedigt sind, einmal so, daß die FAZ anerkennend, wenn auch nicht zustimmend nickt"? (Freitag, 18.10.) Im Endeffekt wohl ja. Zwar würden bei einer ernsthaften Diskussion über die Eigentums- und Systemfrage die Reaktionen der FAZ ganz sicher nicht mehr wohlwollend ausfallen, da versteht sie keinen Spaß. Aber nachdem anscheinend niemand bei den Grünen den Faden aufnehmen will, ist die "Gefahr" gebannt. Zumal ja auch noch eine Zuspitzung und Konkretisierung von Brumliks Thesen nötig gewesen wäre.

Die Linksgrünen sind dazu weder bereit noch in der Lage. Es bliebe ja auch gar keine Zeit für eine ernsthafte Diskussion. Muß doch jetzt erst einmal der erneute Vorstoß der Realos in der Bosnienfrage abgeblockt werden, dann kommt die Debatte um Andrea Fischers Grundsicherungs-Konzept und dann ... muß die Bundestagswahl gewonnen werden. Also doch: Rheinischer Kapitalismus statt Kommunismus.

M. und mb, Berlin

Ökologie: megaout

Umweltpolitische Fragestellungen blieben auf dem grünen Strategiekongreß deutlich unterbelichtet: keine Zeit für "Zukunftsmusik" (so die finanzpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion, Christine Scheel). So verlor keiner der grünen Promis auf den Plenumsdiskussionen selbst über das grüne Aushängeschild der "Ökologischen Steuerreform" auch nur ein Wort.

Die Kongreßplanung hatte dementsprechend auch nur zwei von zehn Foren unter ein ökologisches Thema gestellt. Bezeichnend für den derzeitigen Stellenwert und das Niveau der ökologischen Diskussion war, daß der Sozialdemokrat Hermann Scheer mit einem simplen, aber engagierten Referat (über ökologische Energiewirtschaft als gesellschaftspolitische Schlüsselfrage) glänzen konnte. Die Diskussion innerhalb der AG versackte bei der Erörterung von Problemen der mittelständischen photovoltaischen Industrie.

Die Debatte um die grüne Position zur "Wirtschafts- und Währungsunion" (WWU) bzw. der Einführung des Euro als EU-weites Zahlungsmittel wird in der Partei schon seit Monaten geführt. Die grüne Bundestagsfraktion hatte im April 1996 ein Papier der Abgeordneten Kirstin Heyne und Christian Sterzing beschlossen. Darin wurde allgemein festgestellt, daß "eine stabile Geldpolitik und eine Begrenzung der Staatsverschuldung auf längere Sicht der Erhaltung und Schaffung neuer Arbeitsplätze" dienen würde. Insofern sei die Einhaltung der Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages zu befürworten, wenn auch "unter Nutzung der darin vorgegebenen Spielräume" (Hervorhebung ak). Die Einführung der WWU, ggf. auch nur in einer Kernregion, wird von den Bonner Abgeordneten der Bündnisgrünen nicht mehr in Frage gestellt. Sie verlangen lediglich die "Absicherung eines gemeinsamen Weges aller beitrittswilligen EU-Staaten" unter "Berücksichtigung der Beitrittsperspektiven für mittel- und osteuropäische Länder".

Die grüne Fraktion im Europaparlament (EP) hatte bereits im Februar 1996 einen Resolutionsentwurf erarbeitet. Darin wird verlangt, daß vor dem Eintritt in die 3. Phase der WWU soziale und ökologische Ergänzungen zu den Konvergenzrichtlinien aufgenommen werden müßten; so sollte u.a. eine eindeutige Verpflichtung zum Abbau der Arbeitslosigkeit vertraglich geregelt werden. Zudem sollte der Euro nur eingeführt werden, wenn "mindestens eine Mehrheit der EU-Staaten" die Möglichkeit hat, dieses Zahlungsmittel von Beginn an einzuführen.

Zwischen den deutschen Grünen im EP war über diese Fragen ein heftiger Streit entbrannt. So hatte Edith Müller eine Broschüre herausgegeben ("Der EURO rollt"), die ebensogut von der Bundesregierung hatte veröffentlicht werden können: Die EU können durch die Einführung des Euro "im internationalen Wettbewerb besser bestehen", das EURO-Gebiet würde "für ausländische (!) Kapitalanleger attraktiver", die Exportwirtschaft würde durch den Euro "gestärkt" und "Arbeitsplätze gesichert oder geschaffen". Praktische Schlußfolgerungen: Zum einen gelte es, die Unabhängigkeit der europäischen Zentralbank (EZB) zu sichern ("das wichtigste, was die D-Mark so stark gemacht hat"). Zum anderen: Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltpolitik seien "nicht über Währungs- und Geldpolitik, sondern über andere Wege zu lösen". Von daher sei es - so Müller in Hannover - "eine Illusion" zu glauben, die Einführung des Euro sei "aufzuhalten", indem die Regierungskonferenz um Maastricht II von den Grünen mit ökologischen oder sozialen Kriterien "überfrachtet" würde.

Frieder Otto Wolf vertrat auf dem Strategiekongreß in drei wesentlichen Punkten eine Gegenposition: Zunächst beharrte er darauf, daß die Maastricht-Kriterien um die Aspekte Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, Arbeitslosenquote sowie einen "Index für nachhaltiges Wirtschaften" ergänzt werden müßten. Zweitens müsse der gesamte Prozeß um die WWU demokratisiert werden, also z. B. die EZB auf eine durch das EP veränderbare gesetzliche Grundlage gestellt werden - was die politische Kontrolle und Einflußnahme auf ökonomische und finanzpolitische Prozesse bedeuten würde. Schließlich dürfe der Euro nur eingeführt werden, wenn eine "deutliche Mehrheit" der EU-Staaten von Beginn an beitreten könnten. Die bisherige Planung laufe nämlich darauf hinaus, diejenigen EU-Länder außerhalb Kerneuropas ökonomisch zum Abschuß freizugeben und somit Europa zu spalten. Insofern müsse den sog. "outs" eine "aktive Heranführung in verläßlicher Frist" ermöglicht werden.

Der Strategiekongreß der Grünen war nicht der Ort, um Entscheidungen in dieser Sache herbeizuführen. Allerdings stand die Frage im Raume, mit welcher Haltung die Bündnisgrünen in den nächsten Europa- und

vor allem den Bundestagswahlkampf ziehen sollen - zumal die Frage WWU/Euro dort eine wesentliche Rolle spielen dürfte. F.O. Wolf brachte das grüne Trauma des Bundestagswahlkampfs 1990 in Erinnerung, in dem die Grünen "- rückblickend betrachtet - entweder falsche oder Nicht-Positionen vertraten" und durch das Rausfliegen aus dem Bundestag abgestraft wurden.

M. und mb., Berlin

Dokumentation der Rede von Micha Brumlik

Über Kommunismus reden!

Daß trotz aller Fehler der Regierung Kohl keine Stimmung für einen Wechsel aufkommen will, liegt vor allem an der Opposition. Die nach 1989 auch von den Grünen gepflogene Rhetorik der Sachzwänge hat sogar jenen Menschen, die unter der gegenwärtigen Politik leiden, Courage, Widerstandswillen und Phantasie ausgetrieben.

Daß heute eine kaum noch zu umgehende theoretische Radikalität fehlt, hat sehr viel mit jenem ominösen Jahr 1989 zu tun. 1989 steht für den gescheiterten Versuch, die Idee des Sozialismus gewaltsam und zentralverwaltungswirtschaftlich durchzusetzen. Die Millionen Toten des Gulag zeugen davon ebenso wie der poststalinistische Despotismus des zwanghaften Volksheims DDR. Für die Grünen in ihrer Blindheit gegenüber der Vereinigungsproblematik bedeutete 1989 nicht nur das Ende ihrer gerade eben errungenen parlamentarischen Präsenz im deutschen Bundestag, sondern bald darauf - in der Verschmelzung mit Bündnis 90 - die Übernahme einer antitotalitären, bürgerschaftlichen Haltung, die im Widerstand gegen die poststalinistischen Regimes Ost- und Mitteleuropas angemessen war. Zu jenen Problemen, denen sich die Bundesrepublik, EU und Welt im Zeitalter des vollendeten Weltmarktes konfrontiert sehen - mit Ausnahme des kategorischen Einklagens und Durchsetzens der Menschenrechte - hat diese Haltung indes nichts zu sagen.

Ende des Sozialismus?

1994 kehrten die Bündnisgrünen in den deutschen Bundestag zurück. Heute erweisen sie sich als eine noch linksliberal-ökologische Partei, die der vom globalisierten Kapitalismus angestoßenen sozialen Krise politisch mit Appellen an Gemein- und Bürgersinn und ökonomisch immer stärker mit einem Einschwenken auf Mittelstands- und Austeritätspolitik begegnet.

1989 - so sagt man uns - habe das Ende des Sozialismus bedeutet. Der Weg unserer Läuterung in die gegenwärtige Realität hinein läßt sich durch wenig besser illustrieren, als daß ausgerechnet die Reste der Neuen Linken und sozialen Bewegungen die letzten Liebhaber des rheinischen Kapitalismus geworden sind. Aber auch mit dieser späten Liebe verhält es sich nicht anders als mit der melancholischen Zuneigung zur alten Bundesrepublik, zu Konrad Adenauers Weststaat. Kurz nachdem die Zuneigung am stärksten war, blich das Objekt der Begierde dahin.

Könnte es also nicht sein, daß in dieser Situation - die durch eine Zunahme der Armut in der Welt, die das Elend der 60er Jahre bei weitem überschreitet, durch wieder aufflammende Klassenkämpfe und eine Rücknahme des Sozialstaates als der höchsten Form kapitalistischer Vergesellschaftung gekennzeichnet ist - die Theorien der Civil society und des Kommunitarismus nicht die richtige Antwort sind? Daß wir heute also weniger über Kommunitarismus denn allen Ernstes über Kommunismus nachzudenken hätten?

Viele wünschen sich angesichts der Krise des angeblich nicht mehr bezahlbaren Sozialstaates eine Rückgewinnung gesellschaftlicher Solidaritätspotentiale. Von den vielen Illusionen, denen auch und gerade die hartgesottensten Realpolitiker unterliegen, dürfte diese eine der gefährlichsten sein. Denn solange die ökonomische und politische Verfügungsgewalt über das große Eigentum in Privatbesitz bleibt, kann die gesellschaftliche Solidarität - in dem Umfang, der hierzulande erreicht ist - nur staatlich-rechtlich organisiert sein. Solidarität und Eigentum sind im Guten wie im Schlechten aufeinander bezogen: Die Entstaatlichung der Solidarität wird nur möglich sein, wenn das Eigentum, das offensichtlich unser aller Schicksal mitprägt, demokratisch vergesellschaftet wird.

Heute wieder über Kommunismus reden heißt: über die demokratische Vergesellschaftung von Produktion und Markt, darüber, den Demokratisierungsgedanken der Civil society auch auf die Wirtschaftssphäre auszudehnen.

Systemfrage stellen!

Ist das nicht von einer geradezu unbelehrbaren, gefährlichen Torheit? Hat nicht der große Basler Historiker Jacob Burckhardt zu Recht die Frage gestellt, was aus der Geschichte zu lernen sei: klug zu werden für das nächste Mal oder weise zu werden für immer? Dieser Frage müssen wir uns stellen. Freilich: Was früher einmal als "das Kapital" bezeichnet wurde, hätte die Frage, so dieses systemische Geschehen sprechen könnte, für sich selbst längst beantwortet. Ungeachtet der Katastrophen dieses Jahrhunderts, die, wenn schon nicht nur, so doch gewiß auch durch es verursacht worden sind, ist es nicht klug für das nächste Mal geworden. Es folgt, uneinsichtig und eindimensional, jenem Imperativ, der ja seine unbestreitbare Rationalität ausmacht: zu niedrigstem Einsatz zu produzieren bei Externalisierung von möglichst vielen ökologischen, sozialen und finanziellen Kosten auf die Gesellschaften, die es tragen.

Heute geht es nur darum: nicht etwa, die Systemfrage zu beantworten - dazu sind wir noch nicht in der Lage - , aber doch mindestens darum, sie wieder offen zu stellen. Denn ohne den Blick über die Grenzen dieses Wirtschaftssystems hinaus wird es noch nicht einmal möglich sein, die Grenzen der gegenwärtigen Tagespolitik zu überschreiten. Vielleicht eröffnen sich dann Perspektiven, die mehr als den faden Mix von Debatten über Spitzensteuersätze, Sparappelle, Privatisierungsmaßnahmen und Umwandlung öffentlicher Verwaltungen in Profitcenter und den Appell an das Gute im Menschen, das heute Gemeinsinn heißt.

Kommunismus könnte heißen: Mehr und mehr Lebensbereiche dem Marktmechanismus zu entziehen. Warum erfindet man also nicht - anstatt der steuerlichen Entlastung des Mittelstandes und der gewiß löblichen Reform des Stiftungsrechts nachzusinnen - neue Genossenschaftsmodelle als eigene Rechtsform und bevorteilt sie entsprechend? Warum kein finanzieller Lastenausgleich von Reich zu Arm? Warum keine Kapitaltransfersteuer? Warum nicht anerkennen, daß es der gestiegenen Produktivität der Maschinen wegen einen Zuwachs an Arbeitsplätzen nur noch im Bereich personenbezogener Dienstleistungen geben kann?

Die Antwort kann hier und heute nur lauten: Weil es in diesem Rahmen nicht geht - es rechnet sich nicht, nicht in Mark und nicht in Wählerstimmen. In eben dieser erwartbarsten und zugleich phantasielosesten aller möglichen Reaktionen liegt das Problem der grünen Partei. Die Realität, die wir verändern wollten, hat uns assimiliert; anstatt sie zur Kenntnis zu nehmen, sind wir ein Teil von ihr und damit um eine Hoffnung ärmer geworden.

Dieser Text ist eine von der taz redaktionell bearbeitete und gekürzte Fassung von Micha Brumliks Rede. Zwischenüberschriften: ak.

22. "Tag der Heimat" und Präsidentenbeleidigung

Autor: Ulla Jelpke · Rubrik: Rechtsradikale, Altnazis; Revanchismus; Polen; Tschechien · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:42

Der Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV) konstatierte am 10.10.96, "daß es Angelegenheit des Präsidenten Wittmann sei, den Kurs des BdV darzustellen. Meinungen anderer Vertreter des BdV seien als ‚nicht repräsentativ` bezeichnet worden (...). Diese Feststellung richtet sich gegen einen der sechs Vizepräsidenten des BdV, den thüringischen Landesvorsitzenden Latussek." (FAZ, 11.10.96)

Dieser Erklärung folgte der Gegenschlag auf dem Fuße. In einer Presseerklärung zur Präsidiumssitzung des Bundes der Vertriebenen (BdV) am 10. Oktober 1996 in Bonn stellten fünf Präsidialmitglieder des BdV und der Vorsitzende des BdV-Landesverbandes Berlin fest: Das Grußwort des Vizepräsidenten des BdV, Dr. Paul Latussek, "wurde inhaltlich einhellig unterstützt. Die getroffenen Aussagen wurden als richtig und notwendig angesehen". Also lautete das Verdikt: "In der Rede des Bundespräsidenten wurden erhoffte Aussagen, wie ein Bekenntnis zum Anspruch der deutschen Heimatvertriebenen auf ihr Recht auf die Heimat, das Ansiedlungsrecht in der Heimat und zum Eigentum in der Heimat vermißt." (Der Schlesier, 25.10.96) Unterzeichnet wurde diese Presseerklärung namentlich von Wilhelm von Gottberg (Vizepräsident des BdV und Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen), Paul Latussek (Vizepräsident des BdV und Vorsitzender des Landesverbandes Thüringen des BdV), Hans-Günther Parplies (Vizepräsident des BdV und Landesvorsitzender Nordrhein-Westfalen des BdV), Christa Wank (Präsidialmitglied des BdV und Präsidentin des Frauenverbandes des BdV), Rudolf Wollner (Präsidialmitglied des BdV, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Landesverbände und Vorsitzender des Landesverbandes Hessen des BdV) und Gerhard Dewitz (Vorsitzender des Landesverbandes Berlin des BdV). (Ebd.)

Latussek war auf dem 47. "Tag der Heimat" in Berlin dadurch "unangenehm aufgefallen, daß er ein Grußwort zu einer halbstündigen Rede ausgeweitet hatte, die seitens des BdV später ‚als Abrechnung mit der westdeutschen Politik nach der Vereinigung` bezeichnet wurde." (FAZ, 11.10.96)

Folgt man der FAZ-Berichterstattung, hätte die BdV-Spitze aber mehr gestört, daß durch Latusseks Rededauer sich "der Beginn der Rede des Bundespräsidenten Herzog verzögerte", als daß sie sich an den Inhalten der Rede Latusseks gestoßen habe. Vor allem sei Latussek der Aufforderung, "seine Rede abzubrechen, nicht nachgekommen" (FAZ, 11.10.96). Ein Vorgang, den später der Pressesprecher des BdV, Stratmann, mit den Worten kommentierte: Ein führender Vertriebenenpolitiker dürfe "nicht einfach gedankenlos vor laufenden Kameras seine Gefühle abprotzen". (Der Schlesier, 31.10.96)

Ein beträchtlicher Teil des Präsidiums des BdV hat damit in aller Deutlichkeit seinen Standpunkt zur Auseinandersetzung um die Rede des Bundespräsidenten Herzog und der Rede des BdV-Vizepräsidenten Latussek dargestellt. Trotz aller formalen Distanzierung von dem Zwischenrufer auf dem 47. "Tag der Heimat", der den Bundespräsidenten Herzog als "Landesverräter" beschimpft hatte, demonstrierte damit ein beträchtlicher Teil des BdV-Präsidiums (fünf von vierzehn Mitgliedern) mit dieser Erklärung die inhaltliche Nähe zu diesem Zwischenrufer.

Dieser rechte Flügel des BdV-Präsidiums zeigt aber auch sehr deutlich, daß er - ähnlich wie der bundesdeutsche Neofaschismus - die bestehenden Grenzen zu den osteuropäischen Nachbarstaaten in Frage stellt und Ansprüche auf die Staatsgebiete Polens, Rußlands, Tschechiens usw. erhebt.

Während sich BdV-Präsident Wittmann noch während des "Tages der Heimat" beim Bundespräsidenten entschuldigte und im Nachhinein Anzeige gegen den unbekannten Zwischenrufer stellte, organisierten die rechten Flügelmänner die politische Auseinandersetzung mit dem Bundespräsidenten in den Vertriebenenblättern, zeigten Verständnis für den Zwischenrufer, gingen gegen die "Verzichtpolitik" der Bundesregierung (und deren Statthalter im BdV) vor und forcierten die Polarisierung innerhalb des BdV.

Tief enttäuscht

Beispielhaft für die folgende Kampagne mag das "Ostpreußenblatt", das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen sein. Mit einem - von seiner inhaltlichen Ausrichtung her - rechtsextremen Artikel wurden die Ereignisse und politischen Hintergründe des "Tags der Heimat" in Berlin beleuchtet. Dokumentiert wurde in der

Zeitung nicht etwa die Rede des Bundespräsidenten Roman Herzog, sondern die Rede von Latussek. (Ähnlich verfuhr "Der Schlesier", ein Organ, das als eine Art "National-Zeitung" unter den Vertriebenenblättern gelten kann).

Dem berüchtigten Rechtsausleger Pater Lothar Groppe hatte die Redaktion des "Ostpreußenblattes" die Gelegenheit gegeben, die Ereignisse von Berlin in einer Mischung aus Bericht und Kommentar aufzubereiten. Groppe zeigte in seinen Ausführungen tiefstes Verständnis für den Zwischenrufer und machte aus der Ablehnung der Haltung Roman Herzogs keinen Hehl: Die Erwartungen der Vertriebenen seien vom Bundespräsidenten tief enttäuscht worden. "Sein Redenschreiber bewies keine glückliche Hand, als er manche Formulierung wählte, welche die Heimatvertriebenen zutiefst verletzen mußten. Wenn der Bundespräsident ausgerechnet vor Menschen, die mit unglaublicher Brutalität unter Verlust von etwa drei Millionen Angehörigen vertrieben wurden sagte, ‚daß die durch den Krieg verlorenen Ostgebiete zu unserem geschichtlichen und kulturellen Erbe, aber nicht mehr zu unserem Staate gehören`, mag dies den Forderungen der political correctness genügen, kaum aber den Erwartungen der Heimatvertriebenen an ihr Staatsoberhaupt gerecht werden." (Ostpreußenblatt, 21.9.96)

Gegen die bestehende Gesetzeslage und Konstitution des Staates BRD stellt Groppe die plakativen revanchistischen Ausführungen aus den 50er und 60er Jahren: "So inakzeptabel sein ‚Vaterlandsverräter` war, so menschlich begreiflich erscheint sein Fauxpas auf dem Hintergrund jahrzehntelanger Beteuerungen sämtlicher verantwortlicher Politiker von Konrad Adenauer über Willy Brandt bis Herbert Wehner, die sich über alle Parteigrenzen hinweg einmütig zu den Grenzen Deutschlands in den Grenzen von 1937 bekannten." Groppe erinnert daran, daß die Parole "Verzicht ist Verrat!" von der SPD beispielsweise 1963 auf dem "Schlesier-Treffen" vertreten worden ist. In dieser Tradition spricht Groppe hinsichtlich der ehemals deutschen, jetzt polnischen Westgebiete vom "völkerrechtswidrigen und menschenverachtenden Raub" und weist zur Verharmlosung der Kriegspolitik des Nationalsozialismus in der Manier der Geschichtsrevisionisten darauf hin, daß England, Frankreich, Rußland und Polen ausnahmslos "seit 1800 wesentlich mehr Kriege geführt haben als Deutschland". (Ostpreußenblatt, 21.9.96)

Dieser Artikel von Groppe erschien zeitgleich und fast wörtlich in der vom Bundesland Nordrhein-Westfalen als "rechtsextrem" eingestuften "Jungen Freiheit" vom 20.9.96 und in der von der Bundesregierung als "geschichtsrevisionistisch" eingestuften Zeitung "Der Schlesier" vom 20.9.96.

45jähriges Unrecht

Das "Ostpreußenblatt" dokumentierte Latusseks Rede "Für einen Dialog ohne Tabus", in der er - ohne Tabus - großdeutschen Wahn verbreitet: "Wer den östlichen Teil der Bundesrepublik Deutschland als Ostdeutschland bezeichnet, beweist, wenn er es nicht gar bösartig tut, zumindest Unkenntnis, da er damit eine 800jährige Aufbauleistung von Generationen deutscher Siedler in Frage stellt, die unkultiviertes Land den Menschen erschlossen und ein Stück eigenständige deutsche und europäische Kultur und Kulturlandschaft geschaffen haben."

Eine Okkupation osteuropäischer Länder hat es für Latussek nicht gegeben, auch keinen "Generalplan Ost", keine Vertreibungen, keinen Völkermord an den europäischen Juden. "Wir Vertriebene, ob Sudetendeutsche, ob Ostdeutsche oder aus Südosteuropa kommend, sind stolz auf das, was unsere Vorfahren geleistet haben. Wir sind stolz auf die Jahrhunderte währende friedliche Zusammenarbeit mit den Völkern Osteuropas, die viele Stürme überdauert hat und nicht durch uns, sondern durch das Unrecht der Vertreibung so empfindlich gestört und belastet wurde."

Der Bundesregierung hält er vor, "sich in Kniefällen und Schuldbezeugungen gegenüber den Opfern deutscher Unrechtstaten zu üben, als sich in Verantwortung und im aufrechten Gang zu den Rechten der Opfer des eigenen Volkes zu bekennen." Tatsächlich hatte die Bundesregierung in der Vergangenheit und hat in der Gegenwart viel getan, um eine revanchistische Politik durchzusetzen. Für sie war es beispielsweise selbstverständlich, die Vertriebenenverbände in die Verhandlungen mit der polnischen und tschechischen Regierung einzubeziehen und nicht etwa antifaschistische Gruppierungen. Und Opferentschädigungen der deutschen Kriegs- und Vernichtungspolitik hat es bis heute nur eher symbolisch für einige Länder von der Bundesregierung gegeben, während der BdV Jahr für Jahr für seine revanchistische Politik zig Millionen Mark erhalten hat.

Der Kern der Rede Latusseks ist der Griff nach den Gebieten des polnischen und tschechischen Staates: "Wir besitzen die Pflicht, unsere Kraft dafür einzusetzen, daß die Deutschen in der Heimat alle erdenkliche Unterstützung durch den deutschen Staat erhalten, um das Unrecht von 45jährigen Polonisierungs- und Tschechisierungsversuchen zu überwinden (...). In den letzten Jahren ist besonders in Ostdeutschland zu wenig getan worden. Dies haben die Deutschen, die treu zu ihrem Deutschtum standen und dafür leiden mußten, nicht verdient." Es folgt der Kriegsruf: "Die Oder-Neiße-Grenze bleibt ein Unrecht, solange bis sie als Grenze überwunden ist. Diese Aufgabe stellt die größte Herausforderung bei der Entwicklung neuer Beziehungen zwischen Polen und Deutschen im Prozeß der Einigung Europas dar." (Ostpreußenblatt, 21.9.96)

In einem Interview mit der neurechten "Jungen Freiheit" erläuterte Latussek: Die polnische Westgrenze "schützt Verbrecher, die Verbrechen an Deutschen begangen haben." Von der tschechischen Seite erwartet er, daß sie anerkennt, "daß Unrecht an Deutschen geschehen ist und daß dies von den Tschechen bedauert wird." (Junge Freiheit, 13.9.96)

Den "Schlesier" ließ er wissen, daß er "große Zustimmung" von der BdV-Basis erhalten habe. Und auf einer Mitarbeitertagung des BdV im Oktober in Erfurt seien "ausreichend kritische Bemerkungen in Richtung Bundesgeschäftsstelle gesagt worden". (Schlesier, 25.10.96)

Zu Recht verweist K.-E. Lober im "Schlesier" darauf, daß die Inhalte der Rede Latusseks sich durchaus mit der Satzung des BdV decken. Nach Paragraph 2 dieser Satzung tritt der BdV "für die Wahrung der nationalen und staatlichen Einheit Deutschlands, für die Wiedervereinigung aller Teile Deutschlands" ein. Diese Satzung entspricht jedoch nicht mehr der Verfaßtheit der BRD. Das Bundesfinanzministerium führte in einem internen Schreiben aus, daß die Vertriebenenverbände mit ihren Satzungen im Widerspruch zum Grundgesetz und zu internationalen Verträgen stünden und ihnen deshalb der Verlust der Gemeinnützigkeit drohe, wenn sie nicht ihre Satzungen bis Ende diesen Jahres ändern.

Der BdV steht am Scheideweg: Entweder er ändert seine Politik offener pangermanischer Ambitionen und rettet seine Pfründe, indem er versucht, polnische und tschechische Positionen im Rahmen eines europäischen Zusammenschlusses aufzuweichen. Oder er verfolgt weiter eine aggressive unflexible Regermanisierungspolitik der "deutschen Ost- und Siedlungsgebiete". Der BdV steht offenbar vor einer ernsten Belastungsprobe.

Ulla Jelpke

23. PDS bekräftigt Wille zur Regierungsbeteiligung

Autor: Peter Nowak · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:39

Für ak-LeserInnen ist es keine Überraschung, daß sich in der innerparteilichen Auseinandersetzung der PDS um Regierungsbeteiligung die Reala/os durchgesetzt haben und daß dieser Prozeß wesentlich schneller als bei den Grünen vonstatten gegangen ist. Auf zwei Veranstaltungen der vergangenen drei Wochen sind die Weichen eindeutig in diese Richtung gestellt worden.

Andere Sichtweisen

Am 27.10.96 trafen sich zum fünften Mal BürgermeisterInnen mit PDS-Mandat, diesmal im Berliner Abgeordnetenhaus. Das Verhältnis der PDS-KommunalpolitikerInnen zur eigenen Partei war in der Vergangenheit häufig getrübt (siehe ak 387). Gregor Gysi gab sich in seinem Referat diplomatisch. Er rügte sowohl die BürgermeisterInnen, die nach der Wahl nicht mehr wußten, in welcher Partei sie seien, aber auch die Parteigruppen, die die BürgermeisterInnen per Beschluß auf ihre Linie festlegen wollten. Es dürfe im Verhältnis zwischen KommunalpolitikerInnen und der Partei kein Trennungs- und kein Unterordnungsverhältnis geben.

In dieser Hinsicht diagnostizierte Gysi Fortschritte. Im Gegensatz zum letzten Jahr hätten sich KommunalpolitikerInnen und Partei aufeinander zu bewegt. Dabei ließ er auch keinen Zweifel daran, daß sich durch eine größere kommunalpolitische Verankerung andere Sichtweisen in der PDS etablieren. "Nur der ist ein demokratischer Sozialist, der bereit ist, hier und heute etwas durchzusetzen", spitzte er zu. An anderer Stelle setzte er dieser an den realen Gegebenheiten orientierten Kommunalpolitik die abgehobenen Theorieströmungen entgegen.

Die Gesellschaft gestalten

Eine Woche später fand in Berlin die Strategiekonferenz der PDS statt, über deren Funktion Jens König in der taz vom 4.11. prägnant schrieb: "Die strategischen Weichen sind gestellt, von manchen unbemerkt. Auf der Strategiekonferenz gab es nichts mehr zu entscheiden, die Basis sollte Dampf ablassen und sich austoben; damit der Parteitag im Januar von prinzipiellen Diskussionen verschont bleibt." In einem auf der Strategiekonferenz verteilten Papier heißt es denn auch: "Der Anspruch, die Gesellschaft mitzugestalten, sie verändern zu wollen, muß Priorität erlangen."

Alles in der PDS soll in Zukunft dem Ziel untergeordnet werden, die Kohl-Regierung abzulösen. Gregor Gysi forderte, daß die PDS Koalitionsbeteiligungen auf keinen Fall ausschließen dürfe, selbst wenn sich diese Frage augenblicklich gar nicht stelle. Für eine der beiden Optionen - Tolerierung einer rosa-grünen Regierung oder Eintritt in eine Koalition - bestünden bereits im kommenden Jahr reale Chancen. Dabei betonte Gysi, daß ein Regierungswechsel zwar kein Machtwechsel sei, daß aber ohne Regierungswechsel an einen Machtwechsel gar nicht erst zu denken sei. Wie die PDS-Strategie aussieht, mit der man vom Regierungs- zum Machtwechsel übergeht, verriet Gysi noch nicht. Weitere wichtige Themen betrafen das Verhältnis zur SPD und zu den Grünen sowie die Herstellung eines Reformklimas. Mit der Forderung nach einem Volksentscheid über die Währungsunion knüpfte Gysi an ein Thema an, daß von dem potentiellen Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder (SPD) vorgegeben worden ist.

Um die konservative Hegemonie zu brechen, müsse eine außerparlamentarische Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Vereinen und kritischen Kirchenleuten sowie eine parlamentarische Zusammenarbeit mit anderen Parteien angestrebt werden. Als positives Beispiel wurde die Cross-Over-Konferenz genannt, auf der zu Beginn dieses Jahres in Berlin VertreterInnen aus dem Mittelbau der SPD und der Grünen mit PDS-PolitikerInnen über Reformbündnisse geredet hatten. Beschworen wurde ein deutscher "Clinton-Effekt", ohne zu thematisieren, daß der US-Präsident sowohl in der Sozial- als auch in der Innenpolitik für eine scharf rechte Politik steht. Pfarrer Kelp aus dem Ruhrgebiet, gerngesehener Gast auf PDS-Parteiveranstaltungen, fabulierte von der segensreichen Wirkung politischer Nachtgebete, zu denen die Kirche in den 80er Jahren beim Kampf gegen die Schließung des Stahlwerkes Rheinhausen aufgerufen hatte. Er warnte vor der "Ausgrenzung eines ganzen Volkes", meinte damit aber nicht die MigrantInnen, sondern die deutschen Arbeitslosen. Nicht thematisiert wurde, wie die im PDS-Programm stehende Forderung nach offenen Grenzen mit einer SPD umgesetzt werden soll, die 1994 mehrheitlich für die faktische Abschaffung des Asylrechts

stimmte. Oder wie damit umgegangen werden soll, daß die maßgeblichen Politiker der Grünen in der Frage der Nato-Einsätze in Jugoslawien offen auf Rühe-Kurs einschwenken, während die PDS qua Programm gegen diese Einsätze ist.

Reformkoalition = Neothatcherismus?

Kritische Einwände von West-PDS-GenossInnen wurden von der Mehrheit unwillig aufgenommen. Schließlich sei die Partei gerade dabei, die Phase der gegenseitigen Polemik zu überwinden und an einem konkreten gemeinsamen Projekt zu arbeiten. Auffallend war, daß die PDS-Linken nahezu auf Tauchstation gegangen sind. Die AG Junge GenossInnen diskutierte fleißig mit über Reformalternativen. Auch der Streit vom Frühsommer schien vergessen. Die Dresdner PDS-Vorsitzende Christine Ostrowski fand - ohne namentlich erwähnt zu werden - in Gysis Abschlußrede Zustimmung, als der sich für die Stärkung des Genossenschaftswesens und ein Bündnis mit dem Mittelstand einsetzte. So stand es auch im Ostrowski-Weckesser-Brief vom vergangenen Mai.

Lediglich die VertreterInnen der Kommunistischen Plattform meldeten moderate Kritik an der Orientierung auf Regierungsbeteiligungen an. Und die PDS-MdB Christina Schenk warnte davor, daß eine solche euphorisch als Reformkoalition bejubelte Konstellation nur das Vorspiel zu einer Phase des Neothatcherismus sein werde. Dafür ließen sich ja in Osteuropa Beispiele finden. In Bulgarien und Litauen hat die Ultrarechte die SozialdemokratInnen wieder von der Macht verdrängt, in Ungarn und Polen exekutieren die SozialdemokratInnen selber eine neothatcheristische Politik.

Peter Nowak

24. Haiders Höhenflug. Zweikampf der "Arbeiterparteien": FPÖ nur noch knapp hinter SPÖ

Autor: mb. · Rubrik: Österreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:46

"Wahltag ist Zahltag" - unter dieser Parole kämpfte 1919 schon die SPÖ in Wien um die Gunst der WählerInnen - selbstverständlich vornehmlich im proletarischen Milieu, und so erfolgreich, daß sie damit den Grundstein für das legendäre "rote Wien" legte. 77 Jahre später hat die FPÖ die selbe Parole zu ihrem Wahlslogan auserkoren. Am 13. Oktober erreichte sie bei den Wahlen zum Europaparlament mit 27,6 Prozent ihr bestes Wahlergebnis überhaupt. Auch bei den Wiener Gemeinderatswahlen konnte sie kräftig zulegen. Damit hat sie nicht nur die von den Demoskopen vorhergesagte 25-Prozent-Grenze überschritten; den Durchbruch schaffte sie bei den ArbeiterInnen, von denen jedeR zweite "freiheitlich" wählte.

Was die FPÖ als "Sternstunde" feierte, war für die SPÖ ein Debakel ohnegleichen. Zwar war es ausgemacht, daß die Sozialdemokraten die absolute Mehrheit in Wien verlieren würden. Mit einem dermaßen desaströsen Abschneiden war aber nicht gerechnet worden. Im Vergleich mit den Nationalratswahlen 1995 verlor die SPÖ 9 Prozentpunkte und liegt jetzt bei 29,2 Prozent. Damit hat die ÖVP ihren bisher deutlich größeren Koalitionspartner bei diesen Wahlen - wenn auch nur knapp - überflügelt. Sie erreichte 29,6 Prozent (1995: 28,3). Die FPÖ legte nach dem Dämpfer bei den Nationalratswahlen im vergangenen Jahr, um 6 Prozentpunkte zu. Auch die Grünen konnten Zugewinne verbuchen. Sie erreichten diesmal 6,8 Prozent (1995: 4,8). Die FPÖ-Abspaltung Liberales Forum mußte gegenüber 1995 (5,5 Prozent) leichte Verluste hinnehmen und kam auf 4,2 Prozent.

Bei einem Vergleich mit den Ergebnissen der Nationalratswahl vom letzten Dezember sollte allerdings beachtet werden, daß Wahlen zum Europaparlament auch in Österreich einen geringen politischen Stellenwert haben. Da wird der Urnengang gern dazu benutzt, Protest zu artikulieren und "denen da oben" die Unzufriedenheit per Stimmzettel zu demonstrieren. Die letzten Nationalratswahlen fanden zudem in einem zugespitzten innenpolitischen Klima statt. Nach dem Ausstieg der ÖVP aus der Koalition mit der SPÖ im Oktober 1995 konnte eine Koalition zwischen ÖVP und Haiders FPÖ nicht ausgeschlossen werden. Jedenfalls führte Bundeskanzler Vranitzky, der Vorsitzende der SPÖ, explizit einen Anti-Haider-Wahlkampf. Das relativ gute Abschneiden der SPÖ und die Verluste der Grünen bei dieser "Schicksalswahl" sind vor allem so zu erklären.

FPÖ - der aufhaltsame Aufstieg

"Wir möchten, daß der Unmut der Bevölkerung bei der Wahl zum Ausdruck kommt" - so brachte FPÖ-Spitzenkandidat Franz Linser die Strategie der Haider-Partei auf einen einfachen Nenner. Das ist nun keine allzu ausgefeilte Wahlkampfstrategie und für diese Partei auch nicht unbedingt neu. Nichtsdestotrotz war schon vor dem 13. Oktober absehbar, daß die Haider-Melange erfolgreich sein würde: Kritik an Parteienfilz und Politikerprivilegien, offene Ausländerhetze und - wenn auch neuerdings in deutlich abgeschwächter Form - deutschnationaler bzw. österreichisch-patriotische Rhetorik und positive Bezugnahme auf Teilaspekte des deutschen Nationalsozialismus. Diese bewährte Mischung traf bei den EU-Wahlen auf eine große Unzufriedenheit mit der Politik der großen Koalition.

Die "Segnungen", die SPÖ und ÖVP durch einen EU-Beitritt des Landes vorausgesagt hatten, haben sich als Seifenblasen erwiesen. 1.000 Schilling "Mehreinkommen" sollten durch die Senkung des Preisniveaus monatlich in die Portemonnaies fließen. Daraus wurde nichts. Auch die EU-Fördermittel fließen nicht in der versprochenen Höhe. Statt dessen ist die Arbeitslosigkeit enorm gestiegen. Die Regierung mußte zwei "Sparpakete" verabschieden, die umfangreiche Kürzungen bei den Sozialleistungen und Steuererhöhungen brachten, um so die zuvor verschwiegenen Beitrittskosten zu finanzieren und den Bundeshaushalt gemäß der Maastricht-Konvergenzkriterien ins Lot zu bringen.

In einer solchen Situation, war es für Haider ein Leichtes, sich zum "Rächer der Enterbten, Verteidiger des Schillings, Geißel der Hybris der Eurokraten" (Kommune) aufzuschwingen. Den Wahlerfolg, endlich zu den beiden großen Parteien SPÖ und ÖVP aufgeschlossen zu haben, feiert er als "Akt der Befreiung" von einem politischen System, "das schon präfaschistische Züge aufwies". (Spiegel)

In Österreich wie auch in der BRD hat die Tatsache, daß der jüdische Publizist Peter Sichrowsky auf Platz 2 der FPÖ-Liste kandidierte, für viel Verwirrung und Diskussion gesorgt. Unbestritten ist Haider mit der Gewinnung dieses Kandidaten ein Coup gelungen, der zeigt, daß die FPÖ bis weit in die bürgerliche Mitte und zum Teil sogar darüber hinaus in liberale Kreise und das intellektuelle Milieu hinein vorgestoßen ist. Bislang waren kleinbürgerliche und bäuerliche Schichten die Basis der FPÖ. Bei der Wahl zum EU-Parlament zeigte sich nun auch, daß immer mehr traditionelle SPÖ-WählerInnen zu Haider überlaufen. Österreichische Sozialwissenschaftler bezeichnen die FPÖ mittlerweile schon als "protestorientierte Arbeiterpartei neuen Typs".

Haiders FPÖ ist schon seit langem nicht mehr nur die Partei der "Ewiggestrigen" und unbelehrbaren Rechtsausleger. Sie ist vielmehr eine Partei, die verschiedene Milieus anspricht und sie durch eine pseudo-radikale "Anti-System"-Haltung verbindet, in der sich aggressiver Wohlstandschauvinismus mit der Sehnsucht nach "sozialer Volksgemeinschaft" mischt. "Haider darf nicht als Phänomen von gestern betrachtet werden, sondern als eine adäquate rechte Antwort auf die vorherrschenden gesellschaftlichen Konflikte", so Franz Schwandl im Freitag vom 11.10.96. Haider wäre somit gelungen, woran vor allem die Linke gescheitert ist. Und es sieht so aus, als würde sich auf absehbare Zeit nichts daran ändern.

SPÖ: Alles ist möglich

Bei der SPÖ herrscht Katzenjammer. Kein Wunder: In nur noch zwei Bundesländern (Wien, Burgenland) ist sie die stärkste Partei. Dagegen hat die FPÖ in Kärnten, Tirol und Salzburg die Führung übernommen. Etwa jeder siebente ehemalige SPÖ-Wähler ist zu den "Freiheitlichen" abgewandert. Selbst bei den Wiener Gemeinderatswahlen hat die SPÖ das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte eingefahren. Sie verfügt nun in keinem einzigen Bezirk mehr über die absolute Mehrheit.

Schon hat bei den Sozialdemokraten eine Vranitzky-Nachfolge-Debatte begonnen. Doch mit Personalwechsel ist der Karren nicht aus dem Dreck zu ziehen. Nach 47 Jahren Regierungsbeteiligung in 51 Nachkriegsjahren, davon 26 in führender Position und 12 mit absoluter Mehrheit, ist die Lage der SPÖ schwierig. Die WählerInnen laufen ihr zur FPÖ davon. Angesichts deren Stärke bleibt nur eine Koalition mit der ÖVP; andere Mehrheiten scheinen momentan auf nationaler Ebene nicht möglich. Doch in dieser Koalition können - wäre die SPÖ dazu überhaupt willens und in der Lage - weder Reformen durchgesetzt werden, noch eine "sozial verträgliche" Sparpolitik.

Die SPÖ ist zur Zeit orientierungslos und präsentiert sich enorm vielstimmig. Die einen plädieren dafür, daß die Partei sich links der Mitte positionieren und ein "tieferes Rot zeigen" müsse; die anderen halten eisern am Projekt der "linken Volkspartei" fest, deren Aufgabe es sei, die Modernisierung des Landes voranzubringen, "sozial verträglich " - versteht sich. Und obwohl sich eine große Mehrheit der SPÖ-Anhänger für eine strikte Ausgrenzungspolitik gegenüber der FPÖ ausspricht, wird auch das immer deutlicher in Frage gestellt. Aber was ist auch von einer Partei zu erwarten, die seit dem Aufstieg Haiders immer häufiger dessen Demagogie gegen Ausländer und "Sozialschmarotzer" übernimmt?

Auch sind schon SPÖ-Stimmen zu vernehmen, die eine mögliche FPÖ-Regierung(sbeteiligung) bagatellisieren und sich damit - vorerst noch indirekt - für eine solche aussprechen. Solche "Einbindungsbefürworter" (Profil) setzen darauf, daß sich ein Haider an der Regierung bald selbst demontieren würde. Vergessen scheint, daß der FPÖ-Chef Anfang der 90er Jahre zwei Jahre lang Landeshauptmann in Kärnten war (bis er wegen seiner Bemerkung über die "ordentliche Beschäftigungspolitik" der Nazis zurücktreten mußte) und diese zwei Jahre keineswegs zu seiner Demontage führten.

Haider - noch vor 2000 Kanzler?

Haider ist sicher, daß er bei den nächsten Nationalratswahlen "gute Karten" haben wird, selbst Kanzler zu werden. Auch wenn die FPÖ dann nicht stärkste Partei werden würde, ist ein Regierungsbeteiligung bis zur Jahrtausendwende nicht auszuschließen. Die Ausgrenzungsfront wackelt.

Das Zweck-Bündnis zwischen SPÖ und ÖVP ist fragil. Keine der beiden Parteien kann in der gemeinsamen Koalition Profil gewinnen oder eine Erneuerung erreichen. Die SPÖ wird nach dem desaströsen Wahlergebnis versuchen müssen, Profil zu Lasten der ÖVP zurückzugewinnen. In der Gefahr, zwischen SPÖ und FPÖ langfristig zerrieben zu werden, hält die ÖVP sich andererseits alle Optionen offen - trotz aller öffentlichen

Treueschwüre zur Koalition mit der SPÖ. Warum sonst hätte sie im Vorarlberg, wo sie allein hätte regieren können, freiwillig die FPÖ in die Regierung aufnehmen sollen?

Die einzige realistische Anti-Haider-Option wäre eine Ampel-Koalition zwischen SPÖ, Grünen und Liberalem Forum. Ob sie in absehbarer Zeit auf den Weg kommen könnte, ist allerdings fraglich und zur Zeit nicht mehr als Gedankenspielerei.

mb.

Für diesen Artikel wurde zurückgegriffen auf die Berichterstattung in Der Standard, NZZ, FR, SZ, taz, Freitag, Kommune, Der Spiegel, Profil, Wirtschaftswoche (Österreich).

25. Wieder heißer Herbst in Frankreich?

Rechtsextreme Sozialdemagogie des Front National

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:19

Am 17. Oktober waren die rund fünf Millionen Beschäftigten der öffentlichen Dienste Frankreichs von den sieben wichtigsten Gewerkschaften zu einem 24stündigen Aktionstag "für Beschäftigung, den öffentlichen Dienst und die Kaufkraft" aufgerufen. Die Beschäftigten von Post und Telekom waren ebenso wie die der Elektrizitätsgesellschaft EDF zur Arbeitsniederlegung aufgefordert. Bei der Pariser Metrogesellschaft RATP hingegen rief allein die CGT zum Streik auf, die Streikbeteiligung blieb hier mit 18% gering.

Die Regierung versuchte, die Bedeutung des Streiktags herunterzuspielen: mit 33% sei die Beteiligung niedriger gewesen als am letztjährigen "Aktionstag", dem 10. Oktober 1995 (55%). Hinter dieser Statistik verbergen sich jedoch regional sehr unterschiedliche Streikerfolge. Geschmälert wird die Gesamtbilanz nicht nur durch das weitgehende Außenvorbleiben der Metrobeschäftigten, sondern auch dadurch, daß die LehrerInnen bereits am 30. September "ihren" Streiktag hatten. Von ihnen nahmen allerdings am 17. Oktober immerhin 43,2% (1995: 58%) am Ausstand teil.

Größer als im Vorjahr war die Beteiligung an den Demonstrationen. Knapp 100.000 Menschen waren in Paris auf der Straße, 50.000 in Marseille (wo die Mobilisierung stärker war als in der Hochphase der sozialen Bewegung von November/Dezember letzten Jahres), 25.000 in Bordeaux - insgesamt rund 350.000 Menschen in ganz Frankreich. In Paris nahmen an der Demonstration neben den Gewerkschaften (davon der größere Teil von der CGT) auch soziale Bewegungen wie Arbeitslosenkomitees oder Unterstützer der "illegalen" Flüchtlinge am Demozug teil.

Dabei sein wollten auch die Vorsitzenden aller drei großen Gewerkschaften: Louis Viannet (CGT), Marc Blondel (Force Ouvrière/FO) und Nicole Notat (CFDT). Letzterer, die sich an der Spitze der Demo vor den Fernsehkameras plazierte, bekam ihre regierungsfreundliche Position freilich nicht gut. Durch ihre Unterstützung der Politik Juppés zur "Reform" der Sozialversicherung konnte die CFDT-Führung unter Notat im Sommer - mit den Stimmen des Unternehmerlagers im Verwaltungsrat - die Führung der Krankenkasse übernehmen und damit die konkurrierende Gewerkschaft FO - bisher Verwalterin der Kasse - ausbooten. Durch eine betont "sozialpartnerschaftliche" Politik versucht Notat, die CFDT zum wichtigsten Verhandlungspartner von Regierung und Arbeitgebern zu machen. Selbst im Fernsehsender RTL wurde die Frage gestellt, ob Notat nicht "wie die 34. oder 35. Ministerin der Regierung" auftrete. Vor Beginn der Pariser Demo wurde Nicole Notat mit Buhrufen, Pfiffen und Wurfgeschossen empfangen, Demonstranten skandierten: "Notat, Juppé: ein Kampf" und "Alle zusammen - ohne Notat!" Während des Demoverlaufs mußte sie den Zug fluchtartig im Auto verlassen. Damit wiederholt sich innerhalb von weniger als einem Jahr derselbe Vorgang: Bereits am 24. November 95, am Anfang der damaligen Streikbewegung, war Notat aus der Demonstration geworfen worden.

Gegen Stellenabbau und Lohnverzicht

Worum ging es am 17. Oktober? Der Aufruf richtete sich zunächst gegen die drohenden Stellenstreichungen: 2.300 Stellen sollen nach den derzeitigen Plänen im Schulwesen verlorengehen, 4.500 bei der Bahngesellschaft SNCF (seit 1985 sind bereits 85.000 Eisenbahnerstellen verschwunden), jeweils 3.000 bei Post und Telekom und 8.800 in der staatlichen Rüstungsindustrie. Im Hintergrund stehen die Einführung von Rentabilitätskriterien in die öffentlichen Dienste sowie drohende Privatisierungen: Bei France Telecom etwa ist sie für den 1.1.1998 beschlossene Sache.

Ferner ging es um die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst. Eine Lehre aus dem sozialen "Heißen Herbst" 1995 ziehend, als die Verkündung eines "Einfrierens" der Löhne der öffentlich Beschäftigten mit dem Streiktag vom 10. Oktober den ersten Schritt in der Eskalation der sozialen Konflikte herbeiführte, hatte die Regierung bereits im September die Aufhebung des Lohnstopps und neue Lohnverhandlungen für das kommende Jahr verkündet. Die Gewerkschaften fordern jedoch zunächst ein "Aufholen" der im Lauf des Jahres verlorengegangenen Kaufkraft - entsprechend dem allgemeinen Preisanstieg beträgt der Verlust etwa 2%. Die Regierung bekundet derzeit Interesse daran, einen längerfristigen Lohnabschluß herbeizuführen, der

die nächsten beiden Jahre 1997 und 98 abdeckt - um bis zu den für März 1998 geplanten Parlamentswahlen eine Art "Burgfrieden" aufrechtzuerhalten.

Ähnlich war der damalige bürgerliche Premierminister Edouard Balladur 1993 vorgegangen, um bis zur Präsidentschaftswahl im April/Mai 1995 den "sozialen Frieden" und damit die innenpolitische Ruhe zu sichern. Am 9. November 1993 erfolgte die bis heute letzte Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst. Diese führte zu einem Zuwachs der Löhne um 4,99% für den Zeitraum 1993 - 95, während in derselben Periode das allgemeine Preisniveau um 5,2% kletterte - was unter dem Strich einen leichten Kaufkraftverlust ergibt. Von Januar 1982 bis April 1995 hat der durchschnittliche öffentliche Bedienstete insgesamt rund 1.590 Francs (500 DM) pro Monat und damit knapp 20 Prozent an Kaufkraft verloren, zunächst unter sozialistischen, später unter konservativen Regierungen. Das Jahr 1996 fügte dem mit dem im September 95 durch Juppé verkündeten "Einfrieren" der Löhne im öffentlichen Dienst einen Rückgang der Kaufkraft um weitere 2% hinzu. Für 1997 sind für die Erhöhung der Einkommen der öffentlich Bediensteten 2 Milliarden Francs (600 Millionen DM) im Staatshaushalt vorgesehen.

Für eine Anhebung der Löhne und Gehälter um nur 1% wären 6 Milliarden Francs erforderlich - "der Spielraum ist gering", wie Haushaltsminister Alain Lamassoure feststellte. Die Lohnverhandlungen werden jedoch ohnehin nicht vor Ende Dezember in ein definitives Stadium treten, da am 12. Dezember landesweit die Personalvertretungen im Bildungswesen gewählt werden. "Der erste, der ein Abkommen unterzeichnet, verliert die Wahlen", heißt es von seiten der reformistischen Lehrergewerkschaft UNSA. Der Minister für den öffentlichen Dienst, Dominique Perben, spricht sich denn auch für einen Lohnabschluß gegen Jahresende aus, um die Personalratswahlen abzuwarten, aber auch um "zu sehen, wie die Konjunktur im kommenden Jahr ist". Die nächsten zwei Monate kann die Regierung also zunächst auf Zeit zu spielen versuchen, um einen "heißen Herbst" wie 1995 zu vermeiden.

Vor dem "lösenden Konflikt"?

Der CGT-Generalsekretär Louis Viannet wünscht eine "noch stärkere" soziale Bewegung als im Herbst 1995 und "mehr Übereinstimmung zwischen Beschäftigten im öffentlichen und sozialen Sektor". Die CGT hat für die Tage vom 12. bis 16. November eine neue "Aktionswoche" angekündigt, die in regionalen Demonstrationen gipfeln soll. Auch Force Ouvrière will sich beteiligen. Das Projekt einer landesweiten Demonstration wurde allerdings auf zwei Wochen später verschoben, um die "gewerkschaftliche Einheit" mit der CFDT nicht zu gefährden. Die CFDT-Führung wertet jede Demo "um den 15.11." als "Provokation" - der 15. November ist der Jahrestag der Verkündung des "Juppé-Plans" zur Reform der Sozialversicherung, den CFDT-Vorfrau Nicole Notat befürwortet hatte und der unmittelbarer Auslöser der Streikwelle im November und Dezember 95 wurde.

Während Nicole Notat erst einmal die für das Jahresende anstehenden Lohnabschlüsse im öffentlichen Dienst "abwarten" will, spricht sich auch FO-Generalsekretär Marc Blondel dafür aus, "daß wir versuchen, gemeinsam mit dem privaten Sektor etwas zu machen." Dafür wäre es in jedem Fall notwendig, die Spaltung zwischen den jeweils um ihre örtlichen Arbeitsplätze bangenden Belegschaften zu überwinden. Le Monde bemerkte am 14. September, nach der ersten Welle lokaler Streiks und Aktionen der "Privaten" gegen Entlassungs- und "Sozialpläne": "Beunruhigende Tatsache: die Zahl der Streikenden entspricht mehr oder minder jeweils der Zahl der erwarteten Stellenvernichtungen. Hinter den Pflichtreden über die Solidarität der Arbeiter scheinen die Gewerkschaften sich wenig Illusionen zu machen." Bei Danone, wo 1.600 Arbeitsplätze nach Mexiko verlagert werden sollen, "hütet die CGT sich, in den anderen Firmen der Gruppe zu Solidaritätsstreiks aufzurufen."

Unterdessen wünschen einer Umfrage des IPSOS-Instituts zufolge 54% der Französinnen und Franzosen (gegen 41%), "daß sich in den nächsten Wochen eine große soziale Bewegung in Frankreich entwickelt." Gleichzeitig aber fürchten 41% (nur 36% sind der Gegenmeinung), daß sie "persönlich dabei mehr verlieren als gewinnen" würden. Libération sieht daher einen neuen "Stellvertreterstreik" sich abzeichnen - wie im Herbst 1995, als die öffentlich Bediensteten "für alle" streikten, die Beschäftigten des privaten Sektors - eingeschüchtert durch die hohe Arbeitslosigkeit und den daraus resultierenden Konkurrenzdruck unter den Lohnabhängigen - hingegen weitgehend "ruhig" blieben. Übrigens erklärten 54% (IPSOS) bzw. 64% (CSA-Umfrage) ihre Sympathie für den Streiktag am 17. Oktober. Ein weiteres interessantes Resultat der Meinungsforscher: 72% (laut IPSOS) wünschen sich eine wirtschaftlich und sozial "andere Politik", welche 47% für möglich und 25% für heute "nicht möglich, aber dennoch wünschenswert" halten. Wie die Sonntagszeitung "JDD" am 20. Oktober berichtet, ist Regierungschef Alain Juppé mit 21% "zufriedenen"

Stimmen gegen 69% "unzufriedenen" dabei, die Tiefstwerte seiner Popularität während des Streikherbstes 1995 (26% gegen 67%) noch zu unterschreiten. Für Chirac sehen die Werte (28% sind mit ihm zufrieden, 61% nicht) kaum besser aus.

Der Soziologe Henri Vacquin - kein Linker, sondern jemand, der große Sympathie für Nicole Notat äußert - sagt in derselben Ausgabe der Sonntagszeitung: "Die soziale Situation heute bewegt sich zwischen Wut und dem Akzeptieren von egal was. (...) Vorsicht auf dem privaten Sektor! Seine Beschäftigten haben mehr als die des öffentlichen Dienstes mitgemacht. Sie behalten die Wut in sich und bereiten sich Magengeschwüre. (...) Man richtet die Aggressivität gegen sich selbst. Das tut weh. (...) Das geht eine Zeitlang gut. Bis zum großen lösenden Konflikt!"

Bernhard Schmid, Paris

Le Pens braune Suppe

Rechtsextreme Sozialdemagogie des Front National

Anfang November wurde die Pariser Bevölkerung Zeugin einer noch ungewohnten Variante karitativer Veranstaltungen: die erste rechtsextreme "Volksküche" wird nunmehr, in den Monaten November bis März, jeden Montag und Donnerstag am Bahnhof Saint Lazare eine Mahlzeit aus Suppe, Sardinen, Schokolade und Brot an "die ärmsten unserer Landsleute" kostenlos verteilen. Die mildtätige Veranstaltung wird beschirmt von einem Ordnerdienst der rechtsradikalen Jugendorganisation "Front National Jeunesse" (FNJ), die nicht gerade für Gewaltlosigkeit steht. Der Organisator der Suppenküche, Pastor Blanchard, agiert mit seinem Institut "Icaf-Social" (vor kurzem umbenannt in "Nationale Solidarität") vom Hauptquartier des Front National in Saint Cloud nahe Paris aus. Ihm geht es erklärtermaßen darum, das soziale Terrain "nicht der Linken zu überlassen" - der Mann weiß, wovon er spricht: Blanchard startete Anfang der 70er Jahre als Maoist, bevor er über den Protestantismus bei der extremen Rechten unter Le Pen landete.

Zwei Wochen zuvor, am 22. Oktober, war es bereits zu einer weiteren Premiere gekommen: zum ersten Mal rief die rechtsextreme Partei über eine ihrer Satellitenstrukturen, den "Nationalen Zirkel der Rentner und Vorruheständler", ihre Anhänger zur Teilnahme an einer gewerkschaftlichen Demonstration auf (es ging um eine Mobilisierung der Rentner). 100 bis 200 von ihnen kamen, die freilich von den Ordnerdiensten der Gewerkschaften ferngehalten wurden. Und etwa zur gleichen Zeit machte sich Bruno Mégret, Generaldelegierter des Front National und "Nummer Zwei" im Apparat der Partei, vor das Fabriktor von Moulinex auf. Die Firma ist just dabei, 2.600 Arbeitsplätze nach Mexiko zu verlagern, um vom dortigen Billiglohnstandort aus auf den US-amerikanischen Markt vorzudringen - für den selbsternannten Volkstribun ein Beleg für die Notwendigkeit des Schutzes der nationalen Arbeit vor dem internationalen Agieren des weltweit konkurrierenden Kapitals. Mit seiner Agitation gegen den "Mondialismus" - ein Schlüsselbegriff im Ideengebäude des FN, der von "le monde", die Welt, abgeleitet ist - versucht Mégret, das soziale Terrain exklusiv mit einem nationalen Diskurs zu besetzen: "(Die Gewerkschaften) dienen als Anhängsel der Regierung wie der Unternehmerschaft. Sie klagen nicht die große Gefahr des Mondialismus an. Sie stellen nicht die richtigen Fragen (...). Der Mondialismus ist heute die wichtigste Ursache sozialen Rückschritts. Der FN ist der einzige, der ihn bekämpft. Er ist insofern die wichtigste soziale Bewegung". (Mégret in einem Interview in Le Monde vom 24. Oktober.)

Nachdem der Front National während der sozialen Bewegung des November und Dezember 95 abseits stand und der notwendige Spagat zwischen dem sozial unzufriedenen und dem kleinbürgerlich reaktionären Teil seiner Anhängerschaft ihm ein aktives Eingreifen verwehrte, wurde die extreme Rechte auf dem Terrain des sozialen Protests vorschnell für tot erklärt. Sie raffte sich aber sehr rasch wieder auf und ging im Frühjahr mit der Gründung parteiabhängiger Pseudo-Gewerkschaften in die Offensive: so bei der Pariser und der Lyoner Metro oder jüngst bei den Gefangniswärtern. Zugleich organisiert der "Nationale Zirkel der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter" (CNTS) die fortdauernde Tätigkeit von FN-Aktivisten in den rechten Gewerkschaften FO (sozialdemokratisch), CFTC (christlich) und CFE-CGC (Angestellte).

Vordenker wie Bruno Mégret arbeiten eifrig daran, mit einem in sich schlüssigen einheitlichen Sozialdiskurs im Zeichen des Schutzes der nationalen Wirtschaft vor dem globalen Wettbewerb und dem "Mondialismus" die sozial unterschiedlichen Interessen des heterogenen FN-Publikums unter einen Hut zu bringen. Zwar ist der FN im Augenblick weit davon entfernt, die Arbeiterschaft organisatorisch erfassen zu können. (Den größten

Erfolg gab es auf wahlpolitischer Ebene: mit 27% der Arbeiter- und 31% der Arbeitslosen-Stimmen wurde Le Pen am 23. April 95 "erster Präsidentschaftskandidat der Arbeiterklasse".) Aber einige organisatorische Erfolge können sich bereits sehen lassen: So sind bei den Lyoner Verkehrsbetrieben 400 von 3.500 Beschäftigten in der FN-"Gewerkschaft" organisiert, deren Gründung erst wenige Monate zurückliegt - das Terrain war freilich langfristig bereitet worden. Schlimmer: Acht der neun Busdepots in Lyon haben Vorsteher, die Mitglieder des Front National sind. Vielerorts trauen sich Gewerkschaften wie die CGT daher gar nicht mehr, offen aufzutreten.

Bernhard Schmid, Paris

26. Eine fast perfekte Politik. Argentiniens Bevölkerung wehrt sich gegen neoliberale Reformen

Autor: L.P. Tisso · Rubrik: Argentinien · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:34

"Der Peronismus ist, wegen der Klassenzugehörigkeit seiner Basis, der Fluch der Bourgeoisie des Landes." (John William Cook, linker Peronist, in den 60er Jahren)

Die Politik des gegenwärtigen peronistischen Präsidenten Carlos Saúl Menem spricht gegen diese Aussage. Kurze Zeit, nachdem Menem sein erstes Mandat 1990 antrat (in Mai 1995 wurde er zum zweiten Mal gewählt), ernannte er Domingo Cavallo zum neuen Wirtschaftsminister. Damit begann eine zu dieser Zeit für unmöglich gehaltene Zusammenarbeit zwischen seiner populistischen, korporatistischen Partei (Partido Justicialista; PJ), die sich auf die Macht der zentralisierten Gewerkschaften stützt und den neoliberalen TechnokratInnen, verkörpert durch besagten Wirtschaftsminister. Die Vorgeschichte Cavallos, der während der Militärdiktatur (1976-83) Mitglied des Wirtschaftsministeriums war, weist Glanztaten wie die Verstaatlichung der Schulden der privaten Unternehmen auf.

Eine totsichere Allianz

"In Argentinien erlebt man einen fast revolutionären wirtschaftlichen Wandel." (Henry Kissinger, 6.9.95)

Als Wirtschaftsminister unter Menem stabilisierte Cavallo die argentinische Währung, indem er ihren Wechselkurs fest an den US-Dollar band (1 Peso = 1 Dollar) und die dreistellige Inflation zurückschraubte. Das Ansehen, das er sich damit erwarb, wurde weder durch die Flucht von Spekulationskapital ab April 1995 geschmälert, noch durch die damals einsetzende Rezession, die sich erst seit letzten Monat umzukehren beginnt. Cavallo ist und bleibt Ökonomist und macht keine Konzessionen an die populistische Politik der Peronisten, gegen deren Strukturen er immer wieder anzurennen versucht.

Cavallo privatisiert Staatskapital vollständig oder teilweise: Banken, Naturressourcen, sowohl defizitäre als auch gewinnträchtige Unternehmen wie die Fluggesellschaft Aerolíneas Argentinas, die Strom-Gas-Wasser- und Telefonversorgung, die Erdölförderung, einige Eisenbahnstrecken. Wo die Gewinne nicht stimmen, wie z.B. im Landesinneren, werden die Betriebe einfach stillgelegt. Auch die Staatsunternehmen werden privatisiert, die Perón selbst in seinen ersten zwei Regierungsperioden wegen deren Bedeutung für die Entwicklung des Landes verstaatlicht hatte.

Zur gleichen Zeit wird der Staatshaushalt "saniert", was gleichzusetzen ist mit der Reduzierung der Bildungs- und Gesundheitsetats. Die Analphabetenrate wächst wieder, erneut tauchen aufgrund der Hygienemängel Krankheiten wie Cholera auf, endemische Krankheiten, wie Mal de Chagas - eine von der Zecke verursachte Herzkrankheit - nehmen zu. Seit vier Monaten gibt es bei den staatlichen Krankenhäusern in Groß-Buenos Aires keine Medikamente mehr, um Haut- und Atemwegserkrankungen vorzubeugen. Außerdem wird das Geld für die Aids-Programme auf die Hälfte reduziert, während sich die Zahl der HIV-Infizierten verdoppelt hat und weiter zunimmt.

Die Wirtschaftspolitik Cavallos wird von sozialen Unruhen begleitet, auf die mit Repression geantwortet wird. Eine Protestform, die bisher noch toleriert wird, ist die "Belagerung" von Kaufhäusern und Supermärkten durch große Gruppen von RentnerInnen und Arbeitslosen. Sie blockieren die Eingänge, um die Ausgabe von Lebensmitteln zu erzwingen. Parteiintern spitzen sich die Machtkämpfe zwischen Cavallo und den aus der Gewerkschaft stammenden Sektoren des PJ zu. Noch kann sich der Wirtschaftsminister, dessen Politik auf eine Beschneidung der Rechte der ArbeiterInnen hinausläuft, nicht durchsetzen und wird Ende Juli 1996 gezwungen, zurücktreten. Es entsteht aber keineswegs Panik in den Investorenkreisen, denn sein Nachfolger, Roque Fernández, ausgebildet in der Universität von Chicago, kündigt an, die neoliberale Wirtschaftspolitik fortzuführen.

Information, Geheim- haltung, Überraschung

Um vom IWF den "Waver" (Erlaß) zu bekommen, der dem Land den Zugang zu Krediten ermöglicht, kündigt Fernández ein Maßnahmenpaket an, mit dem das Haushaltsdefizit verringert werden soll: Steuererhöhung für Treibstoffe und verschiedene Massenkonsumgüter, Verteuerung der öffentlichen Verkehrsmittel und der

Schulgebühren sowie Kürzungen der Sozialleistungen. Diese Maßnahmen werden von der Opposition und von den Gewerkschaften verurteilt, Wirtschaftsexperten sagen eine Verschärfung der Rezession voraus. Am 8.8.1996 wird ein Generalstreik durchgeführt, an dem sich über 70% der Bevölkerung beteiligen. Tragende Kräfte waren die beiden oppositionellen Gewerkschaftsverbände "Kongreß der argentinischen ArbeiterInnen" (CTA), mit stark trotzkistischem Einfluß, und die "Bewegung argentinischer ArbeiterInnen" (MTA).

Interessanterweise ist dies die erste Kampfmaßnahme, an der sich auch der peronistische Gewerkschaftsverband "Generalverband der Arbeit" (CGT) beteiligt. Peronistische ParlamentarierInnen - die Regierung hat die absolute Mehrheit in beiden Kammern - kündigen an, daß sie dem Gesetzespaket nicht zustimmen werden. Die Regierung nimmt einige der Maßnahmen zurück, obwohl sie vom Leiter des IWF, Michel Camdessus, sehr gelobt worden sind. Am 12.9. protestieren die Oppositionskräfte mit Unterstützung von kleinen- und mittleren Unternehmern sowie Ladenbesitzern gegen die Pläne der Regierung. Um 20 Uhr werden im ganzen Land die Lichter für fünf Minuten ausgeschaltet, die Bevölkerung auf den Straßen zeigt ihren Unmut durch das Schlagen auf Kochtöpfe.

Die Proteste spitzen sich zu, als die Regierung eine Reform der Arbeitsgesetze, die während der ersten Regierung Peróns erlassen wurden, ankündigt. Angeblich soll damit die Arbeitslosigkeit bekämpft werden, die offiziell 17,1% beträgt (sie würde aber weit über 20% liegen, wenn z.B. auch diejenigen mitgezählt würden, die so skurrilen "selbständigen" Beschäftigungen wie "Hunde ausführen" nachgehen). Die beabsichtigten "Flexibilisierungsmaßnahmen" würden den UnternehmerInnen erleichtern, ArbeitnehmerInnen zu kündigen sowie Arbeits- und Urlaubszeiten zu ändern. Einer der kontroversesten Punkte des Reformpaketes betrifft die Möglichkeit, betriebliche Tarifverhandlungen abzuhalten, statt wie bisher für ganze Wirtschaftssektoren. Die Gewerkschaften befürchten, daß sie damit geschwächt, wenn nicht gar ausgeschaltet werden sollen.

Was aber die GewerkschaftsführerInnen am meisten stört, ist der Beschluß der Regierung, die 275 Krankenkassen der Gewerkschaften zu liberalisieren, in denen 10 Mio. ArbeiterInnen versichert sind. Ihr Gesamtumsatz beträgt 3,5 Mrd. Dollar im Jahr. Das neue Gesetz würde den privaten Anbietern erlauben, gegen die Sozialwerke der Gewerkschaften zu konkurrieren. Es wird befürchtet, daß letztere den Kürzeren ziehen und die ohnehin karge Gesundheitsversorgung der Mehrheit der ArbeiterInnen weiter verschlechtert wird. Menem unterstützt seinen Arbeitsminister Armando Caro Figueroa bei diesen Plänen. Er kündigt an, die Reformen via Exekutiverlaß zu diktieren, falls sie im Parlament keine Mehrheit bekommen. Am 26. und 27.9. kommt es zu einem erneuten 36stündigen Generalstreik, der von der CGT ausgerufen wird. Der Widerhall ist enorm: die CGT spricht von einer durchschnittlichen Beteiligung von 95% im ganzen Land.

Nach ersten Trotzreaktionen Menems ("Ich werde meine Politik nicht ändern, egal wieviele Streiks organisiert werden"; "Über ‚Vaterland oder Kolonie` zu sprechen, hat in diesen Zeiten der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Globalisierung keinen Sinn mehr"), folgt das Einlenken. Der Präsident beauftragt den Arbeitsminister, einen Kompromiß zu suchen. Und obwohl der Generalsekretär der CGT den Entschluß der Gewerkschaften bekräftigt, die Kampfmaßnahmen fortzusetzen, gibt es bereits geheime Treffen einiger Gewerkschafter mit Caro Figueroa. Vieles spricht dafür, daß die Regierung in ihren Gesprächen mit den peronistischen Abgeordneten - vor allem mit denen, die gewerkschaftlicher Herkunft sind - dem politischen Stil Peróns folgen wird: "(Wenig) Information (im Vorfeld), Geheimhaltung (der Gespräche), Überraschung (bei der Vorlage des Ergebnisses)."

Krise der Gesellschaft

Im vergangenen Monat häuften sich die gegenseitigen Beschuldigungen zwischen Ex-Minister Cavallo und hohen Regierungsfunktionären (z.B. dem Generalsekretär der Regierung, Alberto Kohan; Innenminister Carlos Corach und Justizminister Elías Jassán), in verschiedene Korruptionsaffären verstrickt, bzw. an der Erpressung der Justiz beteiligt gewesen zu sein. Auch die Affäre über illegale Waffenverkäufe nach Ecuador und Kroatien, die sowohl die Regierung als auch das argentinische Heer belasten, ist noch längst nicht ausgebadet. Mit der Akzeptanz des neoliberalen Wirtschaftsmodells ist auch der Peronismus angeschlagen.

Mensch kann nur hoffen, daß die derzeitigen sozialen Unruhen in Argentinien nicht in Apathie, in parlamentarischem "Demokratismus", in sozialer Zerrüttung oder in einer Verschärfung der Repression münden (siehe ak 392, Spalte 5). Wenn die Zahlen stimmen, werden inzwischen leider auch ganz andere individuelle "Lösungsmitteln" ergriffen: die Gesundheitskommission des Parlaments hat erklärt, daß sich der

Drogenkonsum in den letzten fünf Jahren um 200 Mal multipliziert hat. Nicht verwunderlich, denn ein Gramm Kokain kostet höchstens 20 US-Dollar (in Europa mehr als das zehnfache). Ein noch schlimmeres Zeichen sind die Attentate und Drohungen gegen jüdische Institutionen seitens zweier antisemitischer Gruppen. Wenn man bedenkt, wie schleppend die Ermittlungen wegen der beiden in Buenos Aires verübten Bombenattentate - 1992 gegen die Botschaft Israels und 1994 gegen den Verein Israelisch-Argentinischer Sozialversicherungsinstitute mit einer Gesamtzahl von mehr als 100 Toten - vorangehen, kann Mensch sich vorstellen, wo die Reise hingeht.

Die Wirtschaft erholt sich

Im April 1995 setzte eine Wirtschaftsrezession ein, die Deflation produzierte. Diese Phase scheint sich in den letzten zwei Monaten umzukehren. Die makroökonomischen Wirtschaftsperspektiven verbessern sich, besonders im Exportsektor. Die Erwartungen sind besonders optimistisch im Sektor der Agrarexporte, begünstigt durch eine sehr gute Ernte und eine günstige internationale Konjunktur. Doch die erwarteten Devisen müssen für die Tilgung der Auslandsschulden verwendet werden. Trotz der Sparmaßnahmen und der erhöhten Steuerlast, unter der besonders die Unter- und Mittelschicht leiden, kann Argentinien nicht die Auflage des IWF erfüllen, dem chronischen Haushaltsdefizit Herr zu werden. Das wird in diesem Jahr 6 Mrd. US-Dollar betragen und nicht, wie mit dem IWF ausgehandelt, 3,5 Mrd. Weil aber das Geld irgendwo herkommen muß, beschloß das Wirtschaftsministerium, das Land weiter zu verschulden: am 23.10. wurden Schuldscheine im Wert von 500 Mio. DM (ja, DM!) mit einer Rückzahlungsfrist von 30 Jahren und 11,76% Zinsen per anno, auf den Finanzmarkt geworfen.

Trotz der Nichteinhaltung der Auflagen, hat der IWF Argentinien den "Waver" erteilt, da Argentinien, zusammen mit Brasilien und Mexiko, Modellcharakter für die neoliberale Wirtschaftspolitik in ganz Lateinamerika hat. Die argentinische Regierung weiß sich zu bedanken: am 30.11. soll das Parlament den Beschluß fassen, 59 der 360 Flughäfen des Landes zu privatisieren.

Viele Menschen glauben heute, daß die peronistischen Gewerkschaften an der Spitze der sozialen Proteste stehen. Spätestens seit der Rede Peróns am 1. Mai 1974 müßte allen ArgentinierInnen klar sein, daß aus dem Peronismus keine Revolution entstehen kann. Damals sangen auf der Plaza de Mayo die Widerstandskämpfer, die die Rückkehr des alten Führers aus dem Exil erzwungen hatten: "Perón, Evita, la patria socialista." Die Antwort von Perón war: "Es gibt immer Unzufriedene. Diese Rotznasen sollen den Platz verlassen." Eine ganze Generation verließ den Platz, die Parolen skandierend: "Die Gorillas sind zufrieden. Das Volk wird kämpfen." Wie sagte noch ein Montonero im Exil?: "Heutzutage ist der Peronismus das bourgeoise Faktum eines verfluchten Landes."

L.P.Tisso

Der Peronismus

Der Partido Laborista (später Partido Justicialista), wurde 1945 von dem damaligen Oberst Juan Domingo Perón gegründet. Perón war 1940 Mitglied der Gruppe Vereinigte Offiziere, GOU. Diese nationalistischen Militärs hatten sich von Mussolinis Faschismus inspirieren lassen. Perón wurde 1945 Minister für Arbeit und Soziale Sicherheit. In diesem Amt erließ er eine Reihe von Maßnahmen zugunsten der der Arbeiterklasse, die angesichts der aufstrebenden Industrialisierung des Landes und einer infolge des Zweiten Weltkrieges enorm verbesserten Handelsbilanz längst überfällig waren. 1946 wurde er mit der enormen Mehrheit der Stimmen der Arbeiterklasse zum Präsidenten gewählt und begann eine Phase wirtschaftlicher Reformen. Zur gleichen Zeit zerschlägt er die sozialistischen, anarchistischen und anarchosyndikalistischen Gewerkschaften und verhaftet ihre Führer. Von nun an sind die Gewerkschaften mit der Regierung gleichgeschaltet. Sie bauen gewerkschaftliche Sozialwerke auf, deren Leistungen von Krankenkassen bis zu riesigen Ferienanlagen reichen.

1952 tritt Perón seine zweite Amtsperiode an. Die Weltlage hatte sich jedoch verändert, so daß die Reformen nicht vertieft wurden. 1955 wurde er durch einen Militärputsch abgesetzt, ohne daß er versucht hätte, die Arbeiterklasse zur Verteidigung der Regierung aufzurufen. Er bevorzugte das Exil. Zurück blieben zwei Mythen: er selbst und seine 1952 verstorbene Frau Eva Perón, die zurecht als Seele der Umverteilung zugunsten der Armen gilt. Zurück blieben aber auch die vertikal organisierten Gewerkschaften, die nie von der Arbeiterklasse selbst in Besitz genommen werden konnten.

1974 erzwingen die Widerstandsgruppen (Montoneros, FAL, ERP u.a.) die Rückkehr Peróns aus dem Exil. Dies bedeutete auch das Zurückdrängen des linken, sozialistischen Flügel des Peronismus. Perón wird 1974 zum dritten Mal zum Präsidenten gewählt. Kurze Zeit darauf stirbt er und wird von seiner dritten Ehefrau, María Estela Martínez, "Isabelita", ersetzt. In ihrer Amtsperiode nimmt die Repression gegen die Linke zu. Am 24.3.76 wird sie von einer Militärjunta abgesetzt, die in den folgenden Jahren 30.000 Menschen ermordet oder verschwinden läßt. Nach dem verlorenen Malvinenkrieg 1983 übergeben die Militärs die Regierungsmacht an den neu gewählten Präsidenten Raúl Alfonsín von der (bürgerlichen) Radikalen Partei.

L.P. Tisso

27. Wahlbetrug prägte Wahlen in Nicaragua. Niederlage der Sandinisten zum guten Teil selbst verschuldet

Niederlage der Sandinisten zu gutem Teil selbst verschuldet

Autor: Otmar, Managua · Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:18

Zwei Wochen nach den allgemeinen Wahlen vom 20.10. gibt es immer noch kein offizielles Wahlergebnis. Gravierende technische Mängel und immer neue Beweise für geplante und tatsächliche Wahlfälschung durch Mitglieder der Liberalen Allianz (AL) prägten das Bild in den Tagen nach der Wahl. Zehn Parteien, darunter die FSLN, haben beim Obersten Wahlrat (CSE) eine Neuauszählung der Stimmen erwirkt, noch bevor ein vorläufiges Endergebnis bekannt gegeben wurde.

Trotzdem haben die internationalen WahlbeobachterInnen (Jimmy Carter Stiftung; Europäische Union; Oscar Arias, Ex-Präsident von Costa Rica und Friedensnobelpreisträger 1989) die Wahlen bereits nach zwei Tagen als "sauber, gerecht und transparent" charakterisiert und sind abgereist. Oscar Arias meinte sogar, daß die Forderung der FSLN nach Neuauszählung "dem nicaraguanischen Volk großen Schaden zufügt". Kein Wort hingegen zu den täglich neu hinzukommenden Beweisen für Wahlfälschung.

Gezielte Manipulation

Der Betrug flog schon am Wahltag auf. Bei der telegraphischen Übermittlung der Wahlergebnisse aus den einzelnen Wahllokalen zum CSE nach Managua wurden die Ergebnisse zugunsten der AL von Arnoldo Alemán aufgebläht. Jedes Wahllokal hatte maximal 400 WählerInnen, aber es trafen Hunderte von Ergebnissen ein, die 800, 900 oder gar 1.000 Stimmen für die AL behaupteten. Daraufhin stoppte die CSE die Veröffentlichung weiterer Zwischenergebnisse und ordnete die Neuauszählung der Stimmen in sämtlichen Departements an. Diese soll auf Basis der Dokumentation der einzelnen Wahllokale erfolgen, die von den BeisitzerInnen der einzelnen Parteien unterschrieben wurden und auf der die genaue Wahlbeteiligung, die abgegebenen Stimmen pro Partei etc. festgehalten sind. Auf Basis dieser Daten hätten die PräsidentInnen jedes Wahllokals den CSE telegraphisch informieren müssen. Da aber etwa 40% aller PräsidentInnen Mitglieder der AL sind, haben sie die Angaben in den Telegrammen zu Gunsten ihrer Allianz gefälscht. Vergleicht man nun die Telegramme mit der Dokumentation der Wahllokale, dann fliegt der Betrug sogleich auf. Doch hier beginnt das nächste Problem.

In schätzungsweise 30% der Wahllokale sind die Dokumentationen ganz oder teilweise verschwunden, sind zum Teil unleserlich, vor allem bei den Stimmen für die FSLN und für kleinere Parteien. Zu Manipulationen kam es vermutlich auch während des Transports der Wahlurnen zu den Wahlräten der Departements. Es fehlte polizeilicher Schutz, die Urnen kamen häufig geöffnet an.

Die größten Probleme bei der Neuauszählung gibt es in Matagalpa und in der Hauptstadt Managua. In beiden Departements sind die Präsidenten des Wahlrates Mitglieder der AL. Sie blockieren eine exakte Stimmenauszählung. In Managua weigerte sich der Präsident tagelang, die Stimmauszählung auf Basis der Dokumente vorzunehmen und bestand darauf, es auf Basis der manipulierten Telegramme zu tun. In der Hauptstadt geht das Chaos so weit, daß am 31.10. die Parteien FSLN, PRN, Pan y Fuerza, ANC, PSN, PCdN und MAR die Annullierung der Wahlen in diesem Departement forderten. Sie begründen dies damit, daß in der Mehrzahl der Wahllokale die Dokumentation unvollständig und daher eine Rekonstruktion des Wahlergebnisses nicht mehr möglich sei. In 207 Wahllokalen ist die Dokumentation vollständig verschwunden, in 408 ist sie unvollständig, in 1.055 gibt es Widersprüche in der Dokumentation. Nur in 605 Wahllokalen ist sie völlig in Ordnung. Außerdem liegen im Wahlrat noch 150 Säcke mit Wahldokumentationen aus bisher nicht identifizierten Wahllokalen.

Offenkundige Wahlfälschung mischte sich mit technischen Mängeln. Die Druckerei übergab die letzten Wahlzettel erst am Wahltag. Dadurch öffneten viele Wahllokale erst nachmittags. Das Hauptproblem dieser Wahlen resultiert aus der kürzlichen Reform des Wahlgesetzes. Als Ergebnis werden die PräsidentInnen und

BeisitzerInnen der Wahlräte und der Wahllokale nicht mehr von der CSE bestimmt, sondern von den Parteien. Das hat die technische Durchführung der Wahlen politisiert und ihre Manipulation erleichtert.

Die Wahlergebnisse

Die Neuauszählung wird die Kräftekonstellation vermutlich nicht grundlegend verändern. Nachdem bereits mehr als die Hälfte der Departements neu ausgezählt sind, zeichnet sich bei den Präsidentschaftswahlen folgendes Ergebnis ab: etwa 49% für Arnoldo Alemán, etwa 38% für Daniel Ortega (FSLN) und knappe 13% für die übrigen 22 Parteien und Allianzen. Bei den Wahlen der Abgeordneten zur Nationalversammlung ist die Relation zwischen AL und FSLN etwa 45% zu 37%. Bei den Gemeinderatswahlen hat die FSLN durch die Neuauszählung bisher acht Kommunen dazugewonnen, die vorher der AL zugeschrieben worden waren. Insgesamt hat die AL gut die Hälfte der 145 Gemeindeverwaltungen gewonnen. Die FSLN hat nach dem jetzigen Stand der Auszählung ihren Anteil von 38 (1990) auf über 60 erhöhen können, etwa fünf Kommunen wurden von anderen Parteien gewonnen.

Die aus den Wahlen als viert-, fünft- und sechststärkste Parteien hervorgegangenen PCN (Konservative), PRONAL (Zentrumsprojekt um Violetta Chamorros Schwiegersohn Antonio Lacayo) und UNIDAD (Zentrumsallianz) haben die Wahlen bereits anerkannt. Bisher hat noch keine Partei Neuwahlen gefordert. Der FSLN ging es bisher vor allem darum, mehr Kommunalverwaltungen und Abgeordnete in der Nationalversammlung zu gewinnen. Da die AL voraussichtlich nicht - wie die 1990 siegreiche konservative UNO - über eine einfache Mehrheit in der Nationalversammlung verfügen wird, bedeutet jede(r) zusätzliche Abgeordnete eine wichtige Kräfteverschiebung zugunsten der FSLN. Gegenwärtig sieht es danach aus, daß die Sandinisten die Wahlen nach einigen Korrekturen de facto akzeptieren, aber nicht formal anerkennen werden. Forderungen nach Neuwahlen haben angesichts nationaler wie internationaler Rahmenbedingungen keine Erfolgsaussichten. Das Ausland, das die Wahlen bezahlt hat, und die katholische Kirche sind mit dem Ergebnis zufrieden.

Einer von Arnoldo Alemán geführten Regierung sind in gewissem Maß die Hände gebunden. In der Nationalversammlung wird er aller Voraussicht nach nicht über die einfache Mehrheit verfügen. Nach den Verfassungsreformen kommt dem Parlament jetzt aber eine viel bedeutendere Rolle zu. Wichtige Entscheidungen, wie z.B. Verträge mit dem IWF, kann die Regierung nicht mehr ohne das Parlament treffen. Im Obersten Wahlrat, im Obersten Gerichtshof und im Nationalen Rechnungshof hat die AL ebenfalls keine Mehrheit. Als Alemán vor ein paar Tagen ankündigte, er werde den Obersten Gerichtshof völlig umkrempeln, gab es dort eine sehr scharfe Reaktion.

Die Wahlen haben das Land noch mehr polarisiert. Eine Regierung Alemán wird die Wahl haben, ihren konfrontativen Kurs fortzusetzen oder im Rahmen des bestehenden Kräfteverhältnis zu verhandeln. Vor allem in der Nationalversammlung kann die AL kein Gesetz allein durchsetzen. Das kommt der FSLN-Spitze entgegen, die daran interessiert ist, den Status quo zu erhalten, d.h. ihre politsche und ökonomische Macht auch unter der neuen Regierung zu konsolidieren. Alemán kann mit Konfrontation nur verlieren. Die politische, soziale und ökologische Situation ist so brüchig, daß das Land noch mehr im Chaos versinken würde. Dies widerspräche seinem Ziel einer wirtschaftlichen Wiederbelebung und würde ihn sowohl in den Unternehmersektoren, als auch bei der verarmten Mehrheit unglaubwürdig machen.

Das Ausland, vor allem die USA, drängt auf Befriedung und Stabilität und macht davon die weitere Unterstützung des Landes abhängig. Bevor die US-Delegation mit Jimmy Carter, James Baker u.a. zwei Tage nach der Wahl wieder abflog, machte sie Alemán klar, daß die USA eine Fortsetzung der Eigentumspolitik der Chamorro-Regierung wünschen. Sollte Alemán beabsichtigen, Ländereien in größerem Umfang an die alten BesitzerInnen zurückzuübertragen, werde es niemals Stabilität in Nicaragua geben und folglich keine Unterstützung durch die USA.

Starke Polarisierung

Im Wahlkampf haben sowohl FSLN wie AL mit der Angst vor dem jeweils anderen gearbeitet. Die FSLN hat vor der Restauration des Somozismus gewarnt, die AL vor einer Rückkehr des Sandinismus der 80er Jahre. Beide Szenarien lösen in jeweils einem Teil der Bevölkerung Angst und Ablehnung aus. Entweder durch Erinnerung an die Schrecken der Somoza-Diktatur, an die die AL und Alemán ideologisch wie personell anknüpft. Oder durch Mobilisierung des in anderen Sektoren vorhandenen starken Antisandinismus, der auf den Kriegsfolgen,

Machtmißbrauch, staatlichem Dirigismus gegenüber den Bauern, Verhältnis zur katholischen Kirche etc. basiert. Angesichts dieser starken Polarisierung entschieden sich viele SympathisantInnen anderer Parteien am Ende für einen der beiden Pole, was gerade bei der Präsidentschaftswahl sichtbar wurde. In den letzten Wochen vor der Wahl riefen die kleineren Parteien in bestimmten Regionen dazu auf, bei der Präsidentschaftswahl für einen der beiden Blöcke zu stimmen. In Matagalpa und Chontales forderten MRS (Bewegung der sandinistischen Erneuerung) und PRONAL zur Stimmabgabe für Daniel Ortega auf. SympathisantInnen von PCN und PRN (Ex-Contra Partei) wählten Alemán.

Das politische Zentrum wurde bei diesen Wahlen praktisch ausgelöscht, die entsprechenden Parteien stehen kurz vor dem Ruin. Die meisten werden nicht einmal einen Sitz in der Nationalversammlung erhalten und verlieren ihren Parteistatus. Die MRS um Sergio Ramirez, die traditionsreiche, unabhängige Liberale Partei (PLI) von Vigilio Godoy, Alfredo Cesar mit seiner UNO 96, die Christliche Partei UDC - sie und andere konnten sich nicht auf einen gemeinsamen Zentrumsblock einigen. Verlierer dieser Wahl sind auch die Ex-Contras, die sich mit ihrer Partei (PRN) letztlich in drei große Gruppen aufspalteten. Eine Gruppe um Fabio Gadea, Mitbesitzer von Radio Corporación, schloß sich der AL an. Eine andere Gruppe von mehr als 40 Ex-Contrachefs gingen mitsamt ihrer Basis ein Bündnis mit der FSLN ein. Der verbleibende Rest kandidierte als PRN, aber ohne sich klar von der AL unterscheiden zu können. Sie kommen auf knapp 0,5%.

Verlierer der Polarisierung sind auch die meisten der 57 "Freien Listen" auf kommunaler Ebene.

Alte Seilschaften

Zu dem hohen Stimmanteil der AL hat auch die katholische Amtskirche beigetragen, die entscheidende Wahlhilfe für Alemán geleistet hat. Zwei Tage vor der Wahl z.B. bittet der Kardinal Alemán in der Kathedrale zum Altar, damit er einen Vers lese. Am Wahltag erscheint ein großes Foto in "La Prensa", auf dem der Kardinal Alemán und dessen Vizekandidaten den Segen erteilt. An anderen Orten rufen Priester offen zur Wahl der AL auf.

Der Verband der Konfiszierten startete eine große Kampagne mit Fernseh- und Zeitungsspots, in der behauptet wurde, daß die FSLN sich nicht geändert habe und daß ihr neuer, friedlicher Diskurs nur Täuschung sei. Ortega vor Särgen, Supermärkten mit leeren Regalen und andere Horrorbilder begleiten die Hetze. Die nicaraguanische Gemeinde in den USA unterstützte den Wahlkampf der AL, die ihnen versprach, ihr konfisziertes Eigentum zurückzugeben oder sie zumindest kräftig zu entschädigen. Diese Sektoren üben starken Druck aus, die Veränderungen der 80er Jahre entschiedener rückgängig zu machen, als dies unter der Chamorro-Regierung geschehen ist und ein neoliberales Modell ohne Wenn und Aber durchzusetzen.

Die moralischen Werte dieser Klasse: Frauen als Gebärmaschinen, zurück an den Herd, gegen Familienplanung, verstärkte Illegalisierung von Abtreibung, gegen sexuelle Optionen. In der Politik: Festigung eines formalen Demokratiemodells, gegen partizipative Ansätze in staatlichen und kommunalen Strukturen oder in der Zivilgesellschaft, Autoritarismus, Einordnung von Polizei und Armee in dieses Modell, weiteres Zurückdrängen gewerkschaftlicher Spielräume. In der Ökonomie: Rückgabe konfiszierten Eigentums oder lukrative Entschädigungen, Konzentration von Produktionsmitteln in den Händen einer kleinen exportorientierten Elite, Ausbau freier Produktionszonen. Im Sozialbereich: Verstärkter Abbau der Grundversorgungen in Gesundheit und Bildung, kombiniert mit verstärkter Privatisierung.

Aber die AL wurde vor allem auch von den verarmten Sektoren gewählt, die im neoliberalen Modell der 90er Jahre noch weiter an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden. Alemán stand all die Jahre sowohl in Opposition zum Sandinismus wie auch zur Chamorro-Regierung. Er präsentiert sich als neuer Hoffnungsträger, der die Misere nicht zu verantworten hat, als starker Mann, der durchgreifen will und kann.

Fehler der FSLN

Der Erfolg der AL beruht aber auch darauf, daß die FSLN seit der Wahlniederlage 1990 nicht in der Lage war, sich als Alternative zu präsentieren. Sie hat unter Beweis gestellt, daß ihre Politiker und Parteikader genauso korrupt sind, wie die anderen Politiker auch. Die Piñata von 1990, die Bereicherung an Staatseigentum, wurden von der FSLN nie aufgeklärt, geschweige denn sanktioniert. Damit hat sie sich gegenüber der Bevölkerung großen Schaden zugefügt und die moralische Autorität verloren, die sie einmal hatte.

Innerparteilich hat die FSLN trotz gegenteiliger Beteuerungen ihre vertikalen, autoritäten Strukturen nicht verändert. Zu den neuen sozialen Bewegungen haben sie ein instrumentelles Verhältnis.

Das Wirtschaftsprogramm der FSLN unterscheidet sich nicht wesentlich von dem der AL. Exportförderung als zentraler Hebel der wirtschaftlichen Reaktivierung, Kredite für die kleinen und mittleren ProduzentInnen, ohne zu sagen, wo das Geld dazu herkommen soll. Förderung und Ausbau freier Produktionszonen (Maquila). Vor den Wahlen erscheinen in der FSLN-Zeitung Barricada plötzlich Artikel über die Vorteile, die die Maquila Nicaragua gebracht haben soll. Sicherlich ist es gegenwärtig nicht möglich, in Nicaragua umfassende Alternativen zum Neoliberalismus zu entwickeln. Aber die sozialen Bewegungen und die Sektoren der Kooperativenbewegung haben in den letzten Jahren Erfahrungen auf organisatorischem, ökonomisch-technischem und sozialem Gebiet gemacht, die durchaus Elemente von Alternativen enthalten, die heute umsetzbar sind. Obwohl tausende von FSLN-Mitgliedern Träger dieser Prozesse sind, sind sie vom Parteiapparat nicht im Sinne eines Lern- und Erneuerungsprozesses genutzt worden.

Eine der interessantesten Entwicklungen des Wahlkampfes war der rasante Stimmenzuwachs der FSLN. Bis zum Parteikongreß im Mai 96 lag die FSLN in der WählerInnengunst noch bei etwa 25%. Mit der Aufstellung eines nicht-sandinistischen Viehzüchters als Vizepräsidentschaftskandidat erlangte die FSLN mehr Glaubwürdigkeit bei vielen kleinen, mittleren und großen ProduzentInnen. Hinzu kam dann noch das Bündnis mit der Ex-Contra ("Resistencia"), das Mitte September von 4.487 Personen unterschrieben wurde. Zwischen Mai und Oktober erreichte die FSLN einen Stimmenzuwachs von ungefähr 13%, mehr als jede andere Partei oder gar Allianz. Viele fragen sich, warum diese Politik erst für die Wahlen eingeschlagen wurde und nicht schon vorher. Andere werden durch das Bündnis mit den Unternehmern verunsichert, das mit sehr vielen Kompromissen in der Wirtschaftspolitik erkauft wurde. Viele kleine Bauern, BäuerInnen, Kooperativen und ArbeiterInnen fragen sich, wo sie in dieser Konstellation noch Platz finden. Die erneute Wahlniederlage der FSLN wird mit Sicherheit verstärkt Diskussionen um strukturelle, inhaltliche und personelle Veränderungen in der Partei auslösen.

Otmar, Managua 3.11.96

28. Kein Volkskrieg in Mexiko! Antwort auf "Konstruktiver Umgang mit der EPR" (ak 395)

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Diskussion; Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:37

Verwirrung um Mexiko. In den deutschen Medien tauchten in den letzten Wochen vereinzelte und unzusammenhängende Meldungen über eine neue Guerillagruppe auf, die Militärposten und Polizeieinheiten angriff. Mehrere Dutzend Soldaten wurden durch die KämpferInnen der EPR erschossen. (1) EPR heißt das Kürzel der "Revolutionären Volksarmee", die hauptsächlich in den Bundesstaaten Guerrero und Oaxaca an der südlichen Pazifikküste, aber auch in anderen Landesteilen operiert. In ak 394 versuchte ich, Hintergründe der neuen Guerilla zu beleuchten. Die Chile AG Braunschweig entgegnete in ak 395: "Die Artikel (...) haben einen hohen Informationswert; leider beinhalten sie aber auch Aussagen, die u.E. diskussionsbedürftig sind." Darüber besteht kein Zweifel: Das Auftauchen der EPR wirft eine ganze Reihe von Fragen auf und kompliziert das politische Panorama in Mexiko erheblich.

Was sind nun die Streitpunkte oder die Unterschiede in der Einschätzung? "Die Überschrift ‚Bewaffneter Volkskrieg?` (signalisiert), daß der Verfasser sich nicht gerade konstruktiv mit der EPR und der zugespitzten politischen Lage im Land auseinandersetzen möchte", tadelt die Chile AG die Wahl des Titels meines Artikels. "Unseres Wissens nach hat niemand zum Volkskrieg in Mexiko aufgerufen, auch nicht die EPR", führt sie weiter aus. Nun leuchtet mir die Argumentation zwar nicht ein - was hat die Überschrift "unkonstruktives" an sich? - aber entgegnen möchte ich dennoch zumindest dies: Es ist unwichtig, ob der Terminus "Bewaffneter Volkskrieg" in Erklärungen der EPR auftaucht oder nicht. Entscheidend ist dagegen, welcher politisch-militärischen Handlungsmaxime die neue Guerilla folgt. Und in dieser Hinsicht stehe ich mit meiner Einschätzung, daß es sich um die Strategie des "Bewaffneten Volkskrieges" handelt, nicht allein:

"In den vergangenen Wochen zeichnet sich immer mehr das Bild einer Guerilla ‚alten Stils` ab. (...) Ihre Strategie scheint sich auf die Theorie des ‚verlängerten Volkskrieges` zu stützen. Aus einer anfänglich defensiven Einstellung heraus soll in einem zweiten Schritt das Kräftegleichgewicht mit den offiziellen Streitkräften erreicht werden, um letztlich mit der Unterstützung der Bevölkerung den allgemeinen Aufstand erfolgreich durchführen zu können." So skizziert auch Gerold Schmidt, Mexiko-Korrespondent der jungen Welt und Mitarbeiter der Lateinamerika-Monatszeitschrift ILA, die Strategie der EPR. Und in Mexiko wird dies von vielen Kommentatoren der Linken ähnlich betrachtet. Das Fragezeichen habe ich übrigens hinter den "Bewaffneten Volkskrieg in Mexiko" gesetzt, weil nach wenigen Wochen noch niemand sagen kann, wie sie die EPR weiter entwickeln wird.

Handlungsmöglichkeiten der Linken

Handelt es sich bei der Kontroverse um einen Streit um Begriffe? Wenn dies so wäre, könnten wir uns die Debatte und den LeserInnen des ak rechthaberische Entgegnungen ersparen. Aber es geht nicht um Worte, sondern um die politische Einschätzung der Situation in Mexiko und um die Handlungsmöglichkeiten der Linken. Und deshalb ist eine Diskussion notwendig, nicht zuletzt, weil die Solidaritätsarbeit in der Bundesrepublik davon betroffen ist.

Es ist falsch, daß ich "der EZLN alles andere unterordnen möchte", wie mir die Chile AG weiter vorwirft. Vielmehr stehen sich in Mexiko in Gestalt der EPR und der EZLN zwei politisch-militärische Strategien gegenüber, deren Erfolgsaussichten unterschiedlich zu bewerten sind. Auf der einen Seite stehen die Zapatistas, die für den Aufbau einer breiten, pluralen und zivilen Oppositionsbewegung kämpfen, um das System der Staatspartei aus den Angeln zu heben. Sie erklären in einem Kommuniqué, das an die "Kämpfer und Führer der EPR" gerichtet ist: "Was wir brauchen, sind nicht Waffen, Kämpfer oder militärische Aktionen. (...) Was wir suchen, was wir brauchen und wollen ist, daß all die Menschen ohne Partei und Organisation sich darüber einig werden, was sie nicht wollen und was sie wollen, und daß sie sich organisieren, um das zu erreichen (vorrangig auf zivilen und friedlichen Weg), nicht um die Macht zu übernehmen, sondern um sie auszuüben." (2) Auf der anderen Seite steht die EPR, deren Strategie vorrangig militärisch zu sein scheint, obwohl sie den legalen Kampf und nicht einmal die Wahlteilnahme ausschließt: "Die EPR strebt eine ‚Zuspitzung des revolutionären Kampfes` an und ruft alle sozialen Gruppen und Organisationen, ‚ob legal oder

klandestin` zur Bildung einer ‚einzigen historischen Kraft` auf und zu einem ‚triumphalen Volksaufstand`, aus dem dann eine ‚revolutionäre Regierung' hervorgeht." (3)

Die Chile AG mutmaßt, ich bestritte die "Legitimität des bewaffneten Kampfes". Das ist falsch und geht auch aus meinen Artikeln nicht hervor. Wer könnte die Legitimität des bewaffneten Kampfes vor den gesellschaftlichen Bedingungen Süd-Mexikos leugnen? Egal ob in Chiapas, Oaxaca, Guerrero, Veracruz, Puebla oder Tabasco, überall in den südlichen Landesteilen Mexikos (und nicht nur dort) agieren Todesschwadrone gegen Aktivisten unabhängiger Bauernorganisationen. Die korrupten PRI-Machthaber und Grundbesitzer setzen Militär und Polizei ein, um die Bevölkerung einzuschüchtern, und sind verantwortlich für tägliche Menschenrechtsverletzungen und hunderte von politischen Morden. Oppositionelle Ansätze der Basisorganisierung von Indígenas, Landarbeitern und der demokratischen Kräfte werden brutal unterdrückt. In einer solchen Situation steht die Legitimität von bewaffnetem Widerstand, der oftmals pure Selbstverteidigung gegen Übergriffe der staatliche Machtorgane ist, für die Linke nicht in Frage. Aber auf welche Weise, zu welchem Zweck und zu welchem Zeitpunkt bewaffnete Aktionen durchgeführt werden, das ist allerdings eine Diskussion wert. Und damit sind wir am entscheidenden Punkt der Debatte angelangt.

Zivile Opposition vor militärischer Eskalation

In meinen Artikeln weise ich daraufhin, daß die bewaffneten Aktionen der EPR der Anlaß einer Welle der Militarisierung und Repression in ganz Mexiko sind. Gerade der Artikel der Chile AG beschreibt die Menschenrechtsverletzungen der letzten Wochen eindringlich. Oppositionelle aller linken Organisationen - ob FAC-MLN, Sympathisanten der EZLN, PRD-Anhänger oder Aktivisten sozialer Bewegungen - werden verhaftet, gefoltert und ermordet. Zwei ohnehin an Kraft gewinnende Entwicklungen werden so verstärkt: Das Machtzentrum innerhalb des herrschenden Regimes wird in Richtung Militär und "linea dura" - der harten Linie - verschoben. Diese Kräfte wollen die Opposition durch Repression ersticken und sind nicht verhandlungsbereit. Andererseits verlieren die sozialen, zivilen Bewegungen an Kraft, weil die Einschüchterungsstrategie gegenüber den Aktivisten Wirkung zeigt.

Doch es war bisher genau diese zivile Opposition, die erheblich dazu beigetragen hat, daß das Militär die EZLN nicht angegriffen und in eine militärische Auseinandersetzung gezogen hat, die die Zapatistas und auch keine andere Guerillagruppe gewinnen können. Die militärische Eskalationsstrategie der EPR verstärkt so die Gefahr einer offenen Auseinandersetzung zwischen den Guerillagruppen und der Regierungsarmee. Die zivile Opposition würde in diesem Fall zerrieben werden, was die Aussicht auf einen realen Wandel in Mexiko zerstören würde. Oder glaubt die Chile AG wirklich daran, daß einige hundert, oder vielleicht einige tausend Guerillas die von den USA massiv unterstützte mexikanische Bundesarmee militärisch besiegen könnte? Und wenn ja, dann bleibt zu fragen: Zu welchem Preis?

"Nach der unausgesprochenen Logik des Verfassers müßte die übrige mexikanische Linke im Land stillhalten, um die (Regierungs-)Verhandlungen mit der EZLN nicht zu gefährden", kommentiert die Chile AG meine Befürchtung vor einer militärischen Eskalation. Doch die Logik der Chile AG scheint sich nur in militärischen Kategorien zu bewegen, denn genau das Gegenteil erscheint mir notwendig. Die mexikanische Linke muß sich mobilisieren, um den Dialog in Chiapas weiterhin zu ermöglichen und viel mehr als das: Nur durch eine massive Mobilisierung rückt das Ende der Herrschaft der Staatspartei in Mexiko näher, allerdings spreche ich von einer zivilen Mobilisierung. Militärische Aktionen erscheinen mir im momentanen Kontext nur dann sinnvoll, wenn diese der zivilen Mobilisierung Impulse verleihen, und das ist bei den Aktionen der EPR eindeutig nicht der Fall.

Die autoritären Strukturen zerschlagen!

Alle politischen Initiativen der EZLN zielen dagegen seit 1994 darauf ab, die Selbstorganisation und die Einheit in Vielfalt der sozialen Bewegungen zu stärken: Die Convención Nacional Democrática (CND) im August 1994, die Consulta Nacional e Internacional im Sommer 1995, das Foro Nacional Indígena im Januar 1996, der Aufruf zu Bildung des Movimiento de Liberación Nacional (MLN) Anfang 1996, die Realisierung des Encuentro Intercontinal im Juli/August dieses Jahres und der permanente Versuch, den formellen (und nicht besonders fruchtbaren) Dialog mit der Regierung in einen wirklichen Dialog der Oppositionskräfte zu verwandeln, um diese zu stärken - es geht den Zapatistas um die Entwicklung des Selbstbewußtseins, der Koordination und Selbstorganisation der zivilen Opposition in Mexiko und darüber hinaus. Warum diese Strategie eine so große

Bedeutung hat, läßt sich leicht erklären, wenn man einen Blick auf die konkreten Machtverhältnisse in Mexiko wirft.

In Mexiko herrscht ein "Bürgerkrieg niedriger Intensität", der zu Eskalieren droht. Dabei sind die Fronten nicht so klar, wie sie auf den ersten Blick erscheinen. Zu heterogen und zerrissen sind die vielfältigen Macht- und Einflußgruppen, die sich gegenüberstehen: Nicht nur klar definierte Klasseninteressen lassen sich ausmachen, sondern auch ethnisches Konfliktpotential, regionaler Caudillismo gegen die Zentralgewalt, religiös motivierte Auseinandersetzungen ... Doch das Hauptproblem ist der riesenhaft aufgeblähte, durch und durch korrupte Apparat der Staatspartei, der eng mit der staatlichen Verwaltung verflochten ist. Die PRI verfügt immer noch über ein ausgeklügeltes und umfassendes System der korporativen Kontrolle über die mexikanische Gesellschaft, auch wenn die Staatspartei zunehmend zerfällt. Aber deutlich ist doch: Mexiko wird nicht beherrscht von einer kleinen Clique von Herrschenden, die sich lediglich auf den Repressionsapparat stützt und ansonsten isoliert ist und in der Luft hängt, wie etwa das Batista-Regime auf Kuba vor 1959 oder das Somoza-Regime in Nikaragua vor 1979. Die Machtausübung über die Gesellschaft ist in Mexiko vielmehr äußerst komplex. Durch ein paar militärische Attacken einer Guerilla läßt sich diese Gesellschaft nicht von der Staatspartei befreien. Dazu bedarf es vielmehr einer umfassenden und vielfältigen Selbstorganisation von unten. Nur so können die autoritären Strukturen zerschlagen werden. Wenn dies nicht gelingt, droht Mexiko eine Katastrophe des sozialen und politischen Verfalls. Wenn die bewaffneten Konflikte sich in Mexiko zu einem Flächenbrand entwickeln, dann werden Zehntausende von Menschen in den Tod getrieben, ohne daß sich Entscheidendes für die sozialen und politische Belange der Campesinos, Indígenas und der städtischen Unterschichten erreichen ließe. "Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit", die Forderungen, für die sich sowohl die Zapatistas als auch die EPR erhoben haben, verschwänden im grausamen Szenario einer "violencia". Deshalb kann die Perspektive der Linken nur heißen: Kein Volkskrieg in Mexiko!

Boris Kanzleiter

Anmerkungen:

(1) Die letzten Aktionen der EPR nach dem Ende eines vierwöchigen einseitigen Waffenstillstandes am 27.10.96 waren am 28.10. Angriffe in Ocoyoacac el Zarco, Teotihuacán und Chilpancingo. Am 29.10: Beschuß der Bundespolizei-Kaserne in Cocuca de Catalán, Guerrero. Am 30.10: Hinterhalt gegen Polizei-Einheiten auf der Straße Oaxaca-Stadt - Tehuantepec. Am 31.10: Angriff auf eine Polizei-Kaserne in Coacalco und am 1.11. eine bewaffnete Propagandaaktion in San Pablo Machuilxóchitl. Insgesamt fügte die EPR durch ihre Aktionen der Polizei und dem Militär in den fünf Tagen mindestens 21 Tote und zahlreiche Verletzte zu. Über die Verluste der EPR ist nichts bekannt.

(2) Kommuniqué des CCRI-CG/EZLN, 29.8.96.

(3) Land und Freiheit, Nr.28 (30.9.96), S.7.

... daß unser Kampf verschieden ist

In einem Interview mit Mayor Moisés, das Kitty Schmidt am 17.9.96 in Chiapas führte, äußerte sich der Vertreter der EZLN-Kommandantur zur EPR. Die von uns veröffentlichten Auszüge verdeutlichen die Differenzen, die zwischen beiden Befreiungsbewegungen bestehen.

Hinsichtlich der EPR habt ihr gesagt, daß sie nicht eure Rivalen und nicht eure Feinde sind, aber ihr habt auch sehr klar ausgedrückt, daß ihr nicht ihre Unterstützung wollt und daß ihr nicht zusammengehen werdet. Welches sind die Gründe für diese Entscheidung?

Es ist so, daß wir einen Vertrag haben mit der mexikanischen Zivilgesellschaft, und jetzt auch mit der Welt. Es gibt eine internationale Consulta. Das ist die Arbeit, die wir machen müssen. Die Unterstützung, die uns die EPR geben will, ist militärisch. Das ist jetzt nicht unser Ding.

Aber ihr habt gesagt, ihr wollt die Unterstützung auch nicht für den Fall, daß es wieder Krieg gibt.

Ja, denn es ist so: Falls Armee und Regierung uns wieder in eine Kriegssituation bringen, bis zur Vernichtung, wie sie das wollen, dann sollen sie nicht sagen können: "Wegen der Unterstützung durch die EPR!" Denn was für eine Unterstützung soll das sein? Sie kämpfen und wir kämpfen auch. Wir sagen: Was uns das mexikanische Volk und die Welt sagt, werden wir befolgen, wie 1994 und 1995, wo wir nicht angegriffen

haben, obwohl wir das jetzt vielleicht gerne tun würden. Aber wenn das Volk sagt, es muß verhandelt werden, dann werden wir verhandeln.

Zur Verteidigung der EPR muß man sagen, daß ihr Kampf korrekt ist, denn die Regierung löst nichts. Aber was wir verstehen müssen, ist, daß der bewaffnete Kampf nicht das einzige Mittel sein darf. Die EPR will nicht verhandeln. Wenn wir ihre Unterstützung annehmen, fällt das auch auf uns zurück. Sie sollen kämpfen, wie sie denken, und wir werden auch kämpfen, wie wir denken, mit dem Volk. Das haben wir herausgestellt, daß unser Kampf verschieden ist.

Die Situation, die sich jetzt stellt, ist, daß die EPR offensichtlich in Chiapas präsent ist, in zapatistischen Gebieten. Was bedeutet das für die Situation im Bundesstaat und für euch?

Wir haben der EPR gesagt: Ihr habt euch gezeigt und habt nicht einmal angegriffen. Jetzt seid ihr verschwunden, aber die Regierung und die Armee benutzen das jetzt als Vorwand gegen uns. Wenn wir uns auf das Recht berufen, sagen sie: Nein, hier ist die EPR gesichtet worden. Das haben wir der EPR gesagt. Sie haben uns öffentlich geantwortet, daß sie ihre Aktionen hier einstellen werden.

Vor kurzem hat die EPR aber nochmals bewaffnete Aktionen zur Selbstverteidigung in Chiapas nicht ausgeschlossen. Ist das nicht für die EZLN sehr heikel?

Sie müssen ihre Entscheidung treffen, das ist es, was wir sagen. Wenn sie das machen wollen, na dann...

... dann wird das auch euch treffen.

Vermutlich, klar. Deswegen sagen wir das im vorneherein: Es passiert, daß man in einem Krieg einen Fehler macht, aber man darf ihn nicht noch einmal machen. Und das andere, wo wir uns von ihnen unterscheiden, ist, daß sie sagen, sie kämpfen für die Macht und wir nicht. Wir wollen, daß das Volk die Macht ausübt.

Damit sind wir gleich bei der nächsten Frage: Die EPR sagt, daß sie die Macht wollen und beziehen sich auf den "langen Volkskrieg". Ihr habt gesagt, daß euer Vorschlag radikaler ist. Aber das bleibt für viele sehr vage. Könnt ihr etwas sagen über eure Vision für ein befreites Mexiko und wie der Aufbau dieses "neuen Vaterlandes" aussehen soll?

Wir haben schon seit längerem gesagt, daß wir keine Führer sein wollen, ich will mich nicht in das Haus des Präsidenten der Republik setzen, damit ich dann sage, wir machen jetzt dies oder das. Das ist das System, das sie uns viele Jahre gezeigt haben. Wir wollen jetzt, daß das Volk wirklich mitdenkt, mitarbeitet, analysiert, denn dazu dient es doch, daß wir lesen und schreiben können. Aus den Tausenden oder Millionen Meinungen, daraus müssen die Überlegungen entstehen. Wer hat das jemals gemacht? Wenn Du anfängst, in den Geschichtsbüchern zu suchen, wirst Du das niemals finden.

Kitty Schmidt

29. "Spiel mit dem Feuer". Interview mit dem israelischen Historiker Ilan Pape

Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:07

Ilan Pape ist einer der "neuen Historiker" Israels, die sich der Beseitigung der Legenden insbesondere über die Zeit der Gründung des Staates Israel angenommen haben. Mit Ilan Pape sprach Max Böhnel in Jerusalem.

Worauf ist es Ihrer Auffassung nach zurückzuführen, daß sich die Beziehungen zwischen Israel und den Palästinensern sowie zwischen Israel und der arabischen Welt seit dem Wahlsieg der Likud-Regierung so rapide verschlechterten?

Ich denke, daß die Ursache in der politischen Zusammensetzung der Likud-Koalition besteht. Netanjahu und seine Koalitionspartner versuchen, den Israelis und der Welt nachzuweisen, daß die Osloer Vereinbarungen ein Fehler sind. Die drei Monate Netanjahu-Regierungspolitik bestanden aus einer Serie bewußter Provokationen gegenüber den Palästinensern. Die Öffnung des Tunnels neben der Al-Aqsa-Moschee war einfach nur die jüngste und explosivste.

Diese Politik hat wenig zu tun mit Netanjahus angekündigtem "Frieden mit Sicherheit". Netanjahu will beweisen, daß der in Oslo beschlossene Verhandlungsprozeß sinnlos ist. Er führt mit den Palästinensern eine politische Krise herbei, um einen Vorwand zur Neuverhandlung von "Oslo" zu haben. Das ist der Grund für die Verzögerung der Truppenverlagerung in Hebron. Das meint der Likud, wenn er Syrien vorschlägt, er wolle Verhandlungen "ohne Vorbedingungen", das heißt Verhandlungen ohne die israelische Zusage, sich von den Golan-Höhen zurückzuziehen. Netanjahu sagt den Palästinensern und Arabern einfach: Laßt uns von vorne anfangen.

Welche Gründe hat Netanjahu dafür?

Ich finde keine andere Antwort als die, daß er jede Konfliktlösung mit den Palästinensern ablehnt, die auf der Grundlage von Oslo beruht. Netanjahu ist nicht einfach nur ein inkompetenter oder unerfahrener Politiker, sondern ein ideologischer Hardliner. Das macht ihn um so gefährlicher.

Soll das heißen, Netanjahu habe es auf die jüngsten Zusammenstöße in den besetzten Gebieten angelegt?

Nein, soweit würde ich nicht gehen. Netanjahu wollte die Stimmung in den Gebieten anheizen, um einen Vorwand für die Verzögerung des Hebron-Rückzugs und für die langsame Aushöhlung von Oslo zu haben. Die Reaktion der Araber, besonders die Arafats, hat er aber unterschätzt. Netanjahu wollte in der Westbank und in Gaza ein bißchen zündeln. Aber daß Arafat Öl ins Feuer gießt und daß der Friedensprozeß völlig blockiert wird, das hat er nicht erwartet.

Arafat hat Öl ins Feuer gegossen - ein schwerwiegender Vorwurf. Glauben Sie, daß Arafat seiner Polizei angeordnet hat, auf israelische Soldaten zu schießen?

Nein. Aber die palästinensischen Polizeikräfte bestehen weitgehend aus PLO-Kämpfern und Fatah-Aktivisten. Von daher ist voraussehbar, daß sie auf jeden Fall das Feuer erwidern werden, wenn israelisches Militär auf palästinensische Zivilisten schießt. Netanjahus Unfähigkeit, das vorauszusehen, ist Beweis für seine politische Unerfahrenheit und Inkompetenz.

International und in der arabischen Welt hat sich ein Konsens herausgebildet, der auf dem Madrider und Osloer Verhandlungsprozeß sowie auf der Formel "Land für Frieden" beruht. Aber wenn Netanjahu dieses Konzept einseitig verändern will, dann folgen daraus zwangsläufig Konflikte mit den arabischen Staaten. Ist Netanjahu wirklich darauf vorbereitet, dieses Risiko einzugehen?

Das weiß ich nicht. Ich beobachte jedenfalls, daß sich viele Israelis psychologisch auf einen neuen Krieg vorbereiten, obwohl ihn niemand will. Das ist das alarmierendste Anzeichen dieser neuesten Krise.

Halten Sie in nächster Zukunft einen Krieg im Nahen Osten für möglich?

Zur Zeit erleben wir einen Schwenk von der Friedensdiplomatie zur militärischen Option. Die meisten Israelis sind sich bewußt, daß die politischen Führungseliten in den arabischen Nachbarländern pragmatisch denken

und daß sie keinen Krieg mit Israel wollen. Und doch haben die jüngsten Auseinandersetzungen in den besetzten Gebieten eine Art Wiederbelebung panarabischer Ambitionen in der Palästina-Frage bewirkt: in Ägypten, Jordanien und Syrien.

...was für viele Israelis Anlaß zur Besorgnis ist.

Seit Begins Wahlsieg im Jahr 1977 bildete sich in Israel ein politischer Konsens heraus, der besagte, Israel habe es mit zwei Konflikten zu tun: Einer mit den Palästinensern und ein anderer mit den arabischen Staaten. Die Israelis sind sich uneinig, ob die Palästina-Frage gelöst werden kann, und manche denken dabei an einen palästinensischen Staat neben Israel. Aber über den Konflikt mit den Arabern wird quer durchs politische Spektrum kaum diskutiert.

Die meisten Israelis glauben dabei an eine Lösungsmöglichkeit, denn der Konflikt mit den arabischen Staaten schien während der letzten 20 Jahre mit dem Palästina-Konflikt nichts mehr zu tun zu haben. Nach der herrschenden Auffassung in Israel gab es den arabisch-israelischen Krieg von 1973 nicht wegen Palästina, sondern wegen der syrischen und ägyptischen Versuche, die 1967 verlorenen Gebiete zurückzuerobern. Als Israel 1992 versuchte, die PLO im Libanon zu zerstören, erfuhren die Palästinenser kaum Hilfe aus der arabischen Welt. Während der Intifada machten die Araber noch weniger. Daraus zogen die meisten Israelis den Schluß, daß Israels Beziehungen zu seinen arabischen Nachbarstaaten von der Palästina-Frage abgekoppelt seien. Die jüngsten Auseinandersetzungen haben die Verbindung wiederhergestellt. Mubarak sagt, daß es zu einer regionalen "Katastrophe" kommt, wenn die Osloer Vereinbarungen nicht umgesetzt werden; König Hussein spricht von seinen "dunklen Visionen", wenn der Friedensprozeß zusammenbricht. Syrien bewegt seine Truppen im Libanon.

Alle - einschließlich Netanjahu - spielen plötzlich mit dem Feuer, und es dreht sich um die Palästina-Frage. Aber dabei verbrennt man sich schnell die Finger.

30. Mexiko: Lage bleibt instabil. Politbarometer schlägt vorsichtig nach links aus

Autor: Jörn Boewe · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:35

Der 17. Parteitag der mexikanischen Regierungspartei PRI (Partei der Institutionalisierten Revolution - seit 1929 Staatspartei) Ende September stand im Zeichen einer scharfen Kritik der Parteibasis an der neoliberalen Wirtschaftspolitik der Zedillo-Regierung. Die Parteilinke (die Strömung "Democracia 2000"), die Gewerkschaften und der "soziale Sektor" konnten dem Kongreß ihren Stempel aufdrücken. Und dies, obwohl sich die momentane wirtschaftliche Situation für die Regierung gar nicht so ungünstig darstellte. Die ökonomische Konjunktur beim Big Brother im Norden erlaubte der US-Bundesbank, die Leitzinsen zu senken, was zu einer Entlastung des mexikanischen Budgets führte. Weiteren Spielraum gewann die Zedillo-Regierung dank des auf 25 US-$ je Barrel gestiegenen Ölpreises (das mexikanische Budget war auf der Grundlage eines durchschnittlichen Preises von 16 US-$/Barrel kalkuliert worden). Aber diese glücklichen Umstände konnten offensichtlich kein wirkliches Vertrauen in die Wirtschaftsstrategie des Kabinetts hervorzaubern - nicht einmal in der eigenen Partei.

Privatisierungsrückschlag

Das zentrale wirtschaftspolitische Projekt der Zedillo-Regierung - die Privatisierung des staatlichen Erdölunternehmens PEMEX - wurde unter dem Druck breiter Sektoren der PRI, vor allem der mächtigen Ölarbeitergewerkschaft, erheblich modifiziert. Damit reagierte die PRI auf die machtvolle, vorwiegend außerparlamentarische Antiprivatisierungskampagne der linken PRD (Partei der Demokratischen Revolution), die Anfang diesen Jahres vor allem im Bundesstaat Tabasco zu ernsten Konfrontationen zwischen Privatisierungsgegnern und Sicherheitskräften geführt und das Thema PEMEX zu einer nationalen Frage ersten Ranges gemacht hatte. Energieminister Reyes Heroles mußte seinen ursprünglichen Plan, das Unternehmen zu 80% zu privatisieren, widerrufen und die mögliche Beteiligung ausländischer Investoren bei PEMEX auf 49% begrenzen. Damit dürfte er den Finanzminister Ortiz Mena in eine schwierige Situation gebracht haben, hatte dieser doch im September gegenüber IWF und Weltbank noch versprochen, die Regierung werde die Privatisierung beschleunigen. Offenbar sieht Zedillo, daß seine Regierung die Unterstützung der Partei benötigt und ist deshalb zu solchen Zugeständnissen an die "revolutionär-nationalistischen", populistischen Sektoren der PRI bereit, deren Diskurs den Parteitag weitgehend beherrschte.

Aus dem Lager des Big Business kamen dagegen kamen teilweise drastische Töne. Der Präsident des Unternehmerrates für internationale Angelegenheiten (CEMAI), Juan Elek, erklärte, die Regierung habe ihr Wort gebrochen und werde nun die Geschäftsleute verschrecken. Guillermo García, früherer Präsident des Mexikanischen Institutes der Chemischen Industrie, schlug in dieselbe Kerbe: private Investoren würden kaum Lust haben, minority shareholders in bürokratischen Staatsbetrieben werden zu wollen. Auch Hans Peter Stihl, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, meldete sich zu Wort: potentielle Investoren würden nunmehr überlegen ihre Strategie zu ändern und in andere Länder zu gehen, in denen man Privatisierungen offenherziger gegenüber stehe. Sollte er damit tatsächlich die Haltung der großen deutschen Chemiekonzerne zum Ausdruck bringen, könnte angesichts ihrer Stellung in der mexikanischen Ökonomie ein Problem für Zedillo entstehen. Dem widerspricht allerdings die Reaktion des deutschen Botschafters in Mexiko, Horst Palenberg, der erklärte, die neue Regelung sei eine Verbesserung und würde deutsches Kapital zur Beteiligung an Joint-ventures ermuntern. Fidel Velázquez, Führer der PRI-Gewerkschaften, und die linke PRD begrüßten die Neuregelung hingegen als Fortschritt.

Interessant sind einige Veränderungen in der Parteiführung. Der frühere Innenminister und enge Vertraute Zedillos, Moctezuma, wurde ins Nationale Exekutivkomitee der Partei geholt und mit einer einflußreichen Funktion betraut. Moctezuma, der im Februar 1995 während der militärischen Offensive gegen die EZLN als Innenminister zurückgetreten war, gilt als "Taube", d.h. Befürworter von Verhandlungen mit den chiapanekischen Aufständischen und gleichzeitig als Bindeglied zwischen Zedillos Technokratenclique und den Parteiaktivisten alten Schlages.

Wahlen in Guerrero

Im Bundesstaat Guerrero, wo im Sommer die Guerilla "Revolutionäres Volksheer" (ERP) auf der Bildfläche erschienen war, fanden am 6.10. Kommunalwahlen und Wahlen der lokalen Kongreßdeputierten statt. Überraschenderweise erlebte der gewalttätigste und konfliktgeladenste mexikanische Bundesstaat seine friedlichsten Wahlen seit langem. Das ERP hatte eine einseitige, vierwöchige Feuerpause verkündet. Dennoch blieb die Wahlbeteiligung mit 35% äußerst gering, was teils an einer zunehmenden politischen Apathie in den ländlichen Elendsregionen, teils an den heftigen Unwettern der Regenzeit und teils am Mangel an Glaubwürdigkeit sämtlicher politischer Parteien liegen mag. Die PRI konnte sich zwar als stärkste Partei behaupten, mußte aber Verluste einstecken, von denen vor allem die Linke profitierte. Die PRI gewann 53 von 75 Bürgermeisterämtern und 30 von 45 lokalen Kongreßdeputierten. An die linke PRD gingen 19 Städte und 12 Deputierte (das sind 6% mehr als bei den letzten Wahlen). Die rechte PAN (Partei der Nationalen Aktion) gewann einen Bürgermeisterposten (in Taxco, einer gutbetuchten Stadt) und zwei Deputierte, die trotzkistische PRT (Revolutionäre Arbeiterpartei) konnte zwei Bürgermeisterposten gewinnen. Die nächsten Kommunalwahlen werden im November im Estado de Mexico stattfinden, wo ein Kopf-an-Kopf-Rennen der drei großen Parteien PRI, PRD und PAN erwartet wird.

Zapatistas machen Punkte

Der 2. Nationale Indigenakongreß, der von unabhängigen Organisationen, die mit der EZLN sympathisieren, am 11.10. in Mexico City durchgeführt wurde, brachte den Zapatistas einige Punkte. Die Regierung versuchte natürlich von Anfang an, eine Teilnahme der EZLN am Kongreß zu verhindern. Nachdem Subcomandante Marcos zunächst angekündigt hatte, an dem Treffen teilzunehmen und die Regierung für diesen Fall erwartungsgemäß seine Verhaftung ankündigte, einigten sich Guerilla und Kabinett offenbar stillschweigend auf einen Kompromiß. Die EZLN schickte ihre Kommandantin Ramona als Repräsentantin, und die Regierung sah sich genötigt, eine Sicherheitsgarantie für die schwer krebskranke Frau zuzusichern. Am 11.10. sprach sie auf einer Kundgebung vor dem Präsidentenpalast der Hauptstadt vor 25.000 SympathisantInnen. Derzeit unterzieht sie sich in einer Privatklinik in Mexico City einer medizinischen Behandlung.

Diese Geste der Regierung, der "Linksschwenk", den der PRI-Kongreß bedeutete, die Rückkehr des moderaten Moctezuma in den inner circle der Macht und ein jüngstes Treffen von Subcomandante Marcos mit der Kongreßkommission für Frieden und Aussöhnung (Cocopa) lassen eine baldige Wiederaufnahme der Gespräche zwischen EZLN und Regierung als wahrscheinlich erscheinen. Aber mindestens drei schwer einzuschätzende Elemente sind noch im Spiel: Auf der Rechten das Militär, das im Laufe der letzten drei Jahre eigene politische Ambitionen entwickelt hat, auf der Linken die maoistische EPR-Guerilla, die jüngsten Meldungen zufolge ihre Feuerpause beendet hat und wieder zu bewaffneten Aktionen übergegangen ist, sowie - gewissermaßen "über allem" - die Tendenz zum Gangstertum innerhalb der rivalisierenden Cliquen im Parteiapparat der PRI.

Jörn Boewe

31. Vom Politbarden zum Moralapostel. Vor 20 Jahren wurde Wolf Biermann aus der DDR ausgebürgert

Wolf Biermann wird 60. Vor 20 Jahren wurde er aus der DDR ausgebürgert

Autor: Angela Martin · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:41

Am 15. November wird Wolf Biermann 60 Jahre alt. Im November jährt sich auch seine Ausbürgerung aus der DDR: Vor zwanzig Jahren, am 16.11.1976, entzog ihm das Politbüro der SED die Staatsbürgerschaft. Biermann, der bereits seit 1965 striktes Aufführungsverbot in der DDR hatte, durfte nach der Übertragung seines Kölner Konzertes im bundesdeutschen Fernsehen, das auch auf 80% der DDR-Mattscheiben zu empfangen war, nicht mehr zurück in das Land seiner Wahl. Er ließ sich wieder in Hamburg nieder und wurde in den folgenden Jahren immer weniger beachtet - bis er sich nach der Wende als "moralische Instanz" in Sachen DDR und Stasi einen Namen zu machen suchte.

Kaum vorstellbar, die 70er Jahre, ohne Biermanns Lieder, ohne seine Kleine und seine Große Ermutigung, schon gar nicht ohne die Ermutigung ohne Adjektiv:

Du laß dich nicht verbrauchen

Gebrauche deine Zeit

Du kannst nicht untertauchen

Du brauchst uns, und wir brauchen

Grad deine Heiterkeit. (1)

Wer von den sogenannten "Alt-68ern" pfiff nicht gerne Biermanns Melodien. Bei seinen Liedern durfte man ein bißchen selbstmitleidig sein, um dann herzlich über sich selbst zu lachen: Biermanns Humor half über vieles hinweg. In China hinter der Mauer ließ sich herrlich auf West-Verhältnisse umdichten - viel zu verändern brauchte man da nicht -, und wer das Lied in Biermann-Art nachquiekte, wurde blitzschnell quietschfidel. Biermann traf die objektiven Probleme der West-Linken oft ziemlich gut und ihre subjektiven noch viel besser. Spätestens für die APO-Nachfolgegeneration war seine Lyrik unverzichtbare Aufbauliteratur im Kampfgepäck.

"Anarchistischer Individualismus", "Sensualismus", "Genußstreben" und "Gegnerschaft zum realen Sozialismus" - gerade das, was ihm die SED immer wieder vorwarf, machte Wolf Biermann beliebt. Denn er predigte Wein statt Wasser, und außer Brot, Schmalz und Ersatzkaffee kommen in seinen Balladen auch saftige, gepfefferte Steaks vor - "Ochsen in der Pfanne, nicht im Amte" zum Beispiel.

Seine Liebeslieder sind so zärtlich wie handfest. Nicht immer sind die geliebten Frauen in seiner Lyrik so selbstbewußt wie jene in der Ballade von der beißwütigen Barbara. Mitunter passierten Biermann auch Ausrutscher wie Bloß paar schnelle Sprünge weg vom Wege /legte ich ihr weißes Fleisch ins Gras. Immerhin verrät der Titel Von mir und meiner Dicken in den Fichten, daß eine Frau an diesem Fleisch dranhängt, und man glaubt gerne, daß auch sie das vergnügte Ficken in den Fichten genossen hat, wenngleich es ganz aus der Perspektive des Mannes geschildert wird:

Horden Mücken soffen sich von Sinnen

Stachen mich, weil ich ja oben schwamm Bis ein Wolkenbruch, ein schneller greller Uns in seine guten Arme nahm

Traubenschwere Wassertropfen fielen

Faul herab auf unsre heiße Haut

Und der wundermilde Guß von oben

Hat den großen Tod uns nicht versaut.

"Genußstreber" und "Pornograph"

Der SED-Führung gefiel solcherlei "Genußstreben" gar nicht. Auf dem 11. Plenum des ZK der SED im Dezember 1965 rügte nicht nur der Berichterstatter Erich Honecker die "stark pornographischen Züge" in Biermanns Lyrik. Noch weniger mochten die ZKler dessen Bürokratie-Kritik, zumal er in seiner Wortwahl nicht gerade zimperlich war. Von "Genossen im Schmalztopf der privilegierten Kaste" ist die Rede, an anderer Stelle nennt er die Führungskader "impotente, ausgelaufene Fässer", die "ideologische Wassersuppen" produzieren würden.

Da half es nicht, daß sich Biermann gleichzeitig immer wieder zum "besseren Teil Deutschlands" bekannte, zu seinem Wahlland DDR. Dort wurde er von Anfang an angefeindet. Schon sein erster großer Auftritt auf einer Lyriklesung junger Autoren in der Akademie der Künste im Dezember 1962 verärgerte die Staats- und Parteiführung. Dem Mentor der jungen Lyriker, Stephan Hermlin, trug die Veranstaltung ernsthafte Maßregelungen ein.

Trotzdem: Wolf Biermann wurde schlagartig bekannt und populär. Die Repressionen, mit denen man ihn auszugrenzen suchte - 1963 wurde er aus der SED ausgeschlossen, seit 1965 durfte er in der DDR nicht mehr öffentlich auftreten - schüchterten ihn nicht ein. In der BRD wurden seine Platten gut verkauft, und in der DDR kursierten seine Lieder auf Tonbändern oder in Abschriften. Gedruckt wurde in der DDR kein einziges Buch von ihm; die vier Bändchen mit Balladen, Gedichten und Liedern, die Biermann zwischen 1965 und 1972 veröffentlichen konnte, erschienen alle im Westen. (2)

Die SED verzieh ihm nicht, daß er "Kloakenbegriffe benutzt zur Besudelung der Partei der Arbeiterklasse, für deren hohe Ziele sein eigener Vater von den Faschisten ermordet wurde" - so Alexander Abusch 1965 auf dem 11. Plenum des ZK. Für derlei sei kein Platz in der sauberen und anständigen DDR, bestätigte Honecker auf der Tagung. Und der unvergleichliche Horst Sindermann fragte: "Könnte ein Volk den Absturz vertragen von Goethes ‚Edel sei der Mensch, hilfreich und gut` zu Biermanns Reimerei: ‚Es war einmal ein Mann, der trat in einen Scheißhaufen.` - Bei einem solchen geistigen Absturz müßte sich eine humanistische Nationalkultur den Hals brechen." (3)

Biermann reagierte, wie man besser nicht reagieren kann: mit Humor und scharfer Zunge. Er rüttelte weiter an der puritanischen Sexualmoral, machte sich über die Furcht der Bürokraten vor der Basis lustig und kritisierte den Mangel an Demokratie und die autoritären Herrschaftsformen in der DDR. Bald konnten die Teilnehmer des 11. Plenums eine in Westdeutschland gepreßte Schallplatte abhören, auf denen er sie sogar direkt ansprach. Das macht mich populär heißt das freche, in einer Strophe aber auch sehr traurige Lied über das ZK und sein 11. Plenum. Der Song ist noch immer sehr hörenswert.

Wenn ihr mich wirklich schaffen wollt

Ihr Herren hoch da droben

Dann müßt ihr mich ganz öffentlich

Nur LOBEN LOBEN LOBEN

Ihr seid im Volk ja so beliebt

Ein Kuß von eurem Munde

Macht den Geküßten todeskrank

- So küßt mich doch, ihr Hunde!

Küßt mich, bestecht mich, liebt mich heiß

Greift tief in eure Tasche

Gebt mir den Nationalpreis - und

Versteht sich, Erster Klasse!

Horst Sindermann ("Ach Sindermann, du blinder Mann / Du richtest nur noch Schaden an") erhielt sogar eine Extra-Strophe.

Biermann machte Mut, weil er - trotz aller Schikanen - nicht zum Antikommunisten wurde. Als er 1974 ein Angebot erhielt, er dürfe in den Westen ausreisen, lehnte er empört ab. Zwei Jahre später erhielt er für eine Tournee in der BRD ein West-Visum, das ihm 1974 und 1975 verweigert worden war. Am 13. November 1976 trat er in Köln vor 7.000 ZuschauerInnen auf und erlebte den wahrscheinlich größten Erfolg seines Lebens. Drei Tage später erfuhr er - zufällig, aus dem Autoradio - von seiner Ausbürgerung. Ob er vorher gewarnt worden ist, wie in den letzten Monaten behauptet wurde, ist nicht klar. (4)

Doch wie auch immer - dieser Schritt der Parteiführung schädigte Biermann, aber ebenso die DDR-Kulturpolitik, die dadurch in eine schwere Krise geriet. Zwölf prominente Schriftsteller, darunter Stephan Hermlin, Stefan Heym und Christa Wolf, übermittelten der SED-Führung am 17.11. einen Protestbrief gegen die Ausbürgerung; bis zum 21.11. fand das Schreiben über 100 Unterzeichner. Das unbewegliche Politbüro reagierte jedoch nur mit weiteren Repressalien: Es gab Parteistrafen und -ausschlüsse, Publikationsverbote und ungewöhnlich schnelle Bewilligungen für Ausreiseanträge. In der Folge begann ein regelrechter Künstler-Exodus aus der DDR in den Westen.

Im "Exil"

Für Wolf Biermann war das Exil ein schwerer Schlag. Denn er erfuhr keineswegs nur Solidarität von den Kollegen aus der DDR. Harry Thürk z.B., der in Teilen der Ostberliner Linksszene wieder hoch gehandelt wird, schrieb im Neuen Deutschland, daß die Ausbürgerung "nicht etwa einen Schriftsteller oder gar Dichter betrifft, sondern einen ferngelenkten Politscharlatan, einen antisozialistischen ‚Blödelotto`". (5) Peter Hacks behauptete, Biermanns Reime seien schon immer schlecht gewesen, "die Verse holprig, die Gedanken kraus". "Fehlerhafter Ehrgeiz" habe den jungen Schriftsteller dazu verführt, sich an Heine und Villon zu messen, und in der Folge dazu geführt, daß er "wurde, was er ist: der Eduard Bernstein des Tingeltangel." (6)

So etwas ist schwer auszuhalten. Biermann wurde zudem auch im Westen heftig attackiert. Die DKP stieß ins gleiche Horn wie die Genossen im Osten, und die Springerpresse - wie anders zu erwarten - empfing den ausgebürgerten Kommunisten mit giftigen Kommentaren. Einen "Wolf im Schafspelz" und "singenden Rudi Dutschke" nannte Hans Habe ihn in der Welt am Sonntag (21.11.1976); Biermann sei ein "verklemmter Korken im Flaschenhals der Entspannungspolitik", ließ Peter Boenisch in Bild am Sonntag (21.11.1976) verlauten.

Die westdeutschen Medien stürzten sich auf den Sänger. Aber man interessierte sich nur für das Politikum Biermann, für seine Liebschaften und die Höhe seiner Einnahmen - nicht jedoch für den Künstler. Nach einigen Wochen schwand das Interesse an dem Liedermacher, der nach den Attacken aus Ost und West nun mit der repressiven Toleranz des Westens fertig werden mußte. Biermann ließ keinen Zweifel daran, daß er weiterhin ein politischer Schriftsteller sein wollte. Doch er konnte sich nur schwer auf sein neues, westliches Publikum einstellen, und auch die Fans im Osten erreichte er kaum noch.

Lyrik ist die literarische Gattung der Subjektivität. In seinen sehr persönlich formulierten Liedern läßt Wolf Biermann durch die Kritik an den realsozialistischen Bonzen die Ziele aufscheinen, nach denen er und seine Leser sich sehnten: nach einer sozialistischen Gesellschaft ohne Bürokraten und Spitzel, mit Freiraum für Phantasie, Kreativität und glücklichen Beziehungen nicht nur unter Liebenden. Sehr tiefschürfend war Biermanns Kritik an der DDR nie - sie mußte es auch nicht sein, solange dort seine konkreten, frechen Anwürfe gegen die "Bürokratenhintern" als solidarische Kritik an dem sozialistischen Versuch verstanden werden konnten. Allerdings drängt sich bei genauerer Lektüre die Frage auf, ob er über seine freilich treffende und im positiven Sinne populäre Bürokratismuskritik hinausdenken wollte.

Mangelnde Tiefenschärfe

Vermutlich wollte er nicht. Auch in den ersten Jahren in der BRD betonte er, daß er die DDR für den besseren Teil Deutschlands hielt. Doch sein Heimweh nach der Mangelwirtschaft des erfolglosen "Staatsmonopolkapitalismus" (so definierte Wolf Biermann das Gesellschaftssystem der DDR) mußte nicht nur den Propagandisten des westdeutschen Wirtschaftswunders unverständlich bleiben. Die Loblieder, die Biermann auf einen italienisch sonnig-sinnlichen Eurokommunismus sang, zogen nicht lange: Zu schnell wurde klar, daß der nur eine faule Wiederauflage jener Kominformpolitik der 40er Jahre war, die dafür gesorgt hatte, daß die europäischen KPs nach Kriegsende keine Revolutionen anzettelten, sondern in Koalitionen mit bürgerlichen Parteien brave sozialdemokratische Politik machten.

Auch seine Methode, die Konflikte zu personalisieren, war spätestens mit der Ausbürgerung überlebt. Denn während sie in der DDR noch optimistischen Mut und kritische Solidarität mit dem sozialistischen Versuch ausdrückte, reichte sie nicht aus für konkrete Kritik an den kapitalistischen Verhältnissen. Ein Beispiel: Im Gorleben-Lied (Preußischer Ikarus, Köln 1978) zeichnet der Autor ein fröhliches Bild vom Protest der Atomkraft-Gegner, zu denen natürlich auch eine typisch biermannsche "Dickmadonne" gehört. Auf der Gegenseite stehen diesmal nicht die allen DDR-Bürgern bekannten "Bürokratenhintern", sondern "die Bosse".

Doch wer sind diese "Bosse", die "mit dem Sonnenfeuer / Nichts als Scheiße baun"? Wer sind die Schuldigen im Falle eines von Aktiengesellschaften wie Siemens oder RWE verursachten Reaktorunfalls? Die Manager? Das wissenschaftlich-technische Personal? Die Groß- und die Kleinaktionäre? Oder die Politiker? Biermann bleibt undeutlich. Undeutlich ist, gelinde gesagt, auch die Metapher vom "Sonnenfeuer". Sie spielt vermutlich auf den Film "Sonnensucher" (DDR 1957-59) von Konrad Wolf an, der den Uranabbau in der DDR behandelt, jedoch noch nichts von den Gefahren radioaktiver Strahlung weiß. Entsprechend schrieb Biermann 1978: "Atomkraft ist eine Naturkraft. Und wenn etwas den Menschen bedroht, dann ist es der Mensch." (7) Daß die Risiken der Atom-Energie nicht nur systembedingt sind, sah er später durchaus ein. Aber die Personalisierung der Widersprüche ist bis heute eins seiner liebsten rhetorischen Mittel.

"Arschlöcher" und "Traumfrauen"

Biermann verwendet es auch in seinen journalistischen Arbeiten, vor allem, seit er sich 1990 an die Spitze der DDR-Bürgerrechtsbewegung zu stellen versucht. Nicht zufällig sind es oft offene Briefe, in denen er sich äußert: Die Briefform erlaubt es, ähnlich wie die Lyrik, sehr subjektiv zu schreiben und auch widersprüchliche Gefühle zu artikulieren. Biermanns veröffentliche Briefe, auch seine Zeitungsartikel und Essays sind in der Regel vorzüglich geschrieben, und Welt wie Spiegel ("na grade die") loben ihn als einen der besten deutschen Journalisten. (8) Doch guter Stil allein macht noch keinen guten Journalisten. Biermanns wortgewaltiger, moralinsaurer Subjektivismus kann den Mangel an analytischer Anstrengung und politischem Weitblick nicht überdecken. In den letzten Jahren ermüdete er seine Leser durch ständig wiederholte Ausfälle gegen jene "Arschlöcher" bzw. "Verbrecher", die der Zuarbeit für das MfS beschuldigt werden, ihre Spitzeltätigkeit jedoch nicht zugeben wollen.

Diesen jüngsten Schimpfereien des alten Koddermauls fehlt es sowohl an Witz wie auch an Mut. Denn Biermann attackiert nicht mehr, wie zu seinen DDR-Zeiten, mächtige Gegner, sondern "gefallene, gestürzte, im eigenen Dreck sich windende Zwerge". (9) Besonders peinlich ist sein Anspruch zu entscheiden, wer als "guter" und wer als "böser" IM zu gelten hat.

Die "guten", das sind natürlich Biermanns Freunde: Robert Havemann, aber auch Dieter Dehm, der einstige Manager des Liedermachers. Und die "bösen", das sind Gysi, Gysi, Gysi, außerdem Sascha Anderson und noch einige andere. Ein Blick in die Leserbriefspalten seines Hauptdenunziationsorgans zeigt, daß selbst die "Spiegel"-LeserInnen davon gelangweilt sind, denn Biermann wiederholt sich ständig und schreckt auch vor exzessivem Selbstzitieren nicht zurück. Die zum Teil berechtigte und wichtige Kritik, die seine Artikel auch enthalten - z.B. an der Vernichtung eines Teils der MfS-Akten unter dem Innenminister Diestel - geht in dem geschriebenen Geschrei leider unter.

Mit seinem Jagdfieber IMs betreffend stützt Biermann die bequeme These, daß die Stasi "es war", während in Ost und West alle anderen unschuldig blieben. Er verliert kein Wort über den historischen Kontext, in dem der Apparat des MfS ausgebaut wurde und sich zu verselbständigen begann. Kalter Krieg, Wirtschaftsblockade, Reparationen, Systemkonkurrenz - für Biermann keine Themen. Ebensowenig interessiert ihn die Funktionalisierung der Stasi-Debatte für die Erzeugung einer hysterischen antikommunistischen Stimmung in Deutschland. Da nimmt es nicht wunder, daß der alte Politbarde neuerdings sogar die Totalitarismusthese verficht. (10)

Seine ewige Masche der Personalisierung verengt ihm den Blick: Während er die "Traumfrau" Bohley gegen das "Arschloch" Gysi ausspielt und deren beider Politik jenseits der Stasi-Frage überhaupt nicht verhandelt, rutscht Biermann Schritt für Schritt nach rechts. Er sei ein "doppelter Verräter", bekannte er Anfang letzten Jahres, und habe "als Jüngling den Stalinismus, als Mann den Kommunismus" verraten. (11)

"Gebt diesem Land noch eine Chance!"

Zur Zeit der "Wende" allerdings zeigte er noch einige "jünglingshafte" Züge. Zunächst kommentierte er die Ablösung Honeckers durch Egon Krenz in altfrecher Art: Der "versoffene FDJ-Veteran, der Jubelperser des Politbüros, der optimistische Idiot, Egon Krenz, das ewig lachende Gebiß" sei der "mieseste aller möglichen Kandidaten", schrieb er in in der taz vom 19.10.1989. Aber am 1.12.1989, auf dem Konzert in Leipzig, dem ersten Konzert in der DDR seit seiner Ausbürgerung, forderte er seine 5.000 ZuhörerInnen auf, im Lande zu bleiben. Die DDR könne zum ersten Mal seit ihrer Existenz "ein eigenes Land" werden, sagte Biermann; jetzt sei es möglich, das "verfluchte Staatseigentum an Produktionsmitteln" in "wirkliches Volkseigentum" zu verwandeln. "Haut nicht ab, gebt diesem Land noch eine Chance!" rief er den Leuten zu, die seinen Auftritt mit recht gemischten Gefühlen aufnahmen.

Biermann warnte vor einer "Raubtiergesellschaft der Kälte und des Egoismus", die entstehen müsse, wenn die Ostdeutschen vergessen würden, warum sie aufgebrochen seien. (12) So ganz hatte Biermann damals seinen sozialistischen Hoffnungen offenbar doch noch nicht abgeschworen. Peter Iden kritisierte denn auch die "enorme Fallhöhe zwischen dem Anspruch auf politische Analyse und einem unpolitischen Kinderglauben, gegen alle Erfahrung, an die Zauberformel ‚Sozialismus`". (13)

Bald hörte man jedoch von Biermann nur noch verbitterte Äußerungen über den "Tierversuch am Menschen", wie seine neue Formel für den Sozialismus heißt. Er war zutiefst enttäuscht von der "Revolution" in der DDR. "Endlich sollten mal unsere Unterdrücker zittern. Das betrogene Volk sollte die rotgetünchten Parasiten verprügeln. Die Arbeitssklaven sollten wieder Arbeiter werden und sollten aus den VEBs doch noch volkseigene Betriebe machen", schrieb er 1992 im Spiegel. "Nichts von alledem. Statt dessen grollte in den Herbstwochen des Jahres '89 ein gewaltiger Donner von Sektkorken und Bierdosen über Berlin, ein Donner, dem aber leider kein Geistesblitz vorausgegangen war und dem nichts als ein Regen aus Millionen Harnröhren folgte." (14)

Da die erhoffte Revolution nicht möglich war, wollte Biermann zumindest die "Stasi-Metastase" bekämpfen. Er tat und tut es in der bekannten Manier. So unterstützt er auch das symbolträchtig am 17. Juni 1996 in Berlin gegründete "Bürgerbüro" e.V., zu dessen Gründungsmitgliedern außer dem Liedermacher u.a. Bärbel Bohley, Konrad Weiß und Freya Klier gehören, zu den zahlenden Mitgliedern außerdem z.B. Helmut Kohl und Christa Nickels. Es macht nichts, sagte die bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete, daß da "auch CDU-Logistik" drinsteckt. (15) Nähe zu Unionsideologie stört die Bürgerbüroler ebenfalls nicht, wenngleich sie betonen, daß man der Enquetekommission des Rainer Eppelmann (CDU) keine Konkurrenz machen wolle. Der könnte problemlos die Präambel der Satzung des "Bürgerbüros" unterschreiben: "Staat und Einheitspartei der DDR-Diktatur sind zusammengebrochen. Der Ungeist zweier totalitärer Systeme lebt aber weiter in den Köpfen vieler Menschen fort. Als Diktatur der Lüge ist er noch lebendig", heißt es da. (16) Formuliert wurden diese Sätze mit Hilfe des CDU-Abgeordneten und Biermann-Anwalt Uwe Lehmann-Braun, der in den Bürgerrechtlern der Ex-DDR auch eine neue Zielgruppe für die Union sieht. Sollte Wolf Biermann vielleicht 1998 wieder auf Wahlkampftournee gehen?

"Viel zu schöne" Lieder

Besser wäre es, er zöge sich wieder auf das zurück, "wofür ich wohl eigentlich gemacht bin: Lieder machen". (17) Schon nach der Ausbürgerung hatte sich der Barde eine Zeitlang etwas aus der Tagespolitik zurückgezogen und mit den "viel zu schönen Liedern" z.B. der LP Hälfte des Lebens (1979) manche hoffen, andere fürchten lassen, er sei "in die höhere Kunst abgestiegen." Er machte sich als Übersetzer einen Namen und besann sich auf das "jüdische Kulturerbe".

Auch seine neuesten Lieder sind eher privat als politisch - und nicht selten allzu privat. So finden sich auf der neuen CD Süßes Leben - saures Leben Peinlichkeiten wie das Geständnis, daß das "Tier in meiner Hose" beim Anblick blutig-bunter Fernsehbilder schwillt. (18) Mitunter aber - wie in dem Liedchen "Mit Mimi am Zürichsee" - gelingen ihm Stücke, so einfach und klar wie die besten seiner frühen Jahre.

Angela Martin

Anmerkungen:

1) Die zitierten Lieder von Wolf Biermann sind, wenn nicht anders angegeben, aus den Bänden Mit Marx- und Engelszungen, Berlin 1968, und Für meine Genossen, Berlin 1972.

2) Außer den oben genannten Die Drahtharfe (Berlin 1965) und Deutschland. Ein Wintermärchen (Berlin 1965).

3) Zit. nach Manfred Jäger, Kultur und Politik in der DDR 1945-1990, Köln 1995, S. 129. Die "Ballade von dem Mann, der sich eigenhändig beide Füße abhackte", ist eine Parabel auf die Partei, die sich selbst verstümmelt.

4) Vgl. u.a. konkret 10/96. Jay Rosselini, eine Germanistin aus den USA, hat schon vor einigen Jahren ähnliches in ihrem Buch Wolf Biermann, München 1992, S. 96, angedeutet.

5) ND, 22.11.1976, zit. nach Über Wolf Biermann, hrsg. von Andreas W. Mytze (= Sonderheft der Zeitschrift europäische ideen), Berlin 1977, S. 50.

6) Zit. nach Über Wolf Biermann, a.a.O., S. 131

7) Wolf Biermann, Vorworte, in: Ders., Preußischer Ikarus, Köln 1978, S. 121, zit. nach Jay Rosselini, Wolf Biermann, a.a.O., S. 103.

8) Vgl. Der Spiegel 4 (1992), S.20.

9) Lew Kopelew in einem Brief an Biermann vom 26.12.1991, abgedruckt im Spiegel 3 (1992), S.159.

10) Vgl. Der Spiegel 10 (1992), S. 40.

11) taz, 6.2.1995.

12) Zit. nach Jay Rosselini, Wolf Biermann, a.a.O., S.145.

13) Zit. nach Jay Rosselini, Wolf Biermann, a.a.O., S.147.

14) Der Spiegel 39 (1992), S.81.

15) taz, 17.6.1996.

16) taz, 18.6.1996.

17) Cover der neuen CD Süßes Leben - saures Leben. 17 neue Lieder, Verlag Zweitausendeins. "Zweitausendeins" gibt auch die alten LPs von Wolf Biermann als CDs wieder heraus.

32. Zehn Jahre VSP - wir gratulieren!

Autor: ef · Rubrik: Linke, VSP · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:12

Als sich GIM und KPD vor zehn Jahren zur Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP) zusammenschlossen, hofften sie, daß ihr Beispiel in der revolutionären Linken Schule machen würde. Doch die Hoffnung trog. Es kam zu keinem neuen gemeinsamen organisatorischen Ansatz innerhalb der Linken. Die Linke zerfiel immer weiter. Auch die VSP wurde spätestens nach 1989 vom Sog der Krise der Linken mitgerissen. Heute versucht sie in einer bemerkenswert offenen Selbstverständnisdebatte unter dem Motto "Die Hoffnung neu erfinden" diese Krisenprozesse zu verarbeiten. Einige Stationen der Organisationsgeschichte und der Stand der Debatte sollen im folgenden nachgezeichnet werden.

Die Elefantenhochzeit

Als Elefantenhochzeit und als Traumpaar des Jahres bezeichnete der AK etwas ungläubig und despektierlich die Vereinigung von GIM und KPD, die im Oktober 1986 sanktioniert wurde. Und eine kleine Sensation war die Vereinigung in der Tat, kamen doch die beiden Partner aus den denkbar unterschiedlichsten Ecken der revolutionären Linken. Die Gruppe Internationaler Marxisten (GIM) war damals die deutsche Sektion der trotzkistischen IV. Internationale. Dagegen war die Geschichte der KPD gekennzeichnet durch zahlreiche unvermittelte Linienschwenks und extrem dogmatisches ML-Sektierertum. (Um den selbsternannten Führungsanspruch der KPD, vormals KPD/ML, und den Unterschied zur Weimarer KPD aufzuzeigen, wurde im AK die "KPD" in Anführungsstrichen geschrieben, worauf ich im folgenden der Einfachheit halber verzichte.)

Der Vereinigung gingen gravierende Veränderungen voraus. Bei der GIM war klar, daß eine sozialistische Partei nicht entstehen kann durch ein stetiges Wachstum der eigenen organisatorischen Zusammenhänge. Diese Erfahrung wurde in einer Reihe von Ländern gemacht. Auf dem XI. (1979) und XII. (1985) Weltkongreß der IV. Internationale wurden dann die Weichen in Richtung Vereinigung mit nicht-trotzkistischen Organisationen auf nationaler Ebene gestellt. Die GIM befand sich zum Zeitpunkt der Vereinigungsdiskussion in einer tiefen Krise. Knackpunkt war dabei die Diskussion über das Verhältnis der GIM zur Partei Die Grünen, die auch die GIM - wenngleich mit reichlich Verspätung - erfaßte. Die Mehrheit der hauptamtlichen Kader trat für den Eintritt in die Grünen ein. Die Mehrheit der Gesamtorganisation wandte sich aber gegen diese Orientierung, weil bei den Grünen antikapitalistische Positionen und der Bezug auf die ArbeiterInnenklasse als revolutionäres Subjekt zu wenig oder überhaupt nicht verankert waren. Mit der Vereinigung wollte die Mehrheit den Sog zu den Grünen stoppen.

Bei der KPD hatte die ständige Mobilisierung, die insbesondere in Wahlkampfzeiten extreme Ausmaße annahm, zu Frustrationen geführt. Hinzu kam die permanente Erfolglosigkeit ihrer "Massenorganisationen" RGO ("Revolutionäre Gewerkschaftsopposition") und Volksfront, die für die KPD den Charakter von Transmissionsriemen haben sollten. Dies führte Anfang der 80er Jahre zur Infragestellung fast sämtlicher Positionen.

Dies waren notwendige, aber keine hinreichenden Gründe dafür, daß die GIM im Jahre 1984 die Initiative zur Vereinigung ergriff. Letztendlich ausschlaggebend waren die guten Erfahrungen, die die Mitglieder beider Organisationen miteinander in wichtigen sozialen und politischen Auseinandersetzungen in diesen Jahren gemacht hatten, vor allem in der Friedensbewegung und im Kampf um die 35-Stunden-Woche.

Die Kritik des KB/AK

Diese Form der Vereinigung wurde vom KB/AK als "idiotisch" miesgemacht. Der KB befürwortete statt dessen eine Option, die sich am besten mit der Formel "Klarheit statt Einheit" charakterisieren läßt. Er forderte eine Debatte zu einer Reihe von grundsätzlichen und aktuellen Fragen linker Politik, die "tendenziell polarisierend" geführt werden müßte. Diese Haltung kommentierte Manuel Kellner von der GIM in AK 274 folgendermaßen: "Eine mehr oder weniger unverbindliche Diskussion unter dem Motto ‚Klärung aller Streitfragen` unter einer Handvoll linker Organisationen ist etwas ganz anderes als ein Vereinigungsprozeß. Jede Organisation sieht nur darauf, ihre eigene Identität gegen die anderen zu verteidigen (...) Wenn eine Vereinigung aber wirklich angestrebt wird, so bemühen sich die Beteiligten, die Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten (...) Meinungsverschiedenheiten werden notwendigerweise bestehen bleiben. Was aber spricht dagegen, sie im Rahmen einer gemeinsamen Organisation auszutragen? Auch in bestehenden Organisationen - es sei denn,

sie sind politisch steril - gibt es Meinungsverschiedenheiten." Der KB wurde in der Folge den von ihm gestellten Anforderungen nicht gerecht. An einer offenen Debatte, die auch die eigenen Positionen selbstkritisch miteinbezieht, hat er sich nie beteiligt. Er war noch nicht einmal daran interessiert. Das Überwintern um jeden Preis hatte Vorrang. Eine Position, die sich später bitter rächen sollte.

So beschränkte sich der KB darauf, den Vereinigungsprozeß von einer sehr überheblichen Warte aus kritisch zu begleiten. Die Notwendigkeit, die eigene Identität zu wahren, erfordert offensichtlich immer wieder eine Abgrenzung vor allem denjenigen gegenüber, die einem relativ nahe stehen. Die gewählten Überschriften und Bezeichnungen wie "Trotzki und Stalin, das Paar des Jahres", die Rede von der "Elefantenhochzeit" und "GIM/KPD... im Eheknast" zeugen von einem arroganten Ton. Indem nur die Schwachpunkte im Vereinigungsprozeß aufgegriffen und lächerlich gemacht wurden, verloren auch berechtigte Kritikpunkte, wie die Kritik an der Haltung - insbesondere der GIM - zur SPD und an der sektiererischen Alleinkandidatur revolutionärer SozialistInnen bei Wahlen, ihre argumentative Kraft. Auch die Kritik an der Art der Verhandlungen zwischen den Führungsgremien, die selbst der eigenen Mitgliedschaft verheimlicht wurde, war ja durchaus berechtigt.

Vor allem der GIM traute man alles erdenklich Schlechte zu und unterstellte ihr ein rein taktisches Verhältnis zu diesem Prozeß: "Daß dieses ‚Modell einer Übergangslösung` (gemeint ist das ungeklärte Verhältnis der gemeinsamen Organisation zur IV. Internationale; Anm. ef.) auf das Einsacken der KPD durch die IV. Internationale hinauslaufen würde (und soll), oder daß man sich anderenfalls nach ein paar Jahren eben wieder trennen müßte, liegt auf der Hand: Für die GIM steht ihre Zugehörigkeit zur IV. Internationalen und zur trotzkistischen Ideologie nicht zur Diskussion. Daran kann sich die KPD anpassen, oder es wird zu unversöhnlichen Gegensätzen kommen. Daß die 35-Stunden-Woche keine ausreichende Plattform für den Zusammenschluß (...) ist, müßte sogar einem Anfänger in Sachen Politik einleuchten." (AK 256, S. 47). Zwar hatte ein Teil der GIM durchaus diese Intentionen und spaltete sich folgerichtig einige Jahre später auch von der Gesamtorganisation ab. Aber es lag offenbar außerhalb des Vorstellungsvermögens, daß es sich zumindest bei einem Teil auch um einen Lernprozeß handeln könnte, der mit der formalistischen Gegenüberstellung der Geschichte und Positionen von GIM und KPD nur unzureichend erfaßt wird.

Die Gründe des Scheiterns

Die Geschichte der VSP ist mehr oder weniger die Geschichte der Linken in den letzten zehn Jahren. Einen Aufschwung gab es zunächst durch die Anti-IWF-Weltbank-Kampagne 1988. Danach ging es jedoch rasant bergab. 1989 war für die VSP ebenso ein Rückschlag wie für die restliche Linke. Enttäuschend für die VSP war, daß die erhoffte Vereinigung mit der Vereinigten Linken/Die Nelken aus der ehemaligen DDR scheiterte. Auch die Liaison mit der Radikalen Linken mißlang, als ein Teil der Radikalen Linken 1991 den Krieg der USA/NATO/UNO gegen den Irak befürwortete. Und als auch noch die Ökologische Linke um Jutta Ditfurth der VSP die Tür vor der Nase zuschlug, war die VSP organisatorisch fast wieder auf sich allein gestellt. Zwar engagierten sich einzelne Mitglieder wie der Bundestagsabgeordnete Winnie Wolf oder Angela Klein in bzw. für die PDS. Eine Option für die Gesamtorganisation war dies jedoch nicht.

Weitere Enttäuschungen kamen hinzu. Vor allem die Erfahrungen mit den Umbrüchen in den osteuropäischen Staaten waren frustrierend. Aufgrund ihrer Analyse dieser Staaten als bürokratisierte Arbeiterstaaten war es insbesondere für die Mitglieder der GIM fast unvorstellbar, daß die Massenbewegungen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse in Frage stellen, um sich so schnell wie möglich dem Kapitalismus zu unterwerfen. Das wird von Manuel Kellner heute selbstkritisch eingeräumt. Mensch glaubte an eine mehr oder weniger automatische Entwicklung in Richtung sozialistische Demokratie und emanzipative Gesellschaft. Extrem überoptimistisch war vor allem der langjährige Vorsitzende der IV. Internationale, Ernest Mandel, der ständig betonte, ArbeiterInnen, die ihre Bürokraten stürzen, würden nicht am nächsten Tag hingehen und die Fabriken den Kapitalisten übergeben.

Desillusionierend war ferner das Verhalten der bundesdeutschen Gewerkschaften in den Auseinandersetzungen gegen den Sozialabbau und um den "Standort Deutschland", bei dem sich diese mehr durch vorauseilenden Gehorsam gegenüber dem Kapital als durch emanzipatorische Positionen hervorgetan haben.

Folge dieser krisenhaften Entwicklungen sind ein drastischer Mitgliederrückgang (die VSP dürfte noch über 150 Mitglieder verfügen). Vor allem jüngere GenossInnen, die infolge der Anti-IWF-Weltbank-Kampagne und über die Radikale Linke zur Partei stießen, kehrten dieser nach und nach wieder den Rücken. Ein weiteres Symptom war das Zusammenbrechen fast sämtlicher Strukturen vor Ort außer in Hamburg und z.T. in Düsseldorf. Auch die bundesweiten Strukturen sind mit Ausnahme der Internationalismus-Gruppe kaum noch arbeitsfähig. Inwieweit die wieder ins Leben gerufene Gruppe Betrieb und Gewerkschaft arbeitsfähig sein wird, wird die Zukunft erweisen. Der Zustand der Organisation führte zu dem Eingeständnis, daß der Ansatz des Parteiaufbaus gescheitert sei: Die VSP benannte sich folgerichtig von Vereinigte Sozialistische Partei um in Vereinigung Sozialistische Politik.

Selbstverständnisdebatte

Diese Entwicklungen führten dazu, daß auch die eigenen theoretischen Grundlagen einer kritischen Prüfung unterzogen wurden. Vor allem das Programm von 1986 ist völlig verstaubt und veraltet. Ob es gelingt, ein neues Selbstverständnis zu formulieren, ist wahrscheinlich für die Weiterexistenz der Organisation entscheidend. "Und wenn uns dies - wie ‚vorläufig` auch immer - nicht in naher Zukunft gelingt, so sehen wir keine Rechtfertigung für den Weiterbestand als organisierte politische Strömung", schreiben Christoph Jünke und Manuel Kellner. Diese beiden hatten einen ersten Entwurf für ein neues Selbstverständnis verfaßt. Dieser Entwurf stieß auf massive Kritik: Das Papier sei ein "Dokument maßloser Selbstüberschätzung", "ein Papier des weiteren Selbstbetrugs", lauteten die Vorwürfe. In der Tat ist eine solche Charakterisierung des Entwurfs nicht ganz von der Hand zu weisen, wenn sich dort Sätze wie folgender finden: "Revolutionäre Sozialistinnen und Sozialisten sind von daher verpflichtet, die Massenbewegung auf die unausweichliche Konfrontation (...) vorzubereiten."

Dreh- und Angelpunkt der Debatte ist aber die Frage nach der ArbeiterInnenklasse als revolutionäres Subjekt. Im Programm von 1986 hieß es dazu: "Die Arbeiterklasse, zu der heute auch ein Großteil der Angestellten und ein Teil der Beamtinnen und Beamten gehört, ist die Klasse in unserer Gesellschaft, die aufgrund ihrer Stellung in der Produktion, ihrer zahlenmäßigen Stärke und ihrer Fähigkeit zum gemeinsamen Handeln in der Lage ist, im Bündnis mit allen, die den wirklichen Fortschritt der Menschheit wollen, den Kapitalismus zu stürzen. Deshalb hängt die Verwirklichung aller fortschrittlichen Bestrebungen in unserer Gesellschaft letztlich vom Fortschritt der Arbeiterklasse ab." Das Programm von 1986 ist ein Dokument des komparativistischen Idealismus. Die Verwendung von Begriffen wie "immer mehr" oder "zunehmend" ist atemberaubend. Zunehmende Ausbeutung führt zu zunehmenden Druck, aber natürlich auch - wer hätte das gedacht? - zu zunehmenden Widerstand. Hier haben wir wieder alle Elemente eines mystisch-religiös-revolutionären Denkens. Es war einer der größten Fehler der Linken und machte einen Großteil ihrer Sterilität aus, daß sie die ArbeiterInnenklasse als Einheit konstruierte und ihr à priori eine bestimmte revolutionäre Rolle zuschrieb, unabhängig von deren Widersprüchen, den gemachten Erfahrungen, den unterschiedlichen Sinnentwürfen und Konstruktionen von Wirklichkeit. Solche Positionen werden von Teilen der Linken, wie etwa Günter Jacob, zu Recht als Essentialismus kritisiert. Das Festhalten an einer imaginierten revolutionären ArbeiterInnenklasse führte auch zu den eklatanten Fehleinschätzungen der Massenbewegungen in Osteuropa. Und schließlich war dies auch ein Grund dafür, daß die GIM immer wieder zur Wahl der SPD aufrief, weil sie eine - wenn auch bürokratisierte - Partei der ArbeiterInnenklasse sei. Selbstkritisch sieht Winnie Wolf darin eine der größten Katastrophen in der Geschichte der GIM.

Es gibt in der heutigen VSP wahrscheinlich nur noch wenige, die an einem derart verstaubten Begriff von ArbeiterInnenklasse festhalten wollen. Trotzdem versuchen Christoph und Manuel auch in ihrer Antwort an die KritikerInnen explizit an der revolutionären Rolle der Arbeiterklasse festzuhalten. Dieser Versuch weist jedoch eine Reihe von Widersprüchen auf. Herausragend ist dabei, wie sie in klassisch metaphysischer Art und Weise nachweisen wollen, wie "der Prozeß von der Klasse ‚an sich` zur Klasse ‚für sich` vonstatten" geht.

Aussichten

Trotz aller Kritik ist der Entwurf ein großer Fortschritt gegenüber dem Programm von 1986. Deshalb wäre es der VSP zu wünschen, wenn sie die Debatte langfristiger anlegt und weniger gereizt führt. Schließlich ist die VSP eine der wenigen verbliebenen Organisationen, in der solche Debatten überhaupt noch geführt werden und die den Weg zur linken Stammesbildung, d.h. zur Bildung kleiner, hermetisch abgeschlossener Grüppchen mit eigenen Organen nicht mitmacht. Und solange dies der Fall ist, hat die VSP ihre Existenzberechtigung.

Auch wenn klar ist, daß die VSP ihre Krise nicht allein wird beheben können, da sie aufgrund ihrer Altersstruktur und ihrer Verankerung in einem spezifischen kulturellen Milieu keine Anziehungskraft auf jüngere Leute entfalten kann.

Das Grundanliegen der VSP, die Einheit linker Kräfte, ist mit dem Scheitern der VSP jedoch nicht vom Tisch. Wichtig ist, diese Frage überhaupt wieder ernsthaft zu diskutieren. Ob dies in diesen Zeiten möglich ist, die ein strukturkonservatives Festhalten am bekannten Alten eher fördern als risikobereites Infragestellen des eigenen Projekts, wird sich zeigen. Dies wird aber letztendlich notwendig sein, außer mensch geht davon aus, die eigene Schwäche durch Stärkung des eigenen organisatorischen Rahmens überwinden zu können.

ef.

33. Die Hoffnung neu erfinden. Interview mit J. Klaß und T. Schroedter

Interview mit Jutta Klaß und Thommy Schroedter (VSP)

Autor: VSP · Rubrik: Linke, VSP · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:13

Am Rande der Feier zum zehnjährigen Bestehen der VSP hatten wir die Gelegenheit zu einem Interview mit Jutta Klaß und Thommy Schroedter. Jutta kommt ursprünglich aus der KPD (vormals KPD/ML) und engagierte sich in den letzten Jahren vor allem in der Mexico-Solidarität. Thommy trat nach dem Wahlaufruf für die SPD Anfang der 80er Jahre aus der GIM aus, um 1990 im Zusammenhang mit den Diskussionen in der Radikalen Linken in die VSP einzutreten. Er ist Mitarbeiter im Infoladen Paderborn. Beide arbeiten darüber hinaus in der VSP-Internationalismus-Gruppe mit, die vor kurzem das sehr erfolgreiche BUKO-Seminar "Die Linke in Lateinamerika" vorbereitete. Das Interview führt ak-Mitarbeiter ef.

Frage: Zehn Jahre VSP - was gibt es da zu feiern?

Jutta: Das ist eine gute Frage. Für Feiern im euphorischen Sinn gibt es tatsächlich wenig Anlaß. Der Zustand der VSP ist natürlich nicht berauschend. Wir sind geschrumpft. Wir sind wesentlich weniger als vor zehn Jahren, als wir hofften, durch die Vereinigung von KPD und GIM auch Anstöße für die anderen Teile der bundesrepublikanischen Linken geben zu können. Andererseits glauben wir, daß es schon ein Grund zum Feiern ist, daß wir nach wie vor einen organisatorischen Zusammenhang haben mit der SoZ als Zeitung. Dies haben wir geschafft, entgegen den Befürchtungen auch in den eigenen Reihen, angesichts der lausigen Entwicklungen in diesem Land und den damit verbundenen Problemen und politischen Fragen, wo wir wie die andere Linke auch noch nicht die Antworten haben. Wir haben aber als VSP den Anspruch, mit anderen Linken diese Fragen zu diskutieren. Und einige dieser Debatten angestoßen und mitgetragen zu haben, veranlaßt mich zu sagen: Es war nicht alles schlecht, was wir die letzten zehn Jahre gemacht haben.

In der laufenden Selbstverständnisdebatte ist aber häufig vom grundlegenden Scheitern der VSP die Rede. Ist nicht bereits die vor kurzem erfolgte Umbenennung von "Vereinigte Sozialistische Partei" in "Vereinigung sozialistische Politik" ein Eingeständnis des Scheiterns?

Thommy: Ich würde diese Umbenennung nicht als Scheitern bezeichnen, sondern als Quittierung einer Rechnung, die schon lange aufgestellt wurde. Der Anspruch, Partei zu sein, wurde schon lange nicht mehr eingehalten. Vor dem Hintergrund, daß die Ortsgruppen geschrumpft und nicht mehr aktiv sind, hat sich die VSP teilweise auch anderen Aufgaben zugewandt. Diese Umbenennung unter Beibehaltung des Kürzels VSP, das sich ja mittlerweile auch eingeprägt hat als ein Ort von undogmatischen Linken, die aus verschiedenen Spektren kommen, symbolisiert für mich die Bereitschaft, sich für andere Leute zu öffnen. Leute, die dieser Name "Vereinigte Partei" abstößt, weil er einfach nicht der Realität entspricht. Und es ist in der Tat so, daß bei denjenigen, die mit der VSP sympathisieren, diese Umbenennung unheimlich positiv aufgenommen wurde. Deshalb ist für mich die Umbenennung ein Ausdruck der Entwicklung, nicht des Scheiterns.

Jutta: Ich gehörte in den letzten Jahren zu denjenigen, die gegen die Umbenennung gestimmt haben, weil ich gedacht habe, solange wir unsere Selbstverständnisdebatte noch nicht zu Ende geführt haben, bringt auch eine Umbenennung nichts. Was ich mir im Hinblick auf die Organisation gut vorstellen kann, ist ein neues Konzept von Organisierung, das sich charakterisiert durch die Zusammenarbeit mit anderen. Wir müssen weg von dem Druck, die Organisation als Selbstzweck zu erhalten, der immer sehr stark ist. Es muß klar werden, daß wir dabei sind, unser Verständnis von Organisation zu ändern, das wesentlich flexiblere Elemente beinhaltet, also nicht Organisation als etwas Abgeschlossenes, sondern als Assoziation von Menschen, die interessiert sind an bestimmten Debatten, an Auseinandersetzungen und Aktionen, und die festhalten wollen an einer Utopie von einer anderen Gesellschaft. All diese Fragen und Elemente finden sich in der Selbstverständnisdebatte.

Als Außenstehender hat mensch eher den Eindruck, daß die Debatte zum einen zäh verläuft, was die Anzahl der Debattenbeiträge angeht, und daß zum anderen eine gereizte Stimmung festzustellen ist. Diesen Eindruck hatte ich insbesondere bei der Antwort von Manuel und Christoph (siehe nebenstehenden Artikel) an ihren KritikerInnen. Was sind die inhaltlichen Differenzen, die zu dieser Gereiztheit beitragen?

Thommy: Ich würde diese Debatte auch viel gelassener angehen als Christoph und Manuel. Einige der Knackpunkte liegen im Grad der Organisation, d.h. in der Verbindlichkeit, nach außen als Organisation aufzutreten. Ein Teil der GenossInnen sagt, ein Selbstverständnis können wir zur Zeit gar nicht haben, da wir zur Zeit nicht nur die Antworten nicht mehr haben, sondern zum Teil nicht einmal die Fragen haben, die wir stellen müssen und diese Fragen müssen wir zuerst einmal suchen.

Jutta: Ich glaube, daß die Debatte deshalb so zäh verläuft, weil für eine Reihe von GenossInnen auch grundsätzliche Fragen aufgeworfen werden, die das theoretische Fundament betreffen. Die alten Sicherheiten bestehen nicht mehr. Früher wußten wir ja, wo es lang geht. Wir wußten die Antworten auch auf Fragen, die uns keiner stellte. Und es bedeutet schon eine enorme Verunsicherung festzustellen, daß die Antworten, die wir hatten, mit der Wirklichkeit nicht korrespondieren. Die Frage geht für mich deshalb tiefer, weil ein paar theoretische Essentials, die eigentlich für die Identität der Organisation eine wichtige Rolle spielten, hinterfragt werden. Die Angst besteht darin, daß die kleine VSP ihre Identität verliert und der Laden auseinanderbricht, je tiefer man sich auf die Debatte einläßt, ohne daß sich aus dieser Debatte etwas Neues entwickelt.

In welche Richtung müßte die Debatte noch weiter vorangetrieben werden?

Thommy: Ich sehe noch Folgendes. Die Bandbreite innerhalb der VSP entspricht der gesamten Bandbreite der undogmatischen linksradikalen Szene in der BRD und das ist auch ein Problem. Wenn du die Debatte von dieser Seite angehst, kannst du feststellen: Es gibt keinen Grund, warum man in der VSP ist, genauso gibt es keinen Grund, warum man nicht in der VSP ist. Sie ist ein Arbeitszusammenhang, es gibt eine Zeitung, die m.E. ein sehr vorzeigbares Organ ist. Es ist alles sehr widersprüchlich: Die einen bedauern, daß es keine kollektiven Zusammenhänge vor Ort mehr gibt, andere finden das gar nicht so schlecht, weil sie sagen, das entspricht der gesellschaftlichen Realität. Zum Teil ist alles sehr unverbindlich in der VSP, auf der anderen Seite gibt es noch eine hohe Verbindlichkeit gegenüber anderen Gruppen außerhalb der VSP. Wie kann man Kollektivität herstellen, ohne in alte Muster zu verfallen, um die Handlungsunfähigkeit, die zum Teil da ist, zu überwinden.

Seht ihr Ansatzpunkte für die Zusammenarbeit mit anderen Linken für ein neues linkes Projekt. Was würdet ihr euch von dieser Linken erwarten?

Jutta: Ich würde mir wünschen, daß wir auf Diskussionen in anderen Linken stärker eingehen; wahrzunehmen, was bei anderen läuft, und dann überlegen, ob man nicht gemeinsame Sachen miteinander machen kann. Z.B Seminare zu bestimmten Fragen, die in allen Organisationen ja ähnlich gestellt werden, um Diskussionen und praktische Auseinandersetzungen weiterzubringen. Es gilt vor allem, die Sensibilität weiterzuentwickeln dafür, was viele andere an sinnvollen Sachen machen. Man blendet ja sehr oft viele Sachen aus, weil sie nicht zum linken Standard gehören.

Thommy: Ich finde es sehr wichtig, daß man dort, wo soziale Bewegungen und Widerstand entstehen mit anderen organisierten und nicht organisierten Linken seine Erfahrungen auf undogmatische Weise einbringt. Dies geschieht zur Zeit leider sehr wenig. Dabei verfügt die VSP über einen sehr großen Fundus an Erfahrungen in sozialen Kämpfen. Bemerkenswert ist ja nach wie vor die soziale Verankerung einzelner Mitglieder der VSP, die die VSP benötigen für ihre Arbeit. Die VSP stellt ein Kollektiv dar, in dem sich viele Erfahrungen angesammelt haben in den sozialen Auseinandersetzungen und die auch für die kommenden Kämpfe von Bedeutung sein werden. Ein weiterer Bereich, wo wir uns einbringen können, ist die Bildungsarbeit. Aber wir müssen vor allem vor Ort wieder aktiver werden, in den Stadtteilen und den Betrieben, wo so etwas entsteht. Und wir müssen es vor allem schaffen, uns nicht kulturell abzuschließen. Ich habe gestern auf dem Fest gemerkt, daß die VSP auf diesem Gebiet sehr verstaubt ist, und damit kannst du natürlich junge Leute nicht ansprechen. Da müssen wir auch wieder mehr Offenheit zeigen.

34. Kein Bock Jubelfeiern. Schade (?) - Weltfestspiele finden ohne Junge GenossInnen statt

Autor: Peter Nowak/kuk · Rubrik: PDS; Internationale Solidarität; Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:08

Die 14. Weltfestspiele der Jugend und Studenten auf Kuba (27.7.-5.8.1997) sorgen für Streit in der "Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS" (AGJG) und in der Partei selber. Auf dem Bundeskongreß (BuKo) der AGJG vom 18.-20.10.1996 lehnten die Delegierten mit 38 gegen 20 Stimmen eine Teilnahme an den Weltfestspielen ab. Bereits am 4.7.1996 hatte der Arbeitskreis Internationales der AGJG den Standpunkt vertreten, daß eine Teilnahme politisch falsch wäre.

Die auf den ersten Blick überraschende Entscheidung beruht auf der strikten Ablehnung jeglicher Veranstaltungen, die im Verdacht stehen, real-sozialistische Traditionen weiterzuführen und - bei einigen Jungen GenossInnen - auf einer offenen Feindseligkeit gegenüber der kubanischen Regierung. Hinzu kommen Vorbehalte gegenüber dem Veranstalter, dem Weltbund Demokratischer Jugend (WBDJ). Dessen früher maßgeblichen Mitgliedsorganisationen FDJ und Komsomol spielen heute keine Rolle mehr; die wichtigsten Organisationen sind heute die kubanische UJC, die südafrikanische ANC Youth League und die mit der US-amerikanischen Sozialistischen Arbeiterpartei verbundenen Young Socialists.

Der BuKo-Beschluß

In dem von Mario Hesselbach und Matthias Gärtner verfaßten Antrag, der dem BuKo zunächst vorlag, heißt es: "Wir sind schon gegen solche Jubelfeste im allgemeinen. Gerade aus den vielfachen Erfahrungen der DDR wissen wir, daß sie ausschließlich dazu geeignet sind, das undifferenzierte Bild einer einheitlich handelnden und denkenden Masse zu vermitteln. Gerade diese Formen der Gleichschaltung waren es aber, die der sozialistischen Idee den Boden breiter Akzeptanz entzogen. ...

Wir sind auch gegen die Weltfestspiele unter Führung des WBDJ im besonderen. Die Bemühungen, die organisatorische Einheitlichkeit wiederherzustellen, sind gerade in der europäischen Sektion des WBDJ unübersehbar. Dafür bieten sich die Weltfestspiele schon aus ihrer Tradition heraus an. Ihr Grundpfeiler sollen dementsprechend auch gerade die bisherige Tradition sowie der unbedingte Führungsanspruch des WBDJ sein. ...

Wir sind auch gegen die Weltfestspiele gerade auf Kuba. Die erheblichen Probleme des Volkes werden durch eine solche Feier lediglich überdeckt und heruntergespielt. Andere Formen der Solidaritätsbekundungen, insbesondere auch Formen kritischer Solidarität, wären sicherlich hilfreicher, als der demonstrative Schulterschluß mit Fidel. Wir wissen nicht, welche Botschaft Fidel mittels der versammelten Weltjugend seinem Volk übermitteln wird ... Den Inhalt bestimmt jedenfalls nicht die Weltjugend - sie kann sich nur überraschen und benutzen lassen."

Nach kontroverser Diskussion verabschiedete der BuKo ein von Freke Over formuliertes Kompromißpapier: "Die Bundes-AG wird sich nicht an den 14. Weltfestspielen beteiligen. Wir sind schon gegen solche Jubelfeste im Allgemeinen. Uns ist aber die Solidarität mit dem kubanischen Volk wichtiger Bestandteil unseres politischen Verständnisses. Deshalb beschließt der Bundeskongreß, daß der BundessprecherInnenrat beauftragt wird, eine Delegationsreise im Jahre 1997 der AG ‚Junge GenossInnen` nach Kuba zu organisieren. Wir wollen in kritischer und praktischer Solidarität mit Kubanerinnen und Kubanern in die Diskussion kommen, auch um ein Zeichen gegen den US-Imperialismus zu setzen. Die Teilnahme einzelner Mitglieder der AG bleibt unberührt."

Mit diesem Beschluß, der gegenüber dem Hesselbach/Gärtner-Antrag wenigstens die Solidarität mit dem kubanischen Volk betont, konnte der Streit auf dem BuKo entschärft werden. Unüberlesbar blieb jedoch die Ablehnung gegenüber den vom WBDJ vorbereiteten Weltfestspielen.

Traditions- und Demokratie- verständnis des WBDJ

Der Weltbund der Demokratischen Jugend wurde am 10.11.1945 gegründet und verfolgte die Idee einer einheitlich handelnden Jugend über alle geographischen und politischen Grenzen hinweg. Als ein Instrument

wurden die Weltfestspiele angesehen, die erstmals 1947 in Prag, dann im zwei-, später im vier- bis fünfjährigem Rhythmus in verschiedenen sozialistischen Hauptstädten stattfanden. Obwohl eine Bewertung für jemanden, der/die nie an solchen Veranstaltungen teilgenommen hat, sehr schwer ist, lassen sich doch drei Feststellungen treffen: a) Den Weltfestspielen liegt insofern ein vernünftiger Gedanke zugrunde, daß sich linke Jugendliche aus aller Welt kennenlernen, miteinander diskutieren, usw. b) Für viele TeilnehmerInnen sind sie unvergeßliche Höhepunkte ihres Lebens. c) Sie waren auch Jubelfeiern und eher kein Ort kritischer, demokratischer Diskussion. Von diesem Punkt ausgehend, ist die Forderung nach kritischer Rückbetrachtung und vor allem die Frage nach der aktuellen Konzeption durchaus berechtigt.

Wie es darum steht, läßt sich zum einen aus den offiziellen Einladungsdokumenten, zum anderen aus den konkreten Erfahrungen auf den Vorbereitungsveranstaltungen herauskristallisieren. In der Einladung der kubanischen Sektion des WBDJ "An die Jugend der Welt" (Cuba Libre 2/3 1996) heißt es u.a. über das kommende Festival: "Für Kuba bedeutet dies, jene unvergeßlichen Tage des Jahres 1978 wiederzuerleben, als wir schon einmal die Weltfestspiele veranstalteten. Damals wie heute werden wir die Reihen schließen und alle Fahnen tragen, um zu demonstrieren, daß wir nicht allein stehen. Die unterschiedlichsten Fragen werden offen ausgesprochen werden. Die brennenden Fragen der Demokratie, des Friedens, der Sicherheit, der Souveränität und der Selbstbestimmung in dieser unipolaren Welt werden in unserem Vaterland ein Forum finden.

Wir werden Fragen des Bildungs- und Gesundheitswesens erörtern, einschließlich des Phänomens der Menschheitsgeißel AIDS, der Drogenabhängigkeit und der Gewalt, sowie die Themen der Frauen und Arbeitsproblematik, die Probleme des Umweltschutzes und einer verträglichen Entwicklung. Die aktuelle Situation der weltweiten Bewegung der Jugend und Studenten, die Lage der Kinder, die Kultur und den Sport, die Solidarität und die internationalistische Zusammenarbeit sowie viele weitere Themen werden wir behandeln. Debattiert werden so viele Themen, wie Jugendliche voller Ideen und Meinungen anreisen."

Ähnlich klingt es im Beschluß des WBDJ, der auf der Generalratsversammlung im Januar 1996 verabschiedet wurde. Darin heißt es u.a.: "Der WBDJ wird sich konstruktiv auf gleicher Basis mit den anderen internationalen oder regionalen Jugend- und Studentenorganisationen, die an dem Festival teilnehmen wollen, an den Vorbereitungen für das Festival beteiligen. Der WBDJ ist der Meinung, daß der demokratische Prozeß ein bedeutendes Element zum Erfolg des Festivals darstellt." Und weiter hinten: "Der Jugend wird auch die Möglichkeit zu Diskussionen über die aktuelle, weltweite politische Situation, globale Probleme (Frieden, Sicherheit, regionale Konflikte, Entwicklung, Umwelt, Menschenrechte, Drogen, AIDS usw.), antiimperialistische Solidarität, Jugendrechte, und auch über andere Themen, spezifische Gruppeninteressen (Kultur, Sport, usw.) geboten." (Cuba Libre 1/96)

Nimmt man diese Erklärungen zum Maßstab, ergibt sich folgendes Bild. Ein kritischer Rückblick auf die Geschichte des Festivals fehlt völlig. Den Diskussionen werden keine inhaltlichen Beschränkungen auferlegt, die Themen sollen von den Jugendlichen selbst bestimmt werden. Die Vorbereitung erfolgt auf demokratischem, gleichberechtigten Weg. Nach diesen Aussagen sind einige der Vorwürfe (unbedingter Führungsanspruch des WBDJ, eingeschränkte Diskussionsmöglichkeiten) die aus den Reihen der AGJG gekommen sind, gegenstandslos. Leider muß in diesem Zusammenhang auch festgestellt werden, daß einige Jungen GenossInnen bei ihrer Argumentation gegen den WBDJ nur die Aussagen herangezogen haben, die ihre ablehnende Meinung unterstreichen sollen.

Einige Junge GenossInnen begründen ihre Skepsis gegenüber der WBDJ mit Erfahrungen, die sie mit dessen VertreterInnen gemacht haben. Stephan Grunwald, AGJG, war am 12.7. Teilnehmer eines Informationstreffens, das am Rande eines Seminars der Linken-Fraktion im Europaparlament in Straßburg stattfand und von einem Mitglied der Jungen Kommunisten Portugals geleitet wurde. Nach seiner Darstellung stellten einige Teilnehmer Fragen, wie z.B. mit HIV-Positiven verfahren werde, ob das Homosexualitätsverbot die Spiele beeinträchtige, welcher Diskussionsspielraum auf dem Festival bestehe, insbesondere zur Frage der Reform und Demokratisierung des Gastgeberlandes. Nach Stephan Grunwalds Eindruck waren die Gastgeber von dieser Art Fragen sichtbar überrascht und nicht bereit, darauf einzugehen. Mit dem monotonen Hinweis, daß all diese Fragen demokratisch entschieden werden, versuchte der WBDJ-Vertreter eine Diskussion zu verhindern.

Dessen griechischer Genosse pries Kuba als das demokratischste Land der Welt, weshalb jede Demokratiediskussion überflüssig sei. Er warf der deutschen Delegation Komplexbeladenheit vor. Grunwalds Fazit: "Bei der Frage, wie der real-existierende Sozialismus zu bewerten sei, spitzte sich der Konflikt zu, und im weiteren Verlauf des Seminars ließen sich in der politischen Praxis und in inhaltlichen Grundüberzeugungen klare Differenzen zwischen uns und einer Mehrzahl der WBDJ-Vertreter erkennen."

Ein weiteres Beispiel für Kommunikationsstörungen ist der Artikel (Rattenpost 3/96) von Jens Wolfram, Arbeitskreis Internationales der AGJG, in dem er von seinem Besuch beim Kongreß der Bewegung der Jungkommunisten Frankreichs (MJCF) berichtet. Darin wird deutlich, daß die Jungen GenossInnen eine starke Ablehnung gegen diejenigen empfinden, die nach ihrer Meinung nicht die richtigen Schlußfolgerungen aus dem Zusammenbruch des real-existierenden Sozialismus gezogen haben. Diese Ablehnung schlägt zuweilen in Abgrenzung und Verweigerung der Zusammenarbeit um.

Wie halte ich es mit Kuba?

Ein anderer Aspekt betrifft die Solidarität mit Kuba. In den Anträgen auf dem BuKo und in der wenige Tage danach veröffentlichten Klarstellung der Führungsspitze der AGJG wird mit keinem Wort erwähnt, wie sich die Arbeitsgemeinschaft zur kubanischen Regierung oder zu dem dortigen Gesellschaftssystem verhält. Statt dessen wird immer wieder die Formulierung von der kritischen und praktischen Solidarität mit dem kubanischen Volk, bzw. mit den KubanerInnen benutzt. Daran wird deutlich, daß einige Junge GenossInnen eine sehr kritische, teilweise total ablehnende Haltung gegenüber der kubanischen Regierung einnehmen. Die AG als ganzes hat bisher noch keinen gemeinsamen Nenner gefunden.

Jens Wolfram schätzt die Situation auf Kuba so ein (Rattenpost 3/96): "Aber wir sehen auch ernste Gefahren für die weitere Entwicklung in diesem Lande, die durchaus auch interner Natur sind. Insbesondere das Demokratiedefizit bedroht den Sozialismus von innen heraus." Wolfram erwartet denn auch eine Instrumentalisierung der Weltfestspiele durch die kubanische Regierung. "Wir sind skeptisch, ob kritische Auseinandersetzungen, wie ein demokratischer Sozialismus zu gestalten sei, ins Programm passen wird, ja überhaupt erfolgen soll (darf?)." Die kritische Solidarität, die die AGJG anstelle des Schulterschlusses mit Fidel Castro üben will, besteht aus der Unterstützung ausgewählter Projekte und aus der bereits oben erwähnten Delegationsreise.

Reaktionen in der Partei

Die ablehnende Entscheidung der AGJG ist sowohl in der Organisation als auch in der PDS und der parteinahen Solidaritätsorganisation Cuba Si auf heftige Proteste gestoßen. In mehreren LeserInnenbriefe im Neuen Deutschland wurden organisatorische Konsequenzen gefordert. Durch die AGJG geht ein tiefer Riß mit gegenseitigen Vorwürfen, die per Fax bzw. e-mail ausgetauscht werden. In den Basisorganisationen der PDS gibt es teilweise völliges Unverständnis über den Beschluß des Bundeskongresses. In Berlin-Köpenick wurde der Antrag gestellt, daß die PDS es jungen Menschen ermöglichen solle, an den Weltfestspielen teilzunehmen. In Sachsen-Anhalt wurde ein Junger Genosse, der sich Hoffnungen auf die Wahl als Parteitagsdelegierter gemacht hatte, nach seinem Abstimmungsverhalten auf dem Bundeskongreß befragt. Als er sich als Gegner einer Teilnahme bekannte, gab es heftigen Widerspruch. Als Delegierter wurde ein anderer Bewerber gewählt.

Abgesehen von dem AG- bzw. parteiinternen Ärger, den sich die Jungen GenossInnen eingehandelt haben, sind Zweifel angebracht, ob der Beschluß, sich nicht an dem Festival zu beteiligen, politisch klug ist. Mit dem Hinweis, daß es auf Kuba genau so sein wird, wie 1988 in Pjöngjang oder 1973 in Berlin, machen sie es sich zu leicht. Vielleicht wäre es sinnvoller gewesen, trotz der zum Teil berechtigten Kritik am Verhalten einiger WBDJ-VertreterInnen den Versuch zu unternehmen, die eigenen Diskussionswünsche nach Havanna mitzunehmen und sie dort mit anderen Linken zu realisieren. Weil die AGJG offensichtlich weder Kraft noch Lust hat, sich mit "traditionellen" Linken auseinanderzusetzen oder an ihnen vorbei eigene Vorstellungen durchzusetzen, verbaut sie sich die Möglichkeit, die Weltfestspiele für einen Dialog unter jungen Linken zu nutzen.

Peter Nowak/kuk

Weltfestspiele

1997

Bereits 1978 fanden in Havanna die 11. Weltfestspiele statt. Im kommenden Jahr rechnen die VeranstalterInnen mit insgesamt 10.000 Jugendlichen. Das Festival wird nicht nur in Havanna, sondern in allen Regionen des Landes stattfinden. Das Programm sieht auch die Möglichkeit freiwilliger Arbeitseinsätze in über 40 Solidaritätsprojekten vor. Für Teilnahmewillige ist es angeblich nicht erforderlich, durch ein nationales Vorbereitungskomitee zu gehen. Man kann sich direkt bei dem Vorbereitungskomitee in Havanna (via UJC Abt. Internationale Beziehungen, Calle 17 No. 252, Vedado, Ciudad de la Habana, Tel. + 53-7-323906/ 327261) oder bei der kubanischen Botschaft in Bonn (oder Außenstelle Berlin) anmelden.

35. Dutschkes Vermächtnis. Gretchen Dutschke erinnert an einen deutschen Revolutionär

Autor: Christoph Jünke · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Diskussion; Geschichte 1968 · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:02

Rosa Luxemburg schrieb einmal über Ferdinand Lassalle, den bedeutendsten und umstrittenen deutschen Arbeiterführer des 19. Jahrhunderts: "Lassalle hat Fehler in seiner Kampftaktik begangen, gewiß. Doch es ist nur ein wohlfeiles Vergnügen für Kleinkrämer der Geschichtsforschung, Fehler in einem großen Lebenswerk zu konstatieren. Zur Beurteilung einer Persönlichkeit wie ihres Wirkens ist viel wichtiger die Erkenntnis der eigentlichen Ursache, der besonderen Quelle, aus der ihre Fehler wie ihre Vorzüge sich ergaben." Diese Worte passen auch zu Rudi Dutschke, dem bedeutendsten und umstrittenen Revolutionär in Nachkriegsdeutschland - West und Ost. Und genauso wie Lassalles politisches Vermächtnis längst in der spätbürgerlichen Geschichtslosigkeit versunken ist, wollen sich auch nur noch wenige an das politische Vermächtnis Dutschkes erinnern.

Vielleicht ändert sich dies nun, denn Gretchen Dutschke hat eine bemerkenswerte Biographie ihres vor 17 Jahren gestorbenen Mannes veröffentlicht. Mit sehr viel Feingefühl für das Persönliche und klarem Verständnis für die wesentlichen Elemente seines Denkens erzählt sie sein Leben. Sie stützt sich dabei weitgehend auf Zitate aus unveröffentlichten Notizen, Manuskripten, Briefen und dem Tagebuch, das Rudi Dutschke intensiv führte. Gretchen Dutschke behandelt ausführlich auch jene 70er Jahre, die in den beiden bisherigen Dutschke-Biographien (1) deutlich zu kurz kommen und die im allgemeinen dem übermächtigen Interesse am "Mythos 68" geopfert werden - nicht ohne politische Hintergedanken, wie sich vermuten läßt. Der Autorin ist es gelungen, diese falschen Gewichtungen und schiefen Perspektiven auf Leben und Werk ihres Mannes gerade zu rücken und den roten Faden seines Lebens aufzuzeigen, ohne dabei in eine falsche Heroisierung zu verfallen.

Zusammenhänge

Was war jenes Besondere an Rudi Dutschke, das ihn über seine politischen Freunde und Zeitgenossen hinaushob, ihn zum charismatischen Führer jener gesellschaftlichen Revolte werden ließ, die konservative Politiker und linke Zyniker noch heute in aggressive Wallungen bringt? Es waren weniger seine theoretischen Schriften als vielmehr seine persönliche Ausstrahlung, seine durch und durch offene, nichtsektiererische Persönlichkeit, die nicht zu trennen war von seinem politischen Instinkt, seinem unbedingten Willen zur permanenten emanzipativen Veränderung und von seiner Fähigkeit, Menschen nicht nur schwierige politische Sachverhalte verständlich zu vermitteln, sondern sie auch zur politischen Aktion zu bewegen. "Rudi vertrat einen aktivistischen Standpunkt. Alle seine Analysen und sein Nachdenken dienten nicht dazu, irgendwelche Denksysteme zu konstruieren, sondern gesellschaftliche Verhältnisse zu ändern. Für Rudi gab es politische Fragen und Ziele, und von diesen hingen philosophische Reflexionen ab. Seine politischen Ziele waren oft an Tagesereignisse gebunden, aber dahinter stand immer die Grundaufgabe: eine Revolution, die die Gesellschaft erlösen würde von der Destruktivität des faschistischen Nährbodens, von Rassismus und den Interessen des Monopolkapitals", schreibt seine Frau (S. 427).

Ob während seiner rebellischen Jugend in der DDR, ob als existentialistisch beeinflußter Student im West-Berlin der beginnenden 60er oder als antiautoritärer revolutionär-sozialistischer Agitator des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), des organisatorischen Zentrums der Außerparlamentarischen Opposition (APO), immer ging es ihm um die Erneuerung radikal-sozialistischer Politik und ihrer theoretischen Grundlagen.

Es war die Zeit des Übergangs von der traditionellen zur sogenannten Neuen Linken: "Eine sozialistische und radikaldemokratische Intelligenz, entnabelt von jeglicher Tradition, wird gezwungen, eine doppelte Leistung zu erbringen. Sie muß gedanklich den Traditionsbruch überwinden und anschließen an eine originäre Emanzipationstheorie bzw. diese aus einer aktuellen Situation entwickeln. Und sie muß sich zugleich wehren gegen das gespaltene Denken in Deutschland, das einmal als offizieller Marxismus-Leninismus Herrschaftsanspruch der UdSSR und der DDR verfolgt und das als Liberalismus, Sozialdemokratismus und Konservatismus den nordamerikanischen Macht- und Politikvorstellungen genügt. In einer besetzten Nation,

die durch die Spaltung jeweils den großen Machtblöcken zugeschlagen wird, ist auch das Denken der Intelligenz den Ansprüchen der Großmächte ausgesetzt. In einer derartigen Freund-Feind-Konstellation gerinnt Kritik sehr leicht in die Unterstützung der einen oder anderen Großmacht. Aus dieser Machtkombination, aus dieser Besetzung des Denkens, aus dieser Festlegung will sich Dutschke lösen." So faßte einmal Bernd Rabehl, Rudis Freund und Kampfgenosse in jenen frühen Jahren, die Aufgabe einer zeitgenössischen deutschen Revolutionstheorie für die 60er Jahre zusammen (2). Und Rudi Dutschke ist diese Aufgabe wie kein anderer seiner Zeit angegangen und blieb ihr zeitlebens treu. Hieraus erklären sich sein Denken und Handeln, seine Stärken und Widersprüche - vor 68 und nach 68.

68 und die Folgen

Der allgemeine Ausgangspunkt der Neuen Linken der 60er war die Analyse des autoritären Charakters des Spätkapitalismus, der sogenannten formierten Gesellschaft. Der junge Dutschke hielt die Gesellschaft für strukturell autoritär und die damalige westliche Arbeiterklasse noch für integriert und verbürgerlicht. Davon ausgehend verlangte er erfolgreich eine stärkere Ausrichtung des SDS an provokativen Formen "direkter Aktion", um so die versteinerte, nachfaschistische CDU-Gesellschaft zum Tanzen zu bringen und antiautoritäres politisches Bewußtsein bei den Massen hervorzurufen. "Die materiellen Voraussetzungen für die Machbarkeit unserer Geschichte sind gegeben. Die Entwicklungen der Produktivkräfte haben einen Prozeßpunkt erreicht, wo die Abschaffung von Hunger, Krieg und Herrschaft materiell möglich geworden ist. Alles hängt vom bewußten Willen der Menschen ab, ihre schon immer von ihnen gemachte Geschichte endlich bewußt zu machen, sie zu kontrollieren, sie sich zu unterwerfen", so Dutschke 1967.

Gretchen Dutschke beschreibt auf eindringliche Weise, wie seine engsten Genossen auf Distanz zu dem immer populäreren "APO-Führer" gehen und er selbst immer häufiger Opfer von tätlichen Angriffen und direkten Morddrohungen aus der aufgehetzten Bevölkerung wird. Er beschließt, in die USA, die Heimat seiner Frau, zu emigrieren. Doch der Mordanschlag am 11. April 1968 verhindert diese Pläne. Sein Leben kann zwar gerettet werden, doch Dutschke verliert sein Erinnerungsvermögen. Er muß seine Sprache vollkommen neu lernen und will nur noch weg aus diesem Deutschland. Einreiseverbote nach Frankreich, in die Niederlande, die USA und Kanada vereiteln seine Pläne. So geht er mit Frau und Kind zuerst nach Italien, dann nach Großbritannien und schließlich nach Dänemark, wo seine Genesung Fortschritte macht.

Von Dänemark aus mischte er sich seit 1972/73 wieder verstärkt in die deutschen Verhältnisse ein - durch Reisen zu Freunden und Bekannten und durch vereinzelte Artikel, die er zunächst unter Pseudonymen schreibt. Die Bundesrepublik hatte sich seit 68 stark verändert. Die Wirtschaftswunderzeit war vorbei, die formierte Gesellschaft zeigte starke Risse, die CDU war abgewählt, die sozialliberale Koalition unter Willy Brandt an der Regierung. Gesellschaftliche Reformen wurden angegangen und mit vermehrter Repression gegen die radikalen Linken kombiniert.

Auch die Linke hatte sich fundamental gewandelt. Sie hatte ihre antiautoritäre Phase liquidiert, wie es damals so treffend hieß. Während auf der einen Seite maoistische Kaderparteien und die Moskau- und Ost-Berlin-treue DKP aufgebaut wurden und ihren autoritären Dogmatismus entfalteten, gingen andere bewaffnet in den Untergrund. Das Erbe von 68 wurde verschüttet: "Jeder Versuch, diese Zeit zu fetischisieren, zu idealisieren, ist genauso reaktionär wie der Versuch, sie zu negieren. Die Erbschaft besteht vor allem in dem Bewußtsein, daß der einzelne kein Objekt von Parteifunktionären sein darf in der Entwicklung hin zur Selbständigkeit, in dem Verlangen nach Demokratisierung. Der Sozialismusbegriff muß erweitert werden, er muß zurückgewonnen werden. Ehe man die Sozialismusfrage stellt, muß man zunächst die demokratische Tradition des Bürgertums ernst nehmen", schrieb Dutschke 1977 (S. 171). Immer mehr drängte es ihn, wieder einzugreifen. In Zeiten, in denen sich die gesellschaftlichen Verhältnisse wieder in Bewegung gesetzt hatten, die Linken jedoch in Regression verfielen, knüpfte er in etwas veränderter Form da an, wo er 1968 aufgehört hatte: "Die Revolutionierung der Revolutionäre ist so die entscheidende Voraussetzung für die Revolutionierung der Massen." (3)

Unter diesen Bedingungen mußte sich jede Neukonzeption zeitgenössischer Revolutionstheorie abgrenzen gegen die autoritären Varianten. Auf der einen Seite gegen die RAF: "Solange es den Sozialisten in der bürgerlichen Gesellschaft möglich ist, in der Aufklärung über die herrschenden Produktionsverhältnisse zu agieren, den politischen Klassenkampf zu fördern, solange stellt sich das Problem der Illegalität nicht." (4) Auf der anderen Seite hieß dies für ihn, einen bedingungslosen Kampf gegen jene Gruppen zu führen, die "mit

einem Bein in der leeren Vergangenheit, mit dem anderen in Moskau oder Peking" standen. Doch anders als bei den Moskau- und Peking-Kommunisten, die er immer heftiger bekämpfte, suchte er bei der RAF den schmalen Grat solidarischer Kritik. Und so kam es zu jenem symbolischen Akt, der 1974 großes Aufsehen erregte. Am Grabe des im Hungerstreik gestorbenen RAF-Mitglieds Holger Meins ruft er mit gehobener Faust aus: "Holger, der Kampf geht weiter!"

Die deutsche Misere

Doch Dutschke beließ es nicht beim innerlinken Kampf, er stellte auch den neuen Status quo in Frage, die sogenannte Entspannungspolitik zwischen Ost und West, in diesem Fall der beiden deutschen Staaten. Dutschke sah klar die gegenseitige Konsolidierung zweier Herrschaftssysteme und die darauf aufbauende härtere Repression gegen oppositionelle Kräfte. Menschenrechtsfrage und schleichende Entdemokratisierung wurden zur Achse seiner Interventionen in den 70ern. "Unsere bisherige deutsche Tragödie, die noch immer auch eine der Niederlagen der deutschen Arbeiterklasse war, liegt gerade darin, daß wir uns von ‚oben` oder von ‚anderen` haben bestimmen lassen. Der Begriff der Selbstbestimmung ist bei uns noch immer auf einem unterentwickelt gehaltenen Niveau. Deshalb ist eine befreiende und nicht mehr reaktionär verklärende Identitätsfindung mit unserem Lande bisher so besonders schwer gewesen", schreibt er 1973 und stellt - politisch konsequent - die nationale Frage. "Es geht mir hier nicht um nationale ‚Gefühle`, die benutzenswert sind bzw. waren, es geht mir allein um die Voraussetzungen, Bedingungen und Möglichkeiten der vollen Analyse dessen, was ein revolutionäres, sozialistisches-antiautoritäres Programm auszeichnen muß", schrieb er schon 1969 an Bernd Rabehl (S. 303). Doch damit hatte er eines der größten linken Tabus angegriffen, und der prompt einsetzende Sturm der Entrüstung verhinderte auch sofort die Erkenntnis, worum es ihm im Kern ging: "Es wird wichtiger denn je, daß die linke Bewegung in der Bundesrepublik (...) die Beziehungen zu den Freunden, Genossinnen und Genossen in der DDR ausbaut bzw. erst einmal entstehen läßt. Wenn es dazu nicht kommt, die Beziehungen der westeuropäischen Linken zur osteuropäischen Linken auszubauen, Kooperation herzustellen, Solidarität zu festigen, dann werden wir es immer wieder sein, die nach vollendeten Prozessen jammern oder kritisch analysieren können. Aber nicht eingreifen in den Prozeß der Geschichte." (5) Prophetische Worte, die radikale Linke im heutigen neuen Deutschland nachdenklich machen sollten. Statt dessen wird Dutschke zum Nationalisten und reaktionären Deutschtümler gestempelt (6).

Nach den gescheiterten Versuchen, eine neue linkssozialistische Partei zu gründen, zerschlägt sich auch Dutschkes Hoffnung auf den Eurokommunismus schnell. Schließlich wird er aufmerksam auf die neue Bürgerinitiativbewegung gegen die Atomkraftwerke. Er nimmt an den großen Auseinandersetzungen in Wyhl und Brokdorf teil und schöpft neuen Mut. In der Anti-AKW-Bewegung sah er konservatives Denken und progressives Denken zusammenstoßen: "Teilweise verknoten sie sich ineinander. Aber allgemein ist es ein Widerstand gegen eine Tradition deutschen Verhaltens, gegen eine Tradition deutscher Unterordnung, etwas, was in den 60er Jahren begann, aber auf die Universitäten beschränkt war. (...) All das ist nun in den 70er Jahren auf einer breiteren Ebene." (382) Dutschke nennt die Bewegung fortan "die zweite APO-Periode" und versucht den Brückenschlag von weitgehend bürgerlicher Anti-Atom-Bewegung und "unabhängig sozialistischer Richtung".

Dutschkes Bündnis mit den "Wertkonservativen" wurde zu einem der entscheidenden Katalysatoren des Formierungsprozesses der grünen Partei. Deren Aufstieg sollte er jedoch nicht mehr erleben. Vollkommen unerwartet starb Dutschke am Heiligabend 1979 an den Spätfolgen des Attentats. Die neue deutsche Linke hatte ihren hervorragendsten Vertreter verloren. Und wenn er auch in diesen Kämpfen manches Mal über das Ziel hinausgeschossen ist - beispielsweise bei seiner Forderung nach einem Unvereinbarkeitsbeschluß von ML-Sektierern und grüner Parteimitgliedschaft -, so war doch sein Ansatz immer richtig, das Ziel immer korrekt: Wenn die deutsche Linke nicht in der Lage ist, auf eigenen Füßen zu stehen, fest verwurzelt in den hiesigen Klassenkampfverhältnissen und bündnisfähig zu den Resten bürgerlich-demokratischer Intelligenz, dann dient sie nicht der Emanzipation, sondern der Regression.

Christoph Jünke

Gretchen Dutschke: Wir hatten ein barbarisches, schönes Leben. Rudi Dutschke - Eine Biographie, Köln (Kiepenheuer & Witsch) 1996, 48 DM

Im Neuen ISP Verlag ist vor kurzem eine von Dutschke kommentierte Bibliographie erschienen. Sie bietet einen sehr lesenswerten Überblick über die Literatur der sozialistischen Bewegung von Karl Marx bis zu den Befreiungstheoretikern der 60er Jahre:

Rudi Dutschke: Zur Literatur des revolutionären Sozialismus von Karl Marx bis in die Gegenwart, Köln (Neuer ISP) 1996, 10 DM

Anmerkungen:

1) Ulrich Chaussy: Die drei Leben des Rudi Dutschke. Eine Biographie, erweiterte Neuausgabe Berlin 1993; Jürgen Miermeister: Rudi Dutschke mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek bei Hamburg 1986

2) "Dutschke als Denker seiner Zeit", in: B. Kuschey (Hrsg.): Linke Spuren. Marxismus seit den 60er Jahren, Wien 1987, S.72f. Heute ist auch Rabehl ein Renegat geworden. Im "Freitag" 39, 20.9.96 macht er sich über Gretchen Dutschkes Buch auf ungerechte und gehässige Weise lustig, und als FAZ-Autor wettert er gegen jene junge Generation, die in alter 68er Tradition voll Hoffnung nach Chiapas blickt. Vgl. hierzu Winfried Wolfs Artikel "Berlin, Chiapas" in SoZ 19, 19.9.96 und im "Freitag" 40, 27.9.96.

3) "Die Widersprüche des Spätkapitalismus, die antiautoritären Studenten und ihr Verhältnis zur Dritten Welt", in: U. Bergmann u.a.: Rebellion der Studenten oder die neue Opposition, Reinbek bei Hamburg 1968, S.93

4) Aufrecht Gehen. Eine fragmentarische Autobiographie, Berlin 1981, S.167

5) "Breschnew, das DDR-‚Manifest` und die ‚deutsche Frage`", in: dasda avanti, Juni 1978

6) Für Jürgen Elsässer ("Dutschkes Weg nach rechts. Von der antiautoritären zur deutschen Linken", in: Bahamas 10 - 5/93) ist in neudeutscher Linkstradition jegliche Beschäftigung mit der deutschen Nation und jeder Kampf um Mehrheiten per se nationalistisch und faschistoid. Wolfgang Kraushaars Beitrag "Rudi Dutschke und die Wiedervereinigung. Zur heimlichen Dialektik von Internationalismus und Nationalismus" (in: Mittelweg 36, Juni/Juli 1992) ist zwar fundierter und ausgewogener, geht jedoch gleichermaßen am Kern der Sache vorbei, wenn er Dutschkes Behandlung der nationalen Frage zum heimlichen Motor seines Denkens umbiegt und den revolutionsstrategischen Kontext einfach ausblendet.

36. Die 1. Linke Literaturmesse in Nürnberg

Autor: Elke Mahler · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:11

Die 1. Linke Literaturmesse im Nürnberger KOMM vom 18. bis 20. Oktober 1996 wird von den teilnehmenden Verlagen, dem Publikum und den Veranstaltenden als voller Erfolg eingeschätzt. Mehr als 60 Verlage aus der ganzen Bundesrepublik stellten ihr Programm an eigenen Ständen vor, weitere 40 waren an Sammelständen vertreten. Gut 1800 BesucherInnen aus Nürnberg, aus der näheren und weiteren Umgebung und der gesamten Bundesrepublik nutzten an diesem Wochenende die bisher einmalige Gelegenheit, sich einen Überblick über das aktuelle Angebot linker, gesellschaftskritischer Literatur zur verschaffen und sie auch zu erwerben. Veranstaltet wurde die Bücherschau von der Gruppe "Archiv und Bibliothek Metropoletan im KOMM" und der Libresso-Buchhandlung.

"Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche" - Che Guevaras Satz charakterisiert die Umsetzung der am Biertisch geborenen Idee, mit einer mehrtägigen Veranstaltung die linke Literaturproduktion in den Mittelpunkt zu stellen und nicht nur als Beiwerk am Rande politischer Großveranstaltungen zu präsentieren. Im süddeutschen Raum, besonders in Bayern, ist linke Literatur noch weniger als andernorts zu finden. Die kommunale Rechtswende in Nürnberg, Fürth und Erlangen und der Kampf um die Erhaltung des KOMM waren Ansporn zur Verwirklichung des Projekts. Die Skepsis aller Beteiligten, ob sich die Kraftanstrengung lohnen würde, hat der Verlauf widerlegt. Auch die begleitenden Veranstaltungen, beispielweise zum Thema Zensur, zum Lübecker Brandanschlag, zur Solidarität mit Mumia Abu Jamal, waren gut besucht; über die mit den betreffenden Verlagen im voraus geplanten Veranstaltungen hinaus entwickelten sich spontan kleine und größere Lesungen und Diskussionen. Die Kino-Gruppe im KOMM bot ein Begleitprogramm an. Die Verkaufsausstellung mit Bildern kurdisch-syrischer Künstler konnte wegen der räumlichen Bedingungen leider nicht angemessen attraktiv präsentiert werden.

Die vor der Messe von der Presse gestellte Frage, was denn "links" sei, klärte sich in der Praxis durch das Selbstverständnis der Verlage. Es gab keine Ausgrenzungen durch die Veranstaltenden; auch kritische Diskussionen während der Messe verliefen in einem solidarischen Rahmen. Vom Publikum vermißt wurde ein größeres Angebot an Belletristik und an Frauenliteratur, wobei letztere bei vielen Verlagen mit vertreten war. Offen blieb aber die Frage nach feministischen Verlagen, von denen es auch im Vorlauf keine Reaktionen gegeben hatte.

Eine gründliche Auswertung der Messe wurde in einem Gespräch mit Ausstellenden begonnen, dessen Fazit der Wunsch nach Wiederholung der Messe im ein- oder zweijährigen Turnus war. Und zwar der Wunsch nach einer wiederum explizit linken Buchmesse - nicht nach bunter Unverbindlichkeit. Das Nürnberg KOMM in seiner bestehenden Form wurde als idealer Veranstaltungsort eingeschätzt, trotz der gegenwärtigen räumlichen Beschränkungen durch die Renovierungsarbeiten. Die Ausstellenden wünschten sich mehr Möglichkeiten zur Kommunikation untereinander. Viele von ihnen hatten sich in Nürnberg seit Jahren zum ersten Mal wieder getroffen. Hierfür wurde eine abendliche Kulturveranstaltung vorgeschlagen.

Das Messekollektiv denkt derzeit über die Wünsche und Vorschläge nach - nicht nur am Biertisch!

Elke Mahlert

37. Falsche Heroisierung. Kritische Anmerkungen zu Christoph Jünkes Rezension der Dutschke-Biographie

Kritische Anmerkungen zur Rezension der Dutschke-Biographie

Autor: Js. · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Diskussion; Geschichte 1968 · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:09

Es soll in dieser Replik nicht um die Frage gehen, ob Rudi Dutschke, wie Christoph Jünke schreibt, der "bedeutendste Revolutionär in Nachkriegsdeutschland" war, der "zeitlebens" seiner selbstgestellten Aufgabe "treu" blieb, eine "originäre Emanzipationstheorie" (Rabehl) bzw. "zeitgenössische deutsche Revolutionstheorie" (Jünke) zu entwickeln. Aber da der Rezensent fast durchgängig lobt, sollen hier einige kritische Punkte aus Rudis Wirken in den 70er Jahren nachgetragen werden. Christoph Jünkes allzu positives Gesamturteil müßte danach wohl modifiziert werden: Sei Dutschke auch mitunter "über das Ziel hinausgeschossen ..., so war doch sein Ansatz immer richtig, das Ziel immer korrekt".

Dutschke und die Wiedervereinigung

Dankenswerterweise widmet Christoph Jünke - ebenso wie die Biographin Gretchen Dutschke - auch Rudis Wirken in den 70er Jahren einigen Raum. Das Lob für den großen Revolutionär bezieht sich also ausdrücklich auch auf diesen Zeitraum, in dem Dutschke nach dem Mordanschlag und den Jahren der Rekonvaleszenz erneut die politische Bühne in Westdeutschland betritt. Sein Interesse gilt der "deutschen Tragödie", der Wiedervereinigung, der schwierigen "Identitätsfindung mit unserem Lande".

Gretchen Dutschke hat in ihrem Aufsatz "Rudi Dutschke - ‚ein deutscher Sozialist`" (1) seine Ansichten zur Frage der "nationalen Identität" so zusammengefaßt: "Den Identitätsverlust der Deutschen aus der nachfaschistischen Zeit hielt Rudi Dutschke für ein Hemmnis in der internationalen sozialistischen Revolution. (...) Die Franzosen und Italiener dagegen hätten einen Vorteil, ‚sie haben noch eine nationale Identität, nicht die Identität der Bourgeoisie, sondern eine nationale Identität des Volkes und der Klasse.`" Wie "Volk" und "Klasse" zugleich - und auch noch in fortschrittlichem Sinne - identitätsstiftend wirken sollen, bleibt offen. (Nebenbei bemerkt ließe sich auch anhand nationalistischer Verirrungen französischer und italienischer Linker belegen, daß "nationale Identität" keine Voraussetzung, sondern ein Hindernis für sozialistische Politik ist.) Als Grundlage einer deutschen "nationalen Identität" fiel ihm auch nur der "Stolz über das Volk der Dichter und Denker" ein, den er zum "subversiven Element unserer Geschichte" verklärte.

Zur Untermauerung ihrer Darstellung zitiert Gretchen Dutschke auch eine Tagebucheintragung Dutschkes aus dem Jahre 1969: "Das Problem der deutschen Wiedervereinigung als revolutionäres Kettenglied des Angriffs auf Spätkapitalismus und Revisionismus muß endlich reflektiert werden." Schließlich referiert die Biographin, offenbar eine glaubwürdige Interpretin von Rudis Ideen, auch noch Dutschkes Position zur NATO: "Er wandte - im Gegensatz zu Kraushaars Meinung - sich nur sehr differenziert gegen die NATO. Er hielt sie für gerechtfertigt, solange der Warschauer Pakt existierte, aber als Ausdruck der Amerikanisierung im Westen und der Russifizierung im Osten, der Teilung der Machtbereiche zwischen USA und SU, waren beide zu bekämpfen." Diese Position, wenn sie denn authentisch ist, wurde in der westdeutschen Linken nur von der vaterländischen KPD/AO überboten, die auch gleich noch die westlichen Atomwaffen verteidigte. Korrektes Herangehen? Oder hat Rudi hier ein bißchen "über das Ziel hinausgeschossen"?

Der von Gretchen Dutschke genannte Wolfgang Kraushaar habe, schreibt Christoph Jünke in Fußnote 6, fälschlich "Dutschkes Behandlung der nationalen Frage zum heimlichen Motor seines Denkens" umgebogen und "den revolutionsstrategischen Kontext einfach aus(ge)blendet". Immerhin trägt Kraushaar allerhand Dutschke-Zitate zusammen, die auch im "revolutionsstrategischen Kontext" nicht weniger haarsträubend sind. Z.B. Dutschkes Klage, "Unser Volk hat jedes Selbstbewußtsein verloren"; sein Kopfschütteln über die westdeutschen Linken, die sich nach dem 25. April 1974 - mit vollem Recht - mehr für die portugiesische Revolution als für die weitgehend unbewegliche DDR-Gesellschaft interessierten; seine populistische Agitation gegen "Amerikanisierung" und "Russifizierung" der deutschen Staaten, gegen die "amerikanische Besatzungsarmee".

Über einen mit "R.S." unterzeichneten Artikel Dutschkes von 1967 schreibt Kraushaar, es sei "kein anderer Text bekannt, in dem Dutschke so offen seine politische Option darlegt". Diese Option hat es in sich: "Ein von unten durch direkte Rätedemokratie getragenes West-Berlin, in der die freien Individuen in direkter Wahl in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens die ständig rotierende und nur temporäre - jederzeit durch Räteversammlungen absetzbare - Führung wählen, so in den Betrieben, den Schulen, Universitäten, Verwaltungen etc. könnte ein strategischer Transmissionsriemen für eine zukünftige Wiedervereinigung Deutschlands sein. Hier könnte ein beispielhaftes Modell eines dezentralisierten real-demokratischen Lebens für die anderen beiden Teilstaaten, für die ganze Welt demonstriert werden..."

Das ist bestenfalls heillos naiv, zeigt aber auch anschaulich Dutschkes politische Prioritäten: Befreiung Westberlins - deutsche Wiedervereinigung (per "Transmissionsriemen") - Modell für die Weltrevolution (durch Ausstrahlung)! Und Christoph Jünke macht die radikale Linke dafür verantwortlich, daß Rudis Anliegen nicht erkannt wurde: der Ausbau der "Beziehungen zu den Freunden, Genossinnen und Genossen in der DDR", "Kooperation" und "Solidarität" der Linken des Westens und des Ostens. Nur darum sei es ihm "im Kern" gegangen - eine krasse Verharmlosung.

Daß Rudi Dutschke für seine deutschlandpolitische Offensive in den 70er Jahren Beifall von dem "Nationalrevolutionär" Henning Eichberg erhielt, ist überhaupt nicht verwunderlich. Eichberg hatte Dutschkes Ideen ernst genommen und die Chance zu einem historischen Kompromiß gewittert, der schließlich - wenn auch unter anderem Vorzeichen und mit anderen Partnern - auch zustande kam.

Dutschkes Bündnis mit den rechten Grünen

"Von Gruhl bis Dutschke" sollte das Spektrum der Grünen reichen, so die Kampfparole aus der Gründungsphase der Partei. Radikale Linke waren unerwünscht. Gleichzeitig wurden auch Kräfte rechts des ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Gruhl als Bündnispartner akzeptiert. Der prominenteste aus der grünen Braunzone war der "Ökobauer" Baldur Springmann, der regelmäßig in dem Blatt "Die Bauernschaft" inserierte. Dessen Herausgeber war der Nazi Thies Christophersen, Verfasser der berüchtigten (und verbotenen) Hetzschrift "Die Auschwitz-Lüge", in der der Mord an den europäischen Juden geleugnet wird. Springmanns Kommentar zu dieser Verbindung: "Ich schätze Thies Christophersen als aufrechten Menschen". Ein seinerzeit häufig gedrucktes Foto zeigt Springmann und Dutschke in herzlicher Umarmung.

Besonders Wohlmeinende könnten argumentieren, Dutschke sei damals instrumentalisiert und mißbraucht worden. Das mag sein. Jedenfalls war er von seiner Sache so überzeugt, daß er bei der Ausgrenzung der Linken eine vorantreibende Rolle spielte. Vor allem in Bremen, wo er vor der Bürgerschaftswahl im Oktober 1979 zugunsten der antikommunistischen Bremer Grünen Liste (BGL) um den ehemaligen Sozialdemokraten Olaf Dinné intervenierte. Durch die Ausgrenzungspolitik der BGL kam es dort zur Konkurrenzkandidatur gegen die Alternative Liste (AL). Einen Tag vor Abgabeschluß der Listen versuchte Rudi Dutschke telefonisch, den an der AL beteiligten KB zum Rückzug zu bewegen. Anderenfalls werde er dafür sorgen, daß der KB in der Wahlbewegung "isoliert" werde.

Und er hielt Wort, nachdem die Bremer Wahl mit 5,1% gegen 1,4% für die rechte BGL ausgegangen war. Ich habe ihn damals öfter erlebt, auf sog. Öko-Seminaren und grün-alternativen Veranstaltungen, kurz vor seinem Tod auch in der Münsteraner Studentenkneipe "Schwarzes Schaf", wo er den KB wegen seiner antifaschistischen Arbeit kritisierte: Der "Faschismus-Vorwurf gegen harmlose alte Männer" - Springmann war nicht der einzige aus diesem Spektrum - werde vom KB doch nur erhoben, um daran die grüne Bewegung zu spalten.

Christoph Jünke gesteht lediglich ein, Dutschke sei mit seiner Forderung nach einem Unvereinbarkeitsbeschluß gegen "ML-Sektierer" (im Text ohne Anführungszeichen - vielen Dank! Anm. Js.) in der grün-alternativen Wahlbewegung "über das Ziel hinausgeschossen". Sein Bündnis mit Gruhl und Springmann (verharmlosend "Wertkonservative" genannt) sei zu "einem der entscheidenden Katalysatoren des Formierungsprozesses der grünen Partei" geworden. In der Tat. Nur war das, was Jünke zum historischen Verdienst erklärt, für die Linken in der alternativen Wahlbewegung verheerend. Dutschke lieferte - als prominentester Antiautoritärer und ehemaliger Bürgerschreck - den rechten Grünen die Stichworte gegen die Linken. Über die dabei praktizierte Arbeitsteilung schrieb die Stuttgarter Zeitung (29.9.1979), und das AUD-Organ Die Unabhängigen (Vorläufer der Parteizeitung Die Grünen) druckte es nach: "Während Gruhl sich

noch konservativerer Figuren, wie Heinz Kaminski, entledigte, tut Dutschke das seine, um etwa den linksradikalen Hamburger Kommunistischen Bund aus dem gemeinsamen Projekt fernzuhalten." Als mildernder Umstand kann hier angeführt werden, daß seinerzeit auch viele andere Linke als nützliche Idioten der rechten Grünen und als Kronzeugen gegen den KB wirkten; etliche von ihnen fanden später zu linker Politik zurück.

Das harte Urteil gegen Dutschkes Kumpanei mit den rechten Grünen läßt sich leider nicht mehr revidieren. Er starb am 24.12.1979, drei Wochen vor der Gründung der Partei Die Grünen. Vorstellbar und gar nicht mal so unwahrscheinlich ist immerhin, daß Rudi sich später von den Grünen ab und neuen linken Projekten zugewandt hätte. Aber Christoph Jünke behauptet, Dutschke habe "zeitlebens" und in Ansatz und Ziel "immer korrekt" für die Revolution gearbeitet. Das ist leider eine Beschönigung und - ich zitiere den Autor - "falsche Heroisierung".

Welches Vermächtnis?

Selten gelingt es, das "Vermächtnis" historischer Persönlichkeiten auf eine knappe Formel zu bringen. Nach Christoph Jünkes Ansicht hat Rudi Dutschke uns folgende Erkenntnis hinterlassen: "Wenn die deutsche Linke nicht in der Lage ist, auf eigenen Füßen zu stehen, fest verwurzelt in den hiesigen Klassenkampfverhältnissen und bündnisfähig zu den Resten bürgerlich-demokratischer Intelligenz, dann dient sie nicht der Emanzipation, sondern der Regression."

Dieser Satz klingt zunächst nicht schlecht, wirft aber, vor dem Hintergrund von Dutschkes Denken und Handeln, einige Fragen auf: Wozu muß die "deutsche Linke" auf "eigenen" - deutschen - "Füßen" stehen? Wieso ist die Alternative zu "Amerikanisierung" und "Russifizierung" (wieviel Ressentiment liegt in diesen Vokabeln!) eine "eigene" Revolutionstheorie nach deutschem Reinheitsgebot? Wo bleibt der Internationalismus, das Lernen vom Beispiel anderer Länder? Reicht die Verwurzelung in den "hiesigen" Klassenkampfverhältnissen aus? Und was das Bündnis mit der "bürgerlich-demokratischen Intelligenz" (wieso nur der Intelligenz?) angeht, hat Rudi Dutschke - siehe oben - gerade demonstriert, wie man es nicht machen sollte.

Js.

Anmerkungen:

1) Mittelweg 36 Nr. 2/92

2) "Rudi Dutschke und die Wiedervereinigung"; ebd.

38. Postmoderner Linksradikalismus. Wertkritik und Antikommunismus - eine Replik auf Günther Jacob

Wertkritik und Antikommunismus - eine Replik auf Günther Jacob (ak 394 und 395)

Autor: Daniel Dockerill · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:38

In den ak-Ausgabe 394 und 395 haben wir den Artikel von Günther Jacob: "Self-fulfilling Prophecy. Popmoderne Politik, Retro-Moden und radikale Linke" abgedruckt, der sich mit den Thesen von Trampert/Ebermann auseinandersetzt. Der Artikel ist vom Autor für ak überarbeitet worden. Die erste Fassung erschien in der Spezial, Zeitschrift gegen Kultur und Politik, Nr. 103.

Mit dem Diskussionsbeitrag von Daniel Dockerill setzen wir die Debatte fort. Ein weiterer Beitrag zu dem Thema findet sich auf der Leserbriefseite.

Günther Jacob polemisiert in seiner vorzüglich gestylten Rezension des neuen Buches von Trampert/Ebermann (E/T), "Die Offenbarung der Propheten" (1), gegen eine bestimmte, darin ausgiebig anzutreffende Manier (die für eine ganze Tradition linken Umgangs mit "der Ökonomie" steht), Kategorien der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie mit Größen der Volkswirtschaftslehre derart umstandslos in Zusammenhang zu bringen, daß die bloße Montage von Aussagen aus dem Wirtschaftsteil der Tagespresse das Outfit einer marxistischen Analyse erhalten. Die Polemik ist um so verdienstvoller, da ansonsten niemand, den es eigentlich anginge, sich offenbar stört an dem Ausverkauf der Kritik der bürgerlichen Ökonomie, der sich in solch eigenartigem Umgang mit ihren Kategorien äußert. In der Tat ist es "bedauerlich", daß man sich "auch in der heutigen Restlinken" mit "apologetischen Begriffen (...) zufriedenstellen läßt", in denen naturgemäß der volkswirtschaftliche Sachverstand zu Hause ist; jene "plausible Verständlichmachung der sozusagen gröbsten Phänomene" (Marx), die höchstens wissen will, wie die sogenannte "Wirtschaft" funktioniert, nichts aber von der historischen Bedingtheit und Begrenztheit dieses Funktionierens.

Mit Keynes

wider den Kapitalismus?

Zweifellos stehen die ausgedehnten ökonomischen Betrachtungen von E/T, die im Vorwort zu ihrem Buch nichts Geringeres als eine Analyse des "gegenwärtigen Kapitalismus" versprechen, dem professoral-konfusen, volkswirtschaftlichen Sachverstand weit näher als der Marxschen Kritik ihres klassischen Vorläufers. Aussagen der Art wie die folgende: "Das fixe Kapital wirft immer mühsamer die angestrebte Profitrate ab" (2), sollen wahrscheinlich den Eindruck ökonomischer Detailkenntnis vermitteln, zeigen sich aber bloß völlig ungetrübt von jeglicher Begriffsbestimmung des Kapitals und reproduzieren statt dessen günstigstenfalls gedankenlos die von Adam Smith auf die Volkswirtschaftslehre überkommene seichte Theorie der Produktionsfaktoren. Nicht daß E/T den Begriff des Mehrwerts nicht kennen würden; von Mehrwertproduktion ist mehrfach die Rede. Daß Mehrwert auf unbezahlter Arbeit beruht und nicht von Fabrikgebäuden, Maschinen und allem, was sonst noch unter die Bestimmung des fixen Kapitals fällt, "abgeworfen" wird, dürfte ihnen im Prinzip ebenfalls klar sein. (3) Es kommt ihnen in ihrer "Analyse" auf begriffliche Genauigkeit halt einfach nicht an (und darin treffen sie sich mit den linken Esoterikern, von denen sie sich absetzen wollen).

Wenn E/T den Abschied der offiziellen Wirtschaftspolitik vom Keynesianismus als "eine Umkehr der kapitalismuswidrigen Tendenzen" (4) begutachten, dann teilen sie offensichtlich die Selbsteinschätzung der Keynesianer, daß ihre Rezepte "dem Kapitalismus" äußerlich, aus der separat vorgestellten Sphäre der Politik in welcher Absicht auch immer entgegenträten, ebenso wie die neoliberale Kritik daran, daß das "dem Kapitalismus" schlecht bekomme. Logisch daher auch, daß sie den Linkskeynesianern vor allem vorwerfen, "Renegaten" an ihrem linken Keynesianismus geworden, zu "Wirtschaftsliberalen" mutiert zu sein. (5)

"In den wirklichen Verhältnissen können die Autoren nur die Fleischwerdung eines ewig gleichen Kapitalismus erkennen", schreibt Günther Jacob und trifft ins Schwarze. In ihrer Auseinandersetzung mit der wertkritischen Zusammenbruchstheorie machen E/T eine völlig hilflose Figur. Irgend etwas, das einer ökonomischen Analyse auch nur ähnlich sähe, haben sie nicht zu bieten; sie sind vielmehr vollkommen ratlos und geben sich nicht einmal große Mühe, das zu kaschieren. Gegen den linken Keynesianismus behaupten sie, sich auf Paul

Mattick stützend: "Das Heer der Arbeitslosen, das in der marxistischen Theorie Druck auf die Löhne der Beschäftigten ausübt und damit eine wichtige Funktion für den Kapitalismus übernimmt, wird mehrheitlich zum Ballast." (6) Schon die Sprache, in der solches Referat "der marxistischen Theorie" daherkommt, ist unverkennbar die der Volkswirtschaft: "der Kapitalismus" (oder halt die freie bzw. soziale Marktwirtschaft) wird präsentiert als aparte Größe, "für" welche eine andere (das "Heer der Arbeitslosen") funktional ist oder auch nicht. Erstaunlich oder vielmehr bezeichnend ist aber vor allem, daß E/T offenbar nicht merken, wie sie hier auf demselben Argument herumreiten, das sie später im Zusammenhang ihrer Kritik der wertkritischen Zusammenbruchstheorie zurückweisen müssen. Dort heißt es dann: "Die hohe Arbeitslosigkeit in den führenden Industrienationen, die bei Kurz und anderen so viel neue Theoriebildung hervorruft, ist in der Geschichte des Kapitalismus alles andere als neu. Außergewöhnlich war die kurze Phase der Vollbeschäftigung in den 60er Jahren (...)." (7) Irgendwie haben E/T beide Male recht; das Problem ist nur, daß sie nicht die geringste Anstrengung unternehmen, ihre zunächst sich je widersprechenden Argumentationen miteinander zu vermitteln, wodurch allein ihnen der Charakter bloßer Willkür zu nehmen und so etwas wie ein Begreifen jenes Vorgangs in Gang zu setzen wäre, auf den etliche linke Theorien sich ebenso unterschiedlich wie gleichermaßen verworren kaprizieren. Günther Jacob liegt schon ganz richtig, wenn er das Buch von E/T die "zusammenhanglose Präsentation diverser Urteile", nennt, die "niemand eine Kapitalismuskritik" aufnötige.

Kampf mit

"der bürgerlichen Statistik"

Wie aber steht es mit Jacobs eigener "Kapitalismuskritik"? Dem einen oder der anderen Leserin ist vielleicht aufgefallen, daß der Rezensent zwar allerhand Andeutungen macht über "apologetische Begriffe", die E/T verwenden, und ihre "zwielichtige Herkunft" aus der "Verbindung von VWL und Revisionismus in den 70er Jahren", wohl auch einige der inkriminierten "Begriffe" beim Namen nennt, aber keinerlei Aufschluß darüber gewährt, worin ihre Apologetik des Näheren bestehe. Auffällig auch, daß mit der "Wertschöpfung" (sie wird gleich zweimal an den Pranger gestellt) es ihm ein Terminus besonders angetan zu haben scheint, auf den auch Marx in seiner Kritik der politischen Ökonomie nicht verzichten kann, z.B. an jener zentralen Stelle in seinem Hauptwerk, wo es um die besondere Ware geht, die allein die Verwandlung von Geld in Kapital, sich selbst vermehrendes Geld, erklären kann, weil sie nicht nur, wie jede Ware, einen bestimmten Wert besitzt, sondern zugleich in ihrem "Gebrauchswert selbst die eigentümliche Beschaffenheit (...), Quelle von Wert zu sein, deren Verbrauch also selbst Vergegenständlichung von Arbeit wäre, daher Wertschöpfung" (8) - um die berühmte "Ware Arbeitskraft" also. Natürlich bezieht sich die Volkswirtschaftslehre, wenn sie von "Wertschöpfung" redet, nicht auf diesen, den "Kauf und Verkauf der Arbeitskraft" (9) ins Auge fassenden Begriff davon, weil sie halt überhaupt keinen Begriff hat vom "Wert" oder gar von seiner "Schöpfung". Wenn sie dennoch - begrifflos - davon redet, dann als unwillige Konzession an ihren Gegenstand, die sich manchmal einfach nicht vermeiden läßt. Was also stört Jacob an einem von ihm so bezeichneten "Begriff", der als solcher in der Volkswirtschaftslehre gar nicht vorkommt?

Zudem: Wenn Jacob glaubt, ausgerechnet Robert Kurz bescheinigen zu können, daß der "sein Publikum immerhin mit den Marxschen Begriffen traktiert", und lobt, daß "diese bei ihm als komplex und schwer verständlich erscheinen", bringt er eigentlich nur zum Ausdruck, daß jene "Begriffe" ihn herzlich wenig interessieren. Er kann sich freilich darauf verlassen, daß so dieser Hinweis zunächst nicht verstanden wird, weil das Publikum, an das er sich wendet, ein Verständnis von "Kapitalismuskritik" hat, das längst ohne die "Marxschen Begriffe" auskommt, und schon gar nicht wissen will, in welchem Verhältnis Robert Kurz zu ihnen steht, weil es diesen ganz ähnlich liest, wie es Jacob für die Rezensionen des "E/T-Buches" diagnostiziert: In Kurzens hin und wieder "schwer verständlicher" und noch seltener auf Marxens Terminologie zurückgreifender Schreibe wird ebenfalls "eine Stilgeste erkannt", die einer tiefen Sehnsucht nach der besseren Welt, auf welchen ebenso allgemeinen wie unbestimmten Nenner das Linkssein sich heutzutage reduziert.

Zum Streit zwischen Kurz und E/T mutmaßt Jacob in einer Fußnote, "beide Seiten" arbeiteten "mit einer werttheoretisch gestylten Geschichtsphilosophie". Gegen Geschichtsphilosophie hat er etwas und kann sich wiederum sicher sein, mit solcher Aversion auf allgemeines Einverständnis zu stoßen; vor allem deshalb, weil er sich aus Prinzip gegen sie wendet - statt dagegen, daß sie eventuell dazu dient, die Werttheorie zu verhunzen -, also seinerseits im bloß philosophischen Rahmen bleibt und nicht etwa dafür plädiert, ihr womöglich durch den nur werttheoretisch zu erschließenden Begriff des Kapitals als bestimmter

geschichtlicher Produktionsweise zu Leibe zu rücken. Werttheorie, das gibt Jacob hier zu erkennen, findet er im Grunde langweilig.

Gelangweilt ist denn auch der ganze Tenor, in dem diese der Abfertigung der ökonomischen Dünnbrettbohrerei des ersten Teils des Buches gewidmeten Passagen seiner Rezension gehalten sind. Angeblich handelt es sich um "Positionen, die vor über zwei Jahrzehnten schon abschließend kritisiert wurden". Näheres darüber wird nicht verraten. Das heißt, einen kleinen Fingerzeig - wenn zwar nicht auf die "abschließende Kritik", so doch auf die "Positionen" - hat Jacob ein paar Absätze vorher eingestreut. E/T stellten sich, liest man da, "wahrscheinlich ohne es zu wissen, in die Tradition einer Linken (SOST, Prokla, Memorandum etc.) (...), die schon in den 70er Jahren versuchte, in der bürgerlichen Statistik die Entsprechungen zu den Marxschen Kategorien zu finden." Gerügt werden damit "Sätze" von E/T, in denen diese aus dem Auf und Ab der volkswirtschaftlichen "Wachstumsrate" auf das einer "Profitrate" schließen. Ginge es Jacob bloß darum, daß E/T diesen ihren Schluß nicht transparent machen, er folglich den Charakter einer platten Identifizierung annimmt, wäre gegen die Rüge nichts einzuwenden. Jacob ist aber offensichtlich gegen jede Art der Herstellung eines Zusammenhangs zwischen den Marxschen Kategorien und statistischen Daten, wie schon seine Attributierung der Disziplin, die diese erhebt, als "bürgerliche" signalisiert. Einer "proletarischen" oder "kommunistischen Statistik" will er damit wohl kaum das Wort reden. Bleibt also nur die Interpretation, daß Marx und Statistik, in Jacobs Verständnis, nun einmal nicht zusammengehen.

Damit sind wir aber an einem Punkt, wo für Jacob anscheinend überhaupt alle Gemütlichkeit aufhört, so daß er jetzt seinerseits anfängt mit den "Marxschen Begriffen" nach eigenem Gutdünken umzuspringen. E/T (nachdem sie ihre Zeit "in deutschen Rathäusern und Parlamenten verbummelt" haben), so erläutert er einige davon uns also, hätten "die einfache Profitrate p'= m/C (...), mit der allgemeinen Profitrate, die durch die Wirkung der Konkurrenz als Durchschnitt der einzelnen Profitraten entsteht," verwechselt. Und weiter: "Während die einfache Profitrate in den Firmenbilanzen auftaucht, läßt sich die allgemeine Profitrate jedoch dummerweise in den von E/T konsumierten Zeitungen nicht finden: Sie existiert nur als Tendenz, als Ausgleichsbewegung; empirisch ist sie nicht faßbar." Das ist "dummerweise" kompletter Blödsinn. (Vielleicht liegt's daran, daß Günther Jacob zuletzt seine Zeit bei Foucault oder Judith Butler "verbummelt" hat?)

Hätte Jacob recht, dann wäre er der Entdecker einer ganz neuartigen, äußerst mysteriösen Kategorie, die, obwohl die "einfache", also abstraktere, sich vor der konkreteren Kategorie an der erscheinenden Oberfläche der ökonomischen Verhältnisse präsentiert. Im Fortgang von der "einfachen" Profitrate zur Rate des Durchschnittsprofits wäre dann die Marxsche Darstellung, entgegen ihrer sonstigen Richtung und allen Annahmen ihres Autors, zwar vom Abstrakten zum Konkreten, dabei aber nicht hinaufgestiegen zur Oberfläche, sondern von dieser hinab zu den darunter verborgenen wesentlichen Beziehungen. Aber Jacob hat natürlich nicht recht. Die "einfache Profitrate", die er uns freundlicherweise selbst erläutert ("p'= m/C") als das Verhältnis des Mehrwerts zum vorgeschossenen Gesamtkapital, ist sicherlich das Letzte, was "in den Firmenbilanzen auftaucht". Das wäre schließlich eine feine Sache, läge damit doch nicht nur die ominöse "einfache Profitrate" in den Bilanzen zutage, sondern auch jene zentrale, wesentliche Kategorie des Mehrwerts, um die sich in den drei blauen Bänden alles dreht. Die in der Bilanz ausgewiesene Profitrate müßte dazu nur multipliziert werden mit einer anderen nun wirklich aus jeder ordentlichen Bilanz bestimmbaren Größe, dem vorgeschossenen Kapital nämlich: p'. C = ... voilà: m! In Wirklichkeit indes ist der auf ein bestimmtes Kapital entfallende Profit immer schon durch den Prozeß der Ausgleichung der Profitraten hindurchgegangen. Das ist ja der ganze Witz der berühmten Durchschnittsprofitrate, daß das Kapital als gesellschaftliches Produktionsverhältnis gar nicht möglich wäre ohne einen solchen Ausgleich, da andernfalls, wegen der unvermeidlichen Verschiedenheit der organischen Zusammensetzung der Kapitale (c/v) in den verschiedenen Produktionszweigen, die Proportionen zwischen letzteren unweigerlich aus dem Ruder liefen: Alles Kapital würde dorthin strömen, wo die Profitrate am höchsten, also die organische Zusammensetzung des Kapitals (gleiche Mehrwertrate m/v vorausgesetzt) am niedrigsten ist.

Der Prozeß, in dem sich die Durchschnittsrate des Profits bildet, ist gewiß "komplex und schwer verständlich". Seine theoretische Rekonstruktion kommt ohne Frage zunächst nicht vorbei an der sogenannten einfachen Profitrate und ihrer Verschiedenheit für verschiedene Kapitale als der dem Prozeß vorausgesetzten Größe. Der Begriff der Durchschnittsprofitrate, für den ihre bloß quantitative Bestimmung natürlich nicht genügt, der vielmehr einschließen muß, was sie qualitativ ist: unter Kapitalistenbrüdern umverteilter Mehrwert - dieser Begriff ist zweifellos schwieriger zu fassen als der "einfache" Begriff der Profitrate überhaupt, denn er enthält

diese einfachere Bestimmung und ist zugleich die Aufhebung ihrer Einfachheit. Sie ändert nichts daran, daß er in der Tat dem, was erscheint, näher ist, als die durch ihn aufgehobene einfachere Bestimmung. Überdies ist der Begriff des Durchschnittsprofits bzw. dessen Rate selbst ja immer noch eine Abstraktion, indem er etwas fixiert, das in Wirklichkeit in ständiger Bewegung ist. Also auch nach ihrer bloß quantitativen Seite ist die Rate des Durchschnittsprofits, nach der sich der wirklich auf die verschiedenen Kapitale entfallende Profit errechnet, alles andere als unmittelbare Wirklichkeit, die "in den Firmenbilanzen auftaucht". Jacob liegt völlig richtig, wenn er sie als bloße "Tendenz, als Ausgleichsbewegung" bezeichnet. Daraus folgt aber wiederum nicht, daß sie "empirisch (...) nicht faßbar" wäre. Das ist ja die spezifische Aufgabe der Statistik, der Empirie solche nur als Tendenz, als sich ausgleichende Bewegung sich bemerkbar machenden Phänomene zu erschließen. Als unbegriffene, bloße Tatsache, derart nämlich, daß gleich große Summen Kapital normalerweise ungefähr gleichviel Profit erzielen, war die Durchschnittsprofitrate schon immer so sehr unmittelbare Empirie, daß Marx sich sogar genötigt sah, bereits im ersten Band des Kapitals sie als solche wenigstens beim Namen zu nennen und seine Leser um Geduld zu bitten für die Auflösung ihres Widerspruchs gegen die bis dato gewonnenen Bestimmungen des Mehrwert zu der "es noch vieler Mittelglieder" bedürfe. (10)

Postmoderne Gewißheiten

Die Botschaft, die Günther Jacob 'rüberbringt, ist klar: Laßt lieber die Finger vom tendenziellen Fall der Profitrate und solchem Zeug. Erstens blickt da kein Schwein durch (außer ein paar mit extra viel "symbolischem Mehrwert" gefütterte Superhirne). Zweitens wurde die Sache "vor über zwei Jahrzehnten schon abschließend" geklärt. Und last not least haben wir sowie ganz andere Sorgen: z.B. die, ob inzwischen "sich Antinationalismus" (was immer das sein soll) "möglicherweise viel besser mit Judith Butler, Robert Miles, Frederic Jameson, Etienne Balibar oder Michel Foucault begründen" lasse. Seinem Ergebnis nach ähnelt das Jacobsche Verfahren frappierend dem der Wertkritik, namentlich ihrer von Robert Kurz vertretenen Variante: (11) Durch Verwandlung der Marxschen Theorie in Esoterik bereitet man den Boden für die dogmatische Propaganda eines seichten, halbherzigen, unechten Idealismus. Der Sorge um dessen Anschlußfähigkeit an Marxens Kritik der politischen Ökonomie gelten denn auch ganz unverhohlen diverse im weiteren Verlauf der Rezension eingestreute Bemerkungen über Marx und sein (auf irgendeine geheimnisvoll jenseitig-dieseitige Weise anscheinend recht inniges) Verhältnis zur Postmoderne. Darin besteht sein eigentliches Geschäft, hier hat Jacob seinen "Sprechort": Denn wer fragt schon nach einem weiteren Autor, der "einen Diskursbegriff", das "Feld der symbolischen Macht" oder selbst ein bißchen Marx dazu zitieren kann und das gerade angesagte name dropping der "Berge" postmoderner Literatur beherrscht. Eine besondere, noch größtenteils brachliegende, wenig ausgeübte Kunst, und daher "symbolisch kapitalisierbar", ist es dagegen, einer in den Ruinen ihrer vertrauten Welt ratlos umherirrenden Linken Marx als verkannten postmodernen Autor zu erschließen.

Und Jacob ist ein Virtuose darin, denn er versteht, seine Instrumente für beide Welten zu intonieren: Die stramme Marschmusik unerschütterlicher linker Wahrheit läßt er, wo nötig, ebenso selbstverständlich dröhnen wie er andererseits die Dekonstruktion aller Melodien linker Gewißheit zu zelebrieren weiß, und auch das ganze Register dazwischen angesiedelter Spielweisen beherrscht er recht nett. Von der "abschließenden Kritik" war schon die Rede. "Reformismus", "Revisionismus" gar, begegnet man gleich an einer ganzen Reihe von Stellen im Text, ohne daß der Autor es nötig fände, irgendwo zu erläutern, was er darunter versteht; was da in welcher Hinsicht (offenbar unerlaubterweise) "revidiert" wurde bzw. warum er diese Dinge so verabscheut. Das Dogma des "Antinationalismus" spukt als allgegenwärtiges, unbestimmt geisterhaftes Motiv durch den gesamten Text. Aber gerade weil da nichts bestimmt oder erläutert wird, verträgt es sich ganz prima mit der Polemik gegen die "Produktion von Gewißheiten"; gegen "Ursprungsdenken", das alles "auf eine einzige Logik reduziert"; gegen den linken Wunsch "der Welt das Sollen vorzuschreiben" etc. Wenn Jacob E/T bescheinigt, daß "sie ihren biederen KB-Genossen weit voraus" gewesen seien, als sie anfang der 80er Jahre "zu den ‚postmodernen` Grünen gingen", dann hat er die noch als "verbummelt" beanstandete Zeit, die sie, als nicht ganz unbeabsichtigte Folge dieses Schrittes, "in Parlamenten" verbrachten, offenbar schon wieder vergessen und ihnen verziehen. So geht's halt zu in der Postmoderne, wo man "in der Welt nicht mehr eine Einheit sieht, sondern ein Patchwork sozialer Relationen, in dem sich die Frage, ob jemand ‚links` oder ‚rechts` steht, erübrigt", wo man also vor lauter "Diskurstheorie" in der Praxis des eigenen Diskurses manchmal nicht mehr mitkriegt, welchen Unsinn man redet, wie einem an der realen Einheit der Welt als "ein" Patchwork der Satz auseinanderfällt, weil man, bei aller Dekonstruktion anderer Gewißheiten, dieser Postmoderne am Ende auf's Wort glaubt, was sie von sich so erzählt.

Wie gesagt: Jacob ist kein Postmoderner, jedenfalls keiner der in dieser Bestimmung aufginge. Eher ein aus der alten Welt linker Grundüberzeugungen stammender Grenzgänger zwischen seiner ursprünglichen Heimat und ihrer postmodernen Dekonstruktion. In dieser Rolle allerdings ist er inzwischen ziemlich etabliert und produziert seinen spezifischen Sinn. Denn er kennt sich auf beiden Seiten der Grenze immerhin besser aus als selbst die meisten hier oder dort Ansässigen, und seine Kenntnis auch der jeweils anderen Seite verleiht ihm einen bisweilen bestechend scharfen Blick für die Schwächen der Bewohner auf beiden Seiten der Grenze. Aber die Rolle, die er spielt, bringt auch eine eigene, ganz bestimmte Borniertheit mit sich. So oft auch immer Jacob hin- oder herüber wechselt, das Linkssein und seine dekonstruktive Aufhebung miteinander zu konfrontieren - er bleibt an diese eine Grenze gebunden, kann ihr Gebiet nicht verlassen und womöglich ganz andere Grenzen überschreiten, ohne seine so erfolgreich ausgefüllte Rolle aufzugeben, sein "kulturelles Kapital", sein "Image", sein spezifisches Renommée in den Wind zu schreiben.

An einem letzten Zitat aus Jacobs Rezension sei demonstriert, welche eigenartigen Verbiegungen er in dieser eingeklemmten Lage sich insbesondere dort auferlegt, wo Anlaß und Gelegenheit wäre, den weiß Gott reichlich bornierten linken Bewußtseinszustand, statt ihn bloß zu "dekonstruieren", seiner Aufhebung durch den weitergetriebenen Begriff jener wirklichen Verhältnisse ein Stück näher zu bringen, die vor geraumer Zeit begonnen haben, allmählich, aber um so gründlicher alle linken "Gewißheiten" über den Haufen zu schmeißen und sie darum heute so alt aussehen lassen. Peinlichkeiten der folgenden Art, wie sie in E/Ts Buch zuhauf vorkommen: "der Kapitalismus braucht Verunsicherung, die er für die Durchführung seiner Programme nutzen kann", bringt Jacob zutreffend auf den Nenner einer "Vorstellung von einem unveränderlichen kapitalistischen ‚Kern' einerseits und dynamischer aktueller Gestalt andererseits" und führt dagegen unter anderem aus: "Doch die wirkliche Entwicklung ist nicht der ‚Ausdruck` einer ‚Logik`, sondern die Marxsche ‚Logik` beansprucht, ein Ausdruck für die historische Entwicklung der Produktionsverhältnisse zu sein. Sobald diese Kategorien (‚Krise` etc.) nicht mehr als Begriffe für etwas verstanden werden, erscheinen sie wie geschichtslose Metaphern, die zeitlos ‚angewendet` werden können."

So weit, so materialistisch könnte man denken. Die "Begriffe" stehen "für etwas", haben einen bestimmbaren, objektiven Inhalt, nämlich "die historische Entwicklung der Produktionsverhältnisse", der sie in der einen oder anderen Weise "Ausdruck" geben. Sie können nicht "zeitlos ‚angewendet` " werden, weil die Verhältnisse, deren Ausdruck sie sind, sich verändern; und zwar keine beliebigen, ausgedachten, sondern notwendige Verhältnisse, Verhältnisse, in denen wir Menschen unser Leben produzieren.

"Aber Begriffe sind veränderlich", fährt also Jacob fort, um dann kurzerhand die Kurve zu kratzen: "und verändern sich im Kontext der Rezeption, die immer mehrere Bedeutungshorizonte zuläßt. Bekanntlich sind selbst so scheinbar feste und verläßliche Bedeutungssysteme wie die Marxsche Kritik der Politischen Ökonomie schon in völlig andere Deutungshorizonte (Reformismus, Revisionismus) versetzt worden." Nichts ist also mehr mit "Produktionsverhältnissen", verdampft jegliche Materialität des "Kontextes". Nur mehr der reine "Kontext" interessiert, der Kontext überhaupt und an und für sich, dessen Stichworte lauten: "Rezeption", die "Bedeutung" oder "Deutung" und ihre "Horizonte". In der Tat! Diese Kurventechnik "muß man sich erst einmal leisten können", wie Jacob in anderem Zusammenhang eine ähnlich bemerkenswert risikofreudige Sprechweise kommentiert. Das heißt, man muß sein Publikum sehr genau kennen und die Klaviatur seiner Vorlieben und Abneigungen perfekt zu spielen verstehen; wie andererseits auch der Autor beim Publikum einen Namen haben muß, der ihm umständliche Erörterungen dessen erspart, wie er was im Einzelnen verstanden wissen will.

Jacob steht denn auch nicht an, sein Publikum mit einer passenden "Deutung" der "Marxschen Begriffe" zu bedienen. Marx habe "bekanntlich" (nicht wahr, wir verstehen uns!) "nicht nur" (aber immerhin!) "auf die zentrale Stellung von Ausbeutungsmacht (Ökonomie) und Herrschaftsmacht (Politik) insistiert", klärt er auf und erledigt damit zwei Probleme auf einmal. Zum einen erscheinen die "Marxschen Begriffe" nun nicht mehr gar so "komplex und schwer verständlich"; mit solch leeren Abstraktionen wie "Ausbeutungs-" oder "Herrschaftsmacht" kann jeder aufrechte Gesinnungslinke etwas anfangen: er ist nämlich unbedingt dagegen und weiß darin den "komplexen" Marx jetzt also auch an seiner Seite. Zum anderen aber ("nicht nur"!) bereitet Jacob das Terrain, im nächsten Zug die irgendwie immer noch lästigen "Marxschen Begriffe" hinauszukomplimentieren. Derselbe Marx habe "auch (...) gezeigt, daß zwischen dem System objektiver Regelmäßigkeiten und dem System der direkt wahrnehmbaren Verhaltensformen eine strukturierte und strukturierende Vermittlung existiert, die z.B. von Bourdieu als Habitus bezeichnet wird." Keine Sorge! Was

hier zunächst noch (mit Rücksicht auf die "Komplexität" der "Begriffe", die es loszuwerden gilt) etwas gespreizt und geheimnisumwittert daherkommt, wird der Klientel alsbald verdolmetscht. Es geht darum, ein "Feld der symbolischen Macht (zu) analysieren, auf dem die sozialen Unterschiede als symbolisch-kulturelle Differenzen (u.a. als Rassismus, Kulturalismus, ‚Geschmack`) ausgetragen werden". So funktioniert demnach "Deutung": Der dem Kapital als Produktionsverhältnis innewohnende soziale Antagonismus wird umgefaselt in "die sozialen Unterschiede" (die jedermann kennt oder zu kennen glaubt) schon hat man Marx in einen x-beliebigen bürgerlichen Soziologen verwandelt, der geradezu schreit nach seiner "Ergänzung" durch allerhand Zeug, das in jener Szene so im Schwange ist, durch die man als linksradikaler Publizist für Pop und Politik sich heutzutage bewegt und bewegen läßt.

Vom Lob der Arbeit

Frage: Geht es in dieser Auseinandersetzung mit Günther Jacob um ein theoretisches Problem? Liegt darin vor allem ein Dissens über das richtige Verständnis der Kritik der politischen Ökonomie vor? Wäre es beispielsweise realistisch, sich irgendwelchen weiteren Aufschluß, den Jacob uns hier und anderswo nicht bereits geboten hat, über seine theoretischen An- und Absichten zu erhoffen, wenn er sich näher darüber ausließe, wie mit Bourdieus "Habitus" jene "strukturierte und strukturierende Vermittlung" beschrieben werden kann? Nichts wird dabei 'rumkommen - außer vielleicht zum tausend und ersten Mal die Empfehlung, endlich Diskurstheorie zu pauken. Alle Argumente, die Jacob entgegengehalten werden können, kennt er längst. Er berücksichtigt sie nicht, weil sie nicht in seine Rolle passen. Das Publikum erwartet nun einmal von ihm intelligente Begründungen für Sätze, wie diese: "M: Identität war in der Linken meistens ein positiver Wert. (...) W: Auch früher schon. Der bornierte ‚Stolz, ein Arbeiter zu sein` führte zur Gründung von ‚Arbeiterstaaten`, die vom Lob der Arbeit nicht mehr lassen wollten. Das ist übrigens ein typischer ‚Diskurs`."

Wer mit Leuten unbedingt im Gespräch bleiben will, deren Hauptproblem die Frage ist, ob sie "einen Wert" nicht doch lieber "negativ" finden sollen, und bei denen auch die Erklärung geschichtlicher Vorgänge die Komplexität eines mittelmäßigen Realschulunterrichts nicht übersteigen darf, der ist gezwungen, seine Ansprüche herunterzuschrauben. In seiner Rezension der "Offenbarung der Propheten" ist Günther Jacob vermutlich ans Äußerste dessen gegangen, was sein Publikum verkraftet. Mehr Anspruch geht da wohl beim besten Willen nicht. Wer sich also mit Jacob unbedingt theoretisch auseinandersetzen will, kommt nicht umhin, sich ebenfalls anzupassen. Aber 'mal ganz ehrlich: Wer wäre denn in der Lage, diese Art "Diskurstheorie" ernsthaft, ich meine, als das wofür sie sich ausgibt: als Theorie, zu diskutieren? Ich jedenfalls gestehe offen, daß ich dazu gar nicht die Nerven hätte, und ich weiß wirklich nicht, ob ich Jacob zu den seinen gratulieren oder darüber lachen soll, wenn ich sehe, wie er im Kreise der Insassen seines postmodernen Gartens linksradikaler Regression sich mit ernster Miene Erläuterungen, wie die folgende anhört: "W (sein soeben zitiertes Statement fortsetzend): Viele Linke denken ja, ‚Diskurs` wäre irgendein modischer Ersatzbegriff für Debatte. Es ist aber ein Begriff der Machtanalyse, der bestimmte Fragen ermöglicht, z. B.: ‚Wer/

welche Gruppe hat wann mit welcher Intention, Praxis und Macht dem Wort Nation welchen Sinn gegeben?` ... Eines der besten Beispiele dessen, was unter Diskurs zu verstehen ist, bietet Edward Saids Studie des Orientalismus. Said analysiert die verschiedenen Diskurse und Institutionen, die die ‚Orient` genannte Einheit als ein Wissensobjekt konstruierten und produzierten. Er zeigt, daß man, ohne den Orientalismus als einen Diskurs zu verstehen, unmöglich verstehen kann, wie es der ‚europäischen Kultur` möglich war, den Orient politisch, soziologisch, militärisch, ideologisch, wissenschaftlich und imaginativ als das Gegenteil von Europa zu konstruieren."

Danach ist natürlich völlig klar, was auch ohne diese Erläuterung niemand hätte bezweifeln können: daß erstens man den Orient nicht als Produkt des orientalistischen Diskurses verstehen kann, wenn man den Orientalismus nicht als Diskurs versteht, und zweitens "Diskurs" als "modischer Ersatzbegriff" (überhaupt eine neckische Idee, daß ein Begriff durch andere "ersetzt" werden könnte; das ist wohl so ähnlich zu verstehen, wie das "Versetzen" anderer reizvoller Gegenstände in "Deutungshorizonte") beileibe nicht nur "für Debatte" steht, sondern halt für alles mögliche, nämlich politische, soziologische, militärische gar, sowie ideologische, wissenschaftliche und insbesondere und in erster Linie: imaginative Konstruktionen. Auch Agitprop und der Klassenkampf sollten nicht vergessen werden. (13) Der "Diskurs" macht es also wieder einmal nicht unter der neuen Weltformel, die es vor allem "ermöglicht", bestimmten Fragen aus dem Weg zu gehen: z. B. der, was das denn für seltsame Dinge sind, die "Gruppen", die "Macht" oder die "Praxis" (von denen es auch jeweils etliche Exemplare zu geben scheint), mit denen der Sprecher hantiert, als gäbe es so etwas im Supermarkt als

Fertiggericht. Die Geschichte ist die Geschichte von Diskursen, lautet das Credo. Und: "O: Auch der Nationalsozialismus fiel bekanntlich nicht vom Himmel," (bingo!) "sondern konnte sich auf andere" (!) "Diskurse stützen, die er in sein eigenes Bedeutungsnetz einband." Na bitte! Ich kann nur hoffen, daß nicht noch eines Tages irgendein auf postmodern getrimmter linksradikaler Fuzzi auf die Idee kommt, nicht mehr nur "Eine der Schwierigkeiten, die sich dem Begreifen des Nationalsozialismus in den Weg stellt" (14) diskurstheoretisch zu entsorgen.

Linksradikales Delirium

Ich denke, der Befund liegt jetzt klar zutage: Wir haben es mit einer subtilen, auf den ersten Blick nicht unbedingt erkennbaren Immunisierung gegen Kritik zu tun. Wer mit den linken Diskurstheoretikern diskutieren will, muß ihr Urteil im voraus akzeptieren, d.h. ihr Vorurteil gegen jeglichen Versuch, Geschichte wie deren Gegenwart als eine bestimmte Totalität zu begreifen, also überhaupt etwas zu begreifen. Es ist wohl kaum bloß Zufall, daß der Diskurstheoretiker, sobald er deutlicher wird, d.h. seinem Innersten die Zügel schießen läßt, die Schlagkraft seines ebenso verworrenen wie schlichten Weltbildes ausgerechnet an der "Gründung von ‚Arbeiterstaaten` " demonstriert. Am Ende erweist sich das Vorurteil als blankes Renegatentum, das mit der bestimmten Partei, als die das Linkssein geschichtlich nun einmal definiert ist, nach deren historisch unumstößlicher, nicht mehr wegzuleugnender Niederlage nichts mehr zu tun haben will. In der zur Schau getragenen Verachtung für das sogenannte "Lob der Arbeit" hat solcher Linksradikalismus seine Form gefunden, vor dem Antikommunismus zu Kreuze zu kriechen.

Ebenfalls sicher alles andere als Zufall, daß er gerade an diesem Punkt sich in herzlichstem Einvernehmen mit der "Kritik der Arbeit" aus dem fundamental wertkritischen Stall wiederfindet.

Eine Linke ohne Klassenkampf, ohne Kampf der besitzlosen, lohnarbeitenden Massen gegen das Kapital, gegen die Ausbeutung ihrer Arbeit durch eine mit allen Gewaltmitteln ausgestattete Minderheit Besitzender ist eigentlich ein Unding. Die ganze Geschichte der Linken ist untrennbar verbunden mit diesem Kampf, ja sie ist im Grunde mit ihm identisch. Es gehört schon eine kräftige Dosis Selbsttäuschung dazu, nicht zu begreifen, daß der erbarmenswürdige jetzige Zustand der Linken im Kern bloß der Reflex einer bestimmten, an ein gewisses Ende gelangten Entwicklung des Klassenkampfes darstellt. Die Idee, sich aus dieser Klemme dadurch zu befreien, daß man den objektiv bestehenden Zusammenhang sich aus dem Kopf schlägt, ist allerdings kindisch genug, um zu einem Schlager zu werden, gegen den das unsichere Projekt einer rückhaltlosen Untersuchung jener Entwicklung und ihres momentanen Resultates, also der wirklichen Voraussetzungen dessen, was die Linke ist und was sie werden kann, vielleicht allzu viel Nüchternheit verspricht.

Aber was hilfts. Der permanente Rausch ist nur für den eine Lösung, der nicht anders kann. So oder so: Ergäbe unsere Untersuchung etwa, daß der Klassenkampf seinen definitiv letzten Atemzug getan hat, wäre das Ende der Linken besiegelt. Behielten die Oberschlauen recht, die behaupten, daß er "schon immer" über die Affirmation "des Werts" nicht hinaus gereicht habe, hätte die Linke nicht einmal Anspruch auf ein solches Ende; sie hätte sich bloß als "immer schon" ihr eigenes Hirngespinst herausgestellt. Viele Linke kommen mir vor, als hätten sie schon längst alles auf die Variante Nummer zwei gesetzt, mit allen Konsequenzen.

Daniel Dockerill

Kiel im Oktober 1996

Anmerkungen:

1) Thomas Ebermann, Rainer Trampert: Die Offenbarung der Propheten. Über die Sanierung des Kapitalismus, die Verwandlung linker Theorie in Esoterik, Bocksgesänge und Zivilgesellschaft. Hamburg 1995.

2) E/T, a.a.O., S. 23.

3) Ganz sicher bin ich mir aber selbst da nicht, ist doch an mehreren Stellen völlig unproblematisiert von "kapitalarmen" Ländern die Rede und einmal (S. 40) gar von einer "von kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten - nicht von Kapital - durchdrungenen Erde".

4) Ebd., S. 47.

5) Dito S. 50.

6) Ebd., S. 38.

7) Ebd., S. 63.

8) Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. In: MEW Bd. 23, Berlin 1970, S. 181.

9) So die Überschrift des dritten Abschnitts des vierten Kapitels ("Verwandlung von Geld in Kapital") im ersten Band des "Kapital", aus dem ich soeben zitiert habe.

10) MEW 23, S. 325.

11) Die hat denn auch Jacob die entsprechende Komplimente gemacht.

12) Verbindliche Empfehlung. Eine Diskussion über die Situation linksradikaler Medien. In derselben Ausgabe der Spezial. Diese als eine Diskussion mit einigen Ex-Machern der 17C aufgezogenen Sammlung postmodern linksradikaler Bekenntnisse ist zumindest (wie die ganze Ausgabe diesesmal) unter der Obhut von Günther Jacob entstanden, wenn sie nicht ganz und gar von ihm stammt.

13) Vgl. (dito, S. 98) die Ausführungen von "G:" zu "einer der einfachsten Kategorien bei Marx": "Notwendige Arbeit ist kulturell bestimmt und ihr Umfang wird diskursiv, also in sozialen und ‚ideologischen' Auseinandersetzungen bestimmt."

14) Verbindliche Empfehlung, a.a.O., S. 97 (Hvh. von mir, DD).

39. "Minus 96". Formiert sich eine neue kulturlinke Strömung?

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:10

Nach den Pogromen von Hoyerswerda und Rostock mischten sich Kulturlinke mit der Gründung der "Wohlfahrtsausschüsse" wieder in die aktive Politik ein. Galt bis dahin in diesen Kreisen politisches Handeln als altmodisch, so führten die rassistischen Angriffe auch in Köln zu einer Repolitisierung. Mit dem Namen wurde bewußt Bezug auf die gleichnamige Institution während der französischen Revolution genommen.

Unter dem Motto "Etwas Besseres als die Nation" wurde im Sommer 1994 eine Konzert-Veranstaltungs-Tour durch die Städte Rostock, Leipzig und Dresden organisiert. Daran waren die Zeitungen Spex, Die Beute und 17° C , außerdem der Hamburger DJ und Kulturkritiker Günter Jacob und Bands wie Blumenfeld, Die Goldenen Zitronen oder Tocotronic beteiligt. Nach dieser Tour samt obligatorischer Nachbereitung auf einem Kongreß und in einem Buch aus dem Verlag ID-Archiv sowie auf einer Party für die Freilassung von Irmgard Möller in Hamburg wurde es still um diese Strömung. Nun trat sie wieder in Erscheinung.

Am letzten Oktoberwochenende gab es nun eine Nachfolgeveranstaltung: "Minus 96 - Geld, Stadt und Tausch" fand im ehemaligen DDR-Veranstaltungshaus Ahornblatt in Berlin-Mitte statt. Laut Aufruf sollte es ein Treffen selbstorganisierter Gruppen, Projekte und Initiativen sein. Doch die ca. 100 TeilnehmerInnen kamen fast alle aus dem Umkreis der Kulturzeitungen Spex und Beute, und sie blieben diesmal weitgehend unter sich.

Zunächst wurden die unterschiedlichsten Projekte aus den Bereichen Video, Zeitschriften und andere Medien präsentiert. Dann begann am Sonntag die Diskussion über die Vertreibung unliebsamer Bevölkerungsteile aus den westeuropäischen Innenstädten. Obwohl das Papier der Hamburger SPD "Gegen die Unwirtlichkeit der Städte" diese Praktiken bundesweit in die Schlagzeilen gebracht hatte, vergrößerte sich die Zahl der Interessierten nicht.

"Gefährliche Orte"

In der Regel wird die Ausgrenzung ohne großes Medienecho vollzogen, wie VertreterInnen aus verschiedenen Städten berichteten. Aus Berlin sind vor allem die Maßnahmen des Innensenators Schönbohm bekannt. Doch diese Politik reicht schon viel länger zurück. Mitglieder der Antirassistischen Initiative (ari) berichteten, daß in Berlin 23 Zonen als "gefährliche Orte" ausgewiesen sind. Dort können ohne Begründung Menschen überprüft und Platzverweise ausgesprochen werden. Auf dem Breitscheidplatz im Zentrum der Stadt, der zu den "gefährlichen Orten" zählt, sind hauptsächlich Drogenabhängige und Nichtdeutsche von den Maßnahmen betroffen. Dafür wurde eine aus Kriminalpolizei und Schutzpolizei bestehende operative Gruppe gebildet.

Ähnliches wurde aus Frankfurt/Main berichtet. Eine von dem Sicherheitsdezernenten Udo Corts (CDU) ausgearbeitete "Verordnung zur Gefahrenabwehr" soll für die gesamte Innenstadt Betteln, Alkohol- und Drogenkonsum in der Öffentlichkeit sowie das Übernachten in Autos und Wohnwagen außerhalb von Campingplätzen unter Strafe stellen. Schützenhilfe erhalten diese Maßnahmen durch in "Zeil aktiv" zusammengeschlossene Geschäftsleute: Mitten auf der Zeil, der Frankfurter Konsummeile, soll ein Glaspavillon aufgebaut werden, damit die Polizei, unterstützt vom Einzelhandel, die Verordnung besser umsetzen kann.

Schon längst agieren Polizei und private Wachdienste auch in anderen Städten als Vollzugsorgane von Einzelhandel und Privatindustrie. Die Firma Raab Karcher habe sich mittlerweile zu einem Polizeimulti mit 40.000 Sicherheitskräften entwickelt, war auf dem Treffen zu hören. Mit ihrer Hilfe wurde auch die Kölner Innenstadt von Unliebsamen gesäubert. Höhepunkt war der kürzlich erfolgte Abriß der "Klagemauer" auf der Kölner Domplatte, die sich zunehmend zu einem Treffpunkt von Obdachlosen, Punks und DrogenkonsumentInnen entwickelt hat. In Dezernentenkreisen wurde der Begriff "soziale Säuberung" schon im Sommer 1994 benutzt. Ähnliches wurde aus Zürich und Wien berichtet.

Überlegungen für konkrete Aktionen gegen diese Vertreibungspolitik sollen beim nächsten Treffen entwickelt werden, das vom 10. bis 12. Januar 1997 in Frankfurt/M. stattfinden wird. Dezentrale Innenstadt-Aktionstage im Frühjahr nächsten Jahres sind im Gespräch.

"Save our Night"?

Die Palette der Aktionen, die auf dem Treffen "Minus 96" vorgestellt wurden, ist breit. So veranstaltet die "ari" jeden Freitag Kundgebungen auf dem Berliner Breitscheidplatz, um gegen die rassistische Ausgrenzung Nichtdeutscher durch die Polizei zu protestieren. Auf einen völlig anderen Begriff von Ausgrenzung zielen die Aktionen eines Aktionsbündnisses "Save our Night" in Frankfurt/M. Das Aktionsbündnis will durch mitternächtliche Krachdemonstrationen für die Aufhebung von Sperrstunden und Partys rund um die Uhr Stimmung machen. Selbst die Bild-Zeitung berichtete zustimmend. Trotzdem wurde die dritte Krachdemonstration mit großem Polizeiaufwand verhindert. In einem auch von den Zeitungen Die Beute, Spezial, 17° C, Spex und links unterzeichneten Aufruf wird gefordert: "Weg mit der Sperrstunde! Ich will meinen Club, will tanzen, meine Droge, will meine Nacht!"

Ob damit nicht eher einer vergnügungssüchtigen Party-Generation als den Marginalisierten geholfen wird, muß dahingestellt bleiben. Bemerkenswerterweise wurde nicht problematisiert, daß die Clubszene mit dazu beiträgt, die Stadtteile für ärmere Schichten der Bevölkerung unerschwinglich zu machen. Einschlägige Beispiele gehören zum Allgemeingut der Stadtsoziologie. Aktuelles Beispiel ist das Gebiet rund um den Kollwitzplatz in Berlin-Prenzlauer Berg. Dort fordern die BewohnerInnen mittlerweile einen Zuzugsstop für Kneipen und eine stärkere Einhaltung der Sperrstunden.

Anschlußfähigkeit an herrschende Diskurse

Das Problem liegt schon in dem theoretischen Ansatz bestimmter Gruppen, die statt von kapitalistischer, patriarchaler und rassistischer Ausbeutung nur noch von Begriffen wie Ausgrenzung bzw. Marginalisierung ausgehen. In der Frontstellung gegen Ausgrenzung sind sich dann postmoderne Kulturlinke mit SozialarbeiterInnen und den beiden großen Kirchen einig, die - jeweils von unterschiedlichen Ausgangspunkten - die Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsteile beklagen. Da ist es nicht mehr weit zu einer moralisch eingefärbten Kultur- und Wertedebatte und zu einer Propagierung von Lösungsvorschlägen à la Kommunitarismus. Die Frage, inwieweit das Modethema Ausgrenzung mit Veränderung in der kapitalistischen Ökonomie zu tun hat, die einen Teil der Menschen nicht einmal mehr für die Ausbeutung gebrauchen kann, wäre zu diskutieren.

Einen völlig anderen Begriff von Marginalisierung hat Minus-96-Mitorganisator Diedrich Diedrichsen. Er tritt schon seit Jahren für eine Front der "intelligenten Marginalisierten" ein, bestehend aus Bohemiens und KünstlerInnen, aktualisiert durch Hip-HoperInnen und Sprayer-Innen. In diesem Milieu selbstgewählter Marginalisierung gibt es immer wieder die Möglichkeit, sich an herrschende Diskurse anzuschließen, wie zur Zeit in Berlin zu beobachten.

Dort wird ein Projekt namens "common spaces, common concerns" vom Senat finanziell unterstützt, in dem StadtplanerInnen und Kulturlinke über folgende Fragen diskutieren: Wie wird die Ökonomie des Berlin-Umbaus auf der Basis einer Feminisierung der Arbeit garantiert? Wie funktioniert "sie" als Antiheldin urbaner Avantgarden? - Widerstand kommt in diesem postmodernen Wortgeklingel nicht mehr vor. Mit Hilfe einer liberalen Kulturpolitik verkommt diese Spielart der "Marginalisierung" zum exklusiven AußenseiterInnen-Chic mit Senatskohle. Diese mit dem Begriff der Dissidenz geschmückte Selbstmarginalisierung funktioniert jedoch nur, solange konservative Politiker-Innen durch restriktive Maßnahmen immer wieder neue Kultur-DissidentInnen schaffen.

Peter Nowak

40. 40.000 DM für ak!

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak396/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:47

Viele unserer Leserinnen und Leser werden es schon wissen: Die nächste Nummer von ak wird eine Jubiläumsausgabe. Dann wird ak (analyse & kritik, vormals Arbeiterkampf) 25 Jahre alt. Ob es diese Zeitung in 25 Jahren auch noch geben wird - wer kann das heute wissen? Aber jetzt geht es realistischerweise erst einmal um das nächste Jahr. Und dazu brauchen wir, liebe LeserInnen, Euch bzw. - Ihr ahnt es schon! - Euer Geld. In den letzten Jahren hieß es zur Jahreswende: 50.000 DM für ak! Und wir haben dieses Spendenziel jedesmal erreicht. Diesmal können wir nach der Lage unserer Finanzen etwas bescheidener sein und setzen das Ziel: 40.000 DM für ak!

Wir wissen, daß die soziale Situation allgemein wahrlich nicht besser geworden ist. Im Gegenteil: Der Sozialabbau hat mittlerweile Dimensionen und ein Tempo angenommen, die beispiellos sind in der Geschichte dieser Republik. Wenn wir früher an dieser Stelle eine sinnvolle Verwendung des 13. Monatsgehalts in Form einer ak-Spende angeregt haben, so wissen wir, daß heute zahlreiche unserer LeserInnen ein solches gar nicht mehr bekommen, weil sie arbeitslos sind oder von Sozialhilfe leben müssen. Bei uns mehren sich die Abo-Kündigungen mit der Begründung: Arbeitslosigkeit. Um so dringlicher ist der Appell an die (noch-) Verdienenden, via "sozialistischer Umverteilung" auch jenen ak-LeserInnen mit wenig Geld den Kauf der Zeitung zu einem leidlich erschwinglichen Preis weiterhin möglich zu machen. Eine Zeitung wie ak läßt sich nicht kostendeckend produzieren. Auf jedes für 7,50 DM verkaufte Exemplar müssen wir noch einmal rund 3,50 DM drauflegen. Einen Teil dieses Geldes versuchen wir durch die Jahresendspende hereinzuholen. Wir selber bemühen uns, Kosten zu sparen, wo es nur irgend geht. Insbesondere konnten wir durch den Bezug günstigerer Räume im Sommer 1995 unsere Ausgaben erheblich senken.

Leider sinkt die Zahl der verkauften Zeitungen in den Buchläden - auch weil immer wieder kleine linke Läden schließen müssen -, und die Anzahl unserer AbonnentInnen bleibt auf gleichem Niveau. Das soll nicht schlicht durch das Sammeln von Spendengeldern aufgefangen werden, wir bemühen uns weiterhin um eine Steigerung der Verkaufszahlen. Und kleine Erfolge werden immer wieder erreicht: Beim Handverkauf auf Demonstrationen, Veranstaltungen und in Kneipen zeichnen sich maßvoll erfreuliche Entwicklungen ab.

Aber wir haben auch so viel Vertrauen in unsere Arbeit, daß wir überzeugt sind: Auf dem Felde der Druckerzeugnisse spielt ak eine wichtige Rolle, ist diese Zeitung doch ein durchaus nützliches Instrument zur Erkenntnis der Wahrheit und bietet - mit ihrer oft überraschenden Themenauswahl - den LeserInnen immer wieder eine interessante Zeitung. Ob das mit den nächsten 25 Jahren etwas wird? Zuviel Optimismus? Zugegeben - die Aussichten sind nicht allzu rot. Aber vielleicht existiert ak im Jahre 2021 ja immer noch - in anderer Form, aber noch immer nicht angepaßt an den Zeitgeist. Vielleicht als: "ak. Argumente gegen Kohl. Zeitschrift gegen einen Enkel, der nicht abtreten will", oder: "ak. Abseits und Kopfstoß. Fanzine des europäischen Fußballmeisters FC St. Pauli". Und Du, liebe(r) LeserIn, hättest mit Deiner Spende zur Jahreswende 1996/97 dazu beigetragen. Das ist doch ein erhebendes Gefühl, oder?

ak-Redaktion

41. Quelldatei 15bu.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak396/15bu.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:15bu

BUs zu ak 396, Art. 15

Tausende von Juden polnischer Staatsangehörigkeit, aber großenteils seit Jahren und Jahrzehnten in Deutschland lebend, wurden aus ihren Wohnungen gejagt und müssen an der deutsch-polnischen Grenze einer Entscheidung der Mächtigen harren.

Im November 1938 in vielen deutschen Städten das gleiche Bild: Juden werden mit Schildern wie "Gott vergibt uns nicht!" behängt und vor gaffendem Publikum in Konzentrationslager abgeführt.

Neben Synagogen und Geschäften jüdischer Besitzer wurden auch Tausende von Privatwohnungen zerstört und geplündert.

42. LeserInnenbriefe

CD-Datei: daten/aksuche/ak396/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:28

Kleinfamilie

Betr.: Abokündigung

Liebe Leute,

wg. Gründung einer Kleinfamilie möchte ich mein Abo, kündigen. Obwohl die Qualität des ak deutlich besser geworden ist, fanden wir, daß zwei Ausgaben für einen Haushalt zuviel sind.

Mit solidarischen Grüßen Christoph

Keine Offenbarung?

Betr.: Self-Fulfilling Prophecy (ak 394)

Liebe Herausgeber des ak,

In Eurer mittlerweile vorletzten Ausgabe vom 19.9.96 erschien von Günther Jacob unter dem Titel "Self-Fulfilling Prophecy" ein Diskussionsbeitrag, der sich kritisch mit den gegenwärtigen Einflüssen der Diskurstheorie und des Poststrukturalismus auf Teile der Linken, wie insbesondere die Auseinandersetzung mit dem gerade erschienen Buch von Thomas Ebermann und Rainer Trampert "Die Offenbarung der Propheten" zu zeigen versuchte, auseinandersetzte. Wie ich dem Vorspann entnehmen konnte, spiegelt der Beitrag möglicherweise nicht die einhellige Meinung der ak-Redakteure wider, obgleich für den Artikel in einem ziemlich positiven Sinne, demzufolge es sich bei den Ausführungen Jacobs "um eine der wenigen kritischen Auseinandersetzungen mit den Thesen des Buches" handelt, Partei ergriffen wurde. Ich selbst habe das Buch von Ebermann und Trampert nicht gelesen, sondern bin erst durch den Artikel darauf aufmerksam geworden und kann mir infolgedessen darüber kein abschließendes Urteil erlauben. Den Artikel aber und seine darin enthaltenen gesellschaftspolitischen Schlußfolgerungen und perspektivischen Hinweise habe ich mit großer Verwunderung zur Kenntnis genommen und erlaube mir diesbezüglich einige kritische Anmerkungen. Ich hoffe, daß ich dem geforderten theoretischen Niveau des Beitrags Genüge tun kann, bin mir aber im Hinblick auf meine vergleichsweise mangelhaften theoretischen Marxkenntnisse (nur den ersten Band gelesen!) nicht ganz sicher, ob ich überhaupt mitreden darf, ob ich überhaupt ein Rederecht besitze. Andere jedenfalls würden es nicht mehr wagen, würden es statt dessen (unwillig vielleicht) vorziehen zu schweigen, und auf die gerade kam es in der Geschichte immer an. Oder etwa nicht?

Meine Einwände gegen die Überlegungen Jacobs richten sich vornehmlich gegen die außerordentlich pessimistische Sichtweise realer gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse, die m. E. darauf hinausläuft, jegliche intentionsbezogenen Äußerungen und damit auch die "nicht so gut artikulierten" Erfahrungen abhängig Beherrschter aufgrund ihrer sozialen Situation, dem Verdacht einer (unreflektierten) materiellen Codierung oder Determinierung auszusetzen. Dem Grabgesang auf leisen Sohlen liegt dabei die Vermutung zugrunde, daß Ebermann und Trampert - allerdings dürfte der Vorwurf generell gegen die theoretischen Prämissen, die sich in den letzten Jahren unter dem Stichwort einer "neu" entstandenen Alltagskulturforschung im Wissenschaftsbetrieb etabliert haben, gerichtet sein - "von einem unveränderlichen kapitalistischen ‚Kern`" ausgehend, die soziale Lebenswelt, d.h. den historisch gewachsenen Klassengegensatz, lediglich "mit Hilfe enthistorisierter Marxscher Kategorien" versubjektivierten und somit zur Verschleierung der wirklichen Verhältnisse beitrügen, ihnen selbst sogar - ohnmächtig wie sie nun einmal sind - mit ihrer Darstellungsweise der collagenhaften Materialanordnung unterliegen. Der Vorwurf einer Stilgeste kommt teuer zu stehen und trifft mitunter gerade diejenigen, die über die vermeintlich klügeren "Absichten" zu verfügen glauben. Daß die wirkliche Entwicklung nicht der bloße Ausdruck einer Logik ist, sondern vielmehr die Logik Ausdruck der materiellen Gegebenheiten, versteht sich daher offenkundig von selbst, doch ebenso dürfte den Theoretikern des historischen Materialismus nicht entgangen sein, daß es bei der Einrichtung und Konsolidierung bisheriger gesellschaftlicher (Zwangs-)Verhältnisse nie ganz ohne eigenes Zutun, sprich subjektiv-absichtsgeleiteter Intentionen und Handlungsmotivationen zugegangen sein dürfte: "Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten (...) Umständen." (Karl Marx) Wie sonst hätte man/frau sich gesellschaftliche Entwicklung vorzustellen, wenn es in der Geschichte

nicht die eigenen Handlungsdimensionen gegeben hätte? Verhaltensweisen und subjektive Äußerungen somit ausschließlich unter der mehr als fragwürdigen Annahme historisch determinierender Produktionsbedingungen in den Blick zu nehmen, über sie in gewisser Weise das Urteil der puren strukturierten Absorbierung strukturierender Zwangsverhältnisse à la Massenkultur und Faschismus, eben als bloß subjektiv intendiert, zu fällen, wie es in letzter Konsequenz die Betrachtungen über "Das Gesetz der tendenziellen Profitrate" glauben machen wollen - verübt an jenen Individuen nicht nur ein historisch gewachsenes Unrecht, die tagein, tagaus sich im Rahmen ihrer unscheinbaren Möglichkeiten gegen Unzumutbarkeiten im Betrieb oder zuhause zur Wehr setzen, insofern die handelnden Subjekte nur als strukturell behandelte und nicht als agierende selbst in Erscheinung treten, sondern verkennt darüber hinaus auch die Handlungsspielräume der beherrschten Klasse als Ganzes unter den gegebenen gesellschaftlichen Voraussetzungen. Anstatt die realen Lebensbedingungen und Aktionen der Unterdrückten lediglich aus der Sicht eines dominanten Oben angeblich zu beobachtender herrschender ökonomischer Unausweichlichkeiten in Augenschein zu nehmen und sie ob der geleisteten Bilanzierungen eines oktroyierten Rassismus zu brandmarken, käme es doch wohl eher, und wie teilweise auch beabsichtigt, darauf an, die sie umgebenden sozialen und ökonomischen Verhältnisse aus ihrer Perspektive - also entgegengesetzt von unten nach oben - historisch zu entkleiden, um die schmählichen, ach so objektiven Betrachtungsweisen scheinbar Hinnehmender radikal dem Zweifel, d. h der Unwahrheit auszusetzen und für die Beherrschten mittels einer anderen Logik Partei zu ergreifen - ihnen auf die Sprünge zu helfen und ihren Erfahrungen Gewicht und Ausdruck zu verleihen, wo der Druck der Verhältnisse sie bisher zum Schweigen genötigt hat. Der Eindruck jedoch, den die Rezensenten im Hinblick auf die Unfehlbarkeit einmal gefaßter, logisch geformter Urteile hinterlassen, läßt m.E. keinen anderen Schluß zu, als würde es sich bei den Abhängigen um willenlose, bloß steuerbare Objekte handeln, Leute, die nicht bis 10 zählen könne, auf deren Rücken und auf deren Kosten sich die gesellschaftlichen Widersprüche problemlos kaschieren ließen. Sie sind es nicht - auch wenn die Formen des Protests recht häufig noch die gewünschte Aggressivität und notwendige Entschlossenheit vermissen lassen. Wen wundert's, daß sie so sind, haben sich doch die Zeiten grundlegend - ohne daß Mann oder Frau es allerdings entscheidend bemerkt hätten - verändert und sind, um mit Adorno zu sprechen, über Nacht beinahe so selig geworden, wie die, "da man noch Barrikaden bauen konnte".

Jedenfalls konnte ich mich irgendwie beim Lesen des Artikels des Eindrucks nicht ganz erwehren, daß die Rezensenten mit ihren defätistischen Prognosen, allen Unkenrufen zum Trotz, ein wenig der Zeit hinterherhinken und der postmodernen Logik vom Ende der Geschichte, als den Tendenzen des Zerfalls einer an sich ewig gleichbleibenden Ordnung, gar selbst auf den Leim gegangen sind.

Mit solidarischen Grüßen

Martin, Bremen

Knast

Betr.: Hessische Knastmauern (ak 395)

Mit der Zusage, in den kommenden Wochen wieder in einen hessischen Knast verlegt zu werden - Butzbach wurde angekündigt - habe ich am 16.10.96 meinen Hungerstreik beendet. Für die BesucherInnen und mich ist damit eine zentrale Voraussetzung fürs Weitere erfüllt: Besuchskontakt ohne die zusätzliche Belastung von zighundert Kilometern Anfahrt, räumliche Nähe auch zum Anwalt ...

Jetzt wird es darum gehen, einen Weg durchzusetzen, der eine Entlassung aus dem Knast bis spätestens 2002 möglich macht. Dazu werde ich zu einem Zeitpunkt ausführlicher was sagen, wenn klar ist, welche Forderungen der Apparat daran bindet.

Mit einem tiefen Gefühl der Verbundenheit möchte ich die Menschen grüßen, die mich während des Hungerstreiks mit ihrer Post, ihren Gedanken und ihrem Ausdruck von Solidarität unterstützt haben! Ich denke, diesen Schritt nach vorne haben wir gemeinsam erkämpft, ein gutes Gefühl.

Lutz Balding, Bruchsal

Hallo,

zum Artikel "Hessische Knastmauern - grün gestrichen" gibt es eine erste Erfolgsmeldung. Lutz wird nach Hessen zurückverlegt in die JVA Butzbach. (...)

Gruß Bertram

43. Quelldatei 31.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak396/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:31

Beyond the Bomb

Das Amsterdamer Transnational Institute (TNI) führte vom Februar bis Juni 1995 eine Serie von internationalen Seminaren über die Verlängerung des Atomwaffen-Nichtverbreitungsvertrags und die Zukunft der Atomwaffen durch. Die Beiträge dieser Seminare waren bisher nur in niederländischer Sprache zugänglich (De Bom Voorbij, Nijmegen 1995), liegen jetzt aber auch im etwas bekannteren Englisch vor. Behandelt wurden auf den Seminaren die Themen: History, Meaning & Future of the Non-Proliferation Treaty; Nuclear Energy, Development & Proliferation; Nuclear Armament & International Conflicts; European Unification & Nuclear Armaments; The 1995 NPT Review and Extension Conference. - Zu den aus der BRD, Großbritannien, Indien, Indonesien, den Niederlanden, der Schweiz, der Tschechischen Republik und den USA stammenden ReferentInnen gehören u.a. Frank Barnaby, Matthias Küntzel, Vivienne Simon, Dan Smith und der Herausgeber der Dokumentation, Huub Jaspers. Jaspers, so heißt es im AutorInnenverzeichnis, arbeitete "for over ten years" als Journalist - was entschieden zu bescheiden ist; tatsächlich sind es fast zwanzig Jahre, in deren etwa ersten zehn der (damals noch) Arbeiterkampf ihm viele Niederlande-Artikel zu verdanken hatte.

Beyond the Bomb. The Extension of the Non- Proliferation Treaty and the Future of the Nuclear Weapons. Ed. Huub Jaspers. Published by Transnational Institute, World Information Service on Energy, Greenpeace International, Amsterdam 1996. 226 S., Dfl 25,00 (US-$ 15,00). ISBN 90-70563-10-X. (Wenn im Buchhandel nicht oder nur zu Fantasiepreisen zu bekommen, Bezug über: WISE, Ketelhuisplein 43, NL 1054 RD Amsterdam.)

"Gladio" in Austria

Die CIA hatte in den fünfziger Jahren im Westen Österreichs 79 Waffenlager angelegt. Diese waren Teil von "Gladio" (lateinischer Name für das römische Kurzschwert), der Bezeichnung für die "stay-behind"-Operation in Italien, die auch allgemein für die gesamte Struktur des europaweiten NATO-Geheimdienstes verwendet wird. War diese Operation in Italien schon vor rund fünf Jahren aufgeflogen, wurde erst Anfang diesen Jahres bekannt, daß die CIA nach Kriegsende in Österreich Waffendepots angelegt hatte und auch dieses Land Operationsgebiet des US-Geheimdienstes gewesen ist. Die österreichische Zeitschrift ZOOM ist den Hintergründen dieser Waffenlager nachgegangen. Herausgekommen ist eine Broschüre, die zwar nicht ihrem Umfang, sehr wohl aber ihrem Gehalt nach als kleines Handbuch über diese "covert actions" gelten darf - gut geschrieben, vorzüglich recherchiert.

Es muß nicht immer GLADIO sein. Attentate, Waffenlager, Erinnerungslücken. ZOOM, Nr. 4+5, 1996. A5, 120 S., öS 85. Bezug über: Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit, Schottengasse 3a/1/59, A 1010 Wien.

Lateinamerika

Auf dem deutschen Buchmarkt herrscht, was lateinamerikanische Literatur anbelangt, Flaute. Der Boom exzellenter AutorInnen ist längst vorbei. Es lohnt jedoch der Blick auf andere, neue Stimmen. Die stilistischen und thematischen Vorgaben herausragender AutorInnen der sechziger Jahre sind kein alleingültiger Maßstab. In der jüngsten Ausgabe der Lateinamerika-Nachrichten wird die "Spannung zwischen etablierten und neuen SchriftstellerInnen" thematisiert. Vorgestellt werden neben den "großen Alten" - Borges, Llosa - u.a. Arbeiten der Mexikanerin Carmen Boullosa und des Guatemalteken Rodrigo Rey Rosa. Neben diesem Schwerpunkt werden Länderberichte aus Kolumbien, Mexiko, Brasilien und den USA gebracht.

Lateinamerika-Nachrichten, H. 269, November 1996. A5, 68 S., 7 DM. ISSN 0174-6342.

Neoliberalismus

In diesem Frühjahr fand in Berlin das "Erst Europäische Treffen für eine menschliche Gesellschaft gegen den Neoliberalismus" statt. Die Mexiko-Gruppe Berlin hat dieses Treffen mit einem umfangreichen Reader dokumentiert. Der Reader enthält nach den Grußadressen eine Zusammenfassung der Beiträge der

Auftaktveranstaltung, Berichte aus den Frauen- und den gemischten Arbeitsgruppen. Diese Berichte widerspiegeln vor allem die Vielfalt und große Unterschiedlichkeit der Projekte und Ansätze, die sich unter dem Motto des Treffens zusammengefunden hatten. Am Ende des Readers stehen Abschlußerklärungen einiger teilnehmender Gruppen und die Reden auf der Demonstration am 2. Juni.

Erstes Europäisches Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen Neoliberalismus, 31.5.- 2.6.96, Berlin. Berlin, September 1996. A4, 120 S. Bezug über: Mexiko-Gruppe im FDCL, Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin. (Dortselbst ist auch der Preis des Readers zu erfragen.)

Tagebücher Berlin 1938-1946

"Ich fürchte die Menschen mehr als die Bomben" - so lautet der Titel eines Buches mit Tagebuchaufzeichnungen dreier Berliner Frauen aus den Jahren 1938 bis 1946. Erna Becker und Cäcilie Lewinsohn sind Jüdinnen. Erna Becker übersteht die Jahre bis 1943, weil sie in "privilegierter Mischehe" lebt, d.h. mit einem "Arier" verheiratet ist. Im März 1943 dennoch verhaftet, kann sie der Deportation entkommen und sich nach Tirol retten. Cäcilie Lewinsohn schafft es, als "U-Boot" bis März 1944 in Berlin zu überleben, danach wird sie verhaftet und in Auschwitz ermordet. Die dritte der Frauen, Marta Mierendorff, ist "deutschblütig", aber mit Gottfried Salomon, einem Juden, verlobt. Salomon wird 1943 deportiert und, wie Marta Mierendorff nach Kriegsende erfährt, 1944 in Auschwitz ermordet. "Ich fürchte die Menschen mehr als die Bomben" - dies schrieb Erna Becker in ihr Tagebuch, als die britische Luftwaffe im Herbst 1940 ihre ersten Angriffe auf Berlin flog, war sie doch im Luftschutzkeller der antisemitischen Häme ihrer Nachbarinnen ausgesetzt, was sie mehr quälte als die Furcht vor der Bombardierung. Ihr Tagebuch und das von Cäcilie Lewinsohn vermitteln einen Eindruck davon, wie sie durch den Antisemitismus wohl zumeist gewöhnlicher Deutscher ausgestoßen, verfolgt und mit dem Tod bedroht wurden. Marta Mierendorffs Tagebuch zeugt von dem Schmerz einer Frau, die um ihren jüdischen Verlobten bangt.

"Ich fürchte die Menschen mehr als die Bomben." Aus den Tagebüchern von drei Berliner Frauen 1938-1946. Hg. von Angela Martin und Claudia Schoppmann. Berlin (Metropol = Reihe Dokumente, Texte und Materialien / Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, Bd. 19) 1996. 156 S., 24 DM. ISBN 3-926893-30-3.

Marktführer

Die neue Ausgabe der "Bunten Seiten", ein Marktführer "für ökologisch & politisch handelnde Projekte und Betriebe" enthält 11.000 (in Worten: elftausend) Anschriften aus der BRD, der Schweiz und Österreich. Ein erstes Blättern in diesem Führer zeigt, daß ökologisch-politisches Handeln mittlerweile ein dichtes Netz über die genannten Länder gesponnen hat. Ob Bürobedarf oder Computer, Fahrrad oder Film, Hanf oder Holz, Regionalentwicklung oder Reisen, Werbung oder Werken (Schlagworte aus dem Führer) - wir werden immer mehr ...

Bunte Seiten. Der Markplatz für ökologisch & politisch handelnde Betriebe. 13. Jg., Ausg. 1996/97. A4, 240 S., 30 DM (Rabatt für Wiederverkäufer). Buchhandelsbestellungen über Rotation, Mehringdamm 51, 10961 Berlin. ISBN 3-9240085-03-X.

44. Quelldatei 32.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak396/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:396:32

Kalender - Kalender - Kalender

Gentechnologie

Michael Flitner, Experte für pflanzengenetische Ressourcen und langjähriger Mitarbeiter der Agrarkoordination des BUKO, spricht zum Thema "Wer kontrolliert die Nahrung der Welt" am

21.11., 19.15 Uhr im Uni-Hauptgebäude, Hörsaal 17, Anglistisches Seminar Nähe Koblenzer Tor, Bonn.

Ghetto Riga

Über das Schicksal der deutschen und lettischen Juden im Ghetto Riga 1941-1944 und den Stand der Schoah-Forschung in Lettland spricht der Historiker und KZ-Überlebende Margers Vestermanis aus Riga.

21.11., Potsdam; 23.11., Berlin; 24.11., Rostock; 25.11, Hamburg; 26.11., Hannover, 27.11., Bochum; 28.11., Göttingen; 30.11., Frankfurt a.M.; 2.12., Fulda; 3.12., Köln; 5.12., Freiburg. Ort und Zeit sind zu erfragen beim Veranstalter: Fritz Bauer Institut, Frank Männicke, Tel.: 069-975811-61.

Vergangenheitspolitik

Eine der in der Goldhagen-Diskussion aufgeworfenen, nicht aber gelösten Fragen lautet: Wie kann sich die Wandlung der Deutschen von "willigen Vollstreckern" zu verläßlichen Demokraten vollzogen haben. Norbert Frei stellt sein Buch "Vergangenheitspolitik" vor, in dem er darstellt, welcher Umgang mit der Erinnerung zu den Konstitutionsbedingungen der deutschen Demokratie gehört.

22.11., 20 Uhr, Heine-Buchhandlung, Schlüterstr. 1, Hamburg.

Nürnberger Prozesse

50 Jahre nach den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen soll in diesem Wochenendseminar deren aktuelle Bedeutung untersucht werden.

22.-23.11.96, Frankfurter Sozialschule, Katholisch-soziales Bildungswerk, Wilhelm-Kempf-Haus, 65207 Wiesbaden- Naurod; Info: ebd., Reiner Ratmann, Tel.: 06127/77290.

Indien

Auf einem Tagesseminar der Aktion 3. Welt Saarkirchen referiert Sujoy Srimal aus Kalkutta über "Soziale Bewegungen in Indien und der BRD".

24.11., 14-20 Uhr, Haus der Aktion 3. Welt, Weiskirchener Str. 24, Losheim.

Armut

Auf die Spitze getrieben hat der Hamburger Senat sein "Armutsbekämpfungsprogramm". Dementsprechend referiert Michael Joho über dieses Programm auch weit oben, nämlich im

Turm der St. Georgskirche, St. Georgs Kirchhof (Nähe Hauptbahnhof), Hamburg, am 25.11. um 19 Uhr.

PiPaPu-Geschichte

Was das ist, weiß der Kalenderredakteur auch nicht, aber die ihm vorliegende "Inhaltsangabe" hört sich hübsch geheimnisvoll an: "In einem Dorf, weit weg von hier, oder auch ganz nah, steht eine Knopffabrik. Die Menschen stellen dort graue Knöpfe her. Sonst machen sie eigentlich nichts. Das heißt, sie essen und schlafen natürlich, aber das machen sie aber nur gerade eben so. Und daran hätte sich wahrscheinlich auch nichts geändert, wenn nicht im Frühling etwas passiert wäre. Und das alles wird von zwei Frauen aufgeführt." Alles klar?

25.11., 19 Uhr, Antifa-Cafe Essen, Falkenheim Frohnhausen, Thiesbürgerweg 24, Essen.

Wider das Vergessen

ZeitzeugInnen berichten über den Widerstand gegen den deutschen Nazismus. - Alle Veranstaltungen finden statt im Fürstenberghaus, Domplatz 20-22, Münster, und beginnen jeweils um 19 Uhr.

26.11., Vortrag von Maria Wachter, Widerstandskämpferin: Frauen im Widerstand gegen den deutschen Faschismus.

5.12., Fritz Teppich, Widerstandskämpfer und ehem. Spanienkämpfer, liest aus seinem Buch "Der rote Pfadfinder".

17.12., Emil Carlebach, Widerstandskämpfer und ehem. Häftling der KZs Dachau und Buchenwald liest aus seinem Buch "Hitler war kein Betriebsunfall".

Peru

Peter Nowak spricht über den Kampf der Movimiento Revolucionario Tupac Amaru (MRTA) und die Menschenrechte in Peru am

27.11., 20 Uhr, Tommy-Weisbecker-Haus, Wilhelmstr. 9, Berlin.

Atomstaat

Die Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen (BBA) besteht seit 20 Jahren. Rück- und Vorausblicke sind fällig.

5.12., 20 Uhr. Bilanz und Perspektiven zum Widerstand gegen Atomanlagen (Vortrag von Fritz Storim).

6.12., 20 Uhr. Wo steht die Anti-AKW-Bewegung heute? (Diskussion mit Leuten von verschiedenen Atomstandorten und Initiativen).

Diese Veranstaltungen und die Party am 7.12. finden statt in der Buchtstraße 14/15, Bremen.

Rassismus

Eine prominent bestückte internationale Konferenz zum Thema "Rassismus und Nationalismus in West- und Osteuropa" veranstaltet das Institut für Interkulturelle Forschung und Bildung (Interfobi). Unter den ReferentInnen aus acht Ländern sind Boris Kargalitzky, Birgit Rommelspacher, Anton Pelinka und Oskar Negt. (Und dennoch ist die Teilnahme kostenlos!)

7.12., 9 Uhr. Faust e.V., Wilhelm-Bluhm-Straße 12, Hannover. Anmeldung und Info: Interfobi, Wilhelm-Bluhm-Straße 12, Hannover.

Perspektiven der sozialen Revolution

Die "Initiative sozialistisches Forum" ist halt unvermeidlich. Karl Heinz Roth spricht auf einem jour fixe der ISF über "Revolutionäre Wege zu Wissen und Wohlstand, Freiheit und Glück" am

7.12., 18 Uhr, im Jos Fritz-Café, Wilhelmstr. 15, Freiburg.

Frauenerwerbsarbeit

"Arbeit und Leben" und der DGB-Landesbezirk NRW laden Gewerkschafterinnen und Betriebsrätinnen zu einem Seminar "Die Zukunft der Frauenerwerbsarbeit".

9.-13.12., Lieberhausen. Teilnahmegebühr 250 DM (inkl. Vollpension und Unterkunft im DZ). Anmeldung: Arbeit und Leben DGB/VHS NW, Mintropstraße 20, 40215 Düsseldorf.

PDS

Über die Frage, ob revolutionäre Politik "mit, gegen oder ohne die PDS" zu machen sei, verhandeln Ivo Bozic (junge Welt) und Willi Gettel (Rote Luzi) am

12.12., 19.30. Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, Berlin.

Mittelamerika

Die Landbevölkerung in Mittelamerika steht neben alten auch neuen Herausforderungen gegenüber. In einem Seminar des Informationsbüros Nicaragua in Zusammenarbeit mit den Infostellen El Salvador und Guatemala soll ein Problemaufriß der Landfrage in den jeweiligen Ländern Mittelamerikas gegeben und der Frage nachgegangen werden, welche Vorstellungen von Ökonomie existieren und welche Ansätze in den letzten Jahren verfolgt wurden. Über die Informationsvermittlung hinaus soll das Seminar der Klärung von politischen Positionen dienen, um den Infostellen eine Arbeitsgrundlage für die Landrechtsproblematik zu geben.

13.-15.12., CVJM-Bildungsstätte, Bundeshöhe 7, 42285 Wuppertal. Anmeldung: Informationsbüro Nicaragua, Postfach 101320, 42013 Wuppertal. Teilnahmebeitrag 70 DM.

Esoterik und Neofaschismus

Über altes "Neues Denken" soll ein von der VVN-Bund der AntifaschistInnen NRW Klarheit verschaffen. Informiert werden soll über die verschiedenen "heidnischen Gruppen" (huch - was ist das?) und über den Einfluß der Theorien C.G. Jungs auf Franz Alt, Fritjof Capra, Rainer Langhans, Rudolf Bahro u.a. Als Referenten eingeladen sind u.a. Peter Kratz und Heinz Gess.

14./15.12., Leverkusen. Schriftliche Anmeldung (bis zum 20.11.) an: VVN-BdA, Gathe 55, 42107 Wuppertal. Teilnahmebeitrag (inkl. Übernachtung und Verpflegung) 60 DM für Berufstätige, 45 DM für Menschen ohne Einkommen.